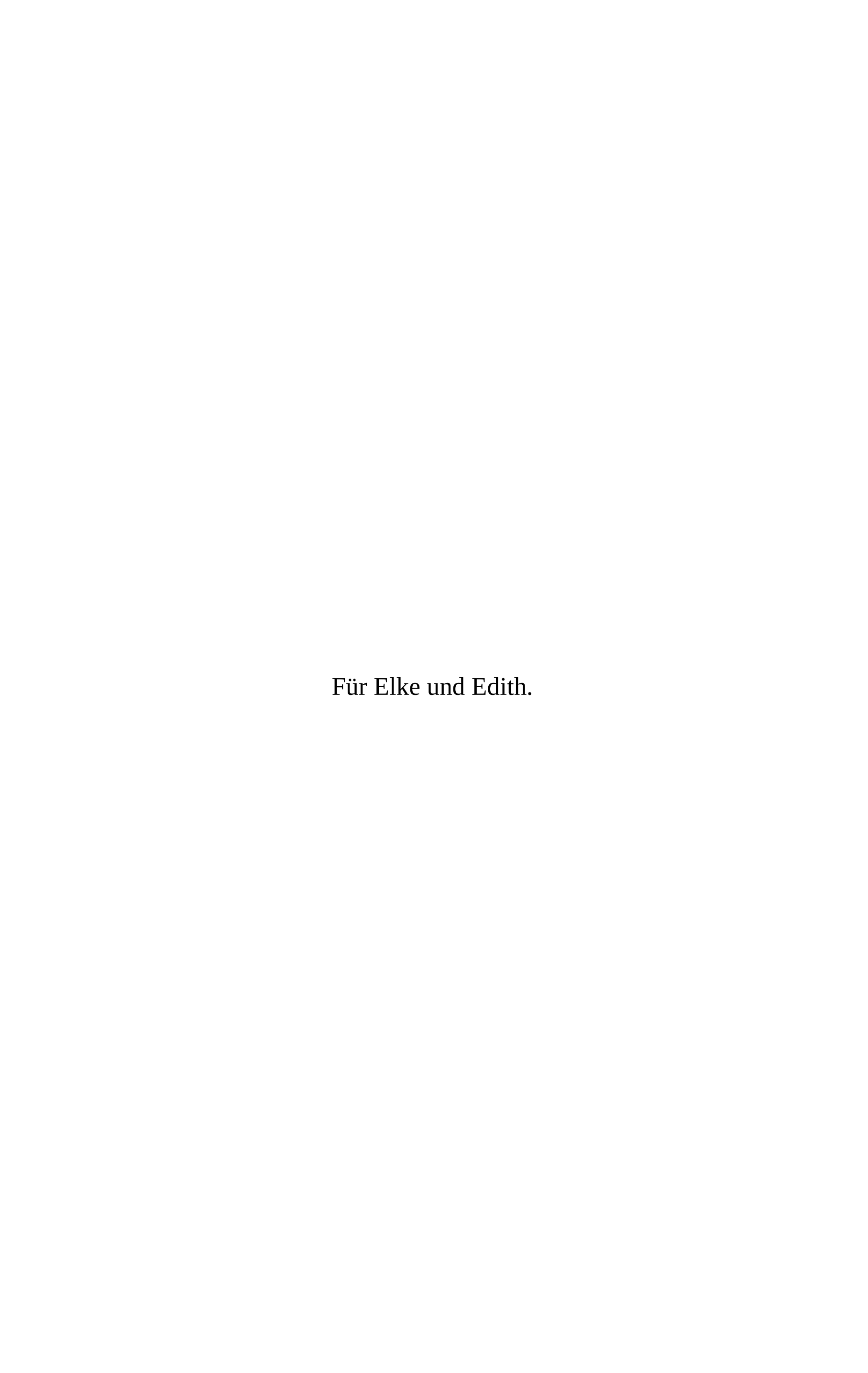


Für Elke und Edith.

Der Elefant im Raum

Das zweite Jahr »New Normal« unabhängig kommentiert



regenauer.press | Anthologie 2021

Tom-Oliver Regenauer

Impressum:

c/o mgmt International Management GmbH
CH-6926 Montagnola | E-Mail: info@regenauer.press
Redaktionell verantwortlich: Tom-Oliver Regenauer

Cover-Illustrationen:
Tina Ovalle | tinaovalle.com
(Lucerne University of Applied Sciences and Arts, Luzern | Schweiz)

Cover-Gestaltung und Layout:
Tom-Oliver Regenauer | regenauer.press

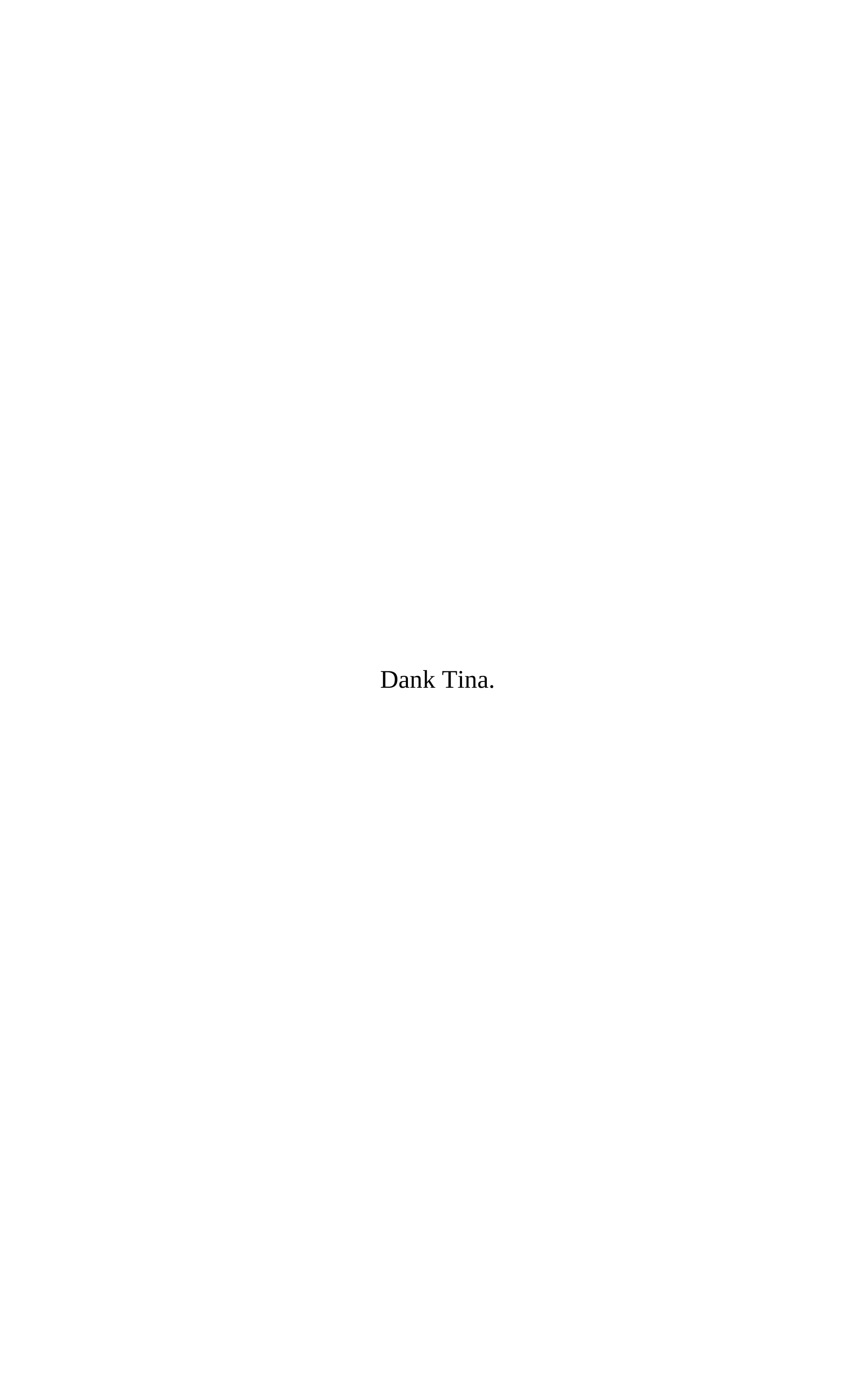
Fotografie:
Portraits aufgenommen von Inés Kieferle (www.bildwerk7.de)

Herstellung und Verlag:
BoD – Books on Demand GmbH (Norderstedt | Germany)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

ISBN: 9783755782049





Dank Tina.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Es begleitet mich seit meiner frühesten Kindheit. Seit ich lesen kann, steht das geschriebene Wort im Zentrum meines Lebens. Ob Songtexte, Bücher, Essays oder professionelle Kommunikation – schon immer habe ich den Lauf der Welt, meine Gedanken, Erkenntnisse und Überzeugungen, mit den 26 Lettern des Alphabets dokumentiert.

Aus diesem Grund, und im Lichte des verstetigten Ausnahmezustands, begann ich im Januar 2021, den Verlauf der Corona-Krise systematisch zu begleiten. Zu diesem Zweck gründete ich das Portal regenauer.press, auf dem ich die Ereignisse des Jahres in insgesamt vierzig Artikeln, Essays, Kommentaren und Polemiken reflektiert und eingeordnet habe. Viele dieser Texte wurden parallel auch im Rubikon publiziert (www.rubikon.news).

So versammelt die vorliegende, erste Anthologie von regenauer.press, die den Titel »Der Elefant im Raum« trägt, meine Arbeiten des Jahres 2021 in einem handlichen Taschenbuch und macht diese nun auch offline verfügbar. Konserviert für die Nachwelt und geschützt vor zunehmender Unterdrückung unpopulärer Standpunkte. Auf Quellenangaben, Links und Querverweise zu weiterführenden Ergebnissen meiner Recherchen wurde im Buch bewusst verzichtet, da diese jederzeit über meine Webseite nachvollziehbar und in allen Originaltexten direkt verlinkt sind (www.regenauer.press/blog).

Die Texte widmen sich primär den signifikanten, sozioökonomischen Veränderungen, die wir seit Beginn der Corona-Krise im Jahr 2020 beobachten können. Sie beleuchten Ursachen, Hintergründe, Auswirkungen und

Implikationen des allgemeinen gesellschaftspolitischen Handelns und versuchen, bei der philosophischen und historischen Einordnung der Geschehnisse Kontext herzustellen und Impulse zu geben.

Dabei orientieren sich die – auf den Werten der Aufklärung basierenden Analysen – an Standards humanistischer Denkschulen. Es geht in den Ausführungen nicht um Ideologie, denn ich fühle mich weder einer Partei noch einer bestimmten politischen Strömung verpflichtet. Bis zum Beginn der Corona-Krise hätte ich mich tendenziell als »Links« bezeichnet. Nachdem die Parteien aus dem linken Spektrum jedoch verstärkt sozialistisch-autoritäre Programme anpreisen und totalitäre Übergriffigkeiten als Solidarität vermarkten, ist diese subjektive Standortbestimmung passé.

Mit Cancel-Culture, Wokeness, Technokratie, Totalitarismus und Pharma-Faschismus möchte ich nicht in Verbindung gebracht werden.

Denn genau hier steht der titelgebende Elefant im Raum: Während ein beachtlicher Teil der Zivilgesellschaft aufgrund entsprechender Berichterstattung annimmt, er befinde sich in einer akuten Gesundheitskrise, ziehen abseits der breiten Öffentlichkeit hässliche Schlagschatten der Vergangenheit am Horizont herauf, die nicht thematisiert werden (dürfen). Ein längst vergessen geglaubtes politisches Konzept scheint wieder en Vogue und mehrheitsfähig – der Faschismus.

Auch der gutgläubigste Konformist kann nach den Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre nicht mehr die Augen davor verschließen, dass wir dunklen Zeiten entgegensteuern. Wer zum jetzigen Zeitpunkt noch den Segregationskurs der von Big Pharma und digital-finan-

zieller Oligarchie gekaperten Covid-Regimes aktiv unterstützt oder stillschweigend akzeptiert, trägt Mitschuld für das, was im Windschatten von Pandemie und politisch verordnetem Ausnahmezustand passiert: Eine irreversible Umstrukturierung der freiheitlich-demokratischen Zivilgesellschaft.

Weg vom Konzept der eigenverantwortlichen Lebensführung des Einzelnen, hin zu Kollektivismus, Paternalismus und Etatismus nach chinesischem Vorbild.

Daher hoffe ich, mit meinen Texten einen Gegenpol zum offiziellen Narrativ darstellen und den ein oder anderen konstruktiven Diskurs anregen zu können. Denn nichts ist wichtiger für eine faire, inklusive und eigenverantwortlich organisierte Gesellschaft als offene Debattenräume. Nur in der Auseinandersetzung mit allen verfügbaren Informationen, Ideen und Meinungen entstehen nachhaltige, holistische Denkmodelle und Lösungen. Wer Andersdenkende ausgrenzt, absolute Deutungshoheit beansprucht, Medien zensiert und politische Gegner diffamiert, handelt zutiefst antidemokratisch.

Ich schreibe für alle und streite mit jedem. Denn das ist die Essenz von Demokratie. Und eine Demokratie, die keinen Meinungspluralismus aushält, ist keine.

»Die traurige Wahrheit ist, dass das meiste Böse von Menschen gemacht wird, die sich zwischen Böse und Gut nicht entschieden haben.« (Hannah Arendt)

Tom-Oliver Regenauer | Montagnola, 03. Januar 2022

Artikel 1 – was ist heute noch unantastbar?

Ein philosophisches Essay zu Menschenwürde, Freiheit und Demokratie im Jahre 2021.

2020 war ein turbulentes Jahr, eine Zäsur. Für die Gesellschaft, die Wirtschaft – und für unser Selbstverständnis als Spezies. Jeder sieht und spürt die Veränderungen, die um uns herum im Windschatten von COVID-19 stattfinden. Sie richtig einzuordnen, fällt jedoch schwer. Die Zukunft scheint ungewisser denn je. Zentralbanken bereiten den Roll-out digitaler Währungen vor und IWF-Chefin Kristalina Georgiewa spricht von einem *»zweiten Bretton Woods Moment«*. Bislang kontrovers diskutierte Themen, Ideen und Konzepte für eine 4. Industrielle Revolution und den Transhumanismus liegen (wieder) auf dem Tisch; und finden plötzlich erstaunlich viele Befürworter aus allen Lagern. Biometrie und die Verschmelzung von physischer und digitaler Identität katapultieren uns in Richtung totalitärer Systeme nach chinesischem Vorbild. Der Status Quo ist nicht mehr existent.

Ich hätte mir gewünscht, unter anderen Umständen meiner Leidenschaft für das Schreiben erneut Ausdruck zu verleihen. Der Inhalt meines Blogs sollte sich ursprünglich vor allem den Themen Literatur, Musik, Kunst und Philosophie widmen. Eine kreative Injektion für diese post-literarische Ära sollte es sein. Aufgrund der massiven, globalen Verwerfungen, die wir im Rahmen der Corona-Krise in Echtzeit miterleben, lässt es sich jedoch

nicht vermeiden, den Fokus auch auf die Themenfelder Politik, Soziologie, Finanzindustrie und Technologie zu lenken – die Brandherde der post-faktischen Ära.

Daher setzt sich der erste Beitrag des Jahres 2021 direkt mit dem Kern unseres politischen Systems auseinander: Dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, verabschiedet am 23. Mai 1949. Fast genau vier Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges am 8. Mai 1945. Wir alle kennen es. Wir berufen uns im politischen und gesellschaftlichen Diskurs, oder wenn es um unsere Geschichte und Grundrechte geht, darauf. Mehr als ein paar prägnante Sätze des Gesetzestextes sind wahrscheinlich nur einem Bruchteil der Gesellschaft geläufig. Aber den ersten Artikel können wohl die meisten in Deutschland lebenden Menschen wiedergeben.

»Artikel 1.1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

Auf diesen Satz gründen wir im Idealfall unser zwischenmenschliches und gesellschaftliches Miteinander. Wir akzeptieren den Gesellschaftsvertrag unter dieser Prämisse, folgen den Reglements und Gesetzen des modernen, gesichtslosen Imperiums, das ein digitalisierter Staat im Jahr 2021 nun mal ist. Die Annahmen, dass alle Menschen gleich sind, vor allem vor dem Gesetz, und dass die »Würde des Menschen« unantastbar ist, sind unser Leitbild für eine inklusive, offene, faire und soziale, repräsentative Demokratie.

Es scheint so einfach, so selbstverständlich. Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz, also dem Staat, dem sie durch die repräsentative Organisation und den Ge-

sellschaftsvertrag überhaupt erst seine Autorität verleihen. Das Volk ist der Souverän in diesem System. Die Politik dient und löst das vertragliche Versprechen ihrerseits ein. Der Staat garantiert verbriefte Freiheiten, sowie faire, transparente Legislative und Judikative. Er schützt mittels Exekutive das Volk vor Unrecht und Gewalt; und sorgt für ein prosperierendes Umfeld, in dem sich der Bürger entfalten und im Rahmen seiner Berufung verwirklichen kann. Gleiche Rechte und Pflichten für alle. Wie gesagt, »im Idealfall«. Aber Demokratie war nie fair.

Die Bedeutung von Artikel 1.1 des Grundgesetzes scheint offensichtlich. Seine Formulierung wirkt unmissverständlich, unveränderbar, wie in Stein gemeißelt. Ist dem so? Kann sich die deutsche Gesellschaft 76 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes noch nach dem simplen, aber wirkungsvollen ethischen Kompass von Artikel 1 ausrichten, definiert sie sich noch dem Wortlaut entsprechend? Um die Gültigkeit, Relevanz und Anwendbarkeit von Artikel 1 im Lichte unseres aktuellen technologischen und zivilisatorischen Entwicklungsstands zu überprüfen, muss man sich zunächst mit einer auf den ersten Blick lapidar wirkenden Frage beschäftigen:

Wie definiert sich die unantastbare Würde des Menschen?

Was verstehen wir heute darunter? Hat sich die Bedeutung des Begriffes im Lauf der Zeit geändert? Bewerten wir ihn anders als vor 76 Jahren – oder vielleicht uns selbst? Wissen wir, woran sich die Würde messen lässt? Lassen wir uns von außen eine Position im Gefüge der Gesellschaft oktroyieren, die am Ende nichts mehr mit

Menschenwürde zu tun hat? Von welchen sozialen, technologischen und politischen Rahmenbedingungen wird die Würde des Menschen, sowie sein Selbstverständnis diesbezüglich beeinflusst? Wie können wir den Begriff Würde global anwenden, wenn es derart drastische Unterschiede zwischen den Regionen der Welt und ein extremes Gefälle in der Verteilung von Bildung und Wohlstand gibt? Und haben solche Fragen überhaupt noch Relevanz in einer Zeit, in der die Menschheit zum konformistischen, egoistischen Produkt ihres eigenen Konsums verkommen ist?

Das Bundesverfassungsgericht hat am 20. Oktober 1992 die folgende Definition des Begriffs »Menschenwürde« verfasst (Beschluss 1, BvR 698/89 des Ersten Senats):

»Mit ihm (Begriff) ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch des Menschen verbunden, der es verbietet, den Menschen zum bloßen Objekt des Staates zu machen oder ihn einer Behandlung auszusetzen, die seine Subjektqualität prinzipiell in Frage stellt. Menschenwürde in diesem Sinne ist nicht nur die individuelle Würde der jeweiligen Person, sondern die Würde des Menschen als Gattungswesen. Jeder besitzt sie, ohne Rücksicht auf seine Eigenschaften, seine Leistungen und seinen sozialen Status. Sie ist auch dem eigen, der aufgrund seines körperlichen oder geistigen Zustands nicht sinnhaft handeln kann. Selbst durch "unwürdiges" Verhalten geht sie nicht verloren. Sie kann keinem Menschen genommen werden. Verletzbar ist aber der Achtungsanspruch, der sich aus ihr ergibt.«

Sachlich kühl formuliert. Die Begriffsdefinition beschreibt allerdings nicht, wie weit der soziale Wert und Achtungsanspruch des Menschen gehen soll, kann und

darf – oder was genau die Subjektqualität ausmacht. Sicher gibt es auch dazu zahlreiche Definitionen. Aber kann das Axiom »Subjektqualität« die Würde des Menschen quantifizieren, sie messbar machen, wo der Begriff doch eher wie eine Produktbeschreibung im Supermarkt anmutet?

Ein Gedanken-Experiment:

Stellen wir uns einen halbwegs intelligenten Fisch im Aquarium vor, dessen Leben sorgenfrei verläuft. Es gibt ausreichend Platz und Natur, um Bewegungstrieb und Neugier zu befriedigen, es existieren andere Fische, mit denen man sich die Zeit vertreiben kann, genügend Futter ist auch da, um das man sich zudem keine Gedanken machen muss. Freie Zeit steht ebenfalls zur Verfügung. Die Entscheidung was zu tun oder zu lassen ist, obliegt einem selbst. Könnte der Fisch so weit denken, wäre er vermutlich der Auffassung, er führe ein freies, würdevolles Leben – solange man ihm nicht verrät, dass es einen Ozean gibt.

Im Angesicht dieser Information wirkt das Dasein des Wasserbewohners nicht mehr ganz so würdevoll. Eingesperrt in einem vergleichsweise winzigen Bassin, abhängig von der fütternden Hand seiner Besitzer, von bohrenden, glasigen Blicken verfolgt, ohne Zugang zur großen, weiten Welt, würde er seine Situation wohl eher als Gefangenschaft klassifizieren.

Müssen wir also beginnen, unser Aquarium lieben zu lernen?

Betrachtet man die Entwicklung der Menschheit über die letzten 100 Jahre, drängen sich Analogien wie diese förmlich auf. Man hat den Eindruck, dass Industrialisierung und zunehmende Digitalisierung eine Art Aquarium für Mensch und Gesellschaft kreieren. Durchsichtig zwar, aber nicht unbedingt durchlässig. Ein Netz von Verpflichtungen, Verlockungen, Aufmerksamkeitskillern, Informationen und Daten legt sich unaufhaltsam um unsere Spezies. Um bei der Metapher zu bleiben: Noch ist die Menschheit sich bewusst, dass es den Ozean gibt. Das Verlangen, frei darin schwimmen zu wollen, scheint aber zu schwinden.

Wie sonst lässt sich erklären, dass drastische Maßnahmen wie Lockdowns und Ausgangssperren von einem Großteil der Bevölkerung kritiklos hingenommen, oder gar als notwendig betrachtet werden – selbst, wenn unklar ist, ob diese wirklich zur Eindämmung des Virus beitragen? Wieso nehmen die Menschen die Kollateralschäden, die solche Einschränkungen anrichten billigend in Kauf, obwohl selbst die offizielle Datenlage des Statistischen Bundesamtes und Verlautbarungen der WHO implizieren, dass die Letalität von COVID-19 eher mit einer schweren Grippewelle zu vergleichen ist als mit Ebola?

Sind wir als Spezies an einem Punkt angelangt, an dem wir uns straffer führen lassen wollen, an dem es uns genügt, in einem Aquarium zu existieren – mit Ausblick auf das Meer? Und werden die kommenden Generationen noch im Meer schwimmen wollen? Werden sie

überhaupt noch etwas vom Ozean wissen? Der Eindruck entsteht, dass Technologie, permanentes Entertainment, Übersättigung, Medieninkompetenz und Bequemlichkeit dazu führen, dass wir immer unselbstständiger werden. Wissenschaft und Politik nehmen scheinbar den Platz der an Bedeutung verlierenden Religionen ein. Es genügt vielen zu glauben, anstatt zu wissen. Offizielle Narrative zu hinterfragen, wird als Blasphemie verstanden. Eigenverantwortung und selbstständiges Bewerten von Informationen sind unerwünscht. Kritiker werden diffamiert und in Schubladen gesteckt. »Framing« für Menschen, die Überschriften lesen statt ganzer Texte. Die Sprache wird vergiftet und Begriffe umgedeutet. Neue Paradigmen werden ausgerollt. Entscheider sprechen seit Beginn der Pandemie von einer einmaligen »Chance« für einen Neustart der Welt – eine Formulierung, die in den Ohren der von den Auswirkungen der Krise stark betroffenen Bevölkerungsgruppen wie Hohn klingen dürfte. Man teilt uns mit, dass wir das »New Normal« akzeptieren müssen. Unter diesen Gesichtspunkten müsste man die vorangehende Frage also mit »ja« beantworten – wir sollen damit beginnen, unser Aquarium zu lieben.

Ist die Akzeptanz des »New Normal« alternativlos?

Gehen wir nochmals zurück zum Begriff der Menschenwürde. Orientiert man sich an der Definition des BVG, empfinde ich die derzeitige Situation in Deutschland als deutliche Minderung der sogenannten Subjektqualität. Es ist mir, wie allen anderen, nicht mehr möglich, die Freiheiten in Anspruch zu nehmen, die uns Bürgern gesetzlich zustehen. Der Staat ist nicht in der Lage, dem Bürger transparent zu machen, welche Einschränkungen

für welchen Zeitraum aufrechterhalten werden. Bestehende Maßnahmen entbehren zu oft einer Grundlage. Siehe allgemeine Ausgangssperre ab 20:00 Uhr. Eine zermürbende Salami-Taktik. Eine Perspektive für die Post-Corona-Zeit wird nicht artikuliert, die Vision des Soll-Zustandes nicht klar kommuniziert, sollte es diese geben.

Im Lichte dieser Entwicklungen bin ich der Meinung, dass die Würde des Menschen hier und heute nicht mehr unantastbar ist – oder, dass der Begriff Menschenwürde eine neue Definition verlangt. Wenn wir uns mit weniger Würde zufriedengeben wollen als in der Vergangenheit, dann müssen wir das in der gesellschaftlichen Debatte definieren, uns mit einer reduzierten Form der Menschenwürde abfinden.

Das eifrig propagierte »New Normal« steht meinem Verständnis von menschenwürdigem Dasein jedenfalls diametral gegenüber. Mir genügt es nicht, ein Leben in den eigenen vier Wänden, zwischen Büro, Smartphone und Netflix zu führen. Und ich werde es nicht tun. Ich verstehe Demokratie als ein freiheitliches, politisches System der Partizipation, welche durch neue EU-Richtlinien für die Digitalwirtschaft genauso beschnitten wird, wie durch das Umgehen des Parlaments nach Verabschiedung des »Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« (Infektionsschutzgesetz) am 19. November 2020. Freie Meinungsäußerung ist nicht verhandelbar. Das Entfernen von unliebsamen Inhalten in den Sozialen Medien durch private Unternehmen und in Absprache mit der EU ist Zensur – denn eine Demokratie muss alle Meinungen aushalten, auch wenn sie der eigenen Welt-

sicht widersprechen. Extreme finden in der Regel keine Anhänger, vor allem dann nicht, wenn man sie selbst zu Wort kommen lässt. Mehrheiten bildet die Bevölkerung, nicht der Staat. Und signifikante Mehrheiten generiert abstruser Schwachsinn selten. Trotzdem muss diese Entscheidung beim Bürger liegen. Eine Selektion und tendenziöse Ausklammerung von Information seitens des Staates, oder durch von ihm beauftragte, private Unternehmen, untergraben die freie Meinungsbildung und damit die demokratische Idee.

Ich möchte, wie viele andere auch, die Möglichkeit haben, meinem Wissen vom metaphorischen Ozean Taten folgen zu lassen. Einschränkungen persönlicher Freiheiten gab es auch vor Corona, zum Beispiel aufgrund des Kampfes gegen den Terrorismus. Die derzeitigen Einschnitte aber sind beispiellos; und sie haben kein klar definiertes Ziel, keinen Endtermin. Zudem wissen wir aus der Geschichte, dass einmal eingeführte Befugnisse vom Staat selten vollständig zurückgenommen werden. Dies geschah weder nach Auflösung der Roten-Armee-Fraktion noch nach 9/11 – wieso also sollte die Corona-Krise eine Ausnahme darstellen?

Wie also gehen wir um mit den entstehenden Verwerfungen und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft?

Ich denke, dass wir nicht an einer neuen Definition der Menschenwürde arbeiten müssen, die sich dem »New Normal« anpasst, sondern an der Wiederherstellung eines menschwürdigen Daseins und der Grundrechte – sollten diese nach der Corona-Krise nicht zeitnah und vollständig reaktiviert werden. Wobei die Aufgabe da-

mit nicht begann, oder endet. Würde hatte noch nie für alle Menschen die gleiche Bedeutung. Sie war schon immer abhängig von Hautfarbe, Religion, sozialem Status oder finanzieller Macht. Das ist inhuman und falsch.

Auf Deutschland bezogen ist es nicht hinzunehmen, dass Artikel 1 verletzt und der Begriff Menschenwürde im Chaos der Krise ungefragt herabgesetzt wird. Freiheiten und Grundrechte gegen ein unbestimmtes Sicherheitsversprechen einzutauschen ist keine Option. Zudem gilt es in Zeiten der Globalisierung, auch in anderen Regionen der Welt ein gemeinsames Verständnis von Menschenwürde zu schaffen. Es kann nicht sein, dass in Indien, Afrika oder Südamerika andere Maßstäbe gelten als in Europa. Alle Menschen sind gleich. Würde kann daher auch nur eine einzige Definition haben, eine globale. Die »Allgemeine Charta der Menschenrechte« von 1948 muss endlich weltweit umgesetzt und angewandt werden.

Weiterhin ist es essenziell, Alternativen zu einem System zu entwickeln, das wir so vielleicht gar nicht mehr unterstützen wollen – weil es nicht für uns da ist, sondern von uns lebt und unsere Umwelt zerstört. Man kann eine Hydra nicht im Kampf besiegen, es wachsen neue Gliedmaßen nach, sobald ein Körperteil abgetrennt wurde, aber man kann aufhören die Hydra zu füttern.

Wenn die Demokratie nicht (wieder) zu dem wird, was sie der Idee nach sein sollte, braucht es neue Konzepte.

Meint, Menschen müssen eigene, lokale Netzwerke, Märkte und Zahlungsinstrumente entwickeln und implementieren. Dezentralisierung ist entscheidend, um Oligopole und Monopole zu untergraben, um ihnen ihre Po-

sition streitig zu machen. In der Konsumgesellschaft liegt die Macht beim Konsumenten, er festigt die Stellung der Konzerne am Markt.

Die Politik ist mehrheitlich angetrieben von kapitalistischem Denken, wird massiv beeinflusst von Konzernen, Lobbyisten, Think Tanks und anderen nicht durch Wahl legitimierten Organen, deren Finanzierung oft nicht transparent ist. Von daher erscheint es umso wichtiger, das Konsumverhalten zu verändern als die Partei-Präferenz bei der nächsten Wahl.

»*Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt. Und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden*.« (Horst Seehofer bei »Pelzig unterhält sich«, 20.05.2010)

Zudem gilt es, die Sprache zu beschützen. Sie verbindet die Menschen einer Gesellschaft, wenn sie für alle die gleiche Bedeutung hat. Wenn Solidarität als Begriff neu besetzt und gegen Gruppen der Bevölkerung verwendet wird, die man pauschal aburteilt, ist das nicht akzeptabel. Ausgrenzung und Schubladendenken entstehen zuerst durch die Verwendung von Schlagworten, Buzz-Words und Slogans, die sich in der unkritischen Masse multiplizieren.

Präzision in Sprache und Wortwahl ist somit elementar für gegenseitiges Verständnis. Wir brauchen einen offenen Diskurs aller Lager und öffentliche Streitgespräche mit unterschiedlichen Meinungen. Nur das erlaubt dem Menschen, seine Position in der Gesellschaft zu bestimmen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Wenn die etablierte Presse zunehmend vom Ansatz neutraler Berichterstattung abweicht, muss das kritisiert werden

(dürfen). Meinung soll nicht gemacht werden. Sie entsteht im Idealfall aus Abwägung aller Informationen.

Es ist befremdlich, wenn die Kanzlerin einzelne Gruppen diffamiert und psychologische Betreuung empfiehlt, nur weil diese Kritik äußern oder das offizielle Narrativ hinterfragen. Demokratie ist anstrengend und langsam. Solidarität steht nicht für blindes Vertrauen in Machthaber und Wissenschaft, die uns in der Vergangenheit immer wieder getäuscht und belogen haben, die meist eher um Wiederwahl und Finanzierung besorgt sind als um das Wohl der Wähler. Solidarität bedeutet aus meiner Sicht, dass man sich um das Wohl der gesamten Gemeinschaft sorgt – und das hängt primär ab von der Stabilität, Debattenfähigkeit und Offenheit der pluralistischen Gesellschaft. Daher sollte man sich als echter Demokrat über jede Demonstration freuen, statt diese als Ansammlung von Verrückten zu ächten, nur weil man eine andere Position vertritt. Die meisten Menschen haben dieselben Träume von der Zukunft, man muss ihnen aber zuhören, um sie zu verstehen.

Daher schließe ich diesen kleinen philosophischen Ausflug mit einem Zitat, das deutlich macht, wie wenig die korrupten Politdarsteller von jenen Menschen halten, die sie zu ihren Vertretern gewählt haben. Wollen wir solchen Menschen unsere Zukunft anvertrauen, oder diese wieder zu größeren Teilen selbst in die Hand nehmen? Mut, Courage und Flexibilität werden die wichtigsten Eigenschaften des neuen Jahres sein. Wir brauchen Kreativität und neue Ideen für eine gerechtere Welt, für ein würdevolles Dasein aller Menschen auf diesem Planeten. Aufwühlende Zeiten liegen vor uns – und ich freue mich darauf, darüber zu schreiben.

»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

(Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission 2014-2019, Die Brüsseler Republik, Der Spiegel, 27.12.1999)

| Erstpublikation: 05. Januar 2021

Zensur wird salonfähig – ein Paradigmenwechsel

Über die absolute Meinungsfreiheit als Basis einer offenen, demokratischen Gesellschaft.

»Um sich selbst zu verstehen, muss man mit anderen sprechen.«

Diese kluge Zeile, die ich vor langer Zeit in einem Buch gelesen und in einem meiner Songtexte verwendet habe, ist vielsagend. Sie widersetzt sich dem Konzept von algorithmisierten Filterblasen als Manifestation der subjektiven Realität. Sie fokussiert den Kern der zunehmenden, gesellschaftlichen Spaltung. Obwohl die massiven Risse, die das Land in verschiedene Lager teilen, durch COVID-19 extrem verstärkt wurden, ist die derzeitige Krise natürlich nicht Ursprung des Problems. Aber Corona steht unter Umständen für eine der letzten Chancen, um einen signifikanten, demokratiefeindlichen Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen und öffentlichen Kommunikation abzuwenden. Es geht um die Meinungsfreiheit – das nicht verhandelbare Fundament einer offenen Gesellschaft.

Das Gegenteil von Meinungsfreiheit ist Zensur. Ein einschüchterndes Wort. Wir assoziieren es mit Diktaturen und totalitären Systemen. Bei uns war die (öffentliche) Verwendung dieses Begriffes seitens der Politik bis jetzt eher ein Tabu. Aus gutem Grund. In einer Demokratie verbietet sich Zensur in jeder Form. Sie ist mit keinem

Argument zu begründen. Die demokratische Idee basiert auf freiheitlichen Prinzipien und Partizipation; und es ist eine repräsentative Organisationsform. Wenn die Meinungsfreiheit beschnitten, Information seitens des Staates selektiert und kuratiert wird, steht das dem Konzept von pluralistischer Demokratie diametral entgegen. Eine ausbalancierte Weltsicht ergibt sich nur aus der Analyse und Abwägung einer Vielzahl von Informationen und Standpunkten.

Alle Meinungen sind zulässig. Information muss ungefiltert und frei sein, für alle.

Trotzdem wird seit Dekaden versucht, den Gesellschaften zu vermitteln, es sei demokratisch legitim, unliebsame Informationen zu löschen, zu verbannen, sie als Fake-News, Hetze oder Verschwörungstheorie zu diffamieren. 9/11 und George W. Bush markieren hier eine moderne Zäsur. Der US-Präsident sprach am 10. November 2001 vor den Vereinten Nationen davon, dass man *»fragwürdige Verschwörungstheorien und Lügen um die Attentate auf das World Trade Center nicht akzeptieren könne, sie bekämpfen müsse.«* Durch den Duktus von *Bush Jr.* und Aussagen wie: *»Entweder seid ihr auf unserer Seite, oder gegen uns«,* wurde eine neue Ära der selektiven Berichterstattung und bewussten Filterung von Inhalten im digitalen Bereich eingeläutet.

Meinung wird gemacht. Effizienter denn je, der digitalen Transformation sei Dank. Metadaten sind das neue Gold; und die »Data Lakes« wachsen unaufhörlich. Meinung, Politik und Konsumverhalten sind Wachs in den Händen derer, die sie beherrschen.

Suchergebnisse zu den Attentaten in New York haben sich in den vergangenen zehn Jahren zum Beispiel drastisch geändert; egal ob bei Google oder YouTube – und all die durchaus berechtigten Fragen zu finanziellen Manipulationen im Vorfeld der Anschläge, zum hastig verabschiedeten »Patriot Act«, oder bezüglich des US-Vergeltungskrieges gegen die arabische Welt und den Islam, bleiben von offizieller Seite bis heute unbeantwortet.

Von Krisen profitieren schon immer diejenigen, die zuvor viel hatten. Märkte konsolidieren sich im Niedergang. Staaten wiederum nutzen jedes katalysierende Ereignis zur Ausweitung ihrer Befugnisse, die danach kaum zurückgenommen werden. Ausnahmezustände werden die Regel. Derartige Ereignisse gab es in jüngster Zeit zuhauf. Wir leben spätestens seit der Jahrtausendwende in einem permanenten Krisenmodus – und Krisen sind ein Brandbeschleuniger für sozioökonomische Brandherde.

Während bereits COVID-19 bereitwillig instrumentalisiert wird, um uns permanente Kontaktverfolgung schmackhaft zu machen und den Datenschutz zeitweilig hintenan zu stellen, markieren die Vorfälle um das Kapitol in Washington vom 6. Januar 2021 einen neuen Höhepunkt hinsichtlich sprachlicher Irreführung und semantischer Absurditäten. Das Event soll nun offensichtlich dazu genutzt werden, einen gewissen Grad von Zensur in den demokratischen Gesellschaften salonfähig zu machen.

Nach dem vermeintlichen »Sturm« auf das ikonische Regierungsgebäude geschahen denn auch einige bemer-

kenswerte Dinge. Nachdem die Social Media-Konten des US-Präsidenten bereits nach den umstrittenen Wahlen durchweg mit Warnhinweisen zu »fragwürdigen Inhalten« versehen wurden, löschten Twitter, Facebook und weitere Plattformen am 6. Januar 2021 diverse Inhalte und Posts von Donald Trump. Eine neue Qualität der Intervention. Sie sperrten seine Konten zunächst temporär. Am 8. Januar wurde der Twitter-Account von Donald Trump dann aber scheinbar vollständig deaktiviert, obwohl ihm fast 90 Millionen Menschen folgen. Ein bisher einmaliger Affront gegenüber dem Amt des US-Präsidenten. Dem »Amt« wohlgemerkt. Das Argument, dass dieses zensorische Vorgehen mit den Geschäftsbedingungen der privaten Plattformen zu legitimieren ist, greift zu kurz. Dazu müsste erst einmal definiert sein, welche digitalen Mega-Dienste eine Grundversorgung darstellen, was deren Größe und Einfluss für Nationalstaaten und Gesellschaften bedeutet – und wie man unter Berücksichtigung dieser Punkte mit der Filterung von Inhalten umgeht.

Denn egal wie man zu Trump steht, wenn das amtierende Staatsoberhaupt der USA von Big-Tech binnen Stunden mundtot gemacht und zensiert wird, dann ist das im Grunde ein Skandal. Die gängigen Begründungen von Zuckerberg und Co., Trump habe seine Anhänger zum Sturm auf das Gebäude, oder gar zum Staatsstreich aufgerufen, sind schlichtweg übertrieben, wenn man sich Donald Trumps Tweets im Vorfeld, Augenzeugenberichte aus Washington und die Bilder aus dem Kapitol rational betrachtet. Selbst Tagesthemen-Ikone und USA-Kenner Claus Kleber wunderte sich öffentlich darüber, wie einfach die Protestierenden in eines der am

besten gesicherten Gebäude der Welt vordringen konnten. Er schrieb bei Twitter:

»Wer schon oft durch die vielen Sicherheitsschranken des Capitol gegangen ist, angeschissen wurde wegen eines einzigen falschen Schritts. Wer die zig Millionen teuren unterirdischen Sicherheitsanlagen kennt, muss sich fragen, wie diese Stürmung so leicht sein konnte.«

Die wenigen Polizisten vor Ort gingen der Menge freundlich aus dem Weg, man sieht es auf den Fotos und Videos aus Washington – während bei den Protesten zu »Black Lives Matter« ein Heer an martialisch gerüsteten Polizisten mit Maschinenpistolen das Kapitol hermetisch abschirmte. Obwohl der Vorfall also augenscheinlich weniger dramatisch war, als er nun mehrheitlich in den Medien dargestellt wird, sieht die Bundesregierung die nächste Chance gekommen, die Schlinge enger um den Hals der Meinungsfreiheit hierzulande zu legen. Die Vorfälle am Kapitol wurden am folgenden Tag sofort von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht genutzt, um die Frage in den Raum zu stellen, ob man nicht mehr Zensur im Internet wagen müsse – um die Demokratie zu schützen. Man sehe ähnlich radikale Tendenzen hierzulande, sagte Markus Söder; und ließ sich gar dazu verleiten, von einer »Corona-RAF« zu sprechen, im Kern formiert von den als rechtsradikal abgestempelten »Querdenkern«. Der hanebüchene, ideologische Widerspruch scheint ihn nicht zu stören. In die gleiche Kerbe schlägt Facebook-Manager Johannes Baldauf, der seinen Arbeitgeber unbeirrt für ein Werkzeug der Demokratie hält. Das ist schizophren. Es erinnert an Parolen aus George Orwells Klassiker »1984« – Ignoranz ist Stärke. Hier wird Demokratie umgedeutet und ad absur-

dum geführt. Zensur und Einsatz des Verfassungsschutzes gegen Andersdenkende stehen im Raum, ohne, dass es einen Aufschrei in der Bevölkerung gäbe.

Die Notwendigkeit für eine stärkere Regulierung der Inhalte in den digitalen Medien ergebe sich aus der zunehmenden Hetze von extremistischen Gruppen und der massiven Verbreitung von Verschwörungstheorien, so Lambrecht. Diese Inhalte müssten entfernt werden, um die Bürger zu schützen, die demokratisch denken. Im Umkehrschluss bedeutet das: Alle, die nicht dem offiziellen Narrativ, der Mehrheitsmeinung, oder den Informationen der öffentlich-rechtlichen Medien folgen, betreiben Hetze und Spaltung. Das ist absurd. Die Sprache wird in diesen Verlautbarungen pervertiert, wert- und bedeutungslos gemacht. Wer entscheidet darüber, welche Inhalte Hetze sind, welche Kritik radikal ist und welche nicht? Wer bestimmt, was nicht mehr in den öffentlichen Diskurs gehört? Google, Facebook, Twitter? Oder der Staat, in Kollaboration mit Quasi-Monopolisten, denen wegen Bedenken der US-Kartellbehörden die Zerschlagung drohen könnte?

»Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.« (Ignazio Silone)

Es wird noch diskutiert, welche digitalen Dienste als Grundversorgung einzuordnen sind, vergleichbar mit Wasserzufuhr, oder Radio- und TV-Empfang. Man darf aber annehmen, dass die genannten Konzerne in dieser Liste auftauchen werden. Sie werden künftig für viele Menschen die primäre Quelle für Information sein, wenn sie es nicht schon sind. Wenn also der Staat, oder über-

staatliche Organe wie die EU, restriktive Richtlinien für die Einschränkungen von Inhalten auf Plattformen wie Facebook, Twitter oder YouTube definieren und diesen die Umsetzung überlassen, dann ist das ein neues, gesellschaftspolitisches System, aber keine Demokratie. Meinungsfreiheit ist passé. Meinung wird endgültig käuflich. Der Zusammenschluss von Staat und übermächtigen Wirtschafts-, Finanz- und vor allem Technologie-Imperien zur Steuerung der Gesellschaft ist totalitär. Man muss es nicht Faschismus nennen, aber die Risiken für die nächsten Generationen sind offensichtlich. Schon heute werten wir alles als Angriff, sehen in allem eine Offensive gegen unser egozentrisches Weltbild, haben einen extremen, sozialen Tunnelblick. Es waren immer die anderen, die aus der anderen Filterblase.

»Facebook und Co sind die größten Propagandaapparate der Geschichte«, sagt Sacha Baron Cohen in seiner Rede vor der »Anti Defamation League« in New York. *»Facebook hätte in den 30er-Jahren Hitler erlaubt, Werbeclips über seine Lösung des Judenproblems zu schalten«*, vermutet er.

Nicht jeder, der eine kritische Frage stellt, oder sich erdreistet eine eigene Meinung zu haben, ist Extremist. Nicht jeder Linke ist bei der Antifa, genauso wenig sind alle Querdenker Rechtsradikale, oder alle AFD-Mitglieder Nazis. Und auch wenn ich die AFD nicht unterstütze, ist es meines Erachtens völlig falsch, diese Partei auszugrenzen und zu diffamieren. Jede gewählte Partei hat in einer Demokratie das Recht auf eine differenzierte Betrachtung und fairen Diskurs. Pauschales Aburteilen und respektloser Umgang, Framing und

üble Nachrede sind kein Mittel professioneller, politischer Kommunikation. Konstruktiver, öffentlicher Streit wäre es. Der Umgang der etablierten Parteien mit der AFD ist an sich anti-demokratisch. Denn auch wenn man eine gegenteilige Weltsicht hat, gilt es, die Menschenwürde jedes einzelnen zu achten und die demokratischen Grundsätze und Prozesse nicht zu verleugnen. Das aber tun die etablierten Parteien mit ihrer Haltung. Sie diffamieren diese Partei als Organ des Systems Demokratie; und ebenso ihre Wähler. Die fehlende Auseinandersetzung an dieser Stelle ist ein weiterer Grund dafür, dass die Gesellschaftsstrukturen marodieren.

»Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.« (Albert Einstein)

Wie also müssen wir 2021 denken, damit uns die selbstbestimmte Zukunft nicht entgleitet, damit wir uns weiterhin aus einer (bereits signifikant eingeschränkten) Pluralität von Positionen eine eigene Meinung bilden können? Wo endet die Meinungsfreiheit, wo beginnt Zensur? Haben wir unsere rote Linie diesbezüglich definiert? Wollen wir als Gesellschaft zunehmend Andersdenkende in Schubladen stecken und sie ins Abseits diskreditieren? Gibt es nur noch schwarz und weiß? Sind wir unfähig geworden, Kompromisse zu erarbeiten?

Die geringe Anzahl kritischer Stimmen gegenüber der Ankündigung strikterer Richtlinien für die Digitalwirtschaft durch die EU macht stutzig. Nachdem bereits in den vergangenen Monaten verschiedene neue Richtlinien für Inhalte bei den Social Media-Portalen umgesetzt wurden, stehen nun erneut Verschärfungen ins Haus. Bereits im 2. Quartal 2021 sollen diese umgesetzt

werden. Semantisch neu besetzt, stehen die neuen Richtlinien laut EU für den Schutz der Demokratie – indem sie nicht wenige Menschen pauschal ihrer Meinungsfreiheit berauben und Teile der Bevölkerung automatisiert ausgrenzen? Alle Inhalte, die sich gegen das offizielle Narrativ von Regierungen, EU und WHO zu COVID-19 wenden, werden als »Fake-News« deklariert und zensiert werden. Glaubt eine Mehrheit der Menschen wirklich daran, dass ein Paradigmenwechsel an dieser Stelle gerechtfertigt und im Sinne einer humanen Zukunft ist? Wann sind die heutigen Befürworter der Zensur von Donald Trump selbst gegen ein Gesetz und vermissen die Möglichkeit zu demonstrieren, oder sich und ihr Anliegen im Internet einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren zu können? Was ist das nächste Tabu? Welche Gruppe wird als nächste ausgegrenzt?

Eine breitere Front gegen die zunehmend staatlich dirigierte Informationshoheit der GAFAM-Konzerne, gegen digitale Zensur und semantische Paradigmenwechsel ist von Nöten.

Es ist beschämend, zu diesen Themen kaum etwas aus der kulturellen Ecke zu vernehmen. Kunst hätte u.a. die Aufgabe, der Gesellschaft den Spiegel vorhalten. Die Angst, als Störfaktor für die lähmende »Political Correctness« gesehen zu werden und folglich nicht mehr auftreten zu dürfen, scheint die Mehrheit der Intellektuellen ruhig zu stellen. Ihr Verhalten wirkt egoistisch. Ganz im Gegensatz zu den Demonstranten, die sich für Grundlagen der Demokratie einsetzen – also für die gesamte Bevölkerung. Das ist Solidarität; und nicht verblendete Selbstinszenierung, wie es von den regierungsnahen Organen gerne beschrieben wird. Idioten gibt es

in jeder Bewegung. Demonstrationen im Freien, bei denen Hygienekonzepte und Abstände eingehalten werden, sind aber keine »Spreader-Events«, sondern Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft, in der jeder die gleichen Rechte haben sollte. Und wir sehen ja, dass die Infektionszahlen auch ohne Demonstrationen steigen. Ich plädiere daher für offenen Diskurs aller Lager. Wir brauchen mehr Streit, öffentlich und konstruktiv. Es gilt, ein präzises, differenziertes Vokabular ins Feld zu führen, anstatt die emotional aufgeladenen Framing-Begriffe, die uns täglich von den Massenmedien ins Wohnzimmer geschleudert werden. Wir müssen wieder lernen zuzuhören, auch wenn uns die andere Meinung nicht passt. Und wir müssen einen Weg finden, um zu verhindern, dass eine unheilige Allianz aus Big-Tech, Big-Pharma, Banken und Staaten im Windschatten der Krise ein neues, digitales »Governance-System« zementiert, eine illegitime Regierungsform, in der wir nicht mehr wählen können, bei gar nichts.

Im Blendwerk der technologischen Devolution besteht ansonsten das große Risiko, dass eine Informationshoheit geschaffen wird, die nur schwer umgangen oder demontiert werden kann. Es wäre demnach ratsam, dem Zitat von Albert Einstein zu folgen und die Welt neu zu denken, aber frei von strukturellen Zwängen. Wir sollten uns von Empathie und Weitblick leiten lassen, anstatt von monetären Anreizen – und wir sollten uns beeilen. Der Paradigmenwechsel ist im Gange, Zensur »light« ist längst Realität. Wie weit wir es damit kommen lassen, können wir vielleicht noch beeinflussen. China ist nicht *so* weit weg.

Das »Sieben-Generationen-Prinzip« der Irokesen besagt, dass der Mensch bei jeder Entscheidung bedenken soll, wie sich diese für die siebte Generation in der Zukunft auswirkt. Das gilt nicht nur für das persönliche Leben, sondern auch für Wirtschaft und Politik. Dieses Prinzip sollte Grundlage des Denkens von Entscheidern sein, deren Weitsicht meist bei der nächsten Wahl endet.

| Erstpublikation: 10. Januar 2021

Impfchaos und die Unglaubwürdigkeit der Regierung

Die COVID-19 Impfung ist nicht das angepriesene Allheilmittel gegen die Krise – und eine Impfpflicht inakzeptabel.

Eines vorweg, ich bin absolut kein Impfgegner. Im Gegenteil. Schutz vor Wundstarrkrampf und Polio war ein Gewinn für die Menschheit. Heute ist die Kinderlähmung so gut wie ausgerottet. Vor meinen diversen Reisen nach Afrika, Asien und Südamerika habe ich mich stets über die jeweiligen Risiken informiert, und mich, wenn geboten, entsprechend impfen lassen. Gelbfieber, Malaria, Diphtherie, Tuberkulose – alles Krankheiten, die man sich aufgrund der hohen Mortalitätsraten unter keinen Umständen einfangen möchte.

Allerdings war in den besagten Fällen die Wirkung der Impfung klar. Der Impfstoff gegen Gelbfieber zum Beispiel ist ein abgeschwächter Lebendimpfstoff. Er löst eine Immunantwort aus. Aber ohne, dass die Krankheit zum Ausbruch kommt. Die Impfung war zunächst in einem Rhythmus von zehn Jahren empfohlen. Gegenwärtig empfiehlt die WHO nur noch eine Dosis. Sie geht davon aus, dass dies für einen lebenslangen Schutz ausreicht. Man ist also immun und wird die Krankheit nicht bekommen. So habe ich »Impfschutz« bisher definiert und als sinnvoll erachtet. Außerdem oblagen Risikobewertung und Entscheidung mir selbst, und als Kind meinen Eltern.

Beim hastig entwickelten COVID-19-Impfstoff sehen wir uns einer gänzlich anderen Situation ausgesetzt. So gut wie nichts von dem, was für die Gelbfieber-Impfung gilt, trifft auch hier zu. Weder was die Wirkungsweise angeht noch in Bezug auf die Sicherheit. Und auch die Entscheidungshoheit, und damit das Recht auf körperliche Unversehrtheit, stehen zur Diskussion.

Die Bundesregierung hat während der Corona-Krise vor allem zwei Versprechen gemacht – und sie mittlerweile gebrochen:

Erstens: Von den Entscheidern in Regierung und übernationalen Organen wurde uns die COVID-19-Impfung bisher als das Allheilmittel angepriesen, als »der« Königsweg aus Corona-Krise und Lockdown-Modus. Wenn die Impfung da ist, kehrt das normale Leben zurück, so der offizielle Kurs seit Mitte 2020.

Zweitens: Es wird keine Impfpflicht geben, auch nicht indirekt. Etwaige Bedenken dahingehend wurden von Regierungsvertretern regelmäßig mit dem Verweis auf die Grundrechte zerstreut. Nun hören wir diese Woche von Außenminister Heiko Maas, dass er Privilegien für geimpfte Personen fordert – im Umkehrschluss also Nachteile und die Einschränkung wesentlicher Grundrechte für die Menschen, die eine rasche Impfung in diesem Fall als zu unsicher erachten. Eine indirekte Impfpflicht, nichts anderes.

Grund- und Freiheitsrechte an die Erfüllung von derlei Anordnungen zu koppeln, ist inakzeptabel für eine demokratische Gesellschaft. Maas müsste eigentlich sofort zurücktreten, auch wenn er wahrscheinlich nur der mediale Vorreiter für dieses Thema war.

Die Regierung ist also in beiden Punkten mehr als unglaubwürdig. Sie lügt.

Selbst eine direkte Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen wird mittlerweile offen thematisiert, weil die Impfbereitschaft geringer ausfällt als angenommen, vor allem unter medizinischem Personal. Wenn solche Themen von einzelnen Politikern im medialen Diskurs erst einmal aufgebracht werden, kann man davon ausgehen, dass es Absichten in dieser Richtung gibt und das Thema bald wieder auf der Agenda steht. Dieses Handlungsschema der Regierenden konnte man in den letzten Monaten oft genug verfolgen – während soziale und politische Tabus reihenweise zu fallen scheinen.

Der Staat bewegt sich in Richtung Übergriffigkeit. Das gilt für das Thema Impfzwang genauso wie für andere Repressalien gegen Nonkonformismus. Dafür sprechen auch zentrale Sammelstellen für Personen, die sich nicht an Quarantäne-Auflagen halten. Das erinnert an politische Ideologien, die mit Demokratie nichts zu tun haben.

Außerdem, die Regierung wäre aufgrund ihrer desaströsen Beschaffungslogistik nicht einmal in der Lage, große Teile der Bevölkerung zeitnah zu impfen, wenn die Bereitschaft flächendeckend vorhanden wäre. Wenn gemäß Regierung, WHO, sowie unzähliger weiterer Impf-Advokaten, die COVID-19 Impfung der einzige Weg aus dieser tiefen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Krise wäre, müsste die Bundesregierung dann nicht allein aufgrund ihres Scheiterns in der Organisation zurücktreten? Werden uns also die Impfstoffe die Normalität zurückbringen?

Ein paar einfache Fragen und die verwirrenden Antworten dazu:

- Ist man nach der Impfung immun? – Nein, eine sterile Immunität ist nicht gegeben.
- Kann man danach den Lockdown beenden und sein Geschäft wieder öffnen? – Nein.
- Kann man nach der Impfung aufhören die Maske zu tragen? – Nein.
- Kann man nach der Impfung weiterhin andere anstecken? – Ja.
- Kann man nach der Impfung die soziale Distanz beenden? – Nein.
- Können geimpfte Personen sich versammeln, an Veranstaltungen teilnehmen? – Nein.
- Stellt die Impfung die Reisefreiheit der Menschen wieder völlig her? – Nein.
- Wenn meine Oma und ich geimpft sind, kann ich sie dann wieder umarmen? – Nein.
- Worin liegt dann der Wert einer Impfung? – Das Virus ist voraussichtlich nicht tödlich.
- Gibt die Impfung absolute Sicherheit, nicht an COVID-19 zu sterben? – Nein.
- Wenn die Letalität derart gering ist, wie bei Corona, warum dann impfen? – Für andere.
- Ist garantiert, dass ich andere nach der Impfung nicht anstecken kann? – Nein.
- Das Virus ist <1% tödlich, aber bei >3% der Geimpften gibt es Komplikationen? – Ja.
- Gibt es eine Haftung der Hersteller für Impfschäden? – Nein, die sind gesetzlich geschützt.
- Gibt es Informationen über Langzeitschäden? – Nein. Langzeitstudien der Firmen laufen noch.

Unerklärlich ist im Lichte dieser Umstände, dass in den Leitmedien ein fast ausschließlich positiver Kanon in Bezug auf die Impfkampagne zu vernehmen ist. Selten ein Wort zu den mannigfaltigen Problemen, Sterbefällen und sonstigen Komplikationen, die durch die übereilt zugelassenen Impfstoffe entstehen. Apotheker und soziale Einrichtungen werden direkt angegangen, um die Impfbereitschaft zu vergrößern. Sie sollen Bedenken nicht ansprechen und die Patienten aktiv zur Impfung motivieren.

Ein Ex-Mitarbeiter des Impfstoff-Herstellers Moderna hat unlängst in einem Interview festgestellt, dass sein früherer Arbeitgeber einer Investment-Firma gleicht, die nun eher zufällig ein Produkt auf den Markt bringen konnte. Das Investment rechnet sich wahrscheinlich. Wir dürfen künftig mit einer Frequenz von drei, sechs oder zwölf Monaten für die jeweiligen Auffrischungsimpfungen rechnen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es sich nicht um eine Impfung handelt, wie ich sie bis dato verstanden habe. Man weiß primär, dass man nichts weiß. Es ist abstrus. Wie ein 74-seitiges Dokument des Robert-Koch-Instituts vom 8. Januar 2021 selbst feststellt, ist die Wirksamkeit bei Personen über 75 Jahren *»nicht mehr statistisch signifikant«* feststellbar. Sprich: Es ist unwahrscheinlich, dass es hilft. Trotzdem verfolgt man stoisch einen eingeschlagenen Kurs. Das ist sinnbildlich für die gesamte, feudal wirkende Corona-Politik der Bundesregierung. So agiert man nur aus Angst, Panik und Ignoranz– oder mit Absicht und aus Gier.

| Erstpublikation: 20. Januar 2021

Der Widerstand wächst und keiner geht hin

Zeichnen die Leitmedien ein falsches Bild der Akzeptanz von Corona-Politik und Konformismus?

Folgt man der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), gewinnt man den Eindruck, dass die deutsche Bevölkerung den Kurs der Bunderegierung hinsichtlich der sozioökonomisch destruktiven Corona-Maßnahmen zu einem Großteil mitträgt. Trotz der Auswirkungen auf die Gegenwart und negativen Folgen für nachwachsende Generationen. Hin und wieder vernimmt man im »Mainstream« vereinzelte Meldungen darüber, dass die Zustimmung hinsichtlich spezifischer Punkte marginal schwankt oder schwindet. Mehr aber auch nicht.

Ist das korrekt? Sind die zitierten Umfragen repräsentativ? Man darf es bezweifeln.

Ein Blick ins Ausland sowie auf verschiedene Studien zu negativen Effekten der massiven Lockdowns zeichnet nämlich ein anderes Bild der potenziellen, gesellschaftlichen Lage in den Gefilden des Exportweltmeisters.

Wie sehr brodelt es unter der linientreu erscheinenden Oberfläche der bundesdeutschen Gesellschaft wirklich? Ein Blick in soziale Medien und unabhängige Umfragen impliziert, dass der ÖRR seinem Auftrag zu neutraler, objektiver, umfassender Recherche und Berichterstat-

tung nicht wirklich nachkommt. Zu regierungsnah klingt der allgemeine Medienkanon. Kritische Fragen werden nicht gestellt. Diejenigen, die es wagen, werden zensiert und diffamiert. Framing und propagandistische, agitierende Tendenzen allerorten.

Auf dem offiziellen Twitter-Kanal der Tagesthemen war heute gar die Frage zu lesen:

»*Sollen Geimpfte andere Rechte bekommen als Ungeimpfte? Der Ethikrat sagt: Nein. Was meint ihr?*«

Schon die suggestiv anmutende Fragestellung ist eine Frechheit. Wir sprechen hier über Grundrechte, nicht über Privilegien. Wer das nicht sieht, hat Demokratie nicht verstanden. Die Massenmedien berichten selektiv, wertend und unterschlagend. Und zwar zu allen Themen, die Corona betreffen.

Sie machen Meinung, anstatt diese neutral zu kommentieren. Die reale Konfrontation der Lager und Ideologien im Netz bilden sie nicht annähernd ab. Die vielfältigen, fundiert und belegbar argumentierenden, renommierten Maßnahmen-Kritiker finden kein Gehör. Nachrichten aus anderen europäischen Staaten, in denen es deutlich stärkeren Widerstand gegen die Politik der jeweiligen Regierungen gibt, sucht man bei ARD, ZDF und den Flaggschiffen der Printmedien ebenfalls vergebens.

Dabei lohnt es sich, den Blick nach Italien, Dänemark, Frankreich, Polen, Indien oder Österreich zu richten. Dort ist eine signifikante Anzahl von Menschen auf der Straße und engagiert sich für die Wiederherstellung der Grundrechte. Berufsfreiheit, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Reisefreiheit, Meinungsfreiheit – funda-

mentale Eigenschaften aufgeklärter, offener und fairer Gesellschaften.

Das Land der Dichter und Denker dagegen, erscheint wie ein passiver Zuschauer seines eigenen Untergangs.

In Österreich waren am vergangenen Wochenende trotz Verboten derart viele Menschen zu Protesten und Demonstrationen auf der Straße, dass die Regierung schließlich einlenken musste. Schulen, Geschäfte und Friseure dürfen ab 8. Februar wieder öffnen. Unter Hygieneauflagen, aber immerhin.

Die Deutschen schauen währenddessen gesittet dabei zu, wie ihre Wirtschaft geschädigt, Existenzen zerstört und Leben ruiniert werden. Bei einer Virus-Letalität (IFR) von 0,23 Prozent. Obwohl die Chance, bei einem Autounfall das Zeitliche zu segnen also etwa 2000-fach höher ist als die, an COVID-19 zu sterben, wird morgen wohl niemand deswegen seinen Wagen stehen lassen. Die Angst vor Corona ist irrational.

Machen die hiesigen Medien nur einen besseren Job in Bezug auf Manipulation der öffentlichen Meinung? Oder geht es den Menschen in der BRD immer noch zu gut? Viele scheinen tatsächlich der Auffassung zu sein, der Lockdown-Spuk nähme von allein ein Ende. Vielleicht trügt der Schein aber auch nur und wir erleben eine Ruhe vor dem Sturm. Die widersprüchliche, dogmatische Politik von Merkel und Co. sorgt mit Sicherheit dafür, dass die Zahl der Zweifler und Kritiker stetig wächst – und nicht die ewige Minderheit bleibt, wie die Leitmedien uns weismachen wollen.

Tatsächlich haben doch auch alle das gleiche Ziel: Ein Ende der Lockdowns – mitsamt all der vernichtenden, asozialen Einschränkungen und Anordnungen.

Nur die Argumente sind unterschiedlich. Eine Gruppe sorgt sich um Grundrechte und Freiheiten und begehrt deshalb auf. Das andere Lager fordert unter dem Hashtag #ZeroCovid noch härtere Maßnahmen und das totale Herunterfahren Europas, um der Krise Herr zu werden. Diametral entgegengesetzte Forderungen mit einem identischen Ziel – die Rückkehr zum »Old Normal«.

Während wir in Deutschland also primär mit uns selbst beschäftigt sind und meinen, eine Ideologie online gegen die andere verteidigen zu müssen, gehen die Menschen in anderen Ländern gemeinsam auf die Straße, um sich gegen den »Great Reset« von Wirtschaftselite, Politik und Hochfinanz zu verbünden. Es scheint, als lasse sich die fragmentierte, deutsche Gesellschaft einfach gegeneinander ausspielen. Die einseitige Berichterstattung hilft dabei. Wenn sie nicht gar der primäre Verursacher für das soziopolitische Debakel ist.

Der ÖRR und die zunehmend staatlich regulierten Big Tech-Plattformen wirken wie das »Wahrheitsministerium« der Mélange aus »1984« und »Schöne neue Welt«, die wir heute eine demokratische Gesellschaft nennen.

Es bleibt zu hoffen, dass die offensichtlich nicht im Sinne der Bevölkerung handelnde Politik uns an einen Punkt führt, an dem auch der letzte Konformist verstanden hat, dass es bei Corona wahrscheinlich niemals um Gesundheit ging.

COVID-19 ist das katalysierende Momentum für die Implementierung einer neuen Global Governance.

Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und viele andere haben dies jüngst auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF, weforum.org) bestätigt. Sie sprechen von einmaligen »Chancen«, die Corona eröffnet. Angesichts der verheerenden Auswirkungen dieser politisch gewollten kreativen Zerstörung, wie Klaus Schwab die Strategie bezeichnet, ist der Begriff jedoch blanker Hohn in den Ohren der sozial und wirtschaftlich Betroffenen.

Daher sollte dringend jede Anstrengung unternommen werden, um die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden und gemeinsame Ziele zu fokussieren – anstatt Leitmedien, Politik und einseitig finanzierten Fakten-Checkern mit ihren polarisierenden Narrativen weiter Aufmerksamkeit zu schenken. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Nachbarländern und stellen Ideologien hinten an. Wenn Politik nicht mehr die Interessen der Gesellschaft vertritt, kommt dem Souverän die Rolle des Korrektivs zu.

»Ziviler Ungehorsam – gemäß Kennern der Materie (Arendt, 1986) – unterbricht Routinen und Automatismen des staatlichen Machthandelns von unten, wenn wesentliche Teile der Bevölkerung ihre Anliegen nicht mehr angemessen repräsentiert sehen.«

Die Gesellschaft sollte reflektieren und handeln, wenn die Beschreibung des Zitats zutrifft. Sie stellt die Mehrheit und ist im Recht. Generalstreiks sind zum Beispiel ein gewaltloses, legitimes Mittel, um Forderungen aus dem Volk Nachdruck zu verleihen. Frankreich und an-

dere Ländern haben dies in der jüngeren Vergangenheit bewiesen. Eskalation kann niemand wollen. Der Staat ist besser vorbereitet. Und vom heimischen Computer aus wird eine Veränderung der Realität schwerlich gelingen.

Ein Blick in Richtung ihrer Nachbarn sollte die Deutschen eigentlich dazu inspirieren, sich diesen oktroyierten, fortgesetzten Ausnahmezustand sowie die einseitige, Angst schürende Berichterstattung nicht länger gefallen zu lassen. Es gibt keine logische, rationale, soziale oder mathematische Begründung dafür. Es gilt, sich selbst ein objektives Bild der Lage zu machen und außerhalb subjektiver Blasen, abseits von ideologischen Schranken zu recherchieren. Der ÖRR liefert nur noch einen journalistischen Tunnelblick.

Ansonsten wird das New Normal, die Dystopie von gestern, die Realität von morgen. Und es gilt, sich zu sputen. Denn Glück für alle hat wesentlich höhere Hürden der Machbarkeit zu überwinden als Macht und Reichtum für Wenige.

| Erstpublikation: 05. Februar 2021

Funkstille. Bis der letzte Vorhang fällt

Über die befremdliche Zurückhaltung von Kunst und Kultur im Lichte sozialer Umbrüche.

Die Kunst ist frei. Sie sollte sich keinem Zwang unterworfen, keiner Zensur ausgesetzt, keiner Ideologie verpflichtet und keiner Instrumentalisierung genötigt sehen.

In einer aufgeklärten Gesellschaft spielt Kunst eine systemrelevante Rolle. Sie muss den Wahnsinn, den die Gesellschaft veranstaltet, absorbieren, reflektieren und transzendieren, um ihn derselben in ihrem Werk vor Auge zu führen. Nur so kann die Gesellschaft sich ihrer Abarten und Auswüchse gewahr werden.

Kunst und Philosophie betrachten den Menschen, die Politik und den Lauf der Welt aus einer anderen Perspektive. Sie ordnen Ereignisse auf einer längeren Zeitachse, in einem moralischen Wertesystem oder den erweiterten, kulturgeschichtlichen Kontext ein. Literatur, Malerei, Schauspiel und Musik sind die Seele, das Herz und das Gewissen einer offenen Gesellschaft.

Nicht umsonst sind Kunst und Kultur immer die ersten Opfer eines interventionistischen oder totalitären Systems.

Die hiesige Kulturlandschaft wurde von der Corona-Politik des vergangenen Jahres hart getroffen. Seit März 2020 ist an ein geregeltes Einkommen in der Branche

nicht mehr zu denken. Tausende Veranstaltungsorte, Kreative und Mitarbeiter der Event-Szene sind existenziell bedroht. Die staatliche Vernachlässigung des Kulturbetriebs in der Krise ist eine Schande. Immerhin geht es um einen der größten Wirtschaftszweige des Landes. Und es ist nicht klar, wie viel Kultur den Deutschen nach den Lockdown-Loops noch bleibt.

Kritische Stimmen aus Kunst und Kultur müssten daher wahrlich lauter sein, die Künstler deutlich skeptischer gegenüber unschlüssig gerechtfertigten, übergriffigen, staatlichen Maßnahmen und einer dogmatischen, agitierenden Politik – die ihnen die Lebensgrundlage unter Umständen für immer zunichtemacht. Auch die regierungsnahe Darstellung der Situation in den Massenmedien wird von Kreativen und Intellektuellen kaum öffentlich hinterfragt oder angeprangert.

Dabei ist mehr als offensichtlich, dass wir uns zunehmend aggressiver Propaganda ausgesetzt sehen. Man muss nur die Bücher von Edward Bernays lesen, einem Neffen von Sigmund Freud, um zu verstehen, was derzeit in punkto Medien und Kommunikation passiert. Dennoch – investigativ recherchierte Artikel, aufklärerische Bücher, Polemiken, kritische Bühnenstücke oder intelligente Kommentare zur Corona-Krise sind rar. Genauso wie Musik, die sich tiefergehend mit der Absurdität der Gegenwart beschäftigt.

In Anbetracht der disruptiven Effekte von COVID-19 stehen ausreichend kontroverse Themen auf der Tagesordnung, die es wert sind, künstlerisch bearbeitet zu werden. Man sollte annehmen, dass Kunst und Kultur diese brachial auf die Menschheit einwirkenden, globalen Pa-

radigmenwechsel regelrecht aufsaugen, um uns mit kontroversen Werken zu bombardieren. Protest-Songs, provozierende Kunst und Aktivismus wären zu erwarten.

Fehlanzeige. Seit nun fast einem Jahr kaum ein Wort, ein Song oder ein Bild, in dem sich Künstler hierzulande kritisch mit der Corona-Krise, ihren ökonomischen Auswirkungen, den sozialen Katastrophen oder dem politisch totalitär anmutenden Kurs der Bundesregierung auseinandersetzen. Kein Aufschrei. Im Gegenteil. Betretenes Schweigen.

Unterwirft sich die Kunst willfährig und opportunistisch der Meinungshoheit von Regierung, Leitmedien und Tech-Oligopolen? Es scheint so – und ist ein Skandal.

Eine Vielzahl bekannter Künstler hierzulande ließ es sich in der Vergangenheit bei keiner Gelegenheit nehmen, die Regierung für ihr Handeln scharf zu kritisieren. Wenn es um Klimapolitik, Flüchtlingspolitik, »Black Lives Matter« oder Korruption ging, waren sie alle zur Stelle. Zur autoritären, inhumanen, antidemokratischen Corona-Politik – kein Wort.

Keine Zurückweisung der Idee eines elitären »Great Reset«, der weltweit von Meinungsführern propagiert wird. Keine Bedenken gegenüber umfangreicher, digitaler Überwachung, die mit elektronischen Impf-Pässen und Kontaktverfolgung in den Totalitarismus führt. Auf EU-Ebene spricht man bereits von länderübergreifenden, roten Zonen und absoluter Einschränkung individueller Mobilität. Ein goldener Käfig. Vom Smartphone überwacht.

Ich bin seit meiner frühen Jugend als Musiker, Texter, Künstler, DJ und Produzent aktiv. Ich lese viel, war früh politisiert und inspiriert von unangepassten Songwritern wie John Lennon, Bob Dylan oder Townes van Zandt – und es erschließt sich mir in keiner Weise, wie man mit vergleichbarer Sozialisation und einem aufgeklärten Weltbild in diesen Zeiten *nicht* aufbegehren kann.

Die pluralistische, freiheitliche Gesellschaft ist in Gefahr – und manch Kunstschaffender biedert sich an und wiederholt ungeniert die infantilen, sich repetitiv einfräsenden Plattitüden und Wergwerf-Slogans der Lockdown-Rechtfertigungsmaschine. Die VIPs der hiesigen Szene legen in Massenformaten gerne das emotional überlegene Auftreten des philanthropen, human engagierten Kreativen an den Tag. Während die eigene Branche de facto daniederliegt, die Meinungsfreiheit eingeschränkt und kleine Künstler mit ein paar Hundert Euro im Monat vom Staat abgespeist werden.

Wer sein Aufmerksamkeitsdefizit im Fernsehen befriedigen darf, kann eine längere Durststrecke ohne Auftritte finanziell verkraften. Eine Newcomer-Band, ein kleines, unabhängiges Theater, der Underground-Club im Industriegebiet, der Berufsmusiker oder Wochenend-DJ wird diesen Zeitraum nicht unbeschadet überstehen.

Wie begründet sich dieses ignorante, konformistische Gebärden bei einer Berufsgruppe, die ihre Daseinsberechtigung auf der freiheitlichen, aufgeklärten, philosophisch offenen

Gesellschaftsform begründet, in der wir im Idealfall leben sollten? Wo ist Marius Müller-Westernhagen mit seiner Freiheit? Wo sind Udo Lindenberg, Die Toten Hosen oder all die anderen großen Namen, die sonst lauthals für Menschenrechte einstehen, während die Bundesregierung das Land wirtschaftlich, sozial und kulturell ruiniert? Fürchten sie, nicht mehr eingeladen zu werden, nicht mehr in Stadien spielen zu dürfen?

Diejenigen, die sich jetzt nicht für Meinungsfreiheit und Aufklärung positionieren, tragen Mitschuld am Ergebnis dieser Politik. Weil sie nicht helfen, sie zu verhindern.

Dafür wird ihnen vielleicht später gestattet, in einem letztlich staatlich finanzierten Kulturbetrieb zu reüssieren und die Meinungshoheit vertreten dürfen. Darauf läuft es nämlich hinaus, nach dem voraussehbaren, finanziellen und geistigen Bankrott des freien Kulturbetriebes. Richard David Precht, Deutschlands prominentester »Philosoph«, redet Verboten und Narrativen der Regierung bereits den Mund – und sollte im Zuge dessen seine Berufsbezeichnung ablegen. Er predigt heute Gedanken, die er vor 20 Jahren noch verteufelt hat. Freut er sich auf eine exponierte Rolle als oberste, moralisch-philosophische Instanz in der Gleichschaltung?

Kultur 2.0 – distanziert, digital und linientreu?

Die magere Opposition mag auf fehlende Angriffsfläche zurückzuführen sein. Corona ist keine Ideologie, wie wir sie kennen. Es ist eine verstörende, anhaltende Ausnahmesituation. Das Virus, beziehungsweise die ihm panisch begegnende Politik, ist weder links noch rechts. Sie ist vordergründig inklusiv, human und rettet Men-

schenleben. Auch wenn sie in der Summe mehr Leid anrichtet als das Virus selbst.

Es fällt einer sozialpolitisch engagierten Band sicher leicht, einen Song gegen Nazis zu schreiben. Wie aber schreibt dieselbe Band einen Song gegen die vorgeblich humanistische Corona-Politik? Wäre das nicht im Kern schon asozial, unsolidarisch, antidemokratisch? Nein.

Diese Politik ist nicht gerechtfertigt! Für den Großteil der Bevölkerung, das Publikum, ist sie vernichtend. Man kann einen Virus nicht mit derartigen Maßnahmen kontrollieren oder eindämmen. Zumal wir immer noch von einer durchschnittlichen Letalität (IFR) von 0,23 Prozent sprechen. Die nackten Zahlen beweisen, dass wir uns keiner Killer-Pandemie gegenübersehen. Die WHO selbst hat offiziell den Vergleich mit der Influenza gezogen. Selbst die geradezu als Offenbarung glorifizierte Impf-Kampagne scheint gefährlicher zu sein als das Virus selbst.

Angst, Opportunismus, Gier und Feigheit scheinen die Kunst zum Schweigen zu bringen.

Ich bezweifle, dass die Künstler hierzulande zu blind sind, um offensichtliche Wahrheiten zu erkennen. Ich glaube auch nicht, dass sie in Angst vor dem Erstickungstod im Lockdown ausharren, bis die Pandemie vorüber ist. Und selbst wenn man sich seiner Sache als Künstler nicht sicher ist, wenn man nicht genau weiß, was vor sich geht, so hat man zumindest die Möglichkeit, genau diese Fragen in seinem Werk aufzuarbeiten und mit dem Publikum zu teilen.

Fragen aufwerfen, Diskussionen anregen, dabei helfen, Lösungsansätze und Visionen einer besseren Zukunft zu entwickeln, das konnte Kunst bisher immer – auch wenn sie keine Antworten hatte, sondern nur Fragen. Unsicherheit, ausgelöst durch eine ideologische Orientierungslosigkeit, ist keine Begründung für Kunst, sich nicht offen zu artikulieren.

Angst vor Kritik und feige Zurückhaltung sind ebenfalls fehl am Platz, wenn es um elementare Grundrechte wie Meinungsfreiheit und die Würde des Menschen geht. Gier, Egozentrik, Eitelkeit, Aufmerksamkeitsbedürfnisse, Konformismus und Machthunger sind schlichtweg zu verurteilen. Künstler sollten nicht sich selbst in der Vordergrund zu stellen suchen, sondern ihr Werk.

Welcher Grund auch immer die beschämende Zurückhaltung der Künstler auslöst: Im Ergebnis ist es Linientreue wider besserem Wissen und Gewissen – zum Nachteil der eigenen Branche, der Gesamtgesellschaft und einer humanen Zukunft.

Der Künstler darf schockieren, er muss es oft sogar, um Wirkung zu erzielen. Und es gibt absolut keinen Grund für Kunst und Kultur, nicht auch in diesen verwirrenden Zeiten frei zu denken. Frei von Vorurteilen, Abhängigkeiten, Ängsten und Begehrlichkeiten.

Wenn nicht auch die Kunst bald ihre kritische Stimme im sozialen und politischen Diskurs aktiv erhebt, fällt vielleicht bald der letzte Vorhang für unser kleines, demokratisches Zwischenspiel.

| Erstpublikation: 12. Februar 2021

Gesichtslose Ideologie – Krisen als Substitut politischer Ideen

Von zwei Realitäten: Wieso diskutiert und spaltet sich die Gesellschaft über politische Ideen von Strukturen, die diese längst hinter sich gelassen haben?

Zwei Thesen:

1. Die gesamte Bevölkerung dieses Landes hat zumindest ein gemeinsames Ziel: Das Ende der so nicht zielführenden, endlosen Lockdown-Politik und die damit verbundene Rückkehr des prosperierenden, gesellschaftlichen Lebens – unabhängig davon, ob man die Maßnahmen als zu lasch oder zu drastisch bewertet.

2. Die meisten Menschen in diesem Land sind der Überzeugung, dass sie in der aktuellen Krise das Richtige tun, sich für das Gute engagieren und moralisch im Recht sind.

Es mag Ausnahmen geben. So formuliert, dürfte den beiden Thesen aber sicher eine überwältigende Mehrheit zustimmen. Trotzdem hört man derzeit primär Begriffe wie Covidiot, Schlafschaf, Corona-Leugner oder Corona-Jünger, wenn Menschen über Mitbürger sprechen, die eine gegensätzliche Meinung vertreten. Die Gesellschaft lässt sich spalten und gegeneinander ausspielen, obwohl die Ziele der konträren Lager im Kern

identisch sind. Die Beweggründe, die Perspektive, die zu Grunde liegenden Werte und die Lösungswege sind unterschiedlich. Schlussendlich streben aber alle nach einem – dem normalen Leben. Allerdings findet das Bestreben in unterschiedlichen Realitäten statt.

Nun zerbrechen durch und an Corona derzeit unzählige Freundschaften, Beziehungen, Familien und Leben. Einmal durch die Krankheit selbst, wenn sie ausbricht. Zum anderen durch die Separierung, die das Thema medial, sozialpolitisch und in Beziehungen aller Art auslöst. Angst und Polarisierung sind nach etwa zwölf Monaten Pandemie so drastisch, dass man den Eindruck gewinnt, es ginge um fundamentale, ideologische Positionen. Hetze, Hass und Aggression von allen – gegen alle.

Es ist ein Informations- und Glaubenskrieg. Corona nimmt die sakrale Stellung einer Religion ein. Analog der Wissenschaft, die jetzt alleinig den ultimativen Leitfaden für das korrekte Handeln des Menschen liefert. Auch wenn das nicht das Grundverständnis des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses ist. Monokausale Weltanschauungen widersprechen dem Prinzip der Aufklärung.

Corona ist weder Bekenntnis noch rechts oder links. Das Feindbild ist ideologisch diffus. Es geht nicht um Parteipolitik, sondern um den Menschen und das Leben an sich. Die einen wollen das Überleben der Vulnerablen sichern, um jeden Preis. Die anderen wollen das freie Leben einer offenen Gesellschaft schützen, weil »Überleben« allein nicht gleichzusetzen ist mit einem erfüllten Sein.

Beide Gruppen haben moralisch nicht Unrecht und verdienen, gleichberechtigt gehört zu werden. Warum also sprechen die Lager nicht miteinander? Wo ist der öffentliche Raum für diesen Streit? Und warum weiten die offizielle Kommunikation der Regierung sowie die Darstellung in den Medien den Diskurs auf politische Ideologien aus und treiben die gesellschaftliche Spaltung mit einer separierenden Meinungshoheit massiv voran?

Es geht doch *nur* um das Virus und die Frage, wie wir als Spezies und Gesellschaft sicher und sozialverträglich damit umgehen. Wenn es tatsächlich um das Retten von Leben geht, müssten Ideologien eigentlich hintenanstehen. Bei allen. Vor allem bei einer am Menschen interessierten Regierung. Diese sollte Kontext herstellen, ganzheitliche Lösungen und positiven Ausblick bieten, anstatt permanent Panik zu verbreiten.

Die derzeitige Politik schafft eine Angst-Realität, eine paranoide Parallelgesellschaft, die das verstörende Potential hat, sich langfristig zu etablieren. Zum Nachteil aller Bürger.

Verfolgt man Diskussionen um die Corona-Maßnahmen auf Social-Media-Kanälen erkennt man, dass in den hitzigen Auseinandersetzungen fast immer eine politisch-ideologische Komponente mitschwingt. Vorurteile werden ausgetauscht und politische Lagerkämpfe geführt. Dabei sind diese Diskussionen völlig überholt. Sie helfen weder im Kontext der Krise noch in der Auseinandersetzung über deren Lösung.

Die alten politischen Überzeugungen sind entwertet. Sie haben keine Bedeutung mehr, außer Labels zu sein. Corona selbst ist die Ideologie. Eine ohne Insignien, Gesicht und Verantwortungsbewusstsein.

Das Virus zwingt sie uns auf. Wir haben keine Wahl. Und auch abwählen können wir sie nicht. Trotzdem verteidigen die Menschen weiter etablierte Denkmuster und alte Parteistrukturen, sind gefangen in althergebrachten Weltbildern. Die Informationsflut unserer Zeit zwingt den Normalbürger zu oberflächlicher, komprimierter Nachrichtenaufnahme und erschwert damit die vernünftige Einordnung sowie sachliche, selbstständige Bewertung von Informationen. So werden Meinungen gemacht, anstatt im Reflexionsprozess ausgebildet. Überschriften und Bilder setzen Themen. Die bleiben hängen. Das Studium von Originaltexten und Quellen ist technisch jedem möglich. Nur wer hat dafür Zeit und Energie?

Die Filterblase bestärkt jedes Lager in der Richtigkeit seiner Annahmen. Das schottet ab. Viele haben es bereits aufgegeben, anderen Meinungen und Weltanschauungen ernsthafte Aufmerksamkeit zu schenken. Argumente werden abgetan und abgewertet. Das ist einfach und vermittelt das gute Gefühl, das Leben im Griff zu haben, moralisch überlegen und Teil des richtigen Teams zu sein – im Idealfall der Mehrheit.

Vor allem scheint Corona die Fähigkeit zur Empathie zu blockieren. Könnten wir uns in das Gegenüber hineindenken, uns einfühlen, wäre der gesellschaftliche Diskurs konstruktiver. Die digitale Kommunikation lässt oft leider vergessen, dass hinter jedem Bildschirm ein

Mensch sitzt. Säße er real gegenüber, wäre der Umgang respektvoller, abwägender. Das grundlose, ideologisch orientierte Ringen um einen identischen Zielzustand ist in der Anonymität und Distanz zum absoluten Selbstzweck verkommen.

Mit energieraubenden, emotionalisierten Grabenkämpfen dreht sich die Gesellschaft im Kreis. Sie ist derart fokussiert auf sich selbst, dass sie nicht bemerkt, wie sich die Welt um sie herum nachhaltig verändert. Sodass nach der Krise tatsächlich ein »New Normal« herrscht. Nicht revidierbar, zum Nachteil des normalen Steuerzahlers und seiner Nachkommen. Die meisten neuen Gesetze, Paradigmen und Machtbefugnisse werden wohl nicht zurückgenommen – so ist es seit den Tagen der Roten-Armee-Fraktion. Und auch die durch 9/11 gerechtfertigten Erweiterungen staatlicher Macht gelten fast ausnahmslos bis heute. Jetzt ist Corona allgegenwärtig und der Hebel. Die Situation löst Prozesse aus, die vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wären.

Es wird versucht, der Bevölkerung eine neue Rolle zuzuweisen. In einer pervertierten Form von Demokratie. Wenn man das Soll-System dann noch so bezeichnen kann. Corona ist Religion. Das Leben, die Wissenschaft und unbedingte Solidarität sind die neue Dreifaltigkeit der Technokratie.

Das ist weder im Sinne der Maßnahmen-Befürworter noch der Maßnahmen-Kritiker. Beide Gruppen haben Kinder, und die leiden immer stärker unter den negativen Effekten der Krise. Langfristig, über Jahre oder Jahrzehnte. Was wiegen sechs Monate Kurzatmigkeit oder eine schwere Grippe gegenüber der psychisch ge-

sunden Zukunft eines Kindes? Diese Diskussionen müssten öffentlich geführt werden, von Vertretern aller Lager.

Über den intrinsischen Drang, das Beste für den eigenen Nachwuchs zu wollen, sollten eigentlich gemeinsame Ziele zwischen den Lagern auszumachen sein. Ohne einen zeitnahen Diskurs der verschiedenen »Auslegungen« wird sich Corona als Ideologie ohne Ideologie gesellschaftlich verifizieren und erhärten. Die Paradigmenwechsel, die Umdeutung der Sprache, die neue biometrische Kontrollarchitektur und die marodierenden Risse in der Gesellschaft werden bleiben.

Die Corona-Politik scheint für jene leichter hinnehmbar, die von zu viel Freiheit und Leben überfordert waren. Wenn es aber gemeinsame Ziele und ein inhärentes Streben nach Glück in allen Teilen der Gesellschaft gibt, warum verbietet sich dieselbe dann aus Angst vor dem Tod, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 0,23 Prozent als Corona um die Ecke kommt, das Leben selbst und streitet über dessen Wert an sich? Alle erkennen den Wert des Lebens an. Kein Zweifel. Die Definition von »Leben« ist vielleicht unterschiedlich.

Leben ist schön, zu kurz, immer riskant, unberechenbar und wertvoll. Vor allem aufgrund seiner Vergänglichkeit.

Maßnahmen-Kritiker und -Befürworter wollen es schützen. Auf unterschiedliche Weise. Es gibt Uneinigkeiten in der Risikobewertung. Aber auch eine gewisse Übereinstimmung, was die negativen Effekte der Corona-Maßnahmen auf die Gesamtgesellschaft angeht. Die Auswirkungen des politischen Kurses werden täglich sicht- und spürbarer. Für jeden. Nur die Schuldfrage un-

terscheidet beide Gruppen hier. Für die einen greift der Staat nicht hart genug durch und sorgt damit für eine Verschleppung der Lösung, für die anderen ist er übergriffig und handelt unrechtmäßig.

Daher stellen sich angesichts der vertieften Risse in unseren Gesellschaften zwei Fragen.

1. Wieso lassen sich Gesellschaften von Ideologien, die im Kontext der Krise keine Relevanz haben, überhaupt derart spalten, wenn das Ziel aller Bürger ist, ein friedliches, würdevolles, gesundes, sicheres und erfülltes Leben zu führen? Wieso streiten Menschen um austauschbare, politische Orientierungen, die keine echten Identifikationsmöglichkeiten mehr bieten, wenn es um das nackte Überleben geht?

2. Wieso erreichen »Corona-Jünger« und »Corona-Leugner« keinen Konsens darüber, dass sie gemeinsam gegen die beiden realen Feinde der pluralistischen, gesunden, humanen, funktionalen und demokratischen Gesellschaft vorgehen müssen?

Das Virus ist der Feind. Und die vom Lobbyismus verseuchte, korrumpierte, politische Klasse, die eine sozial unverträgliche, interventionistische Politik propagiert und umsetzt, welche langfristig die Werte jeder aufgeklärten, pluralistischen Gesellschaft torpediert und das Leben aller Menschen negativ beeinflusst.

Manche mögen Angst vor der Unberechenbarkeit des Lebens empfinden, oder schlechte Erfahrungen haben ihnen die Freude daran genommen. Viele können nichts dafür, dass es das Leben nicht gut mit ihnen meint. Zu viele. Ein besseres Dasein für viele lässt sich aber nur

realisieren, wenn die Bevölkerung endlich beginnt, sich als lokale Einheit und Teil einer globalen Familie zu verstehen. Eine, der man nicht stetig auf infantile Art und Weise vorbeten muss, was Wahrheit ist und wie sie sich verhalten soll.

Dezentralisierung und Eigenverantwortung, mehr Elemente direkter Demokratie, eine modernisierte Verfassung. Es gibt viele Lösungsansätze, um unsere Demokratien zu verbessern – und alle funktionieren ohne einen zentralistischen Machtapparat. Egal, ob dieser nationalsozialistisch oder kommunistisch ist, Zentralisierung von Macht hat dem einfachen Menschen bisher nie gedient. Eine bessere, gerechtere Welt ist von Nöten und es gibt sie. Wenn alle versuchen, sich gegenseitig aktiv zuzuhören und sich bei Problemen oder Dissonanzen auf den Kern zu konzentrieren: Die pragmatische Lösung.

Um uns selbst zu verstehen, müssen wir mit anderen sprechen. Wir brauchen den Rückenwind des gemeinsamen Seins, die Resonanz der anderen, um uns als Individuum zu begreifen. Der Mensch ist mehr als seine körperliche Hülle, auf die er derzeit reduziert wird. Er hat Intellekt, Neugier, Leidenschaften. Er braucht soziale Einbettung, Feedback, Rituale und Traditionen. Das sollte sich die Gesellschaft nicht durch eine neue Realität nehmen lassen, die all das negiert und nur in den Köpfen mancher existiert. Mathematisch betrachtet ist alles normal, vergleichbar mit den Zeiten vor Corona. Es gibt keine Übersterblichkeit – trotzdem ist emotional und ideologisch kein Stein mehr auf dem anderen.

Ideologien vernebeln die Sicht auf die tatsächlichen Brandherde. Politische Orientierungen müssen beiseite-

geschoben werden, um diesen disruptiven Zeiten gemeinsame, parteiübergreifende Lösungen entgegenzusetzen. Das Virus muss mit intelligentem Management zielgerichtet gehandhabt und die politische Führung ausgetauscht werden. Mehr direkte Demokratie wäre ein Anfang. Nur, wen sollte man da wählen?

| Erstpublikation: 20. Februar 2021

Einfach mal abschalten

Über Bücher und das Lesen als Ruhepol in turbulenten Zeiten.

Wir leben nicht nur in einer post-faktischen, sondern auch in einer post-literarischen Zeit. Das *ist* leider Fakt. Menschen lesen insgesamt weniger. Nicht nur die Auflagenstärke der Tageszeitungen geht in Deutschland seit 1991 konstant zurück, von damals 27,3 Millionen/Jahr auf heute 12,5 Millionen/Jahr – auch der Absatz von gedruckten Büchern nimmt stetig ab. Selbst wenn eBooks, Hörbücher und andere digitale Formate den quantitativen Rückgang des gedruckten Werkes statistisch zum Teil kompensieren, dem Verlust der »Lese-Kultur« haben sie nichts entgegenzusetzen.

Ein Buch definiert sich nicht nur über seinen Inhalt. Es ist auch ein haptisches Erlebnis. Der Einband kommuniziert durch seine Beschaffenheit, die Seiten durch ihre Textur. Das Papier hat einen eigenen Geruch, je nachdem wie alt die Ausgabe ist und woher sie kommt. Kauft man Bücher auf dem Flohmarkt oder im Antiquariat, finden sich häufig Notizen, Anmerkungen und Lesezeichen der Vorbesitzer in den gebrauchten Exemplaren. So birgt jedes Buch seine individuelle, kleine Geschichte, nebst den Worten des Autors – und die Möglichkeit, diese weiterzuführen. Indem man eigene Notizen macht, Zeilen unterstreicht oder eine Klammer setzt. Und das Buch irgendwann verschenkt, an die Person, die es gerade braucht, sucht oder verdient hat.

Die elektronischen Varianten können das nicht leisten. Mit einem eReader hat jedes Buch denselben Geruch. Es altert nie. Die Haptik ist bei jedem Werk identisch. Auf einem Tablet lassen sich schlecht Notizen mit einem Bleistift machen – und virtuelle Notizen sind einfach nicht das Gleiche. Selbst der alte Kaffeefleck, den jemand auf einer Seite hinterlassen hat, würde mir irgendwie fehlen.

Ganz abgesehen von der Tatsache, dass man mit derartigen Geräten abhängig von Elektrizität ist, ein gedrucktes Buch aber in jeder Reise- oder Lebenslage gelesen werden kann. Für mich das Hauptargument, Bücher nur in Papierform zu besitzen. Auf jede meiner zahlreichen Reisen habe ich ein oder zwei Bücher mitgenommen, und oft sind mir diese genauso bildhaft in Erinnerung wie die besuchten Weiten der Masai Mara, die Ruinen der Maya-Tempel oder die »Moai«, die stummen, steinernen Wächter der Osterinsel.

Zudem – ein gut sortiertes Bücherregal hat eine Ausstrahlung, es reflektiert die Interessen des Besitzers und erzählt seine Geschichte. Wenn ich jemanden besuche und muss warten, begutachte ich mit Freude die vorhandene Literatur. Es ist überaus erstaunlich, wie gut man Menschen anhand der Bücher einschätzen kann, die sie lesen.

In einer Zeit, in der wir permanent unter Strom stehen, das Stress-Level hoch und die Toleranzschwelle niedrig ist, bietet das Lesen eine Oase der Ruhe.

Das Buch als Gegenpol zur hektischen Außenwelt, die uns mit ihren Breaking-News leicht in den Wahnsinn

treiben kann. Die schwedische Regierung rät mittlerweile gar in TV-Spots dazu, den Nachrichtenkonsum zu reduzieren, um die mentale Gesundheit nicht nachhaltig zu gefährden. Was also entschleunigt besser als ein gutes Buch?

Daher möchte ich folgend (und in der Zukunft regelmäßig) ein paar Buchtitel empfehlen, die ich in der Vergangenheit gerne gelesen habe. Die Liste folgt keiner bestimmten Struktur, fokussiert kein spezielles Themengebiet, hofiert keiner Ideologie und berücksichtigt keine Genres – es sind schlichtweg tolle, spannende Bücher, die dabei helfen können, die reale Welt für eine Weile auszublenden, um auf neue, vielleicht konstruktivere Gedanken zu kommen.

Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins (Milan Kundera)

Die wunderbar geschriebene Geschichte von zwei unterschiedlich Liebenden in Zeiten des Prager Frühlings. Voller Tragik, Tiefe und philosophischer Nebenschauplätze. Bis heute eines meiner Lieblingsbücher, um über den Sinn des Lebens nachzudenken.

Das Focaultsche Pendel (Umberto Eco)

Fesselnder, genialer Wahnsinn. Ein großartiger Roman und absolutes Meisterwerk in Sachen postmoderndner Schreibkunst. Selbst eine kurze Zusammenfassung der Handlung würde hier zu viel Raum einnehmen – wie das Buch, nachdem man es gelesen hat.

Haben oder Sein (Erich Fromm)

Um was geht es im Leben? Wollen wir immer mehr besitzen – oder wollen wir jemand sein, idealerweise wir

selbst? Ein Klassiker der Konsumkritik seit den wilden 60ern.

Die Kunst des Liebens (Erich Fromm)

Neben »Haben oder Sein« eines der bekanntesten Werke von Fromm. Ein Plädoyer für Selbsterkenntnis und die Liebe als zentrales Lebenselixier, an Stelle marktwirtschaftlicher Ansätze in Partnerwahl und Liebesleben.

Narziß und Goldmund (Hermann Hesse)

»Hier bekommen die zwei Grundformen des schöpferischen Menschen Gestalt: der Denker und der Träumer, der Herbe und der Blühende, der Klare und der Kindliche. Beide verwandt, obwohl in allem ihr Gegenspiel, beide vereinsamt, beide von Hesse gleich gerecht in ihren Vorzügen und Schwächen erkannt, gleich exakt wiedergegeben.« (Max Herrmann-Neiße)

Kurze Antworten auf große Fragen (Stephen Hawking)

Kurzweilig, intelligent, faszinierend, weitsichtig. Mehr braucht man weder zu Buch noch Autor sagen. Unglaublich, wie leicht es Stephen Hawking immer wieder fällt, komplexe Vorgänge und Konzepte auch für »Normalsterbliche« bildhaft nachvollziehbar zu machen.

Eine kurze Geschichte von fast allem (Bill Bryson)

Das Sachbuch ist eine auf viele Anekdoten gestützte Geschichte der Entdeckungen und Entdecker in den hier betrachteten Einzelwissenschaften. Im Mittelpunkt des Buches stehen dabei die verschiedenen Persönlichkeiten und Eigenarten der Wissenschaftler, und die Hintergründe der wissenschaftlichen Arbeiten, wo

auch Plagiate und Ehrabschneidungen, Theoriebildungen und Fehleinschätzungen eine Rolle spielten. (Quelle: Wikipedia)

Aufzeichnungen eines dirty, old Man (Charles Bukowski)

Eine Sammlung seiner besten Kolumnen. Kann man lieben oder hassen, genau wie der Autor es in seinem Statement zum Buch verkündet hat – ihm war das wohl wirklich egal. Mich fasziniert diese gebrochene Gestalt nach wie vor, genauso wie das ungestüme, leidenschaftliche Schreiben des Charles Bukowski.

Erzähler der Nacht (Rafik Schami)

Ein bisschen kitschig, ja. Aber schön. »Salim, der beste Geschichtenerzähler von Damaskus, ist verstummt. Sieben seiner Freunde besuchen ihn Abend für Abend und erzählen die Schicksalsgeschichten ihres Lebens. Damit können sie Salim erlösen, denn er benötigt sieben einmalige Geschenke.« (Zitat: Hugendubel.de)

Das geheime Leben der Bäume (Peter Wohlleben)

Lehrreich und inspirierend, wie der Autor hier über das Zentrum seines Lebens schreibt – den Wald. Peter Wohlleben kennt die Bäume wie kaum ein anderer. Das Buch lässt schon den Baum im Garten in einem anderen Licht erscheinen. Ganz zu schweigen vom Wald, dessen komplexes Ökosystem man nach dieser Lektüre deutlich besser versteht.

The John Lennon Letters – (Hunter Davies)

Ein Muss für Beatles-Fans. Ziemlich teuer (ca. 140,00 EUR) aber eine Anschaffung fürs Leben. Die gesammelten Briefe von John Lennon sind nicht nur grafisch ansprechend aufgearbeitet, sie erzählen auch mehr über den Beatle und seine Band, als es ein Biograph jemals vermocht hätte.

Why we sleep: The new science of sleep and dreams (Matthew Walker)

Wer dieses Buch gelesen hat, sieht sein Schlafverhalten in einem neuen Licht. Und vermutlich mit berechtigten Bedenken, denn die meisten von uns leben was das Thema angeht mit falschen Annahmen und Überzeugungen – Matthew Walker korrigiert unsere Gedankenfehler und präsentiert in spannender Art und Weise aktuelle, faszinierende Forschungsergebnisse. Seit der Lektüre des Buches versuche ich, mir die lebenswichtigen 7-8 Stunden Schlaf pro Nacht zu gönnen. Lesen!

Digital Minimalism: Choosing a focused life in a noisy world (Cal Newport)

Wir wissen es: Die digitalen Helfer kontrollieren uns und manipulieren unser Handeln. Ihre Algorithmen kämpfen um jede Minute unserer Aufmerksamkeit, denn das ist die Ware – unsere Zeit. Wer lernen will, diese effektiver zu nutzen, sollte Cal Newports Anregungen lesen. Schon mit ein paar simplen Handgriffen minimieren wir den Einfluss, den die Digitalisierung auf uns hat und machen so Platz für das Wesentliche – unser Leben.

| Erstpublikation: 23. Februar 2021

Ab heute im Handel: wortsport & schrift-verkehr

Anmerkungen und Informationen zu meinem aktuellen Buch-Projekt.

Es ist ein erhebendes und erleichterndes Gefühl. Mein aktuelles, literarisches Projekt ist endlich im Buchhandel erhältlich. Im Sommer 2020 hatte ich aufgrund der Reduktion von Reiseaktivitäten unversehens die Zeit, dieses sehr persönliche Projekt umzusetzen. Den Plan dafür hatte ich schon viele Jahre mit mir herumgetragen.

Als Gründungsmitglied und Produzent der »Sound Survivors«, der Band, von der das Buch handelt, fand ich es schon immer bedauerlich, dass die große Anzahl herausragender Texte nur der Hörerschaft unserer Musik zur Verfügung stand – denn diese war begrenzt. Wir hatten nie den Anspruch oder das Ziel, mit unserer Musik kommerziell erfolgreich zu sein. Gängige Songstrukturen und flache, anbiedernde Inhalte waren uns zuwider. Daher blieben unsere Tapes, Schallplatten und CDs ein Untergrund-Phänomen. Es war Rap für Rapper; und selbst der Hip-Hop-Szene waren unsere lyrischen Ansätze manchmal zu verkopft und philosophisch.

Daher war ich schon immer der Auffassung, dass man diese Art von Poesie oder Pop-Lyrik, denn nichts anderes sind gute Rap-Texte, in einer anderen Form und für ein breiteres Publikum zugänglich machen sollte. Unabhängig vom Musikgeschmack. So entstand bereits 2012 die Idee, die weit über 100 Songtexte neu aufzuarbeiten

und als Fließtext mit Interpunktion in Buchform zu veröffentlichen – als Lyriksammlung.

Zunächst wollte ich die Songtexte für sich sprechen lassen, ohne weitere Erläuterungen oder ein Vorwort. Schlussendlich hielt ich es aber doch für nötig, dem poetischen Werk einige Informationen voranzustellen – einfach um sicherzugehen, dass die Lyrik auch für Leser zu erschließen ist, die noch nie mit der Hip-Hop-Kultur in Berührung kamen. Ohne jegliche Vorkenntnisse entstünden sonst eventuell Fehlinterpretationen und Missverständnisse, denen ich mit der nun etwa 120 Seiten umfassenden »Einleitung« vorbeugen wollte.

Zudem war es mir wichtig, die kreativen Prozesse, die Einflüsse und Beweggründe, die Charaktere sowie die Entwicklung der Band im Verlauf ihres 15-jährigen Bestehens wenigstens fragmentarisch zu beleuchten. Ich denke, dass dies signifikant dazu beiträgt, die entstandene Poesie besser einzuordnen. Zudem erwuchs aus unserer gemeinsamen Vergangenheit eine spannende, turbulente und ereignisreiche Geschichte, die ich während der Arbeit an diesem Projekt nochmals Revue passieren lassen konnte.

Beim Schreiben habe ich mir gewisse, künstlerische Freiheiten eingeräumt, zum Beispiel in Bezug auf die Zeichensetzung oder was die Anwendung der verschiedenen Rechtschreibreformen betrifft. Grundsätzlich folgt das Buch den gängigen Normierungen. An gewissen Stellen bin ich jedoch meinem subjektiven Empfinden hinsichtlich des Leseflusses und persönlichen, ästhetischen Gesichtspunkten gefolgt, anstatt den offiziellen Regelungen. In der Dichtung ist dies gang

und gäbe. Daher sah ich keinen driftigen Grund, mir nicht auch im übrigen Teil des Buches entsprechenden, kreativen Spielraum im Umgang mit dem Instrument Sprache zu gewähren.

Das Buch bleibt in Teilen natürlich an der Oberfläche und schneidet Themen eher an, als diese in der Tiefe zu analysieren. Ich hatte weder den Anspruch, ein wissenschaftliches Sachbuch über die Hip-Hop-Kultur zu schreiben, noch den Plan, eine lückenlose Geschichte der Band und ihrer Mitglieder zu liefern. Dies hätte deutlich mehr als 344 Seiten bedurft. Für mich stand die erschaffene Lyrik im Vordergrund – und die nimmt bereits knapp 200 Seiten ein. Aus diesem Grund habe ich zum Beispiel auf Quellenangaben verzichtet und eine gewisse Unschärfe hinsichtlich aktueller Ereignisse in Kauf genommen, welche im Buch thematisiert werden.

Im Besonderen trifft dies auf die dramatischen, sozioökonomischen Entwicklungen der vergangenen zwölf Monate zu, die ich im Buch versucht habe, aus Sicht der Band zu kommentieren. Deutlich wird dies am Beispiel der Corona-Pandemie. Als ich das Manuskript fertiggestellt hatte, war die Letalität von COVID-19 statistisch häufig mit ca. 1% kommuniziert worden. Im Verlauf der folgenden Monate stellte sich aber heraus, dass diese mit zuletzt 0,23% tatsächlich deutlich niedriger war. Derartige Entwicklungen konnte ich vor dem finalen Lektorat nur noch bedingt adressieren und inhaltlich anpassen. Daher möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass sich solche Angaben in der Mehrzahl auf den Zeitraum Sommer bis Spätsommer 2020 beziehen und nicht den letzten Stand der Erkenntnisse darstellen können. Es ist nun mal ein Buch, keine Tageszeitung.

Und ja, das Werk ist subjektiv, offensiv, teils subversiv, provozierend und wertend. Denn Kunst darf das. Sie muss es sogar, wenn sie uns den Spiegel vorhalten soll. Kunst absorbiert die Auswüchse, Abarten und Untaten der Gesellschaft, um sie abstrahiert und ergebnisoffen wieder auszuspucken. Was der Rezipient daraus macht, geht sie nichts mehr an. Der Künstler übergibt sein Werk der Gegenwart – und verlässt den Moment in Richtung Zukunft. Das gilt für jeden Text, jedes Bild, jeden Song und jeden Film.

Heute erlebe ich diesen Moment wieder einmal. Das Buch gehört nun nicht mehr mir allein, sondern ist in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen. Insgesamt bin ich zufrieden mit dem Ergebnis und hoffe, dass es vielen Menschen Freude bereitet. Ich bin überzeugt, die einzigartigen, poetischen Kreationen der »Sound Survivors« werden die Zeit überdauern. Sie haben das Potential zum Nachdenken anzuregen. Sie stiften Unruhe, provozieren und animieren. Sie können inspirieren und dazu ermutigen, sich selbst zu verwirklichen – egal wie widrig die Umstände sein mögen.

Als Band hatten wir immer das Ziel, etwas Zeitloses zu erschaffen. Ein Werk, das Menschen aller Altersgruppen, Glaubensrichtungen und Ethnien ansprechen und verbinden kann. Ich denke, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass wir dieses Ziel erreicht haben.

Viele der Texte passen besser in die heutige Zeit, als wir es uns zu träumen gewagt hätten. Songs wie »Weltkrieg V3.0«, »Blinded People«, »Children« oder »Free« thematisierten bereits vor über einer Dekade die drohenden Finanzkrisen, heraufziehende, internationale Konflikte,

soziale Verwerfungen, technologisch disruptive Innovationen, totale Überwachung und potenzielle Pandemien. Im Rückblick wirkt manch eine Zeile fast prophetisch. Auch wenn wir es vorziehen würden, die eine oder andere Vorhersage hätte sich nicht bewahrheitet.

Am Ende obliegt es jetzt dem Publikum, das Werk zu deuten und zu interpretieren. Das macht doch gerade den Reiz an Kunst aus. Dass sie dem Leser, Hörer oder Betrachter den Raum gibt, seine eigene Geschichte in ihrer Gegenwart neu zu erfahren, um seine individuellen Emotionen mit dem Werk in Beziehung zu setzen.

Ich würde mir wünschen, dass mein kleines Buch-Projekt dies leisten kann, auch wenn es sicher nicht perfekt ist – denn das ist Kunst nie. Man lässt nur irgendwann los und beginnt etwas Neues.

| Erstpublikation: 23. Februar 2021

Wege entstehen da, wo man sie geht

Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die Weltanschauung der Leute, welche die Welt nicht angeschaut haben (Alexander von Humboldt)

Das Ziel, die Welt zu bereisen, oder wenigstens einen Jahresurlaub im Ausland verbringen zu können, ist durch die Pandemie für viele in weite Ferne gerückt. Entweder aus finanziellen Gründen, aufgrund der Logistik und Einschränkungen, oder weil sie es für leichtsinnig, unangebracht oder unsolidarisch halten.

Reisewarnungen seitens offizieller Stellen sowie der allgemeine Krisen-Kanon in den Leitmedien machen den meisten Menschen schon die Lust am Reisen zunichte. Auch Zusatzkosten für PCR-Tests, Quarantäne-Auflagen oder das Risiko, plötzlich in einem Corona-Krisengebiet gestrandet zu sein, schrecken viele ab. Obwohl der Großteil der Bevölkerung nach einem Jahr Lockdown und Ausnahmezustand sicher dringend einen Tapetenwechsel nötig hätte.

Muss man diese Einschränkungen der Reisefreiheit als gegeben betrachten? Kann man überhaupt normal eine Reise planen und buchen? Wie sehen die Flugpläne, Flughäfen und Vielflieger-Lounges derzeit aus? Wie fühlt sich das Reisen während der Corona-Pandemie an? Und birgt es wirklich gesundheitliche Risiken für den Reisenden, die Anbieter oder die Gesellschaft an sich?

Diese Fragen werde ich 2021 im Rahmen verschiedener Reisen versuchen zu beantworten. Nach primär europäischen Reisezielen im vergangenen Jahr, rücken nun interkontinentale Destinationen in den Fokus. Die erste in diesem Jahr ist Mexiko. Ein Reisebericht.

Vorbereitung und Buchung:

Die Flugbuchung bei SWISS vor einigen Tagen war in zehn Minuten erledigt. Bis auf einige Hygiene-Hinweise auf der Webseite ist Corona nicht wirklich ein Thema bei der Online-Buchung. Auch die Mitarbeiterin im Service-Center der Airline verliert darüber kein Wort, als ich das Reiseziel kurz darauf von Stockholm nach Mexiko verlagere und auch die Buchungsklasse ändere - das ist nach fünf Minuten inklusive Sitzplatzreservierung erledigt. Als ich auflege, habe ich bereits die neuen eTix per E-Mail erhalten. Manchmal funktionieren Prozesse einfach. Einen ähnlich effizienten, kundenfreundlichen Telefon-Service sucht man bei anderen Airlines oft vergeblich. Als langjähriger Status-Kunde der Lufthansa war die Enttäuschung mein vorherrschendes Gefühl, wenn ich in Kontakt mit Hotlines und Service-Centern stand.

Einige Tage vor Abflug gilt es dann, die aktuellen Einreisebestimmungen der Ziel-Destination zu prüfen. Für Mexiko genügt das Ausfüllen einer Selbstauskunft, mit der man bestätigt, keine Krankheitssymptome zu haben. Es ist kein PCR-Test zur Einreise nötig. Für die Einreise in die Schweiz per Flugzeug muss man sich wiederum seit Ende Februar 2021 zusätzlich online registrieren und erhält per E-Mail einen QR-Code auf das Smartphone. Dieser ist während der Reise mitzuführen und auf Verlangen dem Zoll vorzuweisen. Neben Basisangaben zur Person werden Flugnummer und Sitzplatz abgefragt.

Zudem wird bei Einreise in die Schweiz auf dem Luftweg ein PCR-Test verlangt, egal ob man aus einem Hochrisikogebiet kommt oder nicht. Ist man aber vor Abflug zeitlich nicht in der Lage, diesen Test durchführen zu lassen, besteht die Option, eine knappe Selbstdeklaration auszufüllen und diese beim Check-in oder Boarding vorzulegen. Ein Test kann dann ggf. nach Ankunft in der Schweiz durchgeführt werden. Beachtet man diese Vorgaben und organisiert sich rechtzeitig, ist die Logistik also überschaubar. In Sachen Datenschutz sind hier aber durchaus Bedenken angebracht. Der Reisende übermittelt deutlich mehr Informationen als zuvor und es ist unklar, wie diese verwendet werden.

Ärgerlich hinsichtlich der Ausreise aus der Schweiz auf dem Luftweg ist die Tatsache, dass man einen negativen Covid-19-Test vorlegen muss, um den Flughafen in Zürich überhaupt betreten zu dürfen. Das wird am Eingang des Terminals zwar nicht kontrolliert, kann aber bei Stichproben und Nichtbeachtung hohe Bußgelder zur Folge haben. So zumindest die Angaben auf der Webseite der Flughafengesellschaft. Zudem macht der Prozess eigentlich keinen Sinn, wenn sonst Hygiene-Regeln am ohnehin menschenleeren Flughafen eingehalten werden und das Zielland gar keinen Test zur Einreise fordert.

Wer geschäftlich reist, ist von einigen Regeln ausgenommen. Test- und Quarantäne-Pflicht entfallen zum Teil. Von daher lohnt sich eine exakte Prüfung aller Verordnungen und Ausnahmeregelungen im Vorfeld. Insgesamt ist der zusätzliche Zeitaufwand für Recherche und Dokumentation vertretbar und mit ca. zwei Stunden zu beziffern.

Zu den eigentlichen Reisekosten kommen pro Flug nochmals 80,00 CHF pro Person für einen Corona-Schnelltest hinzu. Für einen PCR-Test ca. 250,00 CHF pro Person. Das müsste nicht sein, da die Aussagekraft dieser Tests ohnehin fragwürdig ist, und ist im Vergleich zum eigentlichen Flugpreis natürlich zu teuer.

Flughafen, Check-in, Boarding und Hinflug:

Der Flughafen Zürich war leer. Kaum ein Geschäft war geöffnet und von den diversen Lounges war nur eine in Betrieb. Diese aber insgesamt recht normal. Es gab Essen, Getränke und der Raucherbereich war geöffnet. Die Anzeigetafeln in der Abflughalle wiesen nur eine Handvoll Flüge für den Tag aus. Bei Normalbetrieb sind die drei Spalten der riesigen Displays schon mit den Abflügen für die nächsten 4-8 Stunden voll. Der Check-in ging folglich zügig, außer uns war niemand am Schalter. Und trotz mehrfachem elektronischen Hinweis auf das zwingende Vorweisen eines negativen COVID-Tests für das Boarding der Maschine bereits in Zürich, wollte vor dem Abflug niemand unser Testergebnis sehen. Vielleicht, weil am Zielort Mexiko kein Test zur Einreise gefordert wird. Der Test war so jedenfalls keine Voraussetzung für das Besteigen des Flugzeugs in der Schweiz. Und die Corona-Verordnung wirkt in diesem Punkt mehr als widersprüchlich.

Der Flug verlief dann insgesamt recht angenehm und normal. Bis auf die Maskenpflicht und eine reduzierte Auswahl an Speisen war von der Pandemie wenig zu spüren. Da man die Maske während dem Verzehr von Speisen und Getränken abnehmen darf, sitzt man in der Business Class recht lange ohne diese auf seinem Platz. Mit konstanter Nachbestellung von Getränken, Snacks und Süßigkeiten lässt sich prinzipiell fast der gesamte

Flug maskenlos gestalten. Den Sinn solcher Maßnahmen hinterfragt man am Ende besser nicht. Sinn machen sie keine, hätten wir es hier mit einem wirklich extrem letalen Feind zu tun.

Die langatmigen Sicherheitsdurchsagen der Airline wurden um infantil erscheinende Corona-Informationen erweitert. Damit ziehen sich die meines Erachtens recht sinnfreien Ansagen vor dem Start leider noch mehr in die Länge, als dies ohnehin schon der Fall ist. Im Falle einer Notwasserung im Meer oder eines Absturzes über Land herrscht entweder Panik und niemand hält sich an die Vorgaben, oder es sterben ohnehin alle Passagiere, weil das Flugzeug zerschellt, sinkt, in Feuer aufgeht oder explodiert. Notlandungen bei technischen Defekten in niedriger Flughöhe klappen zwar häufig, eine ernsthafte Katastrophe auf Reiseflughöhe, über dem Meer oder direkt nach dem Start endet jedoch meistens fatal. Wenn man einen Airliner betritt, gibt man die Verantwortung für sein Leben an der Eingangsluke ab und verlässt sich auf den Piloten und die Technik. Einer älteren Dame, die permanent Zweifel artikulierte und Fragen zu den Sicherheitshinweisen stellte, entgegnete eine entnervte Flugbegleiterin einst:

»Gute Frau, wenn hier an Bord eine dieser Notlagen eintritt, dann sterben wir alle. Hören Sie jetzt bitte einfach auf, sich Gedanken darum zu machen und hoffen Sie auf das Beste.«

Rundreise Yukatàn und Alltagserfahrungen:

Nach Abholung des Mietwagens am Flughafen machten wir uns noch am späten Abend eigenständig auf den Weg. Wir besuchten in den folgenden Tagen bekannte Touristenorte wie Cancun und Playa del Carmen, reisten per Fähre nach Holbox und fuhren über Chichen Itza und

Valladolid bis nach Tulum. Wir besuchten diverse archäologische Stätten, schwammen in den Cenotes, den unterirdischen Wasserreservoirs der Ureinwohner, gingen zum Hinterhof-Barbier, kauften lokal ein, aßen in diversen Restaurants und tranken Cocktails am Strand. Wir sprachen in den Städten und auf dem Land mit vielen Einheimischen über die Pandemie und versuchten, uns ein möglichst umfassendes Bild der Lage vor Ort zu machen.

Auch mit anderen Reisenden kamen wir ins Gespräch. Diese stammten mehrheitlich aus den USA, Deutschland und der Schweiz. Bis auf die noch bestehende Maskenpflicht ist von Corona in Mexiko kaum etwas zu spüren. Natürlich gibt es in den Ballungszentren und an touristisch aktiven Orten Hygiene-Konzepte und Desinfektionsmittel, allerdings scheinen die Menschen vor Ort keine Panik zu verspüren, wie es in Europa der Fall ist. All unsere Gesprächspartner ordneten Corona als mittlere bis schwere Grippe-Welle ein und gaben an, dass die Sterblichkeit von ca. 0,2 Prozent bis 0,3 Prozent ihrer Ansicht nach keine existentielle Bedrohung für die breite Bevölkerung darstellt.

Die Maßnahmen und das Marketing um die Pandemie hielten alle Mexikaner für politisch motiviert und durchschaubar. Sie gaben an, dass sich die Angst vor dem Virus etwa drei Monate nach Ausrufung der Pandemie gelegt habe - als die Bevölkerung im eigenen Umfeld beobachten konnte, wie sich die Krankheit tatsächlich auswirkte.

Das Vertrauen in Regierung und Staat ist in Mexiko allgemein eher gering, wie in vielen südamerikanischen Ländern. Daher hat die Bevölkerung die offiziellen Warnungen nur so lange ernst genommen und sich in Angst

versetzen lassen, wie ihr die Möglichkeit zur eigenen Verifizierung des Narratives fehlte. Obwohl mediale Darstellung, Gesundheitspropaganda, Kontrollen und Panikmache ähnlich strukturiert sind wie in Europa, wirken sie bei den Mexikanern nicht vergleichbar. Neben einem allgemeinen Misstrauen gegenüber der staatlichen Autorität sind auch die Besiedlungsstruktur, die soziale Situation sowie die Armut entscheidende Faktoren für einen anderen Umgang mit der Situation. Während gerade auf dem Land viele Menschen kaum einen schnellen Zugang zu Medien und aktueller Information haben, nutzen andere diesen Weg in urbanen Gebieten, um sich selbst ein Bild der jeweils aktuellen Lage zu machen.

Familie, Freundschaft und lokale Netzwerke haben in der südamerikanischen Kultur einen deutlich höheren Stellenwert als bei uns. Die Erfahrungen und Informationen aus diesem direkten Umfeld definieren die Realität der Menschen in Bezug auf eine solche Krise - nicht der ÖRR, Privatfernsehen, soziale Medien oder die subjektive Blase der isolierten, digitalen Wahrnehmung. Es scheint eine gewisse Immunität gegen staatlich-mediale Indoktrination zu herrschen. Je weniger Zugang zu Propaganda die Menschen hatten desto normaler lebten sie ihr Leben - und zwar ohne wie die Fliegen zu sterben. Und das sprach sich herum.

Der Umgang mit den Menschen vor Ort war wie bei meinen vorherigen Reisen nach Mexiko immer freundlich, offen und herzlich. Essen und Feiern gab es in großen Gruppen, beim Abschied reichte man sich die Hand und benahm sich wie immer. Maskenpflicht herrschte primär für das Personal in Hotels und Gastronomie. Unter den ausländischen Gästen trugen vor allem europäische Pauschal-Touristen den Mund-Nasen-Schutz. Einheimische

und die meisten individuell Reisenden legten wenig Wert darauf. Corona-Kontrollen haben wir in den gut gefüllten Bars, Clubs und Restaurants nicht wahrgenommen.

Eine Kontaktsperre wie zum Beispiel in Deutschland ließ sich in Mexiko nie durchsetzen. Zwar hatten Gewerbe, Hotels und Tourismus im Jahr 2020 für einige Monate geschlossen, was ebenfalls eine große Anzahl von Insolvenzen von kleinen Betrieben und eine Verschlimmerung der Armut im Land beförderte, private Kontakte unter den Menschen konnte die Regierung aber nie unterbinden. Derartige Beschränkungen ließen sich in diesem Land auch gar nicht umfassend kontrollieren. So fühlt man auch im Alltag wenig Zurückhaltung im sozialen Umgang - an Verordnungen wie die Maskenpflicht halten sich die Menschen, um Geldstrafen zu umgehen. Die gibt es bei Kontrollen seitens der Regierung in öffentlich zugänglichen Einrichtungen natürlich auch, nur finden diese selten statt und werden nach unseren Beobachtungen fair und individuell gehandhabt was die lokale Umsetzung angeht. Abseits der Kontrollen fallen die Masken gerne, und auch sonst wirkt das Tragen des »MNS« eher wie ein Alibi.

Insgesamt fühlte sich das Leben in Mexiko sehr normal an. Alles ist geöffnet und die Menschen erscheinen weder ängstlich noch zurückhaltend. Es tat gut, eine auf sozialer Ebene lebendige Gesellschaft zu spüren. Das ist uns in Europa durch Corona total abhanden gekommen - und es ist in Anbetracht der entstandenen, sozialen Gräben in den Ländern der DACH-Region mehr als unklar, ob wir diesen lebhaften Zustand wieder erreichen werden.

Rückflug, Einreise in die Schweiz:

Für die Einreise in die Schweiz auf dem Luftweg ist seit Ende Februar 2021 ein negativer PCR-Test Pflicht. Dieser ist gemäß Informationen des Bundesamtes für Gesundheit (bag.ch) bereits beim Check-in am Abflugort vorzuweisen. Egal, ob man aus einem aus Sicht der Schweiz definierten Risikogebiet einreist oder nicht. Andernfalls ist es der Airline nicht gestattet, den entsprechenden Passagier an Bord des Flugzeuges zu lassen. Obwohl Mexiko derzeit nicht auf der Schweizer Liste der Hochrisikogebiete geführt ist, waren wir also verpflichtet, einen solchen Test am Check-in Schalter in Mexiko vorzulegen. Wenn man aus einem Risikogebiet einreist, sind zusätzlich zehn Tage Quarantäne einzuhalten - und scheinbar wird diese von den Behörden in der Schweiz auch recht sorgfältig kontrolliert. Unser ausgedrucktes, negatives Testergebnis von einem Labor in Tulum hatten wir leider auf dem Weg zu Flughafen verloren. Die E-Mail des Labors hatten wir noch nicht erhalten. Somit galt es beim Check-in, auf eine Ausnahme in der Corona-Verordnung der Schweiz zu verweisen, um an Ende an Bord des Airbus A-340 gehen zu können.

Es gibt eine ganze Reihe von Ausnahmen von der Test- und Quarantäne-Pflicht. Unter anderem natürlich für Diplomaten und aus gesundheitlichen Gründen. Ist man Staatsbürger der Schweiz oder hat einen gültigen Aufenthaltstitel, bietet sich noch eine weitere Option. Mit dem Ausfüllen einer sogenannten Selbstdeklaration bescheinigt man auf einer DIN-A-4 Seite den Zollbehörden, dass man aus näher zu erläuternden Gründen nicht in der Lage war, vor dem Abflug einen Corona-Test durchführen zu lassen. Gründe hierfür können zeitlicher oder organisatorischer Art sein und sollen auf dem

Formblatt kurz beschrieben werden - nachgeprüft werden die Angaben nicht. Ist man in der Schweiz angekommen, soll binnen 72 Stunden ein Nachtest vorgelegt werden. Dies geschieht in Eigenverantwortung des Reisenden und wird bei der Einreise am Zoll nicht systematisch abgefragt. Vornehmlich war diese Passage der Einreise-Verordnung wohl gedacht, um gestrandete Schweizer auch ohne COVID-Test rasch aus dem Ausland in die Heimat zu transportieren. Nicht wenige Reisende dürften sich diese Regelung jedoch auch zu Nutze machen, um Test-Kosten einzusparen.

Dieser erste interkontinentale Trip des Jahres zeigt, dass Reisen auch während der Corona-Pandemie möglich, leicht und bereichernd sein kann. Aus meiner Sicht bestand zu keiner Zeit ein höheres Risiko sich mit einer gefährlichen Krankheit zu infizieren als bei meinen vorherigen Ausflügen in die Welt. In den vergangenen zehn Jahren habe ich mehrere hundert Flüge in verschiedenste Regionen absolviert. Auch in solche, in denen Ebola, Malaria, Gelbfieber, Unruhen, Gewalt oder andere Bedrohungen lauern, und auch mit Corona hat sich nichts an der Tatsache geändert, dass Leben immer ein Risiko darstellt. Vor allem, wenn man er-leben, er-fahren, dokumentieren und bewahren will, was dieser faszinierende Planet zu bieten hat.

Der Mensch sollte sich von absurden und verwirrenden Regelungen nicht davon abhalten lassen, die Welt anzuschauen. Nur so erkennt er wirklich, was es zu bewahren gilt. Bürokratie kann man überwinden, im Gegensatz zu Wissenslücken und einem Ozean der Hoffnungslosigkeit. Erst in der Fremde finden viele Menschen ihre innere Heimat, wie in Jack London’s Klassiker »Ruf der Wildnis«. Dass der Massentourismus ein Umweltproblem darstellt, ist mir natürlich bewusst. Das ist aber eine

anderen Diskussion. Hier geht es um Freiheit und die Erkenntnis, dass wir eine Einheit sind, eine Menschheit - egal welcher Hautfarbe, Religion oder politischer Überzeugung. Reisen und Austausch mit anderen Kulturen bringen uns als Spezies zusammen und helfen uns, einander zu verstehen. Das sollte nicht erschwert, sondern gefördert werden, wenn unseren Autoritäten etwas am Menschen liegt. Leider scheint das Gegenteil der Fall zu sein, verfolgt man die Pläne bezüglich digitaler Impfnachweise und Traveller-Apps, die eine massive Bedrohung für das Grundrecht auf Reisefreiheit darstellen - denn diese darf nicht an invasive Bedingungen gekoppelt sein.

»Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.« (Jean Jacques Rousseau)

| Erstpublikation: 15. März 2021

Digitaler Impfpass: Beweislastumkehr für das Solidaritätsprinzip

Der Gesetzesentwurf der EU vom 17.03.2021 zur Einführung eines digitalen Impfpasses stellt grundlegende Werte der Sozialpolitik aufgeklärter Gesellschaften in Frage.

Er wird kommen, voraussichtlich bereits im Juni diesen Jahres. Der EU-weite, digitale Impfpass. Er gilt offiziell als wichtiges Instrument in der Pandemiebekämpfung und soll dabei helfen, den Sommerurlaub 2021 zu retten. Die Gesetzesvorlage wirft jedoch, wie die Impfkampagne selbst, zunächst eine Vielzahl logistischer, rechtlicher und soziopolitischer Fragen auf:

- Schützen die Impfungen garantiert vor einer Übertragung des Virus? Noch ist das nicht sichergestellt. Nur so würde das Konzept aber überhaupt Sinn machen.
- Wie soll ein digitaler Impfpass mit QR-Codes eingeführt werden, wenn nicht jeder die Möglichkeit oder den Willen hat, ein entsprechendes Endgerät oder die App zu nutzen?
- Wie kann die Impfung generelle Bedingung für die gesetzlich garantierte Reisefreiheit sein, wenn bisher nur geringe Teile der Bevölkerung Zugang zur Impfung haben?
- Welche Daten wird das digitale Zertifikat enthalten und wozu wird es den Inhaber berechtigen? Wird es zeitgleich in allen EU-Staaten eingeführt?

- Ist der elektronische Impfnachweis Voraussetzung für die Aus- oder Einreise auch mit dem PKW und wo wird er bei Flügen kontrolliert, bereits am Check-in oder beim Zoll?
- Gilt er bald auch interkontinental?
- Wie oft muss die Impfung künftig aufgefrischt werden, damit die App den Status »Immun« bescheinigt und das Reisen ermöglicht?
- Wird neben dem Reisen bald auch der Zugang zum Berufsleben, zu Konzerten, öffentlichen Einrichtungen oder dem Konsumgütermarkt an solch einen Nachweis gekoppelt sein? Markus Söder spricht bereits öffentlich davon.
- Wie ist sichergestellt, dass der Datenschutz bei Einführung eines solchen Tools in ausreichender Form gewährleistet wird?
- Wer wird die Daten des Zertifikats einsehen können und wie sind diese vernetzt?
- Wie ist mit jenen Menschen zu verfahren, die noch keinen Zugang zur Impfung hatten oder diese wegen möglicher Risiken oder aus gesundheitlichen Gründen ablehnen?
- Wieso benötigen wir überhaupt überstürzte Massenimpfungen für eine Krankheit, die nur ein Fragment der Gesellschaft ernsthaft bedroht und deren Fallsterblichkeitsrate um 0,23% rangiert? Wäre gezielter Schutz der Hochrisikogruppen nicht logischer?
- Stellt ein solcher Impfpass nicht eine verdeckte Impfpflicht dar, die Ungeimpften den Zugang und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Teilen verwehrt und damit fundamentale Prinzipien aufgeklärter Gesellschaften sowie die im Grundgesetz verankerte Reisefreiheit in Frage stellt?

- Wollen wir eine endgültig zerrissene Gesellschaft entstehen lassen, in der Ungeimpfte als Menschen zweiter Klasse behandelt und sozial stigmatisiert werden?
- Kennzeichnen wir diese Menschen in der Zukunft systematisch? Oder die Geimpften?
- Haben das Solidarprinzip und der Ansatz des eigenverantwortlichen Lebens ausgedient, wenn Menschen künftig die Risikobewertung für ihre Existenz einer »höheren Instanz« oder einem Zentralorgan übertragen?
- Betrachtet die Riege der Entscheider die Werte der Aufklärung als überholt, wenn sich politische Grundsatzentscheidungen nicht mehr maßgeblich an diesen orientieren, wie es in einer offenen, aufgeklärten, inklusiven Demokratie der Fall sein sollte?

Aus philosophischer, moralischer und ethischer Perspektive sind vor allem die vier letzten Fragen interessant. Definiert die jeweilige Antwort doch, in was für einer Gesellschaftsform wir zukünftig als Bürger einer »EU-Demokratie« zusammenleben werden. Verstärkter Kooperatismus mit autoritären, zentralistischen Zügen und eingeschränkten Bürgerrechten dürfte nur für eine Minderheit der Menschen langfristig attraktiv sein.

»Durch Vernunft, nicht durch Gewalt, soll man Menschen zur Wahrheit führen.« (Denis Diderot)

Grundlegendstes Prinzip der Sozialpolitik, wie wir sie bisher verstanden haben, ist das Solidaritätsprinzip. Dieses bezieht sich nicht nur auf die Sozialversicherung, sondern auch auf das gesellschaftliche Miteinander und Selbstverständnis.

»*Das Solidaritätsprinzip beschreibt die Solidarität als grundlegendes Prinzip der Sozialversicherung. Dies bedeutet, dass ein Bürger nicht allein für sich verantwortlich ist, sondern sich die Mitglieder einer definierten Solidargemeinschaft gegenseitig Hilfe und Unterstützung gewähren.*« (Wikipedia)

In Bezug auf das Gesundheitswesen implizierte dieses Prinzip bisher auch, dass Menschen, die an einer ansteckenden Krankheit leiden, selbst dafür Sorge tragen, dass sie andere nicht infizieren. Das galt als solidarisch. Sprich, wer eine Grippe hatte, der blieb zu Hause und kurierte sich aus. Bis er nicht mehr ansteckend war. Wer Malaria eingeschleppt hatte, rief das Gesundheitsamt an. Und wer plante in ein Land zu reisen, in dem er Gefahr liefe, sich mit Gelbfieber oder ähnlichem zu infizieren, ließ sich freiwillig impfen – wenn er das Risiko minimieren wollte.

Wer sich in der Abwägung von potenziellen Nebenwirkungen gegen die Vorsorge entschied, konnte sich trotzdem frei bewegen und ausreisen. Es galt der Grundsatz des eigenverantwortlichen Handelns. Und auch wenn die Gelbfieberimpfung zum Beispiel für manch südamerikanisches Land verpflichtend vor der Einreise ist, wurde dies auf meinen zahlreichen Trips in die verschiedenen Länder der Region nie kontrolliert. Ich war zwar geimpft, die Risikobewertung oblag aber am Ende mir, weswegen sich vielleicht auch niemand von offizieller Seite dafür interessiert hat.

Mit dem digitalen Impfpass verändert sich die Definition des Solidaritätsprinzips jetzt signifikant. Es wird quasi ad absurdum geführt. Anstatt dem Einzelnen die Risikobewertung für sein Leben zuzugestehen, ihm Eigenverantwortung und Autonomie innerhalb seiner Solidarge-

meinschaft zu garantieren, entscheiden nun Politik und Wirtschaft im Namen der Solidargemeinschaft zentral, was dem Wohle des Einzelnen dienlich und damit zu verantworten und solidarisch ist. Eine Umkehr der »Beweislast«, bei der nicht mehr gezielt der kranke Mensch behandelt und ggf. isoliert wird, sondern zunächst jeder unter Generalverdacht steht und seine Unschuld (oder Gesundheit) nachweisen muss, um frei zu sein. Die Grundlage für derartige Entscheidungen liefert auch nicht mehr der Wählerwille, sondern die Wissenschaft. Eine außerparlamentarische Priesterkaste der Neuzeit – die in Zeiten des fortgeschrittenen Kooperatismus kaum unabhängig sein kann. Die ungesunden, finanziellen Verflechtungen von Politik und Pharmaindustrie wurden gerade in den letzten Wochen wieder deutlich sichtbar.

Wer in unserem System davon überzeugt ist, dass die Pharmaindustrie am Wohle des Menschen interessiert ist, der müsste auch glauben, dass die Rüstungsindustrie auf den Weltfrieden hinarbeitet.

Schlussendlich geht es wie immer um Macht und Geld. Und finanzielle Interessen gehen selten mit moralischem, ethischen oder solidarischem Handeln einher. Impfungen, vor allem in kurz aufeinander folgenden Zyklen, sind ein Milliardenmarkt. Warum sollte es da anders sein? Moral und Solidarität sind gesundheitspolitisch irrelevant.

Die »Grundwertekommission« der SPD, die in der Regierung heute mitverantwortlich für die desaströse Corona-Politik ist, schreibt in einem umfangreichen Papier zum Thema Solidarität noch im Februar 2019:

»Demokratie will und braucht Freiheit, Offenheit, Verständigung und die Kooperation der Bürgerschaft. Und

diese verlangte Sicherheit – materiell-soziale, ebenso wie ideell-psychische, vor allem die Anerkennung des Wertes und der Würde jedes Einzelnen. Diese lässt sich weder polizeilich-militärisch noch kollektiv-politisch erzwingen. Sicherheit gelingt letztlich nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger zu Staat und Politik eine grundsätzlich positive Haltung einnehmen, wenn sie die kommunale, nationale und europäische, aber möglichst auch unsere globale Politik als legitim ansehen. Das wiederum verlangt, dass sie daran teilhaben können. Und dass sie sich dabei prinzipiell miteinander verbunden fühlen, dass sie bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen, füreinander einzustehen. Identifikation durch Partizipation! Ohne Solidarität gibt es weder Sicherheit noch Freiheit. Wo diese Einsicht verloren geht, entstehen im Großen Brüche, Krisen, Unruhen, Gewalt in der Gesellschaft und im Kleinen Kälte, Rücksichtslosigkeit, Angst und Egoismus. Wenn jeder nur an sich denkt, ist eben nicht an alle gedacht.«

Das würde wohl jeder Demokrat so unterschreiben. Auch wenn von Partizipation in unserem System nicht mehr wirklich die Rede sein kann und die SPD selbst sich für kaum eines ihrer hehren Ziele merklich einsetzt. Was nötig wäre, um tatsächlich Partizipation herzustellen, sind starke Elemente direkter Demokratie in Deutschland, seinen Nachbarländern und der gesamten EU.

Zudem sind derartige Phrasen beliebig auslegbar, interpretierbar, umdeutbar – und damit bedauernswerterweise immer öfter Begründung für antidemokratische Vorhaben. Vor allem Formulierungen zu Solidarität werden in pervertierter Form mittlerweile häufig in der Argumentation für autoritäre Vorhaben wie Lockdowns, einen obligatorischen Impfpass oder eine direkte Impf-

pflicht ins Feld geführt. Der öffentliche Diskurs ist im Prozess, Sprache umzudeuten und stehende Begriffe wie Solidarität mit neuen Werten zu besetzen. Die amtliche Corona-Kommunikation scheint genau das zu unterstützen, anstatt diesen bedenklichen Entwicklungen ausgewogen, vermittelnd und bildend entgegenzuwirken.

Unter anderem deswegen erscheint der Vorwurf des Egoismus in Richtung der Impf-Skeptiker für Impf-Dogmatiker in der Schlussfolgerung logisch. Für sie ist es so auch moralisch akzeptabel, Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen (oder können), zu Menschen zweiter Klasse in unserer Gesellschaftsordnung zu machen. Weil diese sich selbst entscheiden können. Für die Außenseiterrolle – oder die Außenseiterrolle.

Ist es egoistisch, die COVID-19 Impfung abzulehnen? Gefährdet man durch diese Ablehnung die Gesellschaft an sich und ist damit unsolidarisch im Sinne des bisherigen Solidaritätsprinzips? Darf dieses mutmaßlich unsolidarische Verhalten als Begründung für einen Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben herangezogen werden? Die Antwort muss in Anbetracht des tatsächlichen Risikos, das Corona für die Gesamtbevölkerung darstellt, ganz sicher lauten: Nein. Das ist absurd – und ein fataler Irrglaube der Pandemie.

In der Konsequenz bedeutet diese Feststellung, dass ein verpflichtender, digitaler Impfpass ein in sich unsolidarisches, autoritäres oder gar totalitäres Konzept und Werkzeug ist. Er wird die Bevölkerung an einer weiteren Sollbruchstelle spalten und verstößt gegen grundlegende, sozialpolitische Überzeugungen und Basiswerte aufgeklärter Gesellschaften; nach welchen wir in den westlichen Demokratien in den vergangenen Jahrzehn-

ten versucht haben, unser soziales Zusammenleben zu gestalten.

Der Impfpass fördert die »Beweislastumkehr« für das Solidaritätsprinzip und fordert Konformismus.

Nur wer sich künftig dem geimpften, solidarischen Teil der Gesellschaft anschließt, handelt solidarisch. Wer mitmacht, findet Beifall. Wer aber die Risikobewertung für sein Leben nach bisherigem, philosophischem Verständnis des aufgeklärten Menschen selbst übernehmen will, gilt als Egoist und handelt asozial. Unsolidarisch. Egoistisch. Wer nicht Teil des Clubs, des guten Teams ist – der bleibt draußen. Ungeimpfte kaufen hier nicht ein!

Dieser Linie folgend sind für die Befürworter eines verpflichtenden Impfpasses Privilegien oder Vorteile für Geimpfte ethisch, moralisch und rechtlich mit der demokratischen Idee vereinbar. Und damit einhergehend auch Nachteile und Aberkennung von Grundrechten für Nichtgeimpfte. Damit werden in Stein gemeißelte Grundrechte tatsächlich zu Privilegien, die feudal und temporär gewährt werden. Das steht unserer humanistisch geprägten Definition moderner Rechtsauslegung diametral entgegen. Sich für den Erhalt und die Einhaltung des Grundgesetzes einzusetzen, hat in diesem Kontext nichts mit Egoismus oder Nationalismus zu tun, sondern im Gegenteil mit humanistisch-moralischen Grundüberzeugungen und der Ansicht, dass alle Menschen in diesem Land und auf der Welt gleich und Teil einer Spezies sind. Womit allen ausnahmslos gleiche Rechte zustehen.

Wenn der Impfpass also künftig Voraussetzung für die Wahrnehmung von Grundrechten ist, wenn die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die individuelle

Bewegungsfreiheit vom digitalen Impfstatus abhängen, sprechen wir tatsächlich »nur noch« von Privilegien – denn die betroffenen Grundrechte sind in der Folge praktisch wertlos. Entweder das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Recht auf Reisefreiheit, eines davon wird man aufgeben müssen, will man noch leben wie vor COVID-19. Und auch wenn die Impfpflicht nicht explizit, gesetzlich verankert, das Wort selbst nicht ausgesprochen wird, so kann doch niemand die Augen davor verschließen, dass der digitale Impfpass diese durch die Hintertüre de facto einführt und unser bisheriges Verständnis des Solidaritätsprinzips auf den Kopf stellt. Eine solche Lösung, ein solcher Prozess teilt die Bevölkerung in »wir« und »die anderen«. Das hatten wir schon. Und es endete grausam.

Was solche Denkmodelle und die Transformation unserer Grundwerte auf lange Sicht mit der Gesellschaft machen werden ist unsicher. China 2.0? Positive Auswirkungen werden Verwässerung der Sprache oder die Entkopplung des gesellschaftspolitischen Handelns von humanistischen Werten und ethisch-moralischen Überzeugungen der Aufklärung für die Zivilisation jedenfalls kaum haben. Eine feudale Zentralisierung von Macht, allwissende Priesterkasten und staatlich erzwungener Konformismus haben dem Individuum in der Vergangenheit selten zum Vorteil gereicht – das sollte die Menschheit aus der Literatur und Geschichte der letzten 150 Jahre gelernt haben. Die Normalbevölkerung hat Jahrhunderte gebraucht, um sich die Grundrechte in heutiger Form von ihren Herren zu erkämpfen. Daher wäre es fatal, diese nun binnen kürzester Zeit gegen einen Hauch von Sicherheit einzutauschen.

| Erstpublikation: 22. März 2021

Moral und Vernunft: Koordinatensystem einer Gesellschaft

Erfährt das traditionelle, mühevoll errungene Verständnis von humanistischer Moralkompetenz und Aufklärung einen irreversiblen Wandel? Fragen und Gedanken.

»Ziel eines Konfliktes oder einer Auseinandersetzung soll nicht der Sieg, sondern der Fortschritt sein.« (Joseph Joubert)

Die Grundfesten der Gesellschaft sind langsam, aber sicher ins Wanken geraten. Wir alle merken es. Bewusst oder unbewusst. Der soziale Umgang hat sich binnen eines Jahres drastisch minimiert, digitalisiert und distanziert – und auch die Sprache hat sich der omnipräsenten Viren-Krise angepasst. Sie ist radikaler, autoritärer und emotionaler geworden, als sie es im Zuge anhaltender Verrohung auch schon vor Corona war. Allerorten lässt man Moralkompetenz, Respekt und Empathie im zwischenmenschlichen Umgang vermissen.

Worte wirken – und die Art, wie sie gegenüber Mitmenschen eingesetzt werden, enthüllt auf welchem moralischen Fundament sie stehen. Vor allem, wenn sie wohlüberlegt aus dem Elfenbeinturm der Macht dem Stimmvolk dargereicht werden. Von Vernunft geprägt, ist Sprache reflektiv, präzise und orientiert sich an humanistischen Werten des freien Individuums. Sie drückt Respekt vor dem eigenen Argument sowie der gegnerischen Position aus. Erfolgreiche Konversation beruht auf Zuhören. Für einen hasserfüllten Monolog und Pro-

paganda bedarf es keiner Gesprächspartner, sondern vielleicht eines Therapeuten. Eine konstruktive Debattenkultur muss von Respekt vor der Würde des Menschen durchdrungen sein, wenn sie auf dem Fundament aufgeklärter Bildung beruht. Von Moral hat sich Politik schon lange verabschiedet, wenn es überhaupt jemals ein Anliegen der Herrschenden war. Leider scheint aber auch die normale Bevölkerung die traditionellen gesellschaftspolitischen Werte seit etwa einem Jahr nicht mehr als allgemeingültiges Koordinatensystem der außerparlamentarischen Interaktion anwenden zu können.

Besonders deutlich wird dies in der politischen Debatte um die Corona-Politik der Bundesregierung. Die sozialen Medien sind ein Schlachtfeld. Ein Jahrmarkt der Eitelkeiten sowieso, jetzt aber auch der digitale Pranger für Andersdenkende und Nonkonformisten. Linke gegen Rechte, Antifa oder Nazi, #ZeroCovid-Enthusiasten gegen #AllesÖffnen-Verfechter, Impf-Dogmatiker gegen Impf-Skeptiker. Schubladen, Vorverurteilungen und Unterstellungen – Framing. Attacke und Verteidigung. Ein konstruktives Gespräch ist an vielen Stellen kaum noch möglich. Emotionen gewinnen schnell die Oberhand und fördern animalische Umgangsformen und Reflexe zu Tage. Ideologischer Tunnelblick, anstatt Moralkompetenz und Interesse an lebhaftem Diskurs, der in der Regel allen Parteien einer Auseinandersetzung zum Vorteil gereicht, weil man vom Gegner und auch dem eigenen Verhalten lernen kann.

Politik und Medien nutzen die aufgeheizte Stimmung für »Clickbait« und verschärfen so die Lagerbildung von Tag zu Tag, anstatt differenziert zu informieren und Diskurs konstruktiv zu moderieren. In den sozialen Medien vergessen auch besonnene Gemüter gerne, dass es Umgangsformen gibt. Besonders erschreckend ist, dass

auch Personen des öffentlichen Lebens, Menschen mit Einfluss, Vorbild- und Lenkungsfunktion, die sich gegenüber dem Publikum gerne als Moralapostel und Gutmenschen gerieren, mit von der Partie sind, spalten, diffamieren und hetzen. Nicht nur die radikalisierten Lager, von denen man es erwartet. Ein ignoranter, dogmatischer und abwertender Umgang mit Menschen, die eine andere Meinung vertreten, scheint sich über alle Ideologien hinweg wachsender gesellschaftlicher Akzeptanz zu erfreuen. So funktioniert eine demokratische Gesellschaft aber nicht auf Dauer.

»Zusammen mit der Moral eines Volkes geht auch sein Schaffensdrang verloren.« (Thomas Jefferson)

Ist es heute umgekehrt? Hat die medial sedierte Gesellschaft in den vergangenen Dekaden stetig an Schaffensdrang sowie mentaler Kapazität eingebüßt – sodass Moral und Vernunft jetzt nur willfährige Opfer einer evolutionären (Fehl-) Entwicklung sind, im Zuge derer sich der Mensch seinen Innovationen unterordnet? Hat fortlaufende Digitalisierung, und mit ihr die Veränderungen in der Selbstwahrnehmung und zwischenmenschlichen Kommunikation dazu beigetragen, dass sich die allgemeine Moralkompetenz zurückgebildet und asoziale Umgangsformen tragbar, gar salonfähig gemacht hat?

Einfacher gefragt: Haben die eigenen Fortschritte den Menschen in der Konsequenz dümmer, asozialer und kaltblütiger gemacht?

Jeder ist heute in einem solchen Maße Individuum, dass für Gesellschaft keine Zeit, kein Raum und keine Relevanz mehr vorhanden zu sein scheint. Das zeigt sich am konstanten Rückgang des Ehrenamtes, zerbrechenden Dorfgemeinschaften, Scheidungsquoten, dem an Bedeu-

tung verlierenden Vereinswesen, zerrütteten Familien, einem Integrationsdesaster oder auch der stetig steigenden Anzahl der Single-Haushalte. Die Überforderung und geistige Kapitulation des Homo Consumens vor seinen eigenen Kreationen zeigt sich besonders in der Machtlosigkeit gegenüber der Informationsflut, die er selbst generiert hat, die ihn aber scheinbar gleichzeitig dazu treibt, sich dieser ohnmächtig zu ergeben.

Ist die Gesellschaft demnach nicht durchdrungen von inklusiv denkenden, fairen, kreativen, hippen, aber umweltbewusst und nachhaltig lebenden Tech-Individualisten, wie uns Marketing-Kampagnen ständig weismachen wollen, sondern von mental deprivierten, soziophoben, moral- und antriebslosen, digital sedierten Egoisten? Sind deswegen vor allem die als Moralapostel auftretenden Gutmenschen und Verfechter der »Cancel Culture« besonders konfrontativ, aggressiv und agitierend im Umgang mit anderen Meinungen? Ein Verhalten, das sie stetig den vermeintlich rechtsradikalen Gegnern vorwerfen.

Je inklusiver Wahlprogramm und Slogans einer Organisation daherkommen, desto faschistoider und ausgrenzender sind oft Sprache und der Umgang mit dem politisch Andersdenkenden.

In einem vernunftbasierten, moralisch untermauerten Koordinatensystem des Zusammenlebens wäre der politische und gesellschaftliche Ist-Zustand des Jahres 2021 überhaupt nicht denkbar. Auch nicht die derzeitige Eskalation in der Bürgerschaft oder der leichtfertige Umgang mit hart erkämpften Werten und systemischen Fortschritten. Dass die Politik, die herrschende Klasse, korrupt und auf ihren Vorteil bedacht ist, war jedem klar. Dass sie nun aber nicht nur zu ihrem Vorteil, sondern

auch mutwillig zum Nachteil der eigenen Bevölkerung handelt, hätte kaum jemand in der Breite gewagt zu vermuten. Die Corona-Politik lässt aber genau diese Vermutung zu. Selbst bei Mitgliedern der etablierten Parteien, die sich in wachsender Zahl gegen ihre Vorsitzenden wenden. In der Politik ist Moral eben nicht ausschlaggebend. Wichtig ist Machterhalt, wie im Mittelalter.

Klassiker der Moralphilosophie wie Platon oder Aristoteles sollten die Menschen inspirieren, die Gesellschaft in ihrem Ringen um die besten Lösungen leiten – selbst die mittelalterliche Philosophie von Thomas von Aquin gibt Antworten auf akute Fragen. Gibt der transhumanistische Geist die Bildung auf, für Unterhaltung? Und vor allem, wenn die Antwort auf diese Frage »ja« ist, ist dieser Devolutionsprozess zu stoppen oder reversibel? Das Bildungssystem in Deutschland macht dahingehend wenig Hoffnung. Es animiert verstärkt zum Auswendiglernen und bildet Fachidioten aus, anstatt die Jugend mit einem freien Geist des Lernens zu beflügeln und für eine breite Allgemeinbildung zu sorgen.

»Kein Vormarsch ist so schwer, wie der zurück zur Vernunft.« (Berthold Brecht)

»Der Wille ist nicht nur von moralischen Gesetzen, sondern auch von Maximen bestimmt. Der Willen ist dazu da, eine bestimmte Wirkung in der Natur zu erzielen. Das heißt, dass der Gebrauch der Vernunft auf den Willen praktisch sein muss. Die menschliche Moral ist also von der praktischen Vernunft bestimmt«, sagt Kant.

Immanuel Kant ist der Ansicht, dass schon der gemeine Menschenverstand in der Lage sei, das Grundprinzip von Moral zu erkennen und sich mittels seiner Urteilskraft für das moralisch richtige Handeln zu entscheiden.

Wer um der eigenen Glückseligkeit willen jemanden täuscht, weiß genau, dass es gegen das Sittengesetz verstößt. Das gleiche gilt für den Betrug. Kant erweitert seine Argumentation auch auf das Streben nach allgemeiner, überindividueller Glückseligkeit. Weil jeder Glückseligkeit anders bestimmt und dafür Erfahrung von Nöten ist, kann es für dieses Prinzip kein einheitliches Urteil geben, so der Philosoph.

Sind viele Menschen nicht nur von Politik, Karriere und Gesellschaft enttäuscht – sondern primär von sich selbst oder ihrem Leben, und suchen daher nach Projektionsflächen, auf die sie Selbsthass und Minderwertigkeitskomplexe fokussieren können? Während ihnen ihre ideologische (digitale) Blase Verständnis und Mitgefühl vermittelt, sie stärkt und in einer bornierten, einseitigen Weltsicht bestätigt? Ist es das Gefühl, in die Enge getrieben worden zu sein, welches die Parteien so aggressiv agieren lässt? Fällt es manchen nach einer Weile einfach schwer, sich selbst einzugestehen, dass sie über einen langen Zeitraum falsch lagen, weswegen sie paradoxerweise umso energischer die falsche Position verteidigen (müssen), um vor sich selbst zu bestehen?

Geht man davon aus, dass menschliche Moral, und damit moralisches Handeln, von der praktischen Vernunft bestimmt sind, erscheint es verstörend, mit welch unvernünftigen Mitteln Politik und Gesellschaft versuchen, einer Pandemie, dem wirtschaftlichen Niedergang und der sozialen Spaltung durch COVID-19 Herr zu werden. Weder Corona-Maßnahmen, Wirtschaftspolitik, Berichterstattung, noch staatliche Kommunikation oder individuelles Handeln der Bürgerschaft scheinen vernünftigen Maßstäben, Werten, Routinen, Prozessen und Handlungsempfehlungen für entsprechende Situationen

zu folgen. Alles ist irgendwie irrational, nicht korrelativ. Überall mehr Schein statt Sein.

Dahingehend markiert die Corona-Krise für den deutschsprachigen Raum wohl den größten Paradigmenwechsel seit dem zweiten Weltkrieg. Eine derartige ideologische Polarisierung, vergleichbare Risse in der Gesellschaft und eine ähnliche Stigmatisierung politischer Gegner hat es seither nicht mehr gegeben. Auch im Nationalsozialismus musste die Vernunft früh hintenanstehen, wenn es darum ging, wahnsinnige Ziele zu erreichen oder das Gesicht nicht zu verlieren. Die Moral folgte ihr auf dem Fuße, und das nicht nur an der Spitze der Bewegung. Das Mitläufertum macht totalitäre Strukturen erst möglich. Es entsteht, wenn Menschen aufhören zu denken und beginnen zu glauben. Wer glaubt, nimmt manch logische Unschärfe in Kauf, um sich selbst zu retten. Dabei ist Glaube nicht Moral, wie uns die katholische Kirche schon mit der Inquisition bewiesen hat. Vernunft und Moral stehen über Ideologien und vor dem Gesetz – und sie sollten dringend wieder als Richtschnur und Koordinatensystem des soziopolitischen Denkens und Handelns dienen.

»Kritisiere nicht, was Du nicht verstehen kannst.« (Bob Dylan)

| Erstpublikation: 29. März 2021

Der Merkelsche Monotheismus

Die Rufe nach straffer Führung und mehr Kompetenzen beim Bund werden im Corona-Chaos lauter. Muss der Föderalismus in der Krise einem neuen Zentralkomitee weichen?

Deutschland im gesellschaftlichen, politischen und juristischen Corona-Chaos. Landauf, landab herrschen unterschiedliche, teils widersprüchliche Verordnungen. Praktisch täglich gibt es Anpassungen. Gerichte heben Verordnungen auf, damit die jeweilige Landesregierung sie nur Stunden später geringfügig angepasst erneut in Kraft setzt. Die Exekutive kommt dem gesamten Verordnungswahn kaum nach. Pannen, Zahlendreher, Paradoxa wohin man schaut. Die Bevölkerung ist überfordert und gespalten angesichts der Lösungswege. Aber eines fordern alle Lager gemeinsam – ein Ende der politischen Farce.

»Sich voneinander abzusondern ist die Eigenschaft der Deutschen; ich habe sie noch nie verbunden gesehen, als im Hass gegen Napoleon.« (Johann Wolfgang von Goethe)

Die Bevölkerung hat zu ansehnlichen Teilen innerlich kapituliert und schenkt den Verlautbarungen von Landes- und Bundesregierung nur noch beiläufig Beachtung. Das Vertrauen in etablierte Parteien sowie die Politik insgesamt ist durch die Krise weiter erodiert. Trotzdem versucht die berüchtigte MPK (Ministerpräsidenten-Konferenz) in regelmäßigen Abständen, als kompetentes Krisenmanagement-Team aufzutreten und

den Anschein zu erwecken, dass um Lösungen gerungen und Regionalkolorit verteidigt werde.

Dabei wurde gerade in den letzten Wochen mehr als deutlich: Die Richtlinienkompetenz, treffender, die Entscheidungsgewalt, liegt am Ende beim Bundeskanzleramt. Angela Merkel, Helge Braun, ausgewählte Ministerpräsidenten und ein paar Staatsminister entscheiden zentral. Parlamentarismus, Föderalismus oder gar die Idee eines Souveräns erscheinen in der Krise nur hinderlich. So werden diese Modelle von Lockdown-geplagten Bürgern und Medien immer häufiger als zu bürokratisch, langsam und ineffizient bezeichnet. Und das stimmt. Demokratie war nie schnell. Das darf sie aber auch nicht sein.

»Demokratie: Die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk.« (Abraham Lincoln)

Der demokratische Prozess ist zeitraubend, ja. Je direkter die Demokratie gestaltet ist, desto länger dauern Entscheidungsprozesse. Umso breiter ist aber auch deren Akzeptanz im »Stimmvolk«, wie es die Schweizer nennen. Demokratie ist das Gegenteil von Zentralismus, den wir nur von totalitären Regimen gewohnt sind. Denn »Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen«, wie Winston Churchill zu sagen pflegte.

Wenn also derzeit der Ruf nach mehr Kompetenzen im Bund lauter wird, Bürger und Medien den Föderalismus kritisieren und sich für eine straffere Führung aus Berlin stark machen, dann reden sie dem Zentralismus das Wort. Dabei sollte die Menschheit aus der Geschichte gelernt haben, dass weder der Imperator, Führer, das Triumvirat oder ein Zentralkomitee politische Konzepte zum Wohle des Normalbürgers darstellen.

Angela Merkel drohte den Ministerpräsidenten in den letzten Tagen schon öffentlich damit, künftig ohne sie zu entscheiden, sollten sie ihre Bundesländer in Sachen Corona nicht in den Griff bekommen. Sie erwäge, eine entsprechende Gesetzesänderung zu unterstützen, um dem Bund, und damit sich selbst, mehr Entscheidungshoheit in der Krise zuzuschreiben. Nachdem der Bundestag seit der Verabschiedung des revidierten Infektionsschutzgesetzes im November 2020 nur noch einen politisch kastrierten Nebenschauplatz verkörpert, wäre dies ein weiterer Schritt in Richtung Zentralismus – oder wahlweise Totalitarismus.

Das klingt hart. Und das ist es auch. Denn egal, um welche Ideologie es sich handelt, Feudalismus und absolute Macht in den Händen weniger ist nie eine Lösung zum Wohle des Volkes gewesen. So beschreibt »totalitär« bedauernswerterweise immer präziser das, was sich in der Bundesregierung abspielt. Neben einer ungesunden Machtkonzentration im Kanzleramt, scheint auch die Gesetzesänderung zur »Fortgeltung der epidemischen Lage« mehr als fragwürdig. In Anbetracht der realen gesundheitlichen Risiken von COVID-19 ist ein fortwährender Ausnahmezustand in Deutschland nicht mehr zu begründen. Zumal Beispiele wie Florida oder Schweden zeigen, dass auch andere, weniger destruktive Wege gangbar sind.

»Die Demokratie setzt die Vernunft im Volke voraus, die sie erst hervorbringen soll.« (Karl Jaspers)

Man muss der deutschen Bundesregierung daher Arroganz, Ignoranz und Vorsatz unterstellen. Anders lässt sich kaum erklären, warum Empfehlungen der WHO ignoriert und z.B. Studien des weltweit anerkannten Wissenschaftlers Prof. John Ioannidis (Stanford University)

nicht wahrgenommen werden, die deutlich machen, dass Lockdowns kontraproduktiv sind, während die Infektionssterblichkeit von COVID-19 bei gerade einmal 0,15 Prozent liegt. Auch die alleinige Fixierung auf den durch PCR-Tests ermittelten Inzidenzwert ist falsch. Dies bestätigte jüngst ein Gerichtsurteil aus Österreich, welches klarstellt:

»Geht man von den Definitionen des Gesundheitsministers, »Falldefinition Covid-19« vom 23.12.2020, aus, so ist ein »bestätigter Fall« 1) jede Person mit Nachweis von SARS-CoV-2 spezifischer Nukleinsäure (PCR-Test, Anm.), unabhängig von klinischer Manifestation oder 2) jede Person, mit Nachweis von SARS-CoV-spezifischem Antigen, die die klinischen Kriterien erfüllt oder 3) jede Person, mit Nachweis von SARS-CoV-spezifischem Antigen, die die epidemiologischen Kriterien erfüllt. Es erfüllt somit keiner der drei vom Gesundheitsminister definierten »bestätigten Fälle« die Erfordernisse des Begriffs »Kranker/Infizierter« der WHO. Das alleinige Abstellen auf den PCR-Test (bestätigter Fall 1) wird von der WHO abgelehnt.« (Quelle: Verwaltungsgericht Wien, VGW-103/048/3227/2021-2)

Im Lichte dieser Informationen und dem abstrusen Daten-Wirrwarr des RKI (Robert-Koch-Instituts) ist die Politik der deutschen Bundesregierung untragbar. Die Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen übertreffen schon jetzt bei Weitem den (fragwürdigen) Nutzen. Angela Merkel kultiviert in Berlin einen politischen Monotheismus, dessen Direktive jeder logischen oder rationalen Grundlage entbehrt. Die Kanzlerin und ihr Gefolge scheinen blind gegenüber Alternativen. Wer sich gegen das offizielle Narrativ stellt, wird nicht ernst genommen oder diffamiert. Und wenn nur noch eine Meinung öffentlich akzeptabel ist, sollte die Demokratie alarmiert

sein. Meinungs- und Deutungshoheit im gesellschaftspolitischen Diskurs sind ein weiteres Merkmal totalitären Denkens. Der geplante Bau eines zehn Meter breiten Grabens um den Reichstag in Berlin ist in diesem Zusammenhang geradezu ein Symbol für die Elfenbeinturm-Mentalität der deutschen Politik.

Es bleibt zu hoffen, dass die Gesellschaft aus der Corona-Krise lernt und sich in der Zukunft explizit für Föderalismus, mehr direkte Demokratie und eine Amtszeitbeschränkung des Führungspersonals engagiert. Gewaltenteilung und Föderalismus sind das Bollwerk gegen faschistoide Tendenzen. Auch dem fortschreitenden Kooperatismus gilt es dringend ein Ende zu setzen. Die global zunehmende Verflechtung von Politik und Oligopolen unterminiert die Idee einer freien, aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft und führt uns in eine zentralisierte Technokratie. Auch wenn das Land derzeit im Chaos versinkt, mit dem Ruf nach Zentralismus und straffer Führung beschwört die Gesellschaft Geister herauf, die sie unter Umständen nicht mehr loswird.

»Da wir, gemessen an unserer Veranlagung, keine Nation bilden können, da wir, belehrt durch geschichtliche Erkenntnis und unserer kulturellen Vielgestalt bewusst, keine Nation bilden sollten, müssen wir endlich den Föderalismus als einzige Chance begreifen. Nicht als geballte Nation, nicht als zwei wider einander gesetzte Nationen, nur als friedlich wettstreitende Länderbünde können wir unseren Nachbarn in Ost und West Sicherheit bieten.« (Günter Grass)

| Erstpublikation: 01. April 2021

Die Panik-Prediger und ihr verängstigtes Gefolge

Wenn Freiheit Angst macht: Aus Furcht vor Verantwortung für das eigene Leben suchen viele Menschen nicht die Freiheit, sondern nur einen bequemeren Käfig.

»Man hat nur Angst, wenn man mit sich selber nicht einig ist.« (Hermann Hesse)

Angst lähmt. Ein Leben in Furcht ist das Gegenteil eines freien, erfüllten Daseins. Denn nicht nur der Körper muss ohne Einschränkungen gedeihen dürfen, auch die Gedanken müssen frei sein, um einer offenen Gesellschaft ihre Identität zu verleihen. Aber der moderne Mensch hat Angst. Mehr, als ihm lieb ist und mehr, als er seelisch und körperlich erträgt. Angst vor der Zukunft, vor Krankheiten, Krieg, Zuwanderung, Bindungen, gesellschaftlichem und finanziellen Bankrott, privaten Tragödien oder dem Tod. Der »Homo Consumens« hat Angst vor Überforderung, Desorientierung, Vergänglichkeit und der eigenen Unbedeutsamkeit. So tauscht er leichtsinnig seine Freiheit, seine Daten und seine Individualität gegen ein Quantum Trost, Aufmerksamkeit, Sicherheit oder Hoffnung.

»Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.« (Benjamin Franklin)

Der moderne Mensch ist unselbstständig geworden. Ohne technische Unterstützung scheint er sich kaum mehr in seinem eigenen Ökosystem zurechtzufinden. Er

versteht nur noch bedingt, was um ihn herum passiert und wie er handelt. Und was er nicht versteht, das macht ihm Angst, vermittelt ihm ein Gefühl von Ohnmacht. Dabei ist ein Großteil der heute grassierenden Ängste anerzogen, antrainiert, produziert und damit irrational. Viele begründen sich vermutlich in der allgemeinen Überforderung des modernen Menschen – der beginnt, vor seiner eigenen Innovation zu kapitulieren.

Die offene Gesellschaft, offene Grenzen, offene Debatten, flache Hierarchien, freie Märkte, freie Berufswahl, freies Internet, freie Meinungsäußerung, freie Religionsausübung und freie Liebe sind eine veritable Herausforderung für den digital Degenerierten und Orientierungslosen. So viel Verantwortung kann einen das Fürchten lehren, wenn man nie gelernt hat, damit umzugehen. Eigenverantwortliches Handeln im gesellschaftlichen und historischen Kontext bedingt ein autonomes, ethisch-moralisches Wertesystem sowie die Fähigkeit, komplexe Fragestellungen reflexiv zu durchdringen, um das individuelle, sozialpolitische Kompass-Nord auszuloten. Und hat man diesen Kurs einmal gesetzt, ist die nächste Herausforderung, ihn auch gegen Mehrheiten zu verteidigen, wenn man von seinen Schlussfolgerungen und Entschlüssen überzeugt ist.

»Die Fähigkeit, das Wort „Nein“ auszusprechen, ist der erste Schritt zur Freiheit.« (Nicolas Chamfort)

Das Widersprechen aber scheint derzeit ebenfalls eine schwierige Aufgabe zu sein. Entweder, weil der desorientierte, überforderte und gleichgültige »Konsument« überhaupt nicht mehr weiß, was richtig oder falsch, was oben oder unten ist – oder weil er es ahnt oder weiß, sich aber nicht offen positionieren möchte. Lauert doch heutzutage Ächtung, Schmähung und Diffamierung an jeder

Ecke. Das »Tabu« wird immer öfter zum Mittel des zwischenmenschlichen Erduldens. Selbst in Familien, Ehen und Freundschaften. Sobald aber bestimmte Themen in einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft nicht mehr schadlos angesprochen werden können, hat diese systemische Krebsgeschwüre im Endstadium. Und auch das macht vielen Angst. Zurecht. Sind doch Widerspruch, Debatte und konstruktives Streiten um Positionen sowie Mehrheiten der Kern der demokratischen Idee.

»Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.« (Gustav Heinemann)

So werden Rufe nach mehr Staat und straffer Führung lauter. Die offene Gesellschaft will errungene Freiheiten und Verantwortlichkeiten wieder abgeben. Sie sind anstrengend und beängstigend geworden. Freiheit und Verantwortung wirken offensichtlich wie eine Last auf den Schultern der Desorientierten und scheinen ihnen Angst zu machen. Sie fühlen sich ganz wohl im Lockdown-Modus, wo es niemandem etwas zu beweisen und einfache Anweisungen zu erfüllen gilt.

Selbst die Maske wollen durchaus nicht wenige Menschen auch nach Corona weitertragen. Es kommt ihnen entgegen, ihr Gesicht nicht zeigen zu müssen. Selbstsicherheit oder Selbstbewusstsein müssen diesen Personen als Fremdwörter gelten. Das Individuum geht so vollends in der anonymen Menge auf. Als identitätsloses Rädchen in der konformistischen Verfügungsmasse. Das Individuum als bloße Nummer im System. Austauschbar und irrelevant. Nicht mehr nur im Internet, auch auf den ausgestorbenen, tristen Straßen der verwaisten deutschen Innenstädte, wo heute das gesichts-

lose Antlitz die auseinanderbrechende Gesellschaft charakterisiert.

»Wer wagt selbst zu denken, der wird auch selber handeln.« (Bettina von Arnim)

Der Mensch muss sich positionieren, um zu wissen, wohin er will. Er muss sich eine Meinung bilden, um etwas unterstützen oder ablehnen zu können. Die moderne Gesellschaft braucht somit keinen starken Staat, der Direktiven ausgibt. Die moderne Gesellschaft braucht eine starke Bürgerschaft, die selbst weiß, wie sie mit Zuwanderung, Korruption, Finanz- und Außenpolitik, Gesundheits-, Natur- und Datenschutz umgeht. Auf diesem Wege waren die westlichen Demokratien einmal. Heute entwickeln sie sich sozial und politisch wieder zurück in die feudal beherrschte Klassengesellschaft des Mittelalters. Und die Tentakel des allmächtigen Staates umfassen immer weitere Bereiche des Lebens.

Je mehr Angst die Bevölkerung hat, desto lauter ruft sie nach Hilfe, Erlösung und einem starken, fürsorglichen und zentralistischen Sozialstaat – auch, wenn dies schließlich den Weg ebnet für ungesunde Abhängigkeiten sowie eine zunehmende Unmündigkeit der Bürgerschaft. Die Rolle des Souveräns scheint Bevölkerung und Gesellschaft nicht mehr das höchste Gut der Demokratie zu sein.

Es stimmt nachdenklich, dass vielen Menschen schon das alltägliche Leben Angst macht. Dass sie sich von Panikmache vereinnahmen und von Urängsten zerfressen lassen. Viel schlimmer ist jedoch, dass diese Entwicklungen von den Regierenden in Kauf genommen oder gar mutwillig forciert werden. Die Corona-Krise macht deutlich, dass ein subjektives Gefühl von Sicherheit einem Großteil der Menschen wichtiger ist als die eigenen

Grundrechte, eine freie Lebensgestaltung oder die unbeschwerte Zukunft ihres Nachwuchses. Wie schon Albert Camus anmerkte, *»gibt es keine Freiheit ohne gegenseitiges Verständnis«*. Es gilt also, die Angsttreiberei zu stoppen, oder wenigstens zu ignorieren, um die Ängstlichen wieder zum Leben ermutigen zu können. Denn wer aus Angst vor dem Tod nicht leben will, ist bereits gestorben. Absolute Sicherheit gibt es nicht. Wer das behauptet, lügt. Und auch Krankheiten gehören zum Leben, aus den meisten lernen wir. Vertrauen auf die Fähigkeiten des körpereigenen Immunsystems wäre angebracht, ebenso wie Informationen und Schritte, die helfen, es zu stärken.

Bedauerlicherweise handeln Politik und Medien zumeist gegenteilig. Anstatt sachlich und lösungsorientiert zu führen, neutral zu berichten und rationale Entscheidungsprozesse transparent zu machen, werden Ängste geschürt, Panik verbreitet und immer neue Horrorszenarien postuliert. Dass dieses Vorgehen durchaus gewollt ist, hat bereits das sogenannte »Panik-Papier« des Bundesinnenministeriums gezeigt, ein Strategie-Papier und Kommunikationskonzept, das der Bundesregierung explizit empfiehlt, Ängste zu schüren, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Und man konnte im Laufe der Corona-Krise deutlich erkennen, dass sich die Entscheider hinsichtlich Öffentlichkeitsarbeit in großen Teilen an diesen Ratschlägen orientierten.

»Politik machen: Den Leuten so viel Angst einjagen, dass ihnen jede Lösung Recht ist.« (Wolfram Weidner)

Die nackten Zahlen zeigen, dass Panik in Bezug auf COVID-19 nicht angebracht ist. Es wäre wünschenswert, dass sich die Bevölkerung eingehender mit Rohdaten und realen Risiken des Virusgeschehens befasst, an-

statt nur mit der regierungsnahen Auslegung und Interpretation von Leit- und Massenmedien. Dann wäre sie in der Lage, selbst abzuwägen und differenziert zu bewerten.

Nur wer sich im Detail mit den Fakten eines Themenkomplexes beschäftigt, versteht es, die eigene Situation realistisch und vernunftbasiert zu erfassen und sich gegenüber potenziellen Risiken werteorientiert zu positionieren. Wer mit sich selbst im Reinen ist, handelt vernünftig. Das unterstreicht schon das eingangs angeführte Zitat von Hermann Hesse. Wer jedoch nur auf Basis der politisch-medialen Angsttreiberei entscheidet, lässt sich von irrationalen Gefühlswallungen beeinflussen und leiten, anstatt von seiner individuellen, logisch-rationalen Risikobewertung – und Angst führt selten zu sinnvollen Entscheidungen.

Zudem muss man die Aufrichtigkeit der Politik im Allgemeinen hinterfragen. Ein Großteil der Bevölkerung ist sich bewusst, dass Politik von Lobbyismus durchdrungen, korrupt und meist auf den eigenen Vorteil und Machterhalt bedacht ist – trotzdem schenken die Menschen der Politik Vertrauen, wenn es um die Krise geht; ohne zu bedenken, dass die Gesundheit der Bevölkerung den Mächtigen in der Vergangenheit kaum wichtig gewesen sein kann. Wie sonst ist die desaströse Gesundheitspolitik, das miserable Krankenhaus-Management und der generelle Rückbau des Gesundheitswesens der vergangenen Dekaden zu erklären?

Um einen gesamtgesellschaftlich verträglichen Weg aus der Corona-Krise und vor allem Lösungen für ihre verheerenden, sozioökonomischen Folgen zu finden, muss daher gelten: Keine Panik! Denen, die sie verbreiten und instrumentalisieren, muss man misstrauen. Denn sie nut-

zen Angst und Urinstinkte für die Umsetzung von fragwürdigen, politischen Zielen – und denen, die sich von Angst überwältigen und leiten lassen, muss von den Mutigen, Vernünftigen und Zuversichtlichen geholfen werden.

»Ein großer Teil der Sorgen besteht aus unbegründeter Furcht.« (Jean Paul Sartre)

| Erstpublikation: 07. April 2021

Widersprüche, Wahnsinn und weniger Demokratie

Ein paar Fragen zu den Paradoxa der Krise, dem Versagen der Logik und dem Ikonoklasmus des »New Normal«.

»Ob ein Mensch klug ist, erkennt man an seinen Antworten. Ob ein Mensch weise ist, erkennt man an seinen Fragen.« (Nagib Mahfuz)

Das Chaos der vergangenen zwölf Monate wirft eine Unmenge an Fragen auf. Nicht nur hinsichtlich des scheinbar stümperhaften Krisen-Managements der Politik, sondern auch und vor allem in Bezug auf all die unerhörten, unverschämten und ungeschminkten Widersprüchlichkeiten, die man der Bevölkerung seitens Regierungen, Wissenschaft und Medien zumutet.

Die Krise treibt die Menschen in den Wahnsinn. Allerdings nicht, weil sich Leichenberge auf der Straße stapeln oder die Krankenhäuser beginnen, die Betten wegen Überlastung auf den Hof zu schieben – sondern aufgrund der mutwillig verstörend wirkenden offiziellen Kommunikation. Es sind die ständig wechselnden Direktiven und Verordnungen, die gegensätzlichen Informationen, die permanenten Breaking-News, das hypnotisierende Corona-Update aus dem Radio oder TV sowie die immer neuen Wortschöpfungen, die der Bevölkerung Gewissheit, Lebensmut und Freiheit rauben. Widersprüche machen krank.

Trotzdem bestimmen sie in der Corona-Krise den Alltag. Nie hätte man vor dem März 2020 angenommen, dass Menschen einer Regierung Glauben schenken, die in einer derart existentiellen Krise nur ohnmächtig erscheint und über ein Jahr hinweg ein Paradoxon nach dem anderen serviert – sich aber ganz nebenbei eine beachtliche Menge an Skandalen und Korruption leistet.

Am Dienstag, 13. April 2021 will die Bundeskanzlerin nun eine Neuauflage des Infektionsschutzgesetzes auf den Weg bringen und dem Bund, also sich selbst, mehr Befugnisse verleihen. Damit wird der Föderalismus de facto ausgesetzt. Die Demokratie ist vollends ausgehebelt. Und da wir aus der Vergangenheit (siehe RAF, 9/11, Finanzkrise) gelernt haben, dass einmal hinzugewonnene Machtbefugnisse selten revidiert werden, können wir uns wohl auf einen dauerhaften Ausnahmezustand einstellen und der bisherigen Staatsform auf unbestimmte Zeit »Adieu« sagen.

In Gedenken an das normale, mehrheitlich von Logik dominierte Leben vor Corona, folgend eine kurze, subjektive, unvollständige und durchaus bedenkliche Liste an Fragen, bemerkenswerten Widersprüchlichkeiten und skandalösen Paradoxa.

»Der Weg des Paradoxes ist der Weg zur Wahrheit. Um die Wirklichkeit zu prüfen, muss man sie auf dem Seil tanzen lassen.« (Oscar Wilde)

Wieso empören sich die demokratischen Altparteien nicht geschlossen über die Aufhebung des Föderalismus – dem verfassungsrechtlichen Bollwerk gegen Machtphantasien, Zentralismus, Totalitarismus und Faschismus?

Warum glauben viele, dass Tests, Impfungen und Impfpässe ein Weg in die Freiheit sind, wo doch genau diese durch die Einführung solcher Lösungen beschnitten wird?

Warum hat die Regierung auf Nachfrage in der BPK keine belastbaren Daten und wissenschaftlich belastbaren Erkenntnisse, um einen erneuten Lockdown überhaupt rational zu rechtfertigen?

Wieso steht Solidarität mit den Senioren plötzlich über allem, während andere medizinische Notwendigkeiten dahinter zurückstehen müssen und das durch die Corona-Politik ausgelöste Leid weitgehend ignoriert wird?

Wirkt es nicht unglaublich arrogant, wie sich die Bundespresskonferenz kritischen Fragen von Journalisten einfach verweigert – oder versucht, sich mit Abwiegeln und leeren Worthülsen um eine echte Antwort zu drücken?

Scheint es den Menschen nicht seltsam, dass Robert Habeck auf die Frage von Richard David Precht, ob er das chinesische Politik-Modell gegenüber der mühsamen Demokratie hierzulande vorziehe, antwortet: »Ja, wir wollen das«?

Warum wurde Nena als deutsches Pop-Idol so schnell zur Persona non grata, nachdem sie sich kritisch gegenüber den Corona-Maßnahmen geäußert hat – sind ihre Lebensleistung und der Status als Pop-Idol damit schlagartig wertlos und nichtig?

Ist es nicht Wahnsinn, wie schnell vor allem die digitalen Filterblasen die Bevölkerung in Lager gespalten und fanatisierende Wahrnehmungstunnel geschaffen haben,

deren jeweilige Protagonisten ihre Konfrontationen nun stetig intensivieren?

Ist es im Zuge einer schweren Pandemie üblich und nötig, dass die Bundesregierung mit Millionen-Budgets Impf- und Maßnahmen-Werbung bei Facebook schaltet?

Stört es nur mich, dass die gesamte Regierungskommunikation derart infantil gestaltet ist, dass der Bürger das Gefühl haben muss, für einen Idioten gehalten zu werden?

Wie stehen sich ethisch-moralisch betrachtet das Risiko der COVID-19 Sterblichkeitsrate von etwa 0,23% und das Risiko von schweren Nebenwirkungen und Todesfällen bei circa drei Prozent der Impfungen gegenüber?

Warum steigen in Ländern mit hoher Impfquote die Infektionen und Sterberaten signifikant an, wo doch das Gegenteil der Fall sein sollte, wenn die Impfungen erfolgreich sind?

Warum applaudieren Menschen, wenn Andersdenkende angegriffen und verletzt werden, wenn sie sich doch moralisch überlegen fühlen?

Ist es beruhigend oder beunruhigend, dass vor Ausbruch der Corona-Pandemie mindestens zwei hochrangige Übungen durchgeführt wurden, in deren Rahmen Ausbrüche von Corona-Viren simuliert wurden?

Ist es im Rahmen des Presse-Codex unbedenklich, dass die Faktenchecker-Industrie ein Ableger der etablierten Leitmedien ist – und in dieser wenig unabhängigen Situation ihren alten Arbeitgebern und heutigen Financiers die Deutungshoheit über die mediale Wahrheit im öffentlichen Bewusstsein verschafft?

Finden es echte Nazis eigentlich gut, dass seit Corona alles rechts ist, was sich gegen die offizielle Kommunikation der Regierung richtet, selbst wenn Menschen lediglich für den Erhalt des Grundgesetzes einer Demokratie demonstrieren?

Warum werden friedliche Demonstrationen für demokratische Anliegen mittlerweile als radikales Ansinnen betrachtet, die das Allgemeinwohl gefährden, obwohl erwiesen ist, dass es keine Superspreader-Events sind?

Warum werden in der vermeintlich verheerendsten Pandemie unserer Zeit eine Vielzahl von Krankenhäusern geschlossen, anstatt dies zu verschieben oder gar zusätzliche Kapazitäten zu schaffen?

Findet es niemand seltsam, dass man gleichzeitig paniktreibend warnt, dass die Intensivstationen unter Engpässen leiden?

Schauen die Menschen hierzulande nicht nach Amerika oder Schweden, wo das Leben größtenteils wieder normal läuft, und fühlen sich dann schlichtweg hinters Licht geführt?

Warum haben die Menschen mehr Angst vor dem sehr unwahrscheinlichen Virus-Exodus als vor einer sehr wahrscheinlich recht totalitären Staatsform nach der Corona-Krise?

Wie können Massentests und Impfungen als Weg in die Freiheit empfunden werden, wenn diese überhaupt erst Prozesse etablieren, welche die Gesellschaft in ihren Freiheiten beschneidet?

Ist es nicht erstaunlich, dass sich alle Wissenschaftler erst einig waren, dass Masken nutzlos sind, die Men-

schen nun aber angehalten werden, gar zwei Masken übereinander zu tragen?

Wann wurden die Masken eigentlich in Guantanamo, dem Hochsicherheitsgefängnis der USA auf Kuba, eingeführt, um dort die Insassen psychisch zu brechen, wie das Richtlinien der CIA erläutern?

Sollte man sich als Erziehungsberechtigter nicht über solche Praktiken informieren, bevor man zustimmt, dass der eigene Nachwuchs den ganzen Tag mit einer Maske herumläuft, die ihm Mimik, nonverbale Kommunikation und unbeschwerte Wahrnehmung der Umwelt erschwert?

Machen sie Menschen, die einsam im Auto sitzen und eine Maske tragen, traurig oder wütend?

Finden es Eltern hierzulande nicht besorgniserregend, dass der Europäische Gerichtshof jüngst entscheiden hat, dass eine staatlich angeordnete Impfpflicht nicht gegen die Menschenrechte verstößt und Zwangsimpfungen durchgeführt werden dürfen?

Warum beschleunigt sich gerade der digitale Wandel im Zuge der Corona-Krise so rasant, dass unpopuläre Technologien, Prozesse und Paradigmen nahezu im Vorbeiflug implementiert werden, die in normalen Zeiten kaum eine Chance auf Realisierung gehabt hätten?

Sollte in einer Pandemie nicht das Gesundheitssystem in einem Wahnsinnstempo auf Vordermann gebracht werden, anstatt der digitale Überwachungsapparat?

Tut es nicht in der Seele weh, wenn man Fernsehbilder von Kindern sieht, die sich morgens in der Schule verunsichert einem medizinischen Selbsttest unterziehen müssen?

Erinnern die Menschen, die so etwas befürworten, sich nicht an ihre eigene, hoffentlich unbeschwerte, wesensbildende Kindheit und Schulzeit?

Gönnen sie eine solche ihrem eigenen Nachwuchs nicht auch?

Wie definieren Menschen, die der Corona-Politik zustimmen, Zensur – und warum applaudieren sie, wenn Kanäle und Profile Andersdenkender gelöscht und blockiert werden?

Bewerten sie das als demokratisch legitimes Vorgehen in einer offenen, inklusiven und aufgeklärten Gesellschaft?

Was tun diese Menschen in der Zukunft und mit einer eigenen Meinung, die dem öffentlichen Narrativ widerspricht?

Ist es nicht zumindest merkwürdig, wenn nahezu alle im Zuge der Krise aktiven Schlüsselfiguren aus nahezu identischen Quellen finanziert werden und sich organisatorisch nahestehen?

Wirkt es nicht verwerflich, dass die Pharmaindustrie Milliarden an den Impfungen verdient und auch Politiker sich an der Krise bereichern, wo es doch angeblich um das Wohl der Menschen geht?

Wann ging es der Politik in der Vergangenheit jemals um das Wohl der Menschen, anstatt um Machterhalt und -ausbau?

Wäre es nicht für jeden vorstellbar, dass er mit Freunden und Vertrauten heimlich paktiert, um ein gemeinsames, vielleicht nicht ganz koscheres, Ziel zu erreichen?

Wenn dem so ist, warum sind dann Verschwörungen so in Verruf geraten, wo doch gerade in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder neue ans Tageslicht kamen, vom Vorwand der Amerikaner für den Irak-Krieg bis hin zum Sommermärchen mit Kaiser Franz?

Warum reagieren gerade die Verfechter der Regierungspolitik, die Gutmenschen und Solidarischen, besonders aggressiv, diffamierend, asozial und ausgrenzend, wenn man Diskussionen auf einschlägigen Social-Media-Kanälen verfolgt?

Wann wurde die extreme Linke salonfähig für die Leitmedien und in der angeblich demokratischen Mitte der Gesellschaft?

Wieso kämpfen ehemalige Staatsfeinde heute für den autoritärer werdenden Staat, seine Hygiene-Direktiven und befürworten ein bedingungsloses Grundeinkommen – also die totale Abhängigkeit vom System?

Ist Europa bereit für China light?

Wann genau hat die Gesellschaft verlernt, gegensätzliche Meinungen zu akzeptieren und konstruktiv zu diskutieren?

Und wann hat sie vergessen, dass auch in der Wissenschaft nicht »die eine«, zentral verkündete Wahrheit gilt, weil Wissenschaft ein Prozess ist, in dessen Rahmen Widerspruch, Streit, Analyse und Diskussion dem Beweis von Hypothesen dienen?

Muss Corona wie ein sakraler Kult erscheinen und wirken, weil es um Glauben und Emotionen geht, anstatt um Fakten und ein rationales Risikomanagement?

Verteidigen Menschen, die erkannt haben, dass sie mit ihrer Einschätzung des Risikos eventuell falsch lagen, ihre Meinung daher umso energischer und ziehen weiter mit, weil sie sich die Wahrheit nicht eingestehen können?

Wo genau beginnt Faschismus und wie erkennt man, ob er sich nicht wieder hinter guten Absichten tarnt, wie schon mehrfach in der jüngeren Geschichte geschehen?

Wäre es nicht weise, Zeitzeugen zuzuhören, die sich derzeit an den Faschismus erinnert fühlen, also jenen, die man vor Corona primär schützen will, anstatt diese Stimmen als Geschwurbel abzutun?

Haben diese Menschen ein unbedingtes Recht auf Leben, jedoch keines darauf, gehört und ernstgenommen zu werden?

Wo ist Ihre rote Linie?

Wann ist ihr Arbeitsplatz obsolet, und würden sie beim örtlichen Testzentrum arbeiten?

Seit wann akzeptieren westliche Gesellschaften einen übergriffigen Staat, der seine Bürger zu Hause einsperrt und das öffentliche Leben herunterfährt?

Fühlt es sich nicht befremdlich an, wenn die Polizei Parkbänke räumt, Menschen am Fahrradfahren hindert, das Rodeln verbietet und geschlossene Spielplätze kontrolliert?

Wie fühlt sich der Gang durch die leergefegten Straßen ihres Wohnortes an, und wie meinen sie, sieht diese Innenstadt nach Corona aus?

Stelle ich mir solche Fragen, weil ich an die Logik glaube – anstatt an einen Glauben, der jeder Logik entbehrt?

Stirbt die Hoffnung wirklich zuletzt?

»Nicht die Angst vor unbequemen Entscheidungen lähmt unsere Gesellschaft, sondern die Angst, unbequeme Fragen zu stellen.« (Michael Johanni)

| Erstpublikation: 12. April 2021

#Ich mache da nicht mit – ein Hashtag für Haltung

»Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.« (Gustav Heinemann)

Und genau das glaube ich. Als freier Mensch, der sich keiner Ideologie, Partei oder Organisation verpflichtet sieht, bin ich nicht willens, mich einem hysterischen Hygiene-Kult zu unterwerfen, der Werte und Errungenschaften der Aufklärung negiert, die Gesellschaft dogmatisch spaltet und nachfolgenden Generationen ein asoziales, trostloses »New Normal« hinterlässt.

Daher unterstütze ich die friedliche Protest-Aktion *#ichmachedanichtmit* und appelliere an alle, die mit der Lockdown-Politik der Bundesregierung, der Zersetzung der Gesellschaft und der Unterwanderung der Demokratie nicht einverstanden ist, sich ebenfalls aktiv für einen alternativen Weg und das Ende des Merkelschen Monotheismus zu engagieren. Es geht um die Demokratie als solches – und ein besseres System haben wir (bisher) nicht.

Es kann aber durchaus schlimmer kommen. Wenn der Souverän dem realitätsfremden Treiben der zentralistischen #NoCovid-Kaste im Kanzleramt nicht zeitnah Einhalt gebietet, steht einem totalitären, transhumanen, globalen Kooperatismus zum Wohle der Mächtigen kaum noch etwas im Wege. Deswegen verweigere ich mich, sage »Nein« – und mache nicht mit bei diesem

schizophrenen Wahnsinn. Ich habe es die vergangenen zwölf Monate konsequent vermieden und werde es auch in Zukunft nicht tun.

Ich mache da nicht mit – weil ich mich nicht von Ängsten, sondern Träumen leiten lasse.

Ich mache da nicht mit, weil es in einer Demokratie angebracht und sogar Bürgerpflicht ist, sich gegen einen übergriffig agierenden Staat zur Wehr zu setzen.

Ich mache da nicht mit, weil Grundrechte keine Privilegien sind und jederzeit bedingungslos zu gelten haben.

Ich mache da nicht mit, weil die Kollateralschäden der Corona-Politik die Schäden, die durch das Virus angerichtet werden, seit langem und bei weitem übersteigen.

Ich mache da nicht mit, weil die Anti-Virus-Maßnahmen völlig überzogen sind und in keinem Verhältnis zur Fallsterblichkeit von 0,15 Prozent bis 0,23 Prozent stehen.

Ich mache da nicht mit, weil ich selbst für mein Lebensrisiko verantwortlich und nicht bereit bin, fundamentale Freiheiten für einen Hauch gefühlter Sicherheit einzutauschen.

Ich mache da nicht mit, weil ich das Grundgesetz, die Genfer Konventionen sowie die Allgemeine Charta der Menschenrechte für eine unumstößliche Errungenschaft halte.

Ich mache da nicht mit, weil ich nicht Teil eines »Corona-Kultes« sein möchte, der aufgrund seines Glaubens Andersdenkende isoliert, diffamiert und sozial degradiert.

Ich mache da nicht mit, weil der zweiwöchige Wellenbrecher nun doch etwas lange dauert.

Ich mache da nicht mit, weil ich zu Konzepten und Werten der Aufklärung, des Humanismus und der Demokratie stehe, die durch Corona ad absurdum geführt werden.

Ich mache da nicht mit, weil die Utopie der Reichen die Dystopie der Armen ist.

Ich mache da nicht mit, weil ich keine Zweiklassengesellschaft möchte, in der Ungeimpfte benachteiligt und ausgegrenzt werden.

Ich mache da nicht mit, weil ich in der Lage bin, meine Meinung auch gegenüber einer Mehrheit zu vertreten.

Ich mache da nicht mit, weil ein digitaler Impfpass die Reisefreiheit de facto abschafft, oder wahlweise das Recht auf körperliche Unversehrtheit – denn eines von beiden muss man aufgeben, um weiter so leben zu können wie bisher.

Ich mache da nicht mit, weil eine emotional und ideologisch aufgewiegelte Gesellschaft keinen konstruktiv nutzbaren Debattenraum mehr bietet.

Ich mache da nicht mit, weil es wichtigere Themen gibt, von denen die Corona-Dauerschleife ablenkt und so darüber hinwegtäuscht, dass uns gravierende, geopolitische Konflikte und Verwerfungen ins Haus stehen.

Ich mache da nicht mit, weil das Panik-Papier des BMI offenbart, mit welchen Mitteln die Regierungen arbeiten, um das Volk in eine gewünschte Richtung zu lenken.

Ich mache da nicht mit, weil staatlicher Zentralismus und wirtschaftliche Oligopole dem Normalbürger in der Geschichte selten zum Vorteil gereicht haben.

Ich mache da nicht mit, weil ich gegen Kooperatismus, Korruption und Lobbyismus bin.

Ich mache da nicht mit, weil die Corona-Republik alles und jeden inflationär als »rechts« bezeichnet.

Ich mache da nicht mit, weil alle zentralen Akteure der Pandemie von den gleichen Organen finanziert werden und somit massive Interessenkonflikte zwischen Politik, der Pharmaindustrie und der Medienlandschaft bestehen.

Ich mache da nicht mit, weil es gilt, der staatlich kuratierten Zensur von Gegenstimmen und dem Ausbau von Filterblasen entgegenzutreten, Meinungs- oder Deutungshoheit sind Merkmale des Faschismus.

Ich mache da nicht mit, weil die angepriesene 4. Industrielle Revolution einer digitalen Dystopie gleicht, in welcher dem Menschen keine humane Rolle mehr zuteilwird.

Ich mache da nicht mit, weil das Recht auf Demonstration inhärentes Element einer funktionierenden Demokratie ist und ich jeder Gruppierung zugestehe, für ihre Überzeugungen auf die Straße zu gehen – auch wenn ich diametral gegensätzlicher Meinung bin.

Ich mache da nicht mit, weil Systeme nach chinesischem Vorbild keine Grundlage für eine offene, friedliche, freie und inklusive Gesellschaft sind – aber scheinbar en vogue in den Cancel Culture- und Woke-Cliquen.

Ich mache da nicht mit, weil der ÖRR den Staatsvertrag im Rahmen der Corona-Krise nicht erfüllt und eine neutrale, umfassende, ausgewogene Berichterstattung nicht existiert.

Ich mache da nicht mit, weil es zumindest merkwürdig ist, welche Rolle das berüchtigte World Economic Forum unter Klaus Schwab in der Pandemie spielt – unterstützen doch Spitzenpolitiker wie Merkel, von der Leyen, Trudeau, Macron und viele andere dessen Pläne für einen »Great Reset«.

Ich mache da nicht mit, weil es mich stutzig macht, wenn Hr. Schwab bereits 12 Wochen nach Beginn der Pandemie ein Buch auf den Markt bringen kann, in welchem er weitsichtig, fast hellseherisch, die verheerenden Auswirkungen derselben beschreibt und sogleich Patentrezepte für die Welt danach zu liefern vermag – obwohl bis dahin noch gar nicht so viel passiert war.

Ich mache da nicht mit, weil obligatorische Massentests und experimentelle Impfungen menschenverachtend und kein Weg in die Freiheit sind, sondern die Schnellstraße in ein gesichtsloses, zwanghaftes Hygiene-Imperium.

Ich mache da nicht mit, weil ich nachfolgenden Generationen die gleiche, unbeschwerte, naturverbundene und glückliche Kindheit wünsche, die ich selbst erleben durfte.

Ich mache da nicht mit, weil Leben mehr bedeutet als zu überleben.

Ich mache da nicht mit, weil ich ein streitbarer Verfechter von Logik, Vernunft, Rationalität und Konsens bin.

Ich mache da nicht mit, weil der Mensch auch ein spirituelles Wesen ist, das sich nicht auf seinen Körper und ein paar Datensätze reduzieren lässt.

Ich mache da nicht mit, weil die Mächtigen der Welt COVID-10 als »einmalige Chance« beschreiben und damit jedes Opfer der Pandemie verhöhnen – egal, ob es am Virus oder den Kollateralschäden der Maßnahmen leidet.

Ich mache da nicht mit, weil ich nicht daran glaube, dass den Regierenden etwas an der Gesundheit des Menschen liegt. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall. Warum sollte es jetzt plötzlich so sein?

Ich mache da nicht mit, weil das Infektionsschutzgesetz den Föderalismus in Deutschland aushebelt und elementare Verfassungsgrundsätze verletzt, die als Bollwerk gegen Machtfantasien und Faschismus jeglicher Couleur vorgesehen waren.

Ich mache da nicht mit, weil ich allergisch auf Versuche reagiere, mir eine Meinung zu oktroyieren. Meinung sollte sich bilden, nicht gemacht werden.

Ich mache da nicht mit, weil es im Rahmen einer ernsthaften Pandemie keiner Millionen-Budgets für Propaganda, Werbeagenturen und Social-Media-Kampagnen bedarf.

Ich mache da nicht mit, weil es mich zutiefst deprimiert, wenn ich im Fernsehen Kinder sehe, die im Klassenraum medizinische Selbsttests durchführen müssen, nur um am Unterricht teilnehmen zu dürfen.

Ich mache da nicht mit, weil es pervers ist, beim Friseurbesuch oder Einkauf einen negativen Corona-Test vorweisen zu müssen.

Ich mache da nicht mit, weil asymptomatische Virenträger vor allem eines sind – gesund.

Ich mache da nicht mit, weil ich es in Bezug auf Solidarität halte wie Oskar Lafontaine:

»Wahre Solidarität empfindet man entweder gegenüber allen Menschen oder überhaupt nicht.«

Solidarität nur Auserwählten gegenüber ist Faschismus.

Ich mache da nicht mit, weil die monokausale Weltsicht, der zur neuen Priesterkaste erhobenen Wissenschaft, bedenkliche Allmachtsansprüche geltend macht.

Ich mache da nicht mit, weil vom Niedergang des Mittelstandes nur die Konzern-Oligarchie profitiert.

Ich mache da nicht mit, weil ich mir kulturelle Vielfalt, lebendige Innenstädte, soziale Interaktion und Lokalkolorit wünsche.

Ich mache da nicht mit, weil ich der sakral anmutenden Ideologie des Transhumanismus nichts abgewinnen kann, diese jedoch der 4. Industriellen Revolution zugrunde liegt und Anleihen der Eugenik wiederbelebt.

Ich mache da nicht mit, weil ich sehe und spüre, wie meine in Deutschland lebenden Familienmitglieder unter der Corona-Politik und düsteren Stimmung im Land leiden.

Ich mache da nicht mit, weil ich seit März 2020 auf der ganzen Welt unterwegs war, um mir selbst ein Bild der Lage zu machen – und ich nirgends Leichenberge gese-

hen habe, sondern Menschen, die mehrheitlich davon überzeugt waren, dass die Regierungen sie betrügen und Ängste instrumentalisieren, um eine fragwürdige Agenda umzusetzen.

Ich mache da nicht mit, weil unreflektierter Konformismus mich schlichtweg anwidert.

Ich mache da nicht mit, weil Faschismus sich immer im Gewand des Guten, des Erlösers zeigt, und nicht von einer charismatischen Leitfigur, sondern der schweigenden Masse ermöglicht wird.

Ich mache da nicht mit, weil ich mir wünsche, dass niemand mehr mitmacht!

»Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person.

Er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz in der entstehenden Totalität der Institutionen und des Staatsapparats.«

(Rudi Dutschke)

| Erstpublikation: 19. April 2021

Wenn der Notstand zu Normalität wird: Die Demokratur

Nach Verabschiedung des novellierten Infektionsschutzgesetzes läuft nicht nur die deutsche Demokratie Gefahr, sich einem chinesischen Gesellschaftsmodell anzunähern.

»Es gibt keine grausamere Tyrannei als die, welche unter dem Deckmantel der Gesetze und mit dem Scheine der Gerechtigkeit ausgeübt wird; denn das heißt sozusagen Unglückliche auf der Planke ertränken, auf die sie sich gerettet haben.« (Charles Baron de Montesquieu, 1689-1755)

Ich schreibe seit Monaten über diese zähflüssige Corona-Krise und ihre flankierenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Treffender – sozialpolitische Desaster. Der Ausnahmezustand scheint kein Ende zu nehmen. Der zweiwöchige »Wellenbrecher« dauert seit Monaten an. Corona lässt die Uhren langsamer laufen. Tage gleichen sich. Die Nachrichten sind ein Mix aus monotoner Panik-Dauerschleife und suggestiver Narrativ-Propaganda. Jedes Medium schürt Angst. Täglich grüßt das Murmeltier.

Vieles läuft nicht erst seit COVID-19 falsch in Deutschland und der EU. Und vieles passt schon länger nicht mehr in das Bild einer aufgeklärten, offenen und freien Gesellschaft. Den Humanismus hat man im progressiven Westen zu großen Teilen hinter sich gelassen. Technokratie ist auf dem Vormarsch. Und eine Bewunderung für das chinesische Gesellschaftssystem. Wobei man ei-

nen vergleichbaren Lockdown-Fanatismus wie in Deutschland auf europäischer Ebene derzeit vergeblich sucht. Merkel und ihr Corona-Zirkel handeln besonders ideenarm, dogmatisch, totalitär – aber natürlich alternativlos.

Trotz der stetig autoritärer werdenden Züge des staatlichen Handelns habe ich es bisher bewusst vermieden, das Wort »Diktatur« zur Beschreibung der hiesigen Umstände zu verwenden. Nach der Verabschiedung des im Schweinsgalopp durch die Instanzen gepeitschten, novellierten Infektionsschutzgesetzes am 21. April 2021, muss man sich nun aber ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, welche Staatsform in Deutschland herrscht, nachdem der Föderalismus »temporär« abgeschafft wurde. Eine Demokratur?

Denn auch wenn das Ende der aktuellen pandemischen Notlage auf Ende Juni terminiert wurde, kann man schon heute die Prognose wagen, dass diese verlängert, beziehungsweise nach der Bundestagswahl reaktiviert und zur Umsetzung weiterer kontroverser Agenden instrumentalisiert werden wird. Warum sollte es anders laufen als im vergangenen Jahr? Nach der Pandemie droht der Klima-Lockdown. Karl Lauterbach fordert diesen vorsorglich schon jetzt. Denn das Virus verliert an Schrecken. Man sucht den nächsten Hebel, um Machtbefugnisse des Staates auszuweiten. Und wenn der Ausnahmezustand zur Normalität wird, ist ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Verzug.

»Wer einmal mit dem Notstand spielen sollte, um die Freiheit einzuschränken, wird meine Freunde und mich auf den Barrikaden zur Verteidigung der Demokratie finden, und dies ist ganz wörtlich gemeint.« (Willy Brandt, Bundeskanzler 1969 bis 1974)

Leider ist Willy Brandt tot und sein Versprechen nicht mehr einlösen. Und auch seine Freunde haben der Demokratie nicht geholfen, als ihre Fassade in den vergangenen Monaten massiv zu bröckeln begann.

Der Corona-Notstand wurde benutzt, um den Föderalismus auszuhebeln und die Gewaltenteilung aufzuweichen. Widerspruch, gegen den nun in Gesetze gegossenen Ausnahmezustand, ist jetzt nur noch vor dem Bundesverfassungsgericht möglich – dessen Präsident, Stephan Harbarth, jedoch ein umstrittener Protégé der Kanzlerin ist und ihr seinen exponierten Job verdankt.

Dieser offensichtliche Interessenkonflikt wird das BVG künftig wohl kaum daran hindern, mehrheitlich zu Gunsten des Regierungskurses zu entscheiden. Und für den Normalbürger ist eine Klage vor dem BVG ohnehin kaum keine Option. Zudem kann das BVG jede Verfassungsbeschwerde ohne Begründung ablehnen. Diese Entscheidung ist nicht einmal anfechtbar. Ohne Amts-, Landes-, Verwaltungs- und Oberlandesgerichte wird es für den einfachen Bürger also kaum möglich sein, sich juristisch gegen staatliche Übergriffigkeit und exekutive Unverhältnismäßigkeiten zur Wehr zu setzen. Ganz zu schweigen von den Zwängen der aufziehenden Impf-Apartheid. Demokratie geht wahrlich anders.

Nachdem bei einem Familienrichter aus Weimar vor wenigen Tagen eine Hausdurchsuchung stattfand, sein Handy sowie vertrauliche Unterlagen beschlagnahmt wurden, ist nun auch an der Unabhängigkeit der weniger politisierten Instanzen der dritten Gewalt zu zweifeln. Der Mann hatte lediglich ein Urteil gefällt, das dem offiziellen Virus-Narrativ der Merkel-Regierung widerspricht. Jetzt versucht die Staatsanwaltschaft, ihm

Rechtsbeugung zu unterstellen. Der Staat geht gegen unliebsame Rechtsprechung vor.

Deutschland ist eine repräsentative Demokratie, vertraut also Abgeordneten die Aufgabe an, die Stimme ihrer Wähler im Parlament zu vertreten und sich für deren Bedürfnisse einzusetzen. Im Gegensatz zur Schweiz, wo der Souverän mit Volksabstimmungen und weiteren Mitteln direkt Einfluss auf die Politik zu nehmen vermag. Spitzenpolitiker in Deutschland haben Volksabstimmungen und Elemente direkter Demokratie in der Vergangenheit aber immer wieder als Unding abgelehnt und nahezu verteufelt. Heute sehen wir das Ergebnis dieser Ignoranz gegenüber dem Souverän. Willkür und Korruption.

Im Kanzleramt entscheidet ein fanatisches NoCovid-Zentralkomitee im Elfenbeinturm des Corona-Kultes über das Wohl eines ganzen Landes und propagiert hysterisch einen würdelosen Hygiene-Wahn. Und es bereichert sich dabei schamlos.

In den 2000er-Jahren ist eine neue Kaste von Politikern entstanden. Infiltriert, manipuliert und korrumpiert von Hochfinanz, dem digital-industriellen Komplex und Big-Pharma. Lobbyismus und Korruption in Deutschland haben ungeahnte Ausmaße angenommen. Leider kommen diese Machenschaften nur selten ans Licht – weil entsprechend formulierte Gesetze die Korruption institutionalisiert und legalisiert haben, sodass es kaum zu Anklagen kommt. Sollte doch einmal ein Skandal öffentlich werden, stehlen sich die betrügerischen Volksvertreter meist ungeschoren davon, um wenig später einen Top-Job oder ein Berater-Mandat in ihnen nahestehenden Wirtschafts-Cliquen anzunehmen.

Der Kooperatismus von Politik, Wirtschaft und Finanzwelt ist nahezu total. Und die Dreistigkeit des Betrugs an der arbeitenden Bevölkerung nimmt stetig zu. Der Fall »WireCard« hat dies unlängst wieder bewiesen. Bereicherung und Machtgier. Inflationär werden Bereiche staatlicher Verantwortung an private Unternehmen oder andere Nichtregierungsorgane übertragen. Outsourcing der Demokratie. Bestes Beispiel im Rahmen der Corona-Krise: Die Zensur von unliebsamen, meist als »medizinische Fehlinformation« abgeurteilten Inhalten. YouTube und Co. verbannen, zensieren oder löschen unter feudalstaatlicher Ägide was nicht dem offiziellen Kurs entspricht. Zum Schutz der Demokratie, so der Europäische Datenschutzausschuss. Es ist schizophren.

In Australien ist man in Sachen Online-Zensur schon einen Schritt weiter. Ruft man über Social-Media-Kanäle zu friedlichen Protesten auf oder versucht, gegenläufige Meinungen zu verbreiten, muss man innerhalb kürzester Zeit mit Besuch von der Polizei rechnen, die Querulanten unmittelbar vor Ort zu den betreffenden Inhalten vernimmt und unter Umständen direkt weitere Maßnahmen einleitet.

In Deutschland fährt noch nicht sofort der Streifenwagen vor, wenn man sich kritisch im Internet äußert, man wird nicht verschleppt oder umgebracht – drastisch negative Folgen hat es aber mittlerweile allemal, nicht die Mehrheitsmeinung zu vertreten. Angesehene Wissenschaftler, Richter, Anwälte, Unternehmer oder Journalisten werden ausgegrenzt, diffamiert, ruiniert. Arbeitsverträge werden gekündigt, Reputationen vernichtet, Konten gesperrt, Veranstaltungen abgesagt. All das nur, weil man eine abweichende Meinung vertritt. Trotzdem rügt die Regierung Merkel das dunkle Russland, ob der Presse- und Meinungsfreiheit. Obwohl Deutschland selbst

jüngst im Ranking der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen von »gut« auf »zufriedenstellend« herabgestuft wurde.

Wer hinter dem Schleier der Pseudo-Solidarität und im Rausch seines Gutmenschentums noch immer nicht zu erkennen vermag, dass nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern die Demokratie als solches in Gefahr ist, dem waren beide Punkte wohl schon vor Corona nicht viel wert. Es ist nicht exakt abzusehen, wohin sich das gesellschaftspolitische System in Deutschland entwickeln wird. Aber die Herrschenden scheinen sich explizit an einem Vorbild zu orientieren: China.

Der digitale Impfausweis, verknüpft mit der Corona-Warn-App, später vielleicht auch der digitalen Bürger-ID, den Bonitätsdaten, dem Führungszeugnis, dem Browser-Verlauf sowie anderen persönlichen Informationen, öffnen die Türe für nie dagewesene Überwachung. In den falschen Händen sind die digitalen Helfer der Zukunft mächtige Instrumente der Manipulation, Machtausübung und Unterdrückung. Und im Kontext zunehmender Sympathiebekundungen der westlichen Regierungen für das chinesische Krisenmanagement während der Pandemie muss man annehmen, dass die Europäer der Zukunft ein vergleichbar totalitäres und zentralistisches System erwartet. Die Pandemie wirkt für diese Pläne wie ein Steroid.

Auf dem Papier ist Deutschland noch eine Demokratie. Auch wenn das Land bereits jetzt wie eine Demokratur wirkt. Wenn die epidemische Lage Ende Juni nicht für beendet erklärt und jedes Grundrecht wieder uneingeschränkt hergestellt wird, wenn der Notstand zum Normalzustand werden soll, dann muss unumwunden von einer Diktatur gesprochen werden. Sie wird sich nicht

gebärden, wie die Regime von Stalin, Hitler oder Mao – aber sie wird ihr Volk vermutlich deutlich effektiver, weil digital, zu kontrollieren wissen. Mehrere Länder verhandeln bereits mit China und wollen das dortige Social-Scoring-System implementieren. Diktatur als digitaler Exportartikel. Demnächst auch im Westen.

Egal, ob man die künftige Staatsform hierzulande Totalitarismus, Diktatur, Faschismus, Sozialismus, Technokratie oder Kooperatismus nennen möchte – am Ende bedeutet alles das gleiche: Unterdrückung.

| Erstpublikation: 27. April 2021

Unternehmensgründung in der Krise

Der Handwerksmeister Kalman Andrasfalvy gründete mitten in der Corona-Krise eine neue Firma. Wie das geht und warum das Modell erfolgreich trägt, erklärt er im Interview.

RP: Herr Andrasfalvy, wollen Sie sich den Lesern zunächst kurz vorstellen?

KA: Gerne. Mein Name ist Kalman Andrasfalvy. Ich wurde 1985 geboren, habe ungarische Wurzeln, bin aber in Muggensturm bei Rastatt aufgewachsen. Nach dem Abitur habe ich zunächst ein Architekturstudium begonnen, später aber auf das Handwerk umgeschwenkt und einen Meisterbrief erworben. Das praktische Arbeiten machte mir mehr schlichtweg mehr Freude als die Theorie. Ich war zudem schon immer begeistert von filigranen Werkstücken und künstlerischen Arbeiten, lese und schreibe viel und mache in meiner Freizeit Musik.

RP: Wie heißt ihre Firma, in welcher Region sind Sie tätig und was bieten Sie an?

KA: Mein Unternehmen heißt „Die Lokale Lösung“ und hat seinen Sitz in Gaggenau. Primär bieten wir Bodenlege- und Parkettarbeiten an. Außerdem übernehmen wir die Restauration von alten, hochwertigen Böden. Hin und wieder fertigen wir auf Anfrage auch Möbel, also Einzelstücke, zum Beispiel Holztische mit aufwändigen Intarsien.

RP: Wie lange besteht das Unternehmen und wie hat sich die Auftragslage seit der Gründung entwickelt? Die vergangenen zwölf Monate waren für die meisten Unternehmer ja eine wirkliche Herausforderung.

KA: Das stimmt. Viele Unternehmen des Mittelstandes kämpfen um ihr Überleben und verzeichnen seit März 2020 signifikante Umsatzeinbußen. Ich dagegen kann nicht klagen. Seit der Firmengründung am 1. Juli 2020 bin ich im Prinzip durchgehend zu 100 Prozent ausgelastet. Um den Jahreswechsel herum war es natürlich auch bei uns etwas ruhiger, die Krise hat sich bei uns aber bisher kaum bemerkbar gemacht. Qualität läuft immer.

RP: Aus welchen Gründen haben Sie sich überhaupt entschlossen, in wirtschaftlich derart turbulenten Zeiten einen Handwerksbetrieb zu gründen und das Risiko der Selbstständigkeit einzugehen?

KA: Ich war über ein Jahrzehnt als angestellter Handwerker in meinem Beruf tätig und erfolgreich. Vor einigen Jahren wurde dann aber Multiple Sklerose bei mir diagnostiziert. Daher erschien es mir wichtig, künftig selbst über meine Arbeitslast und Work-Life-Balance entscheiden zu können. Als Angestellter muss man in der Regel fünf Tage in der Woche arbeiten und Überstunden in Kauf nehmen – das erschien mir im Kontext der körperlichen Belastung langfristig zu wenig flexibel. Durch die Selbstständigkeit kann ich mir die Zeit freier einteilen, mich auf Qualität und anspruchsvolle Einzelaufträge konzentrieren, anstatt auf Großkunden, und bin daher weniger Zeitdruck ausgesetzt. Die Krankheit ist bisher unter Kontrolle und nur diagnostiziert. Und das soll auch so bleiben. Von daher war das auch der Fokus

bei der Risikobewertung. Die betriebswirtschaftliche Seite hat mir nie wirklich Sorgen bereitet. Dafür ist die Nachfrage in der Branche zu groß. Am Ende hatte die MS-Diagnose also durchaus positive Seiten. Ich habe mich dadurch getraut, meiner Berufung zu folgen und habe den Mut aufgebracht, Kompromisse im Angestelltenverhältnis gegen die ersehnte berufliche Freiheit zu tauschen.

RP: Was unterscheidet ihren betriebswirtschaftlichen Ansatz gegenüber anderen Marktteilnehmern?

KA: Ich arbeite mit skalierbaren Konzepten. Das heißt, ich bin jederzeit in der Lage, mich dem Markt flexibel anzupassen. Das gilt sowohl für die Preisgestaltung als auch für die Terminierung von Arbeiten. Ich kann deutlich flexibler auf Kundentermine eingehen als die „Großen“ der Branche. Durch eine anpassungsfähige Infrastruktur und Lagerhaltung bin ich zudem in der Lage, die Fixkosten sehr niedrig zu halten. Im Ergebnis kommt das dem Kunden zugute. Ich kann Arbeiten meist rascher ausführen als die Konkurrenz, habe mehr Zeit für Qualität und bin auch in der Preisgestaltung sehr kompetitiv.

RP: Warum haben Sie volle Auftragsbücher, während der deutsche Mittelstand sich im Rahmen der COVID-19-Krise aufzulösen scheint?

KA: Durch meine langjährige Tätigkeit in der Region habe ich mir ein umfangreiches Netzwerk aufgebaut. Das bringt sicher viel. Zum anderen setze ich natürlich auch im Handwerk auf digitale Lösungen und versuche, über meine Webseite sowie einschlägige Social-Media-Kanäle auf „Die Lokale Lösung“ aufmerksam zu machen. Auch die Empfehlungen von zufriedenen Kunden spielen selbstverständlich eine Rolle. Ebenso die Tatsa-

che, dass die Menschen seit Ausbruch der Pandemie mehr Zeit zu Hause verbringen und Projekte umsetzen, die ursprünglich für einen späteren Zeitpunkt geplant waren.

RP: Wie darf man sich die Kundenakquise im Handwerk heutzutage vorstellen? Läuft das noch über Werbeanzeigen und analoge Formate oder arbeiten Sie diesbezüglich digital?

KA: Im Moment ist es ein Mix. 70% der Akquise läuft derzeit sicher noch auf herkömmlichem Wege und über analoge Formate oder persönliche Kontakte. Im Rahmen der Pandemie hat sich aber gezeigt, dass auch im Handwerk viel Potenzial für den Ausbau digitaler Lösungen besteht. Ich gehe davon aus, dass bis in zwei Jahren mindestens die Hälfte der Kundenkontakte digital erfolgen wird. Bei den Erstkontakten rechne ich gar mit bis zu 90% digitaler Akquise – immerhin steuern wir auf eine sozial extrem distanzierte, vollständig digitalisierte Gesellschaft zu. Die Menschen wollen nicht mehr warten, bis der Handwerker nach drei Wochen zum hektischen Vor-Ort-Termin erscheinen kann, um ein Angebot zu erstellen. Das kann man besser machen. Und wir arbeiten daran.

RP: Gibt es Pläne, die Online-Präsenz oder digitale Services weiter auszubauen? Ist die Digitalisierung künftig auch im regionalen Handwerk entscheidend für Erfolg oder Misserfolg?

KA: Ich denke, dass die Fähigkeit, sich der rasant fortschreitenden Digitalisierung sowie dem stark veränderten Kundenanspruch anzupassen, absolut entscheidend für das Handwerk der Zukunft sein wird. Daher planen wir einige Projekte in dieser Richtung. Wir erarbeiten derzeit Konzepte, um den Anfrage- und Angebotspro-

zess automatisiert über die Webseite abzuwickeln. So erhält der Kunde binnen Minuten ein erstes, individuelles und transparentes Angebot. Wenn die erforderlichen Eingaben seitens des Kunden exakt sind, dürfte der Endpreis nicht mehr als +/- 5% vom initialen Angebot abweichen. Außerdem arbeiten wir an Lösungen für digitale Hausbesuche. Ein normaler Video-Call mit dem Smartphone reicht da leider nicht aus. Für die exakte Bewertung der Situation und zum Beispiel Bodenbeschaffenheit vor Ort, der Materialien und Räumlichkeiten, braucht es mehr als ein verwackeltes Handy-Video mit schlechter Belichtung, mangelhaftem Sound und fehlendem Raumgefühl. Ziel des Projektes ist, dem Kunden das Gefühl zu geben, dass wir vor Ort präsent sind – und die nötigen Informationen für ein detailliertes Angebot so aufnehmen zu können, als wären wir es. Mehr will ich dazu im Moment nicht sagen. Gute Ideen werden ja gerne kopiert. Am Ende versuchen wir, unser Qualitätsversprechen auch im Rahmen der Digitalisierung zu erfüllen.

RP: Wie sehen Sie die Zukunft? Wo stehen der deutsche Mittelstand und das Handwerk nach der Corona-Krise?

KA: Das ist schwer zu sagen. Sicher scheint mir aber, dass es zu signifikanten Verwerfungen kommen wird. Vor allem, nachdem das Insolvenzrecht nun ab Mai 2021 wieder greift. Ich gehe davon aus, dass eine Pleitewelle auf uns zurollt, die vor allem kleine und mittlere Betriebe treffen wird. Uns erwarten vermutlich steigende Arbeitslosenzahlen und eine höhere Inflation. Um potenziellen Turbulenzen am Finanzmarkt zu begegnen, werden wir unseren Kunden demnächst zum Beispiel ermöglichen, Rechnungen mit Kryptowährungen zu begleichen. Zudem profitieren wir, wie eingangs angeführt, von minimalen Fixkosten und einer absolut

skalierbaren Governance. Für „Die Lokale Lösung“ schaue ich daher positiv in die Zukunft. Ich habe das Unternehmen in einer Krise gegründet und mir zum Ziel gesetzt, auch für künftige disruptive Phasen gewappnet zu sein.

RP: Wie gehen Sie mit den Corona-Verordnungen und den Hygienevorschriften um?

KA: Wir halten die jeweils geltenden Verordnungen ein und bieten darüber hinaus kundenspezifische Vereinbarungen an, um den verschiedenen Risikobewertungen gerecht zu werden. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass wir Aufträge so terminieren, dass direkter Kundenkontakt vermieden wird, wenn dies gewünscht ist. Bis auf zusätzliche Desinfektionsmaßnahmen betreffen uns die Verordnungen im Arbeitsalltag aber eher wenig. Wir arbeiten aufgrund der Feinstaubbelastung ohnehin zumeist mit Atemschutzmasken und legen auch auf der Baustelle großen Wert auf Ordnung, Sauberkeit und Hygiene.

RP: Sie arbeiten bei den Menschen zu Hause. Hat die Krise den Kundenkontakt in den vergangenen zwölf Monaten verändert?

KA: Zum Teil. Manche Kunden sind etwas vorsichtiger als andere und wir stellen uns darauf ein. Generell gilt jedoch nach wie vor, dass das Vertrauen zwischen Auftraggeber und Auftragsnehmer eine wichtige Rolle spielt. Daher versuchen wir den persönlichen Kundenkontakt den Umständen entsprechend aufrecht zu erhalten. Man bemerkt aber durchaus, dass viele Menschen verängstigt sind. Das versuchen wir, wenn möglich, etwas aufzufangen.

RP: Haben Sie noch einen Tipp für Menschen, die sich für das Handwerk interessieren oder gar selbst ein Unternehmen gründen wollen?

KA: Wir haben hierzulande nach wie vor einen Mangel an Fachkräften und gut ausgebildeten Handwerkern. Auch die Zahl der Handwerksmeister nimmer in allen Branchen ab. In vielen Bereichen fehlt der Nachwuchs, obwohl das Handwerk auch in der Zukunft eine wichtige Säule der Gesellschaft darstellen wird und vielfältige Entwicklungschancen bietet. Qualität hat immer einen Markt, gerade in Krisenzeiten. Ich denke, dass hier seitens der Politik mehr unternommen werden muss. Es macht keinen Sinn zu glauben, dass man nur mit Abitur und Studium eine erfolgreiche Karriere gestalten kann. Aus meiner Sicht wäre es wichtiger, dass die Jugendlichen ihrer Passion folgen und sich in den Themenbereichen ausbilden und engagieren, die sie interessieren. Im Handwerk kann man sich persönlich verwirklichen, wenn man Leidenschaften oder Talente hat. Und mit einem Meisterbrief in der Tasche bieten sich unzählige Möglichkeiten – auch was den Verdienst angeht.

RP: Dann bedanke ich mich hiermit herzlich für das Gespräch und wünsche Ihnen und Ihrem Unternehmen weiterhin viel Erfolg.

KA: Ich habe zu danken.

| Erstpublikation: 02. Mai 2021

Entspannter Groove in angespannten Zeiten

Der Musiker und Produzent KORS veröffentlicht am 7. Mai 2021 seine erste Single. Warum er gerade in schwierigen Zeiten besonders produktiv ist, erklärt er im Interview.

RP: KORS, oder soll ich Rafael sagen, wollen Sie sich den Lesern erst einmal kurz vorstellen?

KORS: Sicher. Mein Name ist Rafael Soriano Koller, alias KORS. Ich bin Musiker und Produzent aus Zürich. Ich bin in Venezuela geboren und aufgewachsen, lebe aber seit etwa 25 Jahren in Europa und davon jetzt knapp sieben Jahre in der Schweiz. Zuvor war ich unter anderem in Spanien, der Tschechoslowakei und den USA unterwegs. Ich hatte ein bewegtes Leben.

RP: Sie haben im Vorgespräch erwähnt, dass Sie bereits mit 14 Jahren angefangen haben, Schlagzeug zu spielen. Wie kommt es, dass Sie erst jetzt, einige Dekaden später, ihre erste offizielle Single veröffentlichen?

KORS: Das stimmt. Musik begleitet mich seit meiner Kindheit. Ich habe schon als Teenager begonnen, Schlagzeug zu spielen und war fortan in diversen Bandprojekten aktiv. Es ging dabei vor allem um Live-Musik. Wir spielten meist Rock ’n Roll in Clubs und kleinen Hallen und verschwendeten keinen Gedanken an professionelle Aufnahmen. Unser Ziel war es, auf der Bühne zu überzeugen. Einige Male gelang das sogar vor bis zu 10.000 Menschen im Stadion. Der Gedanke, eine Single

oder ein Album zu veröffentlichen, stand einfach nie wirklich im Raum.

RP: Wie und warum hat sich das nun geändert?

KORS: Irgendwann kam schlichtweg der Punkt, an dem Privates und auch die Arbeit im Leben eine andere Stellung einnahmen. Wir hatten nicht mehr genug Zeit, um mit der Band live erfolgreich zu sein. So lösten sich die verschiedenen Bandprojekte mit der Zeit auf. Der Drang, mich mit Musik auszudrücken, blieb jedoch. Daher fing ich vor etwa zehn Jahren an, mich mit Musikproduktion zu beschäftigen. Zunächst eher zum Spaß. Ich spielte aus Langeweile und Schaffensdrang mit Cubase, Reason oder Fruity Loops herum und fing an, mich dafür zu begeistern. Auf diesem Wege konnte ich mit geringem Aufwand und zu meinen Konditionen kreativ sein und ganz neue Richtungen einschlagen. So kamen die ersten Pop-Songs zustande. Und da ich die neuen Werke mangels Band nicht live präsentieren konnte, kam mir zum ersten Mal der Gedanke, sie zu veröffentlichen.

RP: Sie hatten demnach schon vor dieser Single Musik veröffentlicht, nur eben nicht über ein Label oder einen professionellen Vertrieb?

KORS: Exakt. Ich bin sehr produktiv und arbeite ständig an neuen Songs und Visuals. Diese habe ich natürlich hin und wieder auf YouTube, Soundcloud oder anderen Portalen veröffentlicht. Jetzt aber erschein es mir an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen. Neben der Single und dem zugehörigen Video gibt es ja auch ein neues Logo, eine neue Webseite, einen frischen Online-Shop sowie entsprechende Social-Media-Kanäle. Das Mastering des Songs hat Geoff Pesche in den legendären Ab-

bey Road Studios in London übernommen. Das Projekt ist also jetzt bereit für den großen Auftritt. (lacht)

RP: Hat Sie die derzeitige Krisenstimmung nicht abgeschreckt? Ihr Sound klingt eher entspannt und positiv, entgegen der allgemeinen Stimmungslage in dieser Krise. Passt die Veröffentlichung denn in die Corona-Zeit?

KORS: Nein überhaupt nicht. Ich habe mich in keiner Weise von meinen Plänen abbringen lassen. Und finde es besonders spannend, dass meine Musik einen emotionalen Gegenpol zur allgemeinen Besorgnis darstellt. Gerade die Tatsache, dass ich ein sehr emotionaler Mensch bin, hat mich dazu veranlasst, jetzt meine Release-Pipeline an der Start zu bringen. Ich tendiere dazu, meine Gefühle in Melodien zu übersetzen, Ereignisse und Einflüsse in der Musik zu verarbeiten. Dabei kann ein negatives Erlebnis sehr wohl zu einem sehr lebensbejahenden Sound führen. So war das auch über die vergangenen zwölf Monate. Ich lebe direkt am Zürichsee, wo auch in der Hochphase der Pandemie ein entspanntes und glückliches Leben möglich ist. So wie überall, wo Natur überwiegt. Dadurch war es mir möglich, die Corona-Krise mit einer gewissen Distanz zu betrachten und mich auf die übergeordneten Inspirationen zu fokussieren. So hat der Sound der neuen Songs zwar eine melancholische Konnotation, bleibt im Kern aber positiv geladen und soll den Hörer für einige Minuten dem Alltag entreißen. Und ich glaube, das ist genau das, was die Leute im Sommer 2021 brauchen werden – Entspannung, Reflexion und eine gute Zeit in der Natur.

RP: Was für eine Musik erwartet den Hörer denn auf der ersten Single? Und woraus speist sich ihre Arbeit, was sind Ihre Einflüsse und Inspirationen?

KORS: Das Genre rangiert wohl irgendwo zwischen Pop, Lounge, Chillout und Deep House. Darüber habe ich mir nie wirklich Gedanken gemacht. Meine Musik lebt von eingängigen Melodien, entspannten Instrumentals und minimalistischem Gesang. Wobei einige Tracks auch zu 100% instrumental produziert sind. Die Titel entstehen auch immer ganz unterschiedlich. Manchmal fange ich mit einem Sample an, das nächste Mal spiele ich einen Akkord auf der Gitarre und bin inspiriert. Oft beginne ich mit einem Drumset, das mich packt. Ich denke es ist schwer, meine Produktionen in eine bestimmte Schublade zu stecken. Musikalisch war ich immer stark vom Jazz beeinflusst, daher finden sich immer wieder jazzige Elemente in den Titeln und das Saxophon übernimmt hier und da die Rolle des Sängers. Ich glaube, dass es schwer ist, meiner Musik ein spezielles Label anzuheften, dass man sie aber sehr schnell an einem eigenen Soundbild und wiederkehrenden Elementen erkennt.

RP: Was bedeutet eigentlich der Titel der Single, badiflight?

KORS: Die Badi ist hier in der Schweiz das Seebad. Der Ort, an dem sich im Sommer die Menschen treffen und ihre Freizeit verbringen. Das hat mich im Sommer 2020 inspiriert und dazu gebracht, den Song zu produzieren. Ich wollte die Unbeschwertheit der Tage am See einfangen, an denen man die Gedanken schweifen lassen und Probleme vergessen kann. Daraus entstand die Idee, den Song entsprechend zu benennen.

RP: Was passiert nach der ersten Single? Gibt es konkrete Pläne für weitere Veröffentlichungen?

KORS: Absolut. Ab Mai 2021 werde ich jeden Monat eine Single samt Video veröffentlichen. Die Basis-Pro-

duktionen für diese Songs sind bereits fertiggestellt. Gegen Ende des Jahres kommt dann ein Album. Während die einzelnen Singles nur auf digitalem Wege erscheinen werden, ist für das Album eine kleine Auflage physischer Tonträger geplant. Ob wir da Vinyl oder eine CD machen, ist noch offen. Vielleicht auch beides. Für 2022 ist ein internationales Projekt geplant, auf dem ich verschiedene Künstler zu Gast haben werde und verschiedene Musikstile miteinander kombinieren möchte. Von Rock über Rap bis hin zu Elektro und Jazz.

RP: Das klingt spannend und nach wenig Langeweile. Und auch nach wenig Zurückhaltung durch die Stolpersteine der aktuellen Krise. Ich bedanke mich für das Gespräch, wünsche viel Erfolg bei allen Vorhaben und auch persönlich alles Gute.

KORS: Ich bedanke mich. Es hat mich gefreut, mich mit Ihnen zu unterhalten. Gleichfalls alles Gute für die Zukunft.

| Erstpublikation: 04. Mai 2021

Nach der Pandemie ist vor der nächsten Katastrophe

Während das Virus zunehmend an Schrecken verliert, beginnen die fatalen Spätfolgen der Corona-Politik und weitere disruptive Drohkulissen Raum zu greifen. Ein Postulat.

Es herrscht Ausnahmezustand. Seit Jahrzehnten. Jedes Jahr erleben wir eine Katastrophe, Krise oder Plage. Früher war es der kalte Krieg, die Ölkrise, Iran-Contra-Affäre und die RAF. Danach der internationale Terrorismus, Vogel- und Schweinegrippe, die Finanzkrise oder die Zuwanderung. Um nur einige Panik-Highlights der vergangenen Dekaden anzuführen. Irgendetwas macht den Menschen immer Angst.

Das ist kein Zufall, sondern systemisch. Aufmerksamkeit erhält, wer laut ist. So wetteifern Medien um die auffälligste Schlagzeile und sind sich nicht zu schade, Meldungen zum Skandal zu stilisieren, die ohne ihr Zutun keiner wären. Auflagen und Seitenzugriffe wollen generiert werden. Die feudalistische Politikerkaste der abgenutzten westlichen Demokratien nutzt Disruption, Skandale und Ausnahmezustände nur zu gerne, um kontroverse Vorhaben im Schatten der Angst oder auf der Welle der Empörung zu realisieren.

»Mit der Furcht fängt die Sklaverei an, aber auch mit Zutrauen und Sorglosigkeit.« (Johann Gottfried Seume)

Bisher waren Krisen, die zugehörige Berichterstattung sowie relevante Gegenmaßnahmen aber meist regional

begrenzt. Sie wirkten sich auf einzelne Länder oder Regionen aus – im Gegensatz zur Corona-Krise, die einen nie dagewesenen globalen Gleichklang ausgelöst hat. In allen der WHO zugehörigen Ländern sind nahezu identische Kommunikation, Maßnahmen und Folgen zu beobachten. Der vor Corona undenkbare Lockdown ganzer Gesellschaften war ein chinesischer Exportschlager.

Allerdings verliert das Virus im Moment an Schrecken. Die ohnehin fragwürdigen Inzidenzen sinken, auch in Ländern ohne Lockdowns, und immer mehr Menschen hinterfragen das staatliche Krisenmanagement. Kreiert es doch mehr Leid als das Virus selbst. Auch wird anhand verschiedener Kennzahlen immer deutlicher, dass wir es niemals mit einer existenziellen Bedrohung zu tun hatten. So waren im Jahr 2020 zum Beispiel durchschnittlich nur 4 Prozent der Patienten auf Intensivstationen aufgrund von COVID-19 in Behandlung. Alles andere als eine Jahrhundert-Pandemie oder Todesseuche. (Quelle: Bundesgesundheitsministerium)

Verliert das Narrativ des Killer-Virus jedoch sein Momentum und die Menschen den Glauben daran, entzieht dies der machtbesessenen Politik des Merkel’schen NoCovid-Zentralkomitees die Legitimation. Da man im Kanzleramt scheinbar nicht gewillt ist, die neue totalitäre Machtfülle aufzugeben, müssen neue Begründungen für die Einschränkung von Grundrechten und Verfassungsgrundsätzen her. Was eignet sich nach dem kaum greifbaren Gegner Corona besser, als eine noch abstraktere Bedrohung, um den Machterhalt zu sichern? Das Bundesverfassungsgericht hat in vorauseilendem Gehorsam mit Beschluss zum Klimaschutzgesetz vom 31. April 2021 bereits erklärt:

„Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbußen hinnehmen zu müssen."

»Ein Klima-Lockdown nach dem Corona-Lockdown wäre falsch.« So zitiert die »Welt« am 3. Mai 2021 den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Die Frage, die sich dabei stellt, ist: Auf wessen Frage antwortet der Mann überhaupt? Bis auf Karl Lauterbach hat bisher kein prominenter Regierungsvertreter dieses Wort öffentlichkeitswirksam in den Mund genommen.

Und Lauterbach hat es in der betreffenden Sendung als Verschwörungstheorie abgetan; auch wenn er zwei Sätze zuvor (bei Minute 21:20) noch selbst artikulierte, dass Lockdowns auch im Kontext des Klimaschutzes ein probates Mittel und wohl bald von Nöten seien. Was aber erwartet die Menschheit nun nach einem desaströsen Jahr, unzähligen Paradigmenwechseln und Dammbrüchen im Zuge der Pandemie?

Nachdem die Politik im Zuge von COVID-19 ihre Machtbefugnisse auf unverschämte Art und Weise ausgeweitet hat, ist nicht davon auszugehen, dass sie diese freiwillig wieder zurücknimmt. Freiheiten haben sich aufgeklärte Gesellschaften in der Geschichte immer mühsam erkämpft. Daher ist anzunehmen, dass das neue Instrumentarium totalitärer Regierungsmethoden nun auch auf andere Problemfelder angewendet werden soll. Auf solche, die für die Fundamente der freiheitlichen Gesellschaft noch bedrohlicher sein dürften als ein Virus mit Mortalität im Promillebereich.

»Untergangspropheten, die vom Pessimismus leben, und das oft gar nicht schlecht, empfinden jede Art von Zuversicht zwangsläufig als Bedrohung für ihre Existenz.« (Bob Hope)

Die Auswahl ist groß. Cyber-Angriffe, flächendeckende Stromausfälle, militärische Konfrontationen an der russisch-ukrainischen Grenze, Unterbruch elementarer Lieferketten, Finanzblasen, Währungsverfall, Asteroiden auf Kollisionskurs, Super-AI, das nächste Virus, Atomschläge – oder eben der Klimawandel. Dieser wird von Markus Söder in einem Tweet vom 4. Mai 2021 salopp als nächste »pandemische Herausforderung« bezeichnet. Semantischer Blödsinn. Nachdem sich die Bevölkerung aber bereits an das Gehorsam auslösende Signalwort »Pandemie« gewöhnt hat, warum sollte der bayrische Ministerpräsident da differenzierter formulieren? Superlative sind en vogue und machen den Weg frei für sperrige Vorhaben. Siehe Impf-Apartheid oder Totalüberwachung per Corona-App und digitalem Travel-Pass. Schöne neue Post-Corona-Welt.

Fakt ist: Die wirtschaftlichen Folgen der Lockdown-Politik beginnen gerade erst, sich zu entfalten. Preise für Öl und Lebensmittel steigen, Holz und andere Werkstoffe werden knapp, Lieferengpässe bei Computer-Chips lassen die Bänder in der Automotive-Branche stillstehen. Negativzinsen gibt es schon. Manch ein Regalfach im Supermarkt ist leer. Die Innenstädte verwaisen zunehmend, weil wenige bereit sind, sich für einen Friseurtermin oder zum Shopping dem Test-Zwang auszusetzen – wenn die Geschäfte überhaupt geöffnet sind. Airlines haben einen Großteil ihrer Flotte gegroundet. Fernbusse stehen in den Depots. Dazu gibt es bereits jetzt offiziell eine Million mehr Arbeitslose in Deutschland als vor der Pandemie. Wie viele werden es sein, wenn die Reakti-

vierung des Insolvenzrechts ab Mai 2021 voll durchschlägt und all die Zombie-Firmen tatsächlich Konkurs anmelden?

Im schlimmsten Fall stehen der Welt ein Zusammenbruch des Finanzsystems, Massenarbeitslosigkeit, massive gesellschaftliche Verwerfungen sowie Kriege ins Haus. Gewaltige Kreditausfälle sind zu erwarten und können einen Dominoeffekt am Finanzmarkt auslösen, der spielend das gesamte Weltwirtschaftssystem in den Kollaps reißt. Blasen gibt es genug. Und wie schnell das labile Konstrukt des Casino-Kapitalismus zusammenbrechen kann, hat uns bereits die Finanzkrise 2008 gezeigt. Schon damals ist das globale Finanzsystem haarscharf am Exodus vorbeigeschrammt. Den meisten Menschen ist das nicht wirklich bewusst. Die Finanzkrise 2008 betraf den Normalbürger ja nur bedingt. Wozu sich also den Kopf über (Zentral-) Banken und langweilige Finanzinstrumente zerbrechen? Über 70 Jahre Frieden, Freiheit, Wohlstand, Wachstum und Konsum wiegen die europäischen Gesellschaften in trügerischer Sicherheit. Übersättigung macht träge, unkritisch und unmündig. Dabei wäre genau in der Krise die Stunde des Souveräns.

»Unsere Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.« (Albert Einstein)

Wenn das Fiat-Geld-Finanzsystem zusammenbrechen sollte, wird die Einführung digitaler Währungen als alternativloser Rettungsanker gelten. Die Zentralbanken arbeiten bereits emsig am Roll-out. Das elektronische Geld könnte ein Verfallsdatum haben, um mit dem so erzwungenen Konsum die von der Pandemie marodierte Wirtschaft zu beleben – in China testet man dieses Mo-

dell bereits. Aufgrund grassierender Arbeitslosigkeit wird der Staat in paternalistischer Art und Weise den Erlöser geben und schließlich ein bedingungsloses Grundeinkommen anbieten, um völligem Chaos vorzubeugen. Die Bevölkerung wird das nicht nur hinnehmen, sondern aufgrund der Notlage aktiv einfordern; ohne zu bedenken, in welche Abhängigkeiten das führt und in was für einem totalitären System ihr Nachwuchs künftig lebt, wenn jede monetäre Bewegung nachvollziehbar und mit weiteren persönlichen Daten gekoppelt sein wird. So wird ein feuchter Traum der elitären Zirkel zur Nadel im Arm des Steuerzahlers, der fortan dem Wohlwollen des Staatsapparats ausgeliefert ist. Auch das gibt es heute schon. In den USA wird Sozialhilfeempfängern die Unterstützung verweigert, wenn sie verschriebene Psychopharmaka nicht einnehmen, welche sie emotional unter Kontrolle halten sollen. Geld für Gehorsam und Gegenleistungen.

Totales Chaos droht, wenn Lieferengpässe sich auf Nahrungsmittel und Artikel des täglichen Bedarfs ausweiten. Oder bei einem längeren Blackout. Man stelle sich vor, was in einer Stadt wie Berlin oder New York passieren würde, wenn Strom und Internet einige Tage lang ausfielen oder das Brot knapp wird. Jedes Ballungsgebiet würde zum Pulverfass. Wurden deswegen in den zurückliegenden Jahren in vielen Ländern Gesetze erlassen, die den Einsatz des Militärs im Inland und gegen die eigene Bevölkerung gestatten?

Einen handfesten Bürgerkrieg in Deutschland hält manch ein renommierter Soziologe mittlerweile für durchaus wahrscheinlich. Und auch territoriale Kriege stehen den Europäern vielleicht wieder ins Haus. Die Provokationen der NATO nahe der russischen Grenze haben in den letzten Wochen mehrfach für diplomati-

sche Scharmützel gesorgt. Der sonst eher besonnen agierende *Putin* ließ sich gar zu ernsthaften Warnungen gen Westen hinreißen und sprach in Manier eines Zaren von »roten Linien«, die man nicht überschreiten dürfe. Währenddessen schreiben hiesige Medien die kompetenzbefreite Plagiatorin Annalena Baerbock ins Kanzleramt, die ihrerseits auf Konfrontationskurs mit Russland ist. Siehe Nord Stream 2.

Düstere Zeiten stehen der Menschheit bevor. Auch wenn die postulierten Szenarien wirken, wie aus einem dystopischen Science-Fiction-Film, sind sie derzeit leider allesamt recht wahrscheinlich. Die Indikatoren sind vielsagend – und ein Fenstersturz oder Reichstagsbrand genügt, um den ersten Dominostein umzuwerfen.

»Die Hoffnung ist der Regenbogen über dem herabstürzenden Bach des Lebens.« (Friedrich Nietzsche)

| Erstpublikation: 06. Mai 2021

Oft ist das Wiedersehen erst die echte Trennung

»Ein Abschied verleitet immer dazu, etwas zu sagen, was man sonst nicht ausgesprochen hätte« (Michel de Montaigne). Ein Nachruf auf die alte Heimat.

Deutschland war meine Heimat. Ich bin dort geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich durchlebte eine glückliche, unbeschwerte Kindheit und eine turbulente bis exzessive Jugend. Ich mochte das Land, die Städte und die Menschen mit all ihren schrägen Eigenarten, die Sprache, die Kultur und den ruralen Lokalkolorit. Das Land der Dichter und Denker hatte für Neugierige viel zu bieten und ließ Freiraum, um sich persönlich zu entfalten. Ob Punk, Hip-Hopper oder Skater – man fand eine Nische, in der man sich ungehemmt ausleben konnte. Aber das waren die 90er. Heute ist das anders.

In der Pubertät begann ich, mich ernsthaft künstlerisch zu betätigen und Songtexte zu schreiben. Dadurch las ich noch mehr als zuvor und recherchierte querbeet. Geschichte, Politik, Philosophie oder Psychologie. Was mir interessant erschien, wurde verschlungen. Aus diesem Grund begann ich, mein Heimatland, seine Gesellschaft und die hiesige Politik bewusster und deutlich kritischer wahrzunehmen. Ich verstand langsam, wie die Welt und ihre Systeme tatsächlich funktionierten – und rasch wurde klar: Es ist nicht alles Gold was glänzt. Diese Erkenntnis wurde untermauert, als ich im späteren Leben

die Möglichkeit hatte, den Globus zu bereisen und viele Regionen, Länder und Kulturen kennenzulernen.

Vor allem die EU als überstaatliches Konstrukt bereitete mir in der Heimat Sorgen. Früh war abzusehen, dass es bei diesem Staatenbund nicht um das Zusammenrücken der Menschen und offene Grenzen, sondern um eine kooperatistisch getriebene Freihandelszone, eine Währungsunion der Hochfinanz und zunehmende Zentralisierung von Macht in Brüssel ging. Die ursprüngliche, humanistisch verstandene europäische Idee wuchs sich immer mehr zu einem undurchsichtigen Machtapparat aus, auf den der Wähler nur noch bedingt und mittelbar Einfluss nehmen kann. Dies stand meinem Freiheitsdrang und Verständnis vom Demokratie diametral entgegen. Daher traf ich schon vor mehr als zehn Jahren die Entscheidung, meinen Hauptwohnsitz in die Schweiz zu verlegen.

Trotzdem hielt ich an der alten Heimat fest, betrieb dort eine Niederlassung meines Unternehmens und nutzte meinen früheren Wohnsitz fortan als Ferienhaus am Rande des Schwarzwalds. Ich wollte die Nähe zu Familie und Freunden nicht vollständig aufgeben. Und obwohl ich zwischenzeitlich in Mexiko, Israel, Rumänien, den USA, Südafrika und vielen anderen Ländern gelebt habe, bin ich immer wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Ich hegte den fernen Wunsch, im Alter das Elternhaus und einen kleinen Immobilien-Bestand zu übernehmen und den Lebensabend an den memorablen Orten meiner Kindheit zu verbringen. Der Kreis des Lebens sollte sich da schließen können, wo er für mich begonnen hatte. Dieser Traum wurde in den vergangenen zwölf Monaten langsam und qualvoll erstickt – von »Corona«.

Deutschland ist nicht wiederzuerkennen. Alles, was mir an meiner alten Heimat in der Vergangenheit wichtig war, wurde im Zuge der Pandemie zerstört, pervertiert, irrelevant, verpönt oder verboten. Die Mechanismen dieser Krise benötigten nur knapp ein Jahr, um meine Heimatgefühle abzutöten. Mein Geburtsort wirkt heute wie eine verdorrte Pflanze, die man ein Jahr lang absichtlich nicht gegossen hat. Hier und da hängt noch eine welke Blüte am Zweig, aber auch sie ist unumgänglich dem Untergang geweiht.

Das Land ist mir fremd geworden. Die Ignoranz und der stumpfsinnige Konformismus vieler Menschen ekeln mich an. Was heute unter Solidarität verstanden und als solche eingefordert wird, ist das exakte Gegenteil. Offene Gesellschaft, Debattenkultur, autonome politische Willensbildung, stabile Gewaltenteilung, ausgewogene Berichterstattung, fundierte Bildung, bedingungslose Meinungsfreiheit, Neutralität der Gerichtsbarkeit? Fehlanzeige! Stattdessen: Cancel Culture. Knapp 70 Jahre nach Schaffung des Grundgesetzes wird dieses Bollwerk gegen Tyrannei erneut mit Füssen getreten. Schlimmer noch, der Einzug haltende Hygiene-Totalitarismus ist als »das Gute« kaum angreifbar und wurde durch entsprechende Gesetze »demokratisch« legitimiert. Genau wie der Lobbyismus. So wird beides mit rechtsstaatlichen Mitteln kaum wieder abzuschaffen sein.

»Über das Kommen mancher Leute tröstet uns nichts, als die Hoffnung auf ihr Gehen.« (Marie von Ebner-Eschenbach)

Das ist schlussendlich für alle Bundesregierungen, die ich seit meiner Politisierung erlebt habe, zutreffend. Allerdings hat es bisher auch keine Regierung seit den Nationalsozialisten mehr vollbracht, das Land binnen zwölf

Monaten derart zu fanatisieren und auf den Kopf zu stellen. Deutschland ist gespalten, verblendet, autoritär und ideologisiert. Der Debattenraum verengt sich von Woche zu Woche. Viele Menschen trauen sich nicht mehr, ihre Meinung offen auszusprechen. Selbst respektierte Schauspieler wie Jan Josef Liefers werden im ÖRR als »naiv« bezeichnet und mit Suggestivfragen in die Ecke gedrängt, wenn sie mit Aktionen wie #allesdichtmachen das Vorgehen der Regierung kritisieren. Liefers kommt aus der DDR und war dort kein Konformist. Wenn er sich im Deutschland des Jahres 2021 also stark an seine alte Heimat erinnert fühlt, sollte das zu denken geben.

Das Corona-Management von Politik, Wissenschaft und Medien hat eine zerstörte Gesellschaft hinterlassen, in der ich mich nicht mehr wohl fühle. Schulen werden immer mehr zu einem Gefängnis für Kinder, deren Gedanken frei sein sollten. Kunst und Kultur werden aufgrund von Insolvenzen unabhängiger Anbieter vielleicht sehr bald nur noch staatlich subventioniert stattfinden können – und damit kaum so frei sein, wie sie es sollten. Die politischen Zukunftsaussichten sind düster. Zunehmend totalitär agierende Systeme werden neue Machtbefugnisse ausreizen und erweitern, sie aber kaum freiwillig wieder abgeben. Wenn die Pandemie keine Angst mehr macht, wird man den Klimaschutz instrumentalisieren, um die Menschen zu unterdrücken. Ich kann weder mit dem hysterischen »New Normal« noch mit Cancel Culture oder einem grün-zentralistisch regierten Deutschland etwas anfangen. Und zu einer Revolution scheinen mir die trägen, wohlstandsverwahrlosten Deutschen nicht fähig. Eigenverantwortung war einmal.

Ich möchte nicht in einer Zweiklassengesellschaft den Lebensabend verbringen, deren Grundgesetz ausgehebelt und im Kontext einer übermächtigen EU nur noch

Makulatur ist – und in der die Bevölkerung den Niedergang der Demokratie mit frenetischem Applaus honoriert.

So habe ich mich in den letzten Wochen aller Verträge und Verantwortlichkeiten in Deutschland entledigt und räume mein ehemaliges Zuhause bald endgültig. Den Juli werde ich bereits in wärmeren Gefilden verbringen, im Tessin. In einem Land, in dem man noch freiheitlich denken, leben und lieben kann. In einer direkten Demokratie. Der Einzigen. Hoffen wir, dass sie es bleibt.

Ich gehe leider nicht, wenn es am schönsten ist, sondern solange man es noch kann.

| Erstpublikation: 12. Mai 2021

Demokratie war nie fair

Das demokratische System: Nur eine Kosten-Nutzen-Analyse der herrschenden Klasse.

Die Demokratie ist das goldene Kalb heutiger Politik und globale Direktive für moderne Gesellschaften. Wo sie nicht herrscht, bringt man sie hin – auch ungefragt und mit Gewalt. Für das vermeintliche Ideal der freien Märkte und die Herrschaft des Volkes sind Millionen von Menschen in Kriegen gestorben. Obwohl die hässliche Fratze des Kasino-Kapitalismus ihrem Ansehen in den vergangenen Jahrzehnten durchaus geschadet hat, wiederholen Regierende den Begriff Demokratie gebetsmühlenartig in jeder Rede und beteuern auf sakrale Art und Weise, wie ergeben sie diese gegen Angriffe und Einflüsse unlauterer Ansichten und Ideologien verteidigen – und das sind oft alle, außer die ihren.

Demokratie ist die für das Volk erträglichste Regierungsform. Eigentlich eine Volksherrschaft. Vermutlich das fairste Gesellschaftssystem, das die Menschheit bisher für ihr Zusammenleben entwickelt hat. Und trotzdem ist speziell die repräsentative Demokratie nichts weiter als eine simple Kosten-Nutzen-Analyse der Mächtigen, die ihre Herrschaft auch mit anderen Mitteln durchsetzen könnten. Doch Widerstand kostet und verteuert die Umsetzung kontroverser Ideen. So ist die dominante Regierungsform dieses Planeten im Kern nichts weiter als ein manipulatives Manöver, das den »Pöbel« mittels simulierter Partizipation im Zaum hält.

Das wusste auch schon Friedrich Nietzsche, der zum Thema Demokratie feststellte:

»Ich rede von der Demokratie als etwas Kommendem. Das, was schon jetzt so heißt, unterscheidet sich von den älteren Regierungsformen allein dadurch, dass es mit neuen Pferden fährt: Die Straßen sind noch die alten und die Räder sind auch noch die alten.«

Die ideale Regierungsform wäre wohl etwas Dezentrales. Womöglich eine abgewandelte Form direkter Demokratie mit lokalen Gremien, bestehend aus Bürgern aller Berufsstände und Bildungsgrade – mit sehr kurzen Amtszeiten, gebunden an Volksabstimmungen. Eine Gesellschaft, die sich auf Natur- und Menschenrechte beruft und keinen zentralen Machtapparat benötigt. Solch ein Gesellschaftssystem würde aber auch ein anderes, dezentrales Finanzsystem, einen neuen Bildungsansatz sowie ein verändertes Marktmodell voraussetzen. Leider passen derartige Gedanken nicht zum aktuellen Narrativ der alternativlosen Globalisierung. Wobei nur noch die Wirtschaft globalisiert, denn die individuelle Mobilität der Menschen wurde und wird weiterhin massiv eingeschränkt.

Vertiefte Gedanken dazu würden an dieser Stelle den Rahmen sprengen. Ich werde sie jedoch in einem der kommenden Beiträge aufgreifen. Aus heutiger Sicht scheint die Demokratie in jedem Fall das kleinere Übel und somit die beste Option für den Normalbürger darzustellen. Nicht das schwer erreichbare Ideal einer fairen, offenen und friedlichen Gesellschaft, die im Einklang mit ihrer Umwelt existiert – aber eben auch keine brutale Diktatur, die Dissidenten wegsperrt, hängt oder bei Widerstand erschießen lässt.

Gerade darum gilt es, sie gegen das Primat einer absoluten, wissenschaftlichen Deutungshoheit und die Technokratie zu verteidigen. Wenn die Menschheit ihre Souve-

ränität einmal Algorithmen, Maschinen und privaten Organisationen übereignet hat, wird sie diese nicht mehr zurückerlangen, sondern den neuen Göttern ausgeliefert sein. Die sogenannte »Smart City Agenda« zeigt schon mal, wohin die Reise geht. Wahlen werden gemäß dieses Konzepts unwichtiger, da Artificial Intelligence und Big Data künftig besser und schon im Voraus wissen, was der Wähler will. Warum also überhaupt noch Wahlen veranstalten? Unglaublich, dass so etwas als demokratisches Vorhaben zu verkaufen ist.

Und mit der heutigen Form der demokratischen Gesellschaft sollte sich die Menschheit ohnehin nicht zufriedengeben. Zu weit ist sie von den tatsächlichen Idealen einer Herrschaft des Volkes entfernt. Freiheiten haben sich die Gesellschaften der Vergangenheit mühsam, scheibchenweise und oft blutig erkämpft. Und immer erst dann, wenn die Kosten der Repression den Nutzen überstiegen, waren die Herrschenden bereit, Zugeständnisse zu machen. Nur wenn Schäden und Verluste durch Aufstände, Revolutionen und Kriege den Eliten zu hoch erschienen, gaben sie klein bei und beendeten ihre Gewaltherrschaft.

So entwickelte sich im Griechenland des fünften Jahrhundert vor Christus die Attische Demokratie als Vorläufer des Prinzips der Volkssouveränität – auch wenn zu dieser Zeit nur ein geringer Teil der Bevölkerung das Recht zur politischen Partizipation hatte. Auch die Gewaltenteilung existierte noch nicht in ihrer heutigen Form. Ab diesem Zeitpunkt konnte sich die Demokratie in ihren verschiedenen Ausprägungen historisch immer dann durchsetzen, wenn den Nutznießern eines Staatsapparats die Durchsetzung totalitärerer Herrschaftssysteme kostspieliger erschien als wohl dosierte Zugeständ-

nisse an ihre Untergebenen. Clever, aber eigentlich sehr durchschaubar.

In einer existentiellen Krise Athens legten die Reformen des Solon so den Grundstein für eine neue, indirekte Form der Herrschaft der Wenigen über die Vielen. Unter dem Vorwand, die Bevölkerung an der Gestaltung des Staatswesens teilhaben zu lassen, sicherten sich die wohlhabenden Herrscher Athens mit den Reformen ihre Macht und Vermögen, die sie im Falle einer Revolution mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verloren hätten.

Je indirekter Macht ausgeübt wird, desto effizienter ist sie. So erklärt sich das heutige Wirrwarr an Stiftungen, Lobbys, NGOs und sonstigen Organen, die mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf die Politik nehmen. Die Regierenden selbst treffen kaum noch unliebsame Entscheidungen. Sie folgen stets wissenschaftlichen Studien, Empfehlungen von Experten, reagieren ad hoc auf Krisen oder lagern staatliche Verantwortlichkeiten gleich komplett an privat finanzierte Organisationen aus. Damit bleibt man unangreifbar. Verantwortlich sind immer andere. Oder gar niemand. Was das langfristig bedeutet, haben scheinbar noch nicht alle verstanden.

»Ohne politische Erziehung ist das souveräne Volk ein Kind, das mit dem Feuer spielt und jeden Augenblick sein Haus in Gefahr bringt.« (Johann Heinrich Pestalozzi)

Gerne wird bei Diskussionen über Demokratie auf Amerika als Leitbild verwiesen. Leider wird dabei meist unterschlagen, dass speziell das System in den USA ein Vehikel zum Machterhalt der Reichen ist. Seit etwa 200 Jahren haben eine überschaubare Anzahl begüterter Familien signifikanten Einfluss auf den Lauf der Dinge im

Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Industrielle Monopole in der Öl- und Stahl-Branche brachten die ersten Milliardäre der Welt hervor. Diese erweiterten ihr Unternehmensportfolio und damit ihren Einfluss bald auf die Nahrungsmittel-, Automobil-, Kommunikations- und Pharma-Industrie.

Die so kumulierte Macht nutzen die Reichen des Landes, um die Politik der USA maßgeblich zu beeinflussen. Dass diese mit ihrem Zwei-Parteien-System und dem undurchsichtigem Wahlmänner-Konzept wiederum meilenweit vom Ideal einer Herrschaft des Volkes entfernt ist, müsste offensichtlich sein. Durch ihre Raffgier in der Bevölkerung verhasst, entschied sich der Club der Milliardäre früh, Image-Kampagnen zu lancieren und philanthropisch aufzutreten, um eher indirekt Einfluss zu nehmen. Sie finanzierten unzählige Organisationen, Bildungsstätten und Einzelpersonen, die ihre Agenda vertraten. Auch die UNO erhielt ihr Grundstück in New York als Spende vom Rockefeller-Clan.

Weil die Mächtigen die Demokratie nie mochten, sie immer nur als Mittel zum Zweck sahen, stemmen sie sich bis heute erfolgreich gegen Elemente direkter Demokratie. Verfassungsgebende Versammlungen, obligatorische Volksentscheide und eine bunte Parteienlandschaft kommen keinem elitären Zirkel zupass. Zu kompliziert, langwierig und komplex hört man da immer.

Eine kleine Anzahl von Repräsentanten ist eben leichter zu kontrollieren, zu kaufen und zu manipulieren als ein ganzes Volk. Auch wenn die modernen Massenmedien dahingehend ganze Arbeit leisten. In einer Demokratie brauchen Entscheidungen Zeit. Nur die Diktatur ist schnell.

Demokratie müsste auch bedeuten: Ein schlanker Staat, der sich auf seine Kernkompetenzen konzentriert. Stattdessen sehen wir besonders in Europa einen permanenten Zuwachs staatlicher Paternität, Kontrolle und Übergriffigkeit – auch in privateste Bereiche. Mehr Polizei und Repression ist die Antwort auf alle Probleme.

Schon Wladimir Iljitsch Lenin sagte dereinst: »Demokratie ist die Vorstufe des Sozialismus.«

Dagegen gilt es mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen und friedlichen Mitteln vorzugehen. Denn wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Und dass auch der Rechtsstaat mittlerweile durchaus Gefahr läuft, unterlaufen oder gleichgeschaltet zu werden, konnte man in Deutschland im Lauf der letzten Monate zur Genüge beobachten. Wenn Richter wegen unpopulären Urteilen Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen müssen, ist es um die unabhängige Jurisdiktion nicht besonders bestellt. Umso wichtiger sind Engagement für Natur- und Völkerrecht, basisdemokratische Vorhaben, ziviler Ungehorsam oder neue Parteien, die sich gegen die vom Lobbyismus ausgehöhlte und von der Finanzbranche zerfressene Politik wenden und versuchen, der Bevölkerung die Rolle zukommen zu lassen, die sie in einer Demokratie verdient.

»Es ist gefährlich, in Dingen recht zu haben, in denen die etablierten Autoritäten unrecht haben.« (Voltaire)

Solange man seine Meinung noch öffentlich kundtun kann, ohne dafür weggesperrt oder ermordet zu werden wie Querulanten in China, muss davon Gebrauch gemacht werden. Ich bin überzeugt, dass es für eine sehr lange Zeitspanne nur noch diese eine Chance geben wird, die Macht in die Hände der Vielen zu legen. Wenn

sie den Menschen dieses Mal vollständig entrissen wird, wird der Kooperatismus zum gesichtslosen Imperium, der Transhumanismus zur neuen Religion und der Mensch zu einer ausdruckslosen Karikatur und Illusion seiner selbst.

| Erstpublikation: 19. Mai 2021

Die meisten Probleme entstehen bei ihrer Lösung

Teil der Lösung oder Teil des Problems – macht demokratischer Widerstand gegen die Corona-Politik und das hysterische »New Normal« wirklich Sinn?

Diese Frage muss sich jeder stellen, der sich seit Ausrufung der Pandemie gegen die menschenverachtende Corona-Politik aus den Elfenbeintürmen der Macht engagiert. Denn bisher sind keine nennenswerten Erfolge für die Demokratie- und Widerstandsbewegungen zu verzeichnen. Es gibt viele Lichtblicke, ja. Aber keinen Durchbruch. Und es ist gut möglich, dass das so bleibt.

Weltweit haben sich Menschen gegen den Corona-Kult organisiert. Sie kämpfen für Selbstbestimmung, ihre Verfassung, Humanismus und freie Meinungsäußerung. Bis auf diffamierende Reaktionen aus der abgestumpften und von den Leitmedien in Angst versetzten breiten Masse sowie ein paar juristische Achtungserfolge haben die Maßnahmen-Kritiker nicht viel erreicht. Obwohl sie das Richtige tun. Nämlich Widerstand zu leisten, wenn Unrecht zu Recht wird.

»Eines Tages wird alles gut sein, das ist unsere Hoffnung. Heute ist alles in Ordnung, das ist unsere Illusion.« (Voltaire)

Trotzdem: Der digitale Impfpass kommt. Die Tracking-Apps bleiben und werden erweitert. Lockdowns sind vielerorts noch immer nicht vom Tisch. Masken und so-

ziale Distanz sind weiterhin Direktive. Individuelle Mobilität bleibt eingeschränkt und ist abhängig von Tests. Die Impf-Kampagnen nehmen immer verstörendere Züge an. Die extreme Spaltung der Gesellschaft verhindert jeden konstruktiven Diskurs. Die Staatsschulden sind ins Unermessliche gestiegen und sind, ohne einen kontrollierten Kollaps des Systems, nicht mehr zu bewältigen. Und genau darum geht es den Strippenziehern in den Chefetagen der Macht offensichtlich. Einen Systemwechsel. Und da ist Widerstand einkalkuliert.

Die Corona-Krise ist die perfekte Nebelkerze, um von den wahren Gründen für den unausweichlichen Crash eines an seine Grenzen geratenen Kasino-Kapitalismus abzulenken. Corona erlaubt Hochfinanz und Digital-industriellem Komplex, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Zum einen ermöglicht die Pandemie den überfälligen Reset des Weltfinanzsystems und die Einführung digitaler Zentralbankwährungen, zum anderen öffnet sie die Türen zur Einführung absoluter, globaler, digitaler, biometrischer Kontrolle.

Eine kontrollierte Demontage des derzeitigen Finanzsystems sichert, im Gegensatz zu echtem Chaos nach einem »organischen« Zusammenbruch von Börsen und Leitwährungen, Machterhalt, Status Quo und Vermögenswerte der Eliten.

Zudem ist es kostengünstiger. Revoltiert der Mob in den Straßen, stürmt Behörden und trachtet den Regierenden nach dem Leben, weil zum Beispiel Nahrungsmittel knapp werden oder die Banken schließen, müssten die Herrschenden ihren Machtanspruch mit anderen Mitteln verteidigen. Aber militante Machtausübung verteuert den Wandel und offenbart zudem die wahren Motive, die Fratze der Entscheider. Daher sind Krisen, Kriege

und Crashs ideal für die Reichsten der Welt. Im günstigsten Fall fordern die Unterdrückten und Abhängigen, was man ohnehin umsetzen wollte. Die »Notlage« macht es möglich.

»Das größte Problem mit dem Fortschritt ist – auch die Nachteile entwickeln sich weiter.« (Ernst Ferstl)

Mit rechtsstaatlichen, demokratischen und juristischen Mitteln allein ist dieser globalen Offensive gegen die Menschlichkeit daher kaum beizukommen. Der Roll-out ist zu eng zwischen den verschiedenen, staatlich und wirtschaftlich verwobenen Organen koordiniert und kommt mit dem Budget manch eines Staatshaushaltes daher. Und eine echte Revolution aus der Mitte der Bevölkerung scheint im heutigen Europa unwahrscheinlich. Die Völker sind gespalten und mit sich selbst beschäftigt, anstatt den Fehler im System als gemeinsames, ideologieübergreifendes Problem auszumachen. Außerdem ist das System besser vorbereitet und bis an die Zähne bewaffnet.

Macht Widerstand in diesem Kontext also überhaupt Sinn? Ja – und Nein.

Der organisierte, demokratische Widerstand leistet viel. Er klärt auf, dokumentiert, verschafft der Gegenposition Gehör und pocht auf den Erhalt des Rechtsstaats. Das ist richtig und wichtig. Wenn sich der Widerstand aber zum einen über verengten Debattenraum, eingeschränkte Meinungsfreiheit und Big-Tech-Zensur beklagt, sich auf der anderen Seite jedoch nur in diesem vom System definierten Meinungs- und Handlungskorridor bewegt, wird er dieses kaum grundlegend verändern. Wenn Widerstand nur innerhalb ihres Systems stattfindet, haben die Mächtigen ihre Ziele erreicht.

Kontrolle von Parlament, Opposition, Jurisdiktion und Märkten, Definition des Debattenraumes, Bindung von Energie und Ressourcen in sinnlosen, ideologisierten Grabenkämpfen und die Ablenkung von tatsächlichen Lösungswegen. Die Kommunikationsspezialisten und Sozialarchitekten der Herrschenden haben den Widerstand als »Beschäftigungstherapie« für Andersdenkende einkalkuliert. Schergen der Macht infiltrieren, manipulieren, lenken und diskreditieren den Widerstand zusätzlich von allen Seiten, damit dieser sich in Scheinkonflikten leerläuft und als Begründung für ein härteres Vorgehen herangezogen werden kann. So funktionieren Social-Engineering und Propaganda. Das weiß jeder, der Edward Bernays oder Caroll Quigley gelesen hat.

Der verfassungskonforme Widerstand ist der einzig legitime Weg des Souveräns innerhalb der Gemarkung des heutigen demokratischen Systems – und doch nimmt er dabei nur die Rolle des Don Quixote im politischen Setup unserer Zeit ein. Solange Widerstandsbewegungen sich primär mit Widerstand und dem durch ihn verursachten Gegenwind beschäftigen, können die Regierungen ihre menschenverachtende Politik ausufernder Übergriffigkeit ungeniert fortsetzen. Daher braucht es neben dem zivilgesellschaftlichen und politischen Widerstand neue Wege in die Zukunft.

»Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.« (Albert Einstein)

Es muss an einem alternativen, basisdemokratischen Gesellschaftsmodell gearbeitet werden. Man darf der Regierung, den von ihr vorgegebenen Themen und Scheingefechten schlichtweg keine Beachtung mehr schenken. Es gilt, sich selbst zu autorisieren und die Perspektive zu wechseln. Nach vorne. Es ist geboten, aktiv zu werden,

anstatt sich tagaus, tagein mit den immer perverseren Auswüchsen der Corona-Hysterie zu beschäftigen. Aktion statt Reaktion. Pläne und Visionen, statt Angst und Selbstkasteiung. Positiver Mindset und produktive Vorhaben, anstatt Unsicherheit, Reibungsverluste und Frustration.

Dagegen zu sein, reicht nicht aus. Für etwas zu sein, ist im Moment viel wichtiger.

Anstatt also zu fragen, ob man etwas darf, müsste lapidar gefragt werden, warum man etwas *nicht* darf, obwohl es bisher selbstverständlich war – und mit welchen belastbaren Beweisen diese Einschränkung begründet wird.

Die Beweislast für die Notwendigkeit der Einschränkung von Grundrechten liegt beim Staat, nicht beim Souverän. Also erst mal machen. Leben, lieben, reisen, feiern, Kontakte pflegen, arbeiten. Wie zuvor. Allen Umständen zum Trotz. Konfrontation muss man nicht scheuen, wenn man im Recht ist. Und wenn es zu Konflikten mit dem Staatsapparat kommt, gilt es, sich mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr zu setzen. Öffentlichkeitswirksam und bis zur letzten Instanz.

Der mündige Bürger darf sich nicht länger davon abhalten lassen, ein freiheitliches, selbstbestimmtes Leben zu führen und ein alternatives Gesellschaftsmodell zu gestalten, wenn er das »Angebot« des »New Normal« nicht wahrnehmen möchte. Missachtet die Macht und ihre Claqueure!

Jeder sollte sich fragen, in was für einer Welt er künftig leben möchte, wie er sie seinem Nachwuchs hinterlassen will, und dann aktiv beginnen, diese zu erschaffen. Die negative Grundstimmung dieser existenziellen Krise muss in Aufbruchstimmung für einen Neustart des zivi-

lisatorischen Zusammenlebens verwandelt werden. Jeder, der keine Ambitionen hegt, den hysterischen Hygiene-Kult zu unterstützen, kann seinen Beitrag zum Aufbau einer Parallelgesellschaft leisten. Im besten Fall wird diese am Ende die dominante sein.

Es fängt zu Hause an. In der Familie, in der Hausgemeinschaft oder der Nachbarschaft. Im Dorf, Viertel oder Verein. Ob nun der Aufbau eines lokalen Netzwerks Gleichgesinnter, der eigene Anbau von Gemüse, der Boykott von Monopolisten, das Investment in Krypto-Währungen, die Verwendung lokaler und regionaler Produkte, Dienstleister oder Plattformen oder gar die Kündigung des Jobs zugunsten einer erfüllenderen Tätigkeit – jeder Schritt weg vom alten und hin zu einem neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell abseits der Oligopole ist relevant und entzieht der totalitären »Global Governance« Macht und Kapital. Dezentralisierung ist das Schlagwort. Viele Schritte in diese Richtung kosten nichts, bis auf ein wenig Mut, Motivation und Disziplin.

»Stärke wächst nicht aus körperlicher Kraft – vielmehr aus unbeugsamen Willen.« (Mahatma Gandhi)

Vielleicht hat der Paradigmenwechsel im Zeichen von COVID-19 so auch sein Gutes. Die Disruption könnte dieses Mal, anders als bei 9/11 oder der Finanzkrise 2008, derart gravierend ausfallen, dass eine größere Anzahl von Menschen realisiert, dass das alte System ausgedient hat und ersetzt werden muss – durch ihr eigenes.

Viele Menschen beginnen bereits, parallele Strukturen, neue Gemeinschaften und Plattformen aufzubauen. Es entstehen neue Netzwerke, Vereine, Parteien, Zeitungen. Webseiten und Blogs werden ins Leben gerufen. Alternative Medien bauen eigene Backend-Strukturen

auf, um unabhängig von den Tech-Konzernen zu werden. Neue Konzepte für Bildung, Kunst und unabhängige Kultur werden entwickelt. Vermögen werden von klassischen Anlageformen in dezentrale Digitalwährungen transferiert und so dem Bankensystem entzogen. Für beinahe jeden bekannten Mainstream-Service existiert mittlerweile eine freie Alternative. Überall entsteht Zukunft. Von Menschen für Menschen.

Somit lässt sich die eingangs gestellte Frage wie folgt beantworten: Ja, der verfassungskonforme Widerstand ist Teil der Lösung. Aber nur in bedingtem Maße, da er das Spiel auf dem Spielfeld des Gegners und zu dessen Regeln spielen muss. Damit sind die Chancen auf fundamentale Veränderung der Regeln gering, auch bei einem Sieg auf rechtsstaatlicher Ebene. Denn das Spielfeld wechseln die Mannschaften auch nach diesem Turnier nicht. Ohne umfangreiche, parallele Bemühungen zur Schaffung einer neuen, freien Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird der Widerstand den Status Quo nicht ändern.

Die beste Chance auf eine menschenwürdige Zukunft hätte die Menschheit vermutlich, wenn eine neu entstehende Gesellschaft auf die Obrigkeitshörigen und Hygiene-Fanatiker so attraktiv wirkt, dass auch sie irgendwann dem Covid-Kult entsagen, den Regierungen den Gehorsam verweigern und die Seiten wechseln. Weg von der Demokratie der Reichen und Mächtigen, hin zu einer basisdemokratischen Ordnung. Zurück blieben nur die Mächtigen mit ihren dann wertlosen Vermögen und verwitternden Insignien. Machtlos und allein in ihren leeren Palästen.

»Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt.« (Mahatma Gandhi)

Es ist zu hoffen, dass Gandhi sich geirrt hat, und die Menschen etwas aus der Geschichte der vergangenen 100 Jahre gelernt haben.

| Erstpublikation: 30. Mai 2021

Ich muss hier weg – aber wie und wohin?

Nach über einem Jahr Ausnahmezustand haben viele Deutsche den Bezug zu ihrer Heimat verloren und wollen auswandern. Ein Plädoyer für Aufbruch und Neuanfang.

»Wohlbehagen ermattet den Geist, Schwierigkeiten erziehen und kräftigen ihn.« (Francesco Petrarca)

Das ist nur einer der zahlreichen Gründe, die dafür sprechen, gerade in Zeiten der Krise mutig zu sein und einen Neuanfang zu wagen. Die Zukunft will gestaltet und nicht ertragen werden. Daher plädiert dieser Beitrag dafür, nicht zu zögern und Veränderung als Chance zu begreifen, anstatt sich einem Gefühl von Ohnmacht zu ergeben. Niemand sollte sich einem System fügen, das einem ein Leben oktroyiert, das man nicht führen möchte.

Gründe dafür, es aufzuschieben oder gar nicht zu tun, findet man immer. Der Mensch ist leidensfähig. Wenn aber rote Linien überschritten werden, ist irgendwann Schluss. Die sind bei jedem woanders. Die vergangenen 15 Monate dürften jedoch die individuellen Grenzmarkierungen sehr vieler Menschen strapaziert haben. Das trifft vor allem auf Deutschland zu, das Land mit den totalitärsten Corona-Maßnahmen in Europa. Die am elften Juni 2021 beschlossene, evidenzlose Verlängerung der pandemischen Lage gibt jedem Recht, der seine persönlichen Pläne und Freiheiten in der No-Covid-Hochburg langfristig gefährdet sieht.

Denn auch wenn der Kaiser schon lange nackt ist und mittlerweile sogar der ÖRR über die Unstimmigkeiten und Lügen hinsichtlich Inzidenzen und Intensivbettenauslastung berichtet, behält das Zentralkomitee im Kanzleramt seinen paternalistischen und menschenverachtenden Kurs unbeirrt bei – auch wenn es dafür keinerlei fundierte Begründung gibt und neben vielen anderen auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) diese Woche die sofortige Wiederherstellung aller im Zuge der Pandemie kassierten Grundrechte forderte.

Die Corona-Krise hat systemische und gesellschaftspolitische Abgründe und Sollbruchstellen offengelegt, die von der Masse bislang so nicht wahrgenommen oder ignoriert wurden. Jetzt sind sie offensichtlich. Wie unter einem Brennglas. Das autoritäre Pandemie-Regime zeigt immer häufiger sein wahres Gesicht. Das des totalitären Staates. Dies veranlasst viele Bürger, auch solche, die sich das vor Corona niemals hätten vorstellen können, ernsthaft darüber nachzudenken, ihre Heimat zu verlassen, um sich an einem vielversprechenderen Ort niederzulassen. Da wir es bei der »Pandemie« jedoch mit einem globalen Problem, Prozess und Konglomerat zu tun haben, ist die entscheidende Frage: Wie – und wohin?

Der erste Teil der Frage ist schnell beantwortet: Einfach machen. Alles weitere ergibt sich. Wenn der Entschluss einmal gefasst ist, lösen sich die meisten Fragen und Probleme auf dem Weg wie von allein. Jeder Hausstand kann binnen drei Monaten aufgelöst und die Ausreise organisiert werden, wenn man ein klares Ziel und entsprechende Prioritäten hat. Flexibilität, Motivation, Disziplin und Kompromissbereitschaft helfen. Wenn man für zurückbleibendes Eigentum keine Bestpreise erzielt,

muss man das unter Umständen und zugunsten des Zieltermins akzeptieren. Mit leichtem Gepäck reist es sich ohnehin am besten. Auch ist Geld nicht der entscheidende Faktor. Darauf komme ich später zurück.

In der neuen Heimat ist die erste Bleibe oder der erste Job vielleicht nur eine Übergangslösung – aber es ist ein Anfang. Und diesem wohnt immer ein Zauber inne. Man verliert nicht nur ein Stück altes Leben. Man gewinnt auch die Chance, es dieses Mal ein Stückchen besser zu machen. Zudem geht es beim Entkommen nicht nur um eine räumliche Distanz zum Wahnsinn, sondern auch um eine mentale Veränderung. Weg von Routine und Anspruchsdenken, von Zentralismus und Konsum, hin zu dezentralen Strukturen, Eigenleistung und Produktion. Hin zur Unabhängigkeit.

»Wandlung ist notwendig wie die Erneuerung der Blätter im Frühling.« (Vincent van Gogh)

Beim zweiten Teil der Frage wird es zugegeben schwieriger. Dem »New Normal« zu entkommen, ist keine triviale Aufgabe, waren doch alle Länder dieser Welt von COVID-19 betroffen. Das stimmt. Viele sind aber bereits dabei, die Pandemie wieder zu beenden und das Leben so zu gestalten, wie es sein sollte: Frei.

Ein gutes Beispiel sind die USA. 34 von 50 Bundesstaaten haben bereits alle Corona-Maßnahmen aufgehoben (Stand: 11.6.2021). Inklusive Maskenpflicht. Allen voran Florida und Texas, wo bereits wieder Großveranstaltungen, Konzerte und Sport-Events mit Tausenden von Zuschauern stattfinden. Ohne, dass sich danach Leichenberge auf der Straße türmen. Manche Staaten haben zudem jüngst Gesetze erlassen, die es Unternehmen wie Airlines verbieten, den Impf-Status ihrer Bürger abzufragen oder zu dokumentieren. Eine klare Absage an eu-

ropäische Impf-Pass-Konzepte und die digitale Totalüberwachung. Und auch Anthony Fauci, der WHO und Big-Pharma scheint der US-Senat nach dem Leak der Fauci-Mails jetzt auf die Pelle zu rücken.

Die Macht von Big-Tech-Konzernen wie Facebook und Twitter, die maßgeblich zur allgemeinen Virus-Panik beigetragen und Andersdenkende an den Pranger gestellt haben, wurde in manchen US-Staaten im Sinne der Meinungsfreiheit gesetzlich beschränkt. Andere Staaten planen entsprechende Gesetze. Damit erklärt die US-Politik der Digital-Zensur aus dem Silicon Valley zumindest vordergründig den Krieg. Im Gegensatz zur EU.

Allein Florida verzeichnet derzeit über 1000 Neuankömmlinge pro Tag. Viele US-Bürger verlassen demokratisch geführte Bundesstaaten, die weiterhin versuchen, das Pandemie-Narrativ aufrecht zu erhalten, und suchen ihr Glück im »Sunshine-State«.

Die geöffneten US-Bundesstaaten sind also eine Alternative, weil die pandemische Lage von offizieller Seite beendet wurde. Es gibt aber auch Länder, die dem WHO-Narrativ offiziell weiter folgen, dieses lokal aber nicht stringent durchsetzen können oder wollen. So zum Beispiel Mexiko. Ich selbst habe schon 2012 knapp ein Jahr in Mexiko gelebt und war auch im Februar 2021 wieder vor Ort. Trotz anhaltender Pandemie-Propaganda seitens Regierung und NGOs, wissen die Menschen, woran sie sind: Sie werden belogen. Wie immer.

Kaum jemand vertraut in Südamerika einer Regierung. Korruption und Kriminalität haben den Glauben an die wohlwollende Macht längst zerstört. Und trotz der klischeehaften Narco-Horror-Szenen, die man bei uns zu Mexiko in den Nachrichten sieht, ist das Leben dort sehr angenehm. Vor allem auf dem Land. Die Menschen sind

freundlich. Das Essen ist einfach und gut, die Infrastruktur meist auch. Die Natur ist oft atemberaubend – und die Zugangsbedingungen für Einwanderer sind keine große Hürde. Entgegen allen Vorurteilen ist es zudem vorwiegend ungefährlich in Mexiko zu leben – wenn man sich vorher informiert und an ein paar simple Regeln hält. Aber das gilt auch für viele andere Länder.

»Alles Alte, soweit es den Anspruch darauf verdient hat, sollen wir lieben; aber für das Neue sollen wir eigentlich leben.« (Theodor Fontane)

Locker geht es auch in einigen osteuropäischen Staaten oder Russland zu. Während Umsiedeln nach Moskau vielleicht ein gewagter Schritt sein mag, wobei man bei Putin immerhin weiß, woran man ist, dürfte es keinen Kulturschock darstellen, Domizil in Kroatien zu beziehen. Land, Häuser und Mieten sind erschwinglich und die Lebenshaltungskosten niedrig. Die Nähe zur Adria ist auch nicht zu verachten.

Daneben gibt es natürlich auch noch Schweden, das mit seinem Sonderweg über die gesamte Krisenzeit hinweg bewiesen hat, dass man derartige Situationen auch unter Wahrung der Grundrechte und Menschenwürde handhaben kann. Genauso wie die Schweiz, wo es zwar Lockdowns gab, allerdings deutlich kürzere und mildere als in Deutschland, aber von zum Beispiel Ausgangssperren nie die Rede war. Das hätten die Schweizer nicht mit sich machen lassen. Und die Regierung war sich dessen bewusst. Ich war in Zürich in belebten Restaurants und vollen Fitness-Centern, während in Berlin hysterisch die dritte Welle herbeiinszeniert wurde.

Der größte Vorteil der Schweiz: Sie ist nicht Teil der EU. Vor wenigen Tagen erst wurden die Verhandlungen

zum Rahmenabkommen mit der EU nach sieben Jahren abgebrochen. Man möchte sich seine Autonomie bewahren und auf Basis bilateraler Verträge mit der EU zusammenarbeiten – wie bisher auch. Ein klares Bekenntnis zur direkten Demokratie der Schweiz, die vom besagten Rahmenabkommen signifikant unterminiert worden wäre.

»Unser größter Ruhm ist nicht, niemals zu fallen, sondern jedes Mal wieder aufzustehen.« (Nelson Mandela)

Für welches Zielland man sich entscheidet, hängt schlussendlich von den persönlichen Umständen und Prioritäten, den Verpflichtungen in der alten Heimat und der finanziellen Situation ab. Am Ende entscheidet aber einzig und allein der Wille. Ich bin mit 18 von zu Hause ausgezogen und mit 30 ausgewandert – und zwar ohne Rücklagen, reiche Eltern, Empfehlungsschreiben oder den Abschluss einer Elite-Uni in der Tasche. Ich hatte wenig; außer Motivation, Disziplin, Flexibilität und Mut. Meine größte Hilfe war wohl meine Erziehung, die mich gelehrt hat, das Leben spielerisch zu sehen, keine Ängste zu haben und an mich zu glauben. Mit ein paar tausend Euro, die ich mir leihen musste, habe ich binnen weniger Wochen den Sprung ins Ausland organisiert. Nach drei Vorstellungsgesprächen hatte ich einen passablen Job. Mit dem entsprechenden Arbeitsvertrag in der Hand konnte ich mir ein 1-Zimmer-Dachstudio anmieten und einen Aufenthaltstitel beantragen. Von da an wurde es bis heute nur besser. Und zurück nach Deutschland würde ich nie mehr wollen.

Den Moment zu würdigen und das Leben als permanente Reise zu verstehen, macht es lebenswerter. Auf der Stelle zu treten und darauf zu warten, dass Träume sich von selbst erfüllen, funktioniert nicht. Wenn sich etwas

falsch anfühlt, dann ist vermutlich etwas nicht Ordnung – und man sollte den Mut aufbringen, sich das einzugestehen und es zu ändern, anstatt den Trott im Hamsterrad eines ermüdenden Alltags über sich ergehen zu lassen.

Anspruchsdenken, Sicherheitsbedürfnis und Bequemlichkeit halten viele davon ab, neue Wege zu gehen. Dabei ist nichts sicher und die einzige Konstante im Leben der Wandel. Wir haben nur dieses eine Leben und sollten uns befähigen, aufzugeben was wir waren, um zu werden was wir sein können. Denn meist steht man seinem Glück nur selbst im Weg.

»Unsere Hauptaufgabe ist nicht, zu erkennen, was unklar in weiter Entfernung liegt, sondern zu tun, was klar vor uns liegt.« (Thomas Carlyle)

Übrigens: Ich stehe gerne für weiterführende Informationen und Erfahrungsberichte zur Verfügung. Wer also in die USA oder die Schweiz, nach England, Portugal, Israel, Kroatien, Mexiko, Kolumbien, Frankreich, Rumänien, Südafrika oder in die Niederlande auswandern möchte, darf sich gerne per E-Mail an info@regenauer.press melden.

| Erstpublikation: 13. Juni 2021

Gutmensch extrem (Teil 1)

Die Metamorphose der Christiane S.: Wie sich eine farblose Mitläuferin zur fanatischen Verfechterin des Corona-Kults entwickelte. Ein Erfahrungsbericht.

»Seine eigene Dummheit zu erkennen, mag schmerzlich sein. Keinesfalls aber eine Dummheit.« (Oliver Hassenkamp)

Ob sie zwischenzeitlich schon Menschen, die nicht gendern, mit ihrem neuen Fanatismus beglückt und moralisch überlegen in die Schranken des »New Normal« weist, ist mir nicht bekannt. Wir haben zum Glück keinen Kontakt mehr. Aber es ist anzunehmen. Denn seit sie Teil des guten Teams sein darf, fühlt sie sich berufen, andere zu belehren. Der Corona-Kult macht´s möglich. Positionslose Wendehälse mausern sich im hypnotisierenden Reigen der medialen Panik-Parolen zu moralisch erhabenen Gutmenschen – die vom Moment ihrer Initiation an jedem unverhältnismäßig aggressiv begegnen, der dem offiziellen Narrativ der Hygiene-Hysterie widerspricht. Fanatisch und verbohrt. Die No-Covid-Fraktion verhält sich meist exakt so, wie sie anderen vorwirft zu sein. Undemokratisch, unsolidarisch, diskursunfähig und schlussendlich faschistoid. Und wer keine anderen Meinungen aushält oder Meinungshoheit beansprucht, hat Demokratie nicht verstanden.

So auch eine lose, langjährige Bekannte. Nennen wir sie Christiane S. (Name von der Redaktion geändert). Sie ist eine Pandemie-Predigerin der ersten Stunde. Und ver-

mutlich eine jener Personen, die allein im Auto Maske trägt – und andere Verkehrsteilnehmer böse anschaut, wenn diese es unterlassen. Das wäre mir egal. Jeder kann tun und lassen, was er will. Ich will niemandem meine Meinung aufzwängen. Sie allerdings schon.

Wie ich nun am eigenen Leib erfahren durfte. Denn seit Dezember 2020 dreht sie am Rad. Wegen eines kritischen Social-Media-Beitrags zum Thema Corona-Politik, bei dem ich einen zustimmenden Kommentar hinterließ. Ich habe Christiane anschließend bei Facebook, Facebook Messenger, WhatsApp, Instagram sowie für SMS, MMS und eine Handvoll Webseiten sperren müssen, über welche sie mir in den folgenden Wochen und Monaten wiederholt versuchte, ihre moralische Überlegenheit zu demonstrieren. Dies vor allem mit Headline-Phrasen, Diffamierung, plumpen Parolen, ideologischem Links-Rechts-Nonsens, gesundheitspolitischem Unwissen und zunehmend manischer Attitüde.

»Wenn 50 Millionen Menschen etwas Dummes sagen, bleibt es trotzdem eine Dummheit.« (Anatole France)

Ihre Einsamkeit, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit, ihr Neid auf Menschen, die Freude am Leben haben, ihr gefährliches Halb- und Überschriftenwissen zu sozioökonomischen sowie geopolitischen Zusammenhängen, gepaart mit Virus-Angst und dem Propagandisten-Tunnelblick der COVID-Claqueure, ergab einen psychologisch explosiven Cocktail.

Kaum war ich jedoch durch Sperren und Blockieren den digitalen Übergriffigkeiten Herr geworden und dachte, die Sache hätte sich damit erledigt, berichteten mir Personen aus dem näheren Umfeld, dass Christiane S. jüngst auf elektronischem Wege versucht habe, sie von meinen unerträglichen und unsolidarischen politischen

Ansichten in Kenntnis zu setzen – obwohl manche der Empfänger noch nie von Christiane S. gehört, geschweige denn mit ihr gesprochen hatten und ich mich nur auf Grund- und Menschenrechte berufen hatte.

Sie eskalierte zusehends. Agierte furienhaft. Obwohl ich als eigentlicher Adressat ihres Kreuzzuges für Masken und Lockdowns gar nicht mehr Teil des Geschehens war. Sie konnte mich nicht mehr erreichen. Ich kommunizierte nicht mehr mit ihr, sondern sie mit anderen über mich. Auch wenn diese weder antworteten noch reagierten. Sie müllte mein Umfeld weiter mit wirren Nachrichten zu; auf die niemand reagierte. Wochenlang. Grotesk. Genau wie ihre argumentativen und assoziativen Sprünge. Von gesundheitspolitischen Details und Persönlichem zum Nazi-Knüppel oder einem sonstigen Totschlagargument. Und das in nur zwei orthographisch und grammatikalisch fragwürdigen Halbsätzen. Ich war ernsthaft erstaunt, als mir Freunde Auszüge ihrer geistigen Ergüsse zeigten.

Nachdem in der Folge der Ereignisse auch das betroffene Umfeld die Agitatorin digital in die Schranken verwiesen hatte, herrschte für eine paar Wochen trügerische Ruhe. Ich nahm fälschlicherweise an, die Vernunft hätte sich nach all den erfolglosen Versuchen mich zu ärgern in ihren indoktrinierten Hirnwindungen Bahn gebrochen und der missionarische Eifer von Christiane S. wäre verpufft – aber dem war nicht so. Kurze Zeit später erhielt ich das Schreiben einer zweitklassigen Anwaltskanzlei.

»Es hilft nichts, das Recht auf seiner Seite zu haben. Man muss auch mit der Justiz rechnen.« (Dieter Hildebrandt)

Der Corona-Missionarin und selbsternannten Fotografin war laut ihrem Rechtsbeistand erst kürzlich aufgefallen,

dass auf zwei meiner privaten Social-Media-Präsenzen Fotos zu sehen sind, die Christiane S. vor etwa 15 Jahren (!) von meiner damaligen Band und mir gemacht hatte. Dass sie ein paar Bilder geschossen hat, stimmt. Aber dass sie die beiden Fotos auf meinen Accounts in einem Zeitraum von über zehn Jahren nicht entdeckt hat, ist natürlich eine Lüge und absolut unglaubwürdig. Zumal sie für die Fotos damals Geld erhalten und alle Nutzungsrechte an die Band und mich abgetreten hat – und die Bilder zudem in meinem Tonstudio entstanden sind, welches sie im Gegenzug unentgeltlich als Set für eigene Aufnahmen nutzen durfte.

Ich konnte die Fotos also nach meinem Gutdünken verwenden. Sogar kommerziell. Aber das haben wir weder als Band noch ich selbst. Für Drucksachen, Veröffentlichungen oder Promotion-Kampagnen haben wir mit professionellen Fotografen zusammengearbeitet. Sie aber echauffiert sich nun nach mehr als einem Jahrzehnt über zwei Fotos, die auf privaten Social-Media-Accounts hochgeladen wurden und möchte rechtliche Schritte einleiten.

Dass der Dame dies kurz nach ihrem cholerischen Corona-Ausraster und entsprechenden Drohungen gegenüber meinem Umfeld auffällt, ist natürlich Zufall. Dass sie vor drei Jahren brüskiert war, weil sie nicht an einem meiner Video-Projekte mitarbeiten durfte und dass sie zu jener Zeit eifersüchtig auf meine damalige Partnerin (heute Frau) reagierte, spielt dabei sicher auch keine Rolle. Ein Schelm, wer einen Zusammenhang vermutet. Der Judikative dürfte es jedenfalls wenig Probleme bereiten, die Motivlage der Christiane S. zu erkennen und einzuordnen. Dass der Missbrauch der Gerichtsbarkeit für persönliche Rachegelüste strafbar ist, ist ihr hoffentlich bewusst.

Sie versucht mit allen Mitteln, Ungemach zu erzeugen. Auf unglaublich dilettantische und einfältige Art und Weise. Das teilte ich so auch ihrem Anwalt per E-Mail mit. Der scheint jedoch vor allem auf Einnahmen angewiesen zu sein. Denn obwohl die niedrigen Motive seiner Mandantin sowohl inhaltlich als auch im Kontext ihrer zeitlichen Abfolge mehr als offensichtlich sind, ließ er sich für das Störfeuer der Christiane S. instrumentalisieren, erwirkte hinsichtlich der beiden genannten Fotos eine einstweilige Verfügung und forderte mich zur Löschung der Bilder, Unterschrift einer Verzichtserklärung sowie zur Übernahme entstandener Kosten auf – was ich selbstredend zurückwies.

Da stehen wir nun. Nach Ablauf diverser Fristen wird sich nun zeigen, ob Christiane S. noch einen Funken rationalen Menschenverstand aktivieren kann – oder ob sie sich tatsächlich derart in ihren Corona-Wahn hineingesteigert hat, dass sie es am Ende auf die Eröffnung eines Hauptverfahrens ankommen lässt. Ein Hauptverfahren, bei dem sie der gesamten Band gegenübersitzen und erklären darf, welche gravierenden Schäden sie aufgrund der Verwendung zweier laienhafter Fotos auf privaten Facebook-Seiten erlitten hat. Eine Farce. Vielleicht kann sie sich ja wenigstens die Situation ausmalen und ein ungutes Gefühl hält sie im letzten Moment davon ab, sich vollends lächerlich und eventuell strafbar zu machen. Wenn nicht, muss ich das als Unzurechnungsfähigkeit bewerten.

Christiane S. hat wohl primär ein massives Problem mit sich selbst. Wie vermutlich viele, die in der Corona-Krise geradezu aufblühen und sich als Missionar der menschenverachtenden Pandemie-Politik gebärden. Ich habe sie in knapp 20 Jahren nie mit einem Partner gesehen. Ich kenne keine enge Freundin von ihr. In keinem

ihrer angeblichen Top-Jobs, von denen sie uns immer in höchsten Tönen berichtete, reüssierte sie. Nach ein paar Monaten war sie wieder mindestens genauso lange arbeitslos. Sie macht keine Musik, schreibt nicht, hat keine echten Leidenschaften, keine Werte, für die sie kämpfen würde, keine Visionen und keine Ahnung. Aber sie redet gerne viel. Auch wenn wenig davon zu stimmen scheint. So zum Beispiel ihre hanebüchene Geschichte über ihre angebliche Beziehung zu einem bekannten deutschen Musiker. Oder die Mär von ihrem genialen Geschäftsmodell – was sich am Ende als Schneeball-Vertrieb für Eigentumswohnungen zu entpuppen schien. Die einzigen Fähigkeiten, die ich Christiane S. auf Anfrage bescheinigen können würde, sind: Sitzfleisch, Trinkfestigkeit und Kettenrauchen.

Dann aber kam Corona und sie konnte endlich mal dazugehören. Es gab Zustimmung und Herdenwärme, als Teil des guten Teams. Jetzt hatte Christiane S. Rückenwind. Sie ließ nichts anbrennen und war fortan damit beschäftigt, anderen Menschen über Social-Media ihre Meinung aufzuzwingen – oder diese zu diffamieren, weil sie es wagten, eine abweichende zu haben. Das habe ich mir ungewollt ein paar Monate angeschaut. Der Algorithmus spült viele Inhalte nach oben, die man nicht sehen will. Bis ich die Borniertheit und Respektlosigkeiten gegenüber anderen nicht mehr ignorieren konnte und mich zu einem Kommentar habe hinreißen lassen.

»Gegen eine Dummheit, die gerade in Mode ist, kommt keine Klugheit auf.« (Theodor Fontane)

Ich hätte es besser bleiben lassen. Nicht, weil ich im Unrecht war oder mich jetzt mit solchen Trivialitäten auseinandersetzen muss. Sondern, weil es keinen Sinn macht, Corona-Gläubigen Vernunft beibringen zu wol-

len. Es ist ein Kult. Eine Pseudo-Ideologie. Logik, Aufklärung und Zahlen verfangen nicht. Auch einem Sektenmitglied wird man mit regulären Gesprächen schwerlich vermitteln können, dass der jeweilige Guru ein Idiot und Scharlatan ist. Die Anhänger eines Kultes sind gefangen, manipuliert, emotionalisiert und unzugänglich. Oft schwanken sie zwischen Angst, Euphorie, Hochmut und Depression und sind für rationale Argumente nicht mehr empfänglich. Sobald man Fragen stellt, Fakten oder stimmige Gegenargumente präsentiert, fühlen sie sich persönlich attackiert und ziehen sich unerreichbar in ihre Glaubensblase zurück. Das bedarf professioneller Hilfe. Selbst dagegen anzugehen, ist vergebene Liebesmüh.

So hat der im Kern lächerliche Vorgang durchaus sein Gutes. Ich habe gelernt, meine Zeit nicht mehr mit Menschen zu verschwenden, die offensichtlich sehr gerne Teil des Covid-Kults sind, um damit persönliche Defizite zu kompensieren. Sie wollen glauben. Selbst wenn mittlerweile auch das ZDF und andere Leitmedien vom Betrug um Inzidenzwerte und Intensivbettenauslastung berichten und den Corona-Gläubigen damit jegliche faktische Grundlage für ihr Denken und Handeln entzogen wurde. Sie sind Lügen gefolgt. Aber sie können es sich selten eingestehen. Denn sie haben viel angerichtet in den vergangenen eineinhalb Jahren. Einen Weg zurück gibt es nicht mehr. Die Brücken sind verbrannt.

Vielleicht haben die Maßnahmen-Befürworter sonst nichts, wissen oder können nichts, für das es sich morgens aufzustehen lohnt. So jedenfalls erkläre ich mir die extreme Metamorphose der Christiane S. – vom unauffälligen, unverbindlichen Anhängsel wechselnder Personenkreise zur überzeugten und lautstarken Missionarin der Corona-Ideologie. Ihr verzweifeltes Ringen um Auf-

merksamkeit und Anerkennung erzeugt Fremdscham. Die Krise hat sie zu einer Person gemacht, die ich für ihre innere Leere bemitleide. Ein Vakuum, das sie nunmehr versucht, mit einem kranken, unselbstständigen Lebensentwurf, dem »New Normal«, zu füllen. Weil man dafür nichts tun muss, außer passiv und ein Mitläufer zu sein. Und das kann sie ganz gut.

»Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muss man vor allem ein Schaf sein.« (Albert Einstein)

Fortsetzung folgt.

| Erstpublikation: 22. Juni 2021

Heute geschlossen wegen gestern

Egal, welche Sau in der heißen Jahreszeit medial durchs Dorf getrieben wird – es gilt, den Sommer 2021 zu nutzen, um Kräfte für das Kommende zu sammeln.

»Albernheit ist eine Erholung von der Umwelt.« (Peter Bamm)

Es ist Sommer. Urlaubszeit. 2021. Letztes Jahr um diese Zeit glaubten viele noch, die Pandemie sei ausgestanden. Dass Lockdowns nicht mehr stattfinden. Jens Spahn bestätigte das öffentlichkeitswirksam. Doch es kam anders. Das »New Normal« macht seinem Namen seither alle Ehre. Kein Stein ist mehr auf dem anderen. Auch sind viele der als Verschwörungstheorien belächelten Befürchtungen eingetreten. Vom monatelangen Wellenbrecher-Lockdown, der eigentlich zwei Wochen dauern sollte, bis hin zum digitalen Impf-Pass oder den fortwährenden, evidenzlosen Einschränkungen fundamentaler Grundrechte.

In diesem Kontext betrachtet scheint das Auge des Sturms, also das Zeitfenster von Juli bis August oder September diesen Jahres, die letzte Chance darzustellen, noch einmal Kraft zu tanken, bevor der Virus-Wahn im Spätjahr mit voller Wucht zurückkommt. Und auch wenn das Corona-Kartell in Berlin den Menschen bereits zu Beginn der heißen Jahreszeit die Laune mit neuen Horror-Mutationen und Virus-Varianten vermiesen möchte, sollte man genau das nicht zulassen. Das vergangene Jahr war zehrend und die mentalen Batterien

müssen zweifelsohne aufgeladen werden. Denn vermutlich steht uns ein noch »heißerer« Herbst ins Haus. Egal ob gesellschaftlich, ökonomisch, gesundheitlich, politisch oder militärisch – das dicke Ende kommt erst noch. (Vgl.: »Nach der Pandemie ist vor der nächsten Katastrophe«, regenauer.press vom 06.05.2021)

Daher ist Abstand vermutlich das Wichtigste. Abstand von Nachrichten, Social-Media-Beef, News-Tickern, Angstmacherei und Impf-Propaganda. Abstand von Smartphone und Bildschirmen aller Art. Weniger digital, mehr analog. Natur, frische Luft, Bewegung, anstatt voller Innenstädte und Kompensations-Käufen unter einem Pandemie-Regime, das gemäß RKI-Stufengrafik und mit 3G-Reglements gar keinen Normalzustand mehr vorsieht. Zudem wird jeder, der sich dem medialen Dauerfeuer für eine Weile entzieht, feststellen, wie wenig von der todbringenden Pandemie übrigbleibt, wenn TV und Internet aus sind.

»Es ereignet sich nichts Neues. Es sind immer dieselben alten Geschichten, die von immer neuen Menschen erlebt werden.« (William Faulkner)

So ist es im Grunde genommen. Geschichte wiederholt sich. Wie man an Corona sieht, in immer kürzeren Abständen. Daher ist es mehr als angebracht, sich jetzt für ein paar Wochen auszuklinken und die Dinge ihren perfiden Lauf nehmen zu lassen. Die Welt ist ja bereits untergegangen. Und um die zerfledderten Reste dessen zu verteidigen, was man vor dem Dauernotstand eine freiheitliche Gesellschaftsordnung nannte, braucht es spätestens im 4. Quartal 2021 viel Energie, Charakterfestigkeit, Humor und Durchhaltevermögen.

Außerdem wird es wohl zunehmend schwieriger werden, sich den Übergriffigkeiten des Staatsapparats zu entziehen, der nach erneuter Erweiterung des Infektionsschutzgesetzes am 25. Juni, den rechtlichen Grundstein für eine echte Impfpflicht gelegt hat. Mit Abstimmung um 0:15 Uhr. Nachts. Während der EM. Mit einer Beschlussvorlage für den Bundestag, die auf Seite 5 einer völlig zusammenhanglosen Anpassung des Stiftungsrechts versteckt war. Bundesregierung und Parlament ist offensichtlich peinlich, was sie da entscheiden. Sonst unternähmen sie nicht derartige, einem Rechtsstaat unwürdige Schritte, um ihr Handeln zu verschleiern und wichtige Gesetzesänderungen sang- und klanglos an der Bevölkerung vorbei zu ratifizieren.

Da also die Zukunft zumindest für Deutschland wenig Beruhigendes bereithält, sollte man die warmen Sommertage nutzen, um möglichst oft die Seele baumeln zu lassen. Wer in sich ruht, kommt deutlich besser mit einer turbulenten Außenwelt zurecht. Und dabei meint Urlaub aktuell nicht unbedingt Fernreisen. Aufgrund wechselnder Einschränkungen, Regeln, Impf- und Test-Voraussetzungen sowie eingeschränktem Erholungsfaktor, scheint Fliegen wenig erfreulich. Auch ich als ehemaliger Vielflieger, der aus geschäftlichen Gründen leicht über 50 internationale Flüge im Jahr absolvierte, habe mich darauf eingestellt, in den nächsten Jahren am Boden zu bleiben. Impf-Apartheid und biometrischen Überwachungswahn werde ich nicht durch Konformismus fördern. #ichmachdanichtmit.

Es geht bei Erholung, Urlaub und Reisen aber auch nicht primär um den Ort und räumliche Distanz zur Heimat. Es geht um innere Ausgeglichenheit, Reflexion und Selbsterkenntnis. Um produktives Nichtstun, wie Erich Fromm es auszudrücken pflegte.

»Der Sinn des Reisens besteht darin, die Vorstellungen mit der Wirklichkeit auszugleichen, und anstatt zu denken, wie die Dinge sein könnten, sie so zu sehen, wie sie sind.« (Samuel Johnson)

Viele Menschen scheinen nur noch an möglichst exotische Ziele zu verreisen, um Fotos für ihren Instagram-Account zu sammeln. Dabei vergessen sie, zu erleben. Zu sein. Und dafür braucht es keine zehn Stunden Flugzeit oder eine Malediven-Insel. So plädiere ich vor allem für Urlaub vom System und seinen negativen Einflüssen. Für Digital-Detox, Ruhe, Zeit mit Familie und Freunden. Für Hobbys, Handwerk, Bodenständiges, das den Menschen erdet und wieder in Beziehung zu seiner natürlichen Umwelt setzt. Wer noch nach geeignetem Lesestoff sucht, findet vielleicht in einem meiner Artikel ein paar Anregungen. (Vgl.: »Einfach mal abschalten«, regenauer.press vom 24.02.2021)

Ich selbst werde von Anfang Juli bis Ende August ebenfalls versuchen, möglichst wenig Zeit online zu verbringen. Im Verlauf des Jahres hat sich bereits ein beträchtlicher Vorrat an Büchern aufgehäuft, die ich lesen möchte. Dem werde ich mich widmen. Auch wenn ich diesen Sommer wohl weniger Zeit für Lektüre haben werde als sonst. Denn wir ziehen um. Weg aus Deutschland. Das ist zwar anstrengend, aber sehr analog, bodenständig und schlussendlich äußerst befriedigend. Wird die neue Umgebung doch dafür sorgen, dass sich künftig das gesamte Jahr etwas nach Ferien anfühlt. Nicht nur der Sommer.

Daher wird es im Sommer auch weniger Blog-Beiträge auf regenauer.press geben. Auch wenn Schreiben durchaus eine meditative Wirkung hat und mir hilft, mich zu entspannen, möchte ich mich in den kommenden Wo-

chen weder mit der Pandemie noch mit Politik oder Wirtschaft befassen. Aus diesem Grund ist erst ab September 2021 wieder mit regelmäßigen Beiträgen auf der Webseite und meinen anderen Kanälen zu rechnen. Bis dahin dürfte sich auch deutlicher abzeichnen, welch dystopische Entwicklungen das Corona-Kartell im Spätjahr für uns bereithält.

»Wenn man beginnt, seinem Passfoto ähnlich zu sehen, sollte man in den Urlaub fahren.« (Ephraim Kishon)

| Erstpublikation: 27. Juni 2021

Ignoranz ist Stärke

Ohne das Spielfeld zu verlassen, wird man das Spiel nicht beenden.

»Manche meinen, sie seien liberal geworden, nur weil sie die Richtung ihrer Intoleranz geändert haben.« (Wieslaw Brudzinski)

Genau da sind wir. Im September 2021. Die Sommerpause ist zu Ende und die »Pandemie« noch da. Entgegen allen Hoffnungen, dass sich Logik und Vernunft endlich flächendeckend durchsetzen und sich ein allgemeines Aufbegehren gegen die Regierungswillkür in Deutschland Bahn bricht. Frankreich macht vor, wie Protest und ziviler Ungehorsam funktionieren. Und auch in Italien, Griechenland, Polen, Großbritannien, der Schweiz und vielen anderen Ländern begehren die Menschen auf – gegen Ungerechtigkeit und Spaltung. In Massen. Solidarisch. Geimpfte und Ungeimpfte. Nur Deutsche warten für eine Demonstration gegen denselben geduldig auf eine Genehmigung des Staates. Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes scheint kollektiv in Vergessenheit geraten zu sein.

Auch das Zentralkomitee in Berlin und seine korrupten Parteisoldaten, Lobby-Politiker und Bildungshochstapler sind noch allesamt in Amt und Würden. Trotz aller bekannten Verfehlungen und Skandale der vergangenen 18 Monate. Und auch die ideologisierten Links-Rechts-Scharmützel in den Medien halten an. Wer das offizielle Corona-Narrativ nicht unterstützt, es hinterfragt und liberal, konservativ oder anderweitig kritisch argumentiert, muss Nazi sein. Zuletzt Til Schweiger, den die

Linke in der Flüchtlingskrise noch als großen Menschenfreund gefeiert hatte.

Die nach eigenem Empfinden inklusiv aufgestellten Grünen grenzen jeden aus, der anders denkt und fordern wie Winfried Kretschmann offen totalitäre Verhältnisse. Der baden-württembergische Ministerpräsident zieht gar eine Änderung des Grundgesetzes in Erwägung, um die Freiheiten des Bürgers weiter einschränken zu können. Robert Habeck steht offen für ein Gesellschaftsmodell wie in China, mit weniger Wahlen und mehr staatlichem Einfluss – auch in private Bereiche. Eine Soziokratur. Während die Kanzlerkandidatin der ehemaligen Öko-Partei permanent an der Schamgrenze kratzt und jedem vor Augen führt, wohin eine Regierungsbeteiligung der Grünen führen würde. Ins zentralistische Chaos.

Selbst Johnny Rotten, Lead-Sänger der Kult-Punkband »Sex Pistols« und Antikapitalist der ersten Stunde, dem man sicher keine Nähe zu Nazis vorwerfen würde, ist in diesen Zeiten politisch verwirrt, wenn er in einem Interview äußert:

»Ich hätte nie gedacht, dass ich den Tag erleben würde, an dem die Rechten die Coolen sind, die dem Establishment den Mittelfinger zeigen, und die Linken die wehleidigen, selbstgerechten Trottel, die alle beschimpfen.«

Auch wenn ich Anfang Juli, zu Beginn meiner achtwöchigen Schreibpause, nicht wirklich glaubte, dass Corona nach zwei Monaten, mäßig erfolgreichem, Wegschauen im Urlaub verschwunden sei, so hatte ich doch wenigstens die vorsichtige Erwartungshaltung, dass sich mit dem fehlenden Erfolg, oder besser ausgedrückt, dem kompletten Scheitern der bundesdeutschen Impf-Kam-

pagne, etwas mehr Skepsis unter den von eineinhalb Jahren Angstmacherei weichgekochten, abgestumpften und obrigkeitshörigen Corona-Panikern breit macht. Aber auch hier: Nein – sie glauben es zu weiten Teilen immer noch.

»Ein guter Propagandist kann sogar mit Hilfe der Wahrheit überzeugen.« (Wieslaw Brudzinski)

Bedauerlicherweise ist die Situation sogar noch unzumutbarer geworden als vor meinem durch zwei Umzüge etwas anstrengend geratenen und daher nicht im klassischen Sinne erholsamen Urlaub. Noch mehr völlig abstruse, unglaubwürdige und vermutlich rassistische Verschwörungstheorien sind mittlerweile zu bitterer Realität verkommen. Man verzeihe den Sarkasmus. Aber ohne Humor und Ignoranz gegenüber diesem evidenzlosen Theater um eine Grippewelle mit Letalität im Promillebereich, lässt sich die Situation kaum noch gut gelaunt ertragen. Man muss dieser oft dilettantisch inszenierten Farce mit einer Portion Harald Schmidt begegnen, um mental obenauf zu bleiben. Wegschauen und -hören hilft.

Ich sehe keinen tieferen Sinn darin, weiterhin über Zahlen, Daten und unbedeutende Details dieses obskuren Big Pharma- und Finance-Spektakels zu schreiben. Es ist alles gesagt und geschrieben. Alle Informationen sind frei im Internet verfügbar. Wer es bis jetzt noch nicht verstanden hat, das Totalitäre nicht kommen sieht, oder es in Form des »New Normal« und aufgrund eigener Defizite gar mit offenen Armen empfängt, dem ist, von meiner Warte aus betrachtet, nicht mehr zu helfen. Es ist nicht nur ein Intelligenztest, sondern auch eine Prüfung des moralisch-ethischen Kompasses des modernen Men-

schen – der bei einem Großteil der westlichen Zivilisationen gründlich versagt hat.

Die autoritär agierende Hygiene-Sekte in Berlin ist gekommen, um zu bleiben. Und in den meisten Ländern der Welt sieht es dahingehend nicht anders aus. Ein Klüngel von Nachwuchstyrannen, oft untereinander verwoben durch Verbände, Interessengruppen, Lobby-Vertretungen, NGOs und Stiftungen, diktiert den Kurs in Richtung sozialistisch angehauchter Demokratur. Australien gibt sich derzeit besonders Mühe, in der Härte seiner Anti-Mikroben-Maßnahmen sogar die diktatorischen Umtriebe in China zu übertreffen.

Vernichten kann sich dieses System nur noch selbst. Widerstand braucht es daher nur bedingt. Besser ist ein Neuanfang. Ein Reboot. Gänzlich ohne das alte, faschistoide System mit seinen Oligopolen. Ohne soziale Ausgrenzung, Impf-Apartheid, finanzielle Knute, Blockwart-Mentalität und ideologische Politik-Beschäftigungstherapie für wohlstandsverwahrloste, infantilisierte TV- und Konsum-Junkies. Aber ist so etwas überhaupt möglich?

»Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert.« (Aldous Huxley)

Mir war George Orwell, der Mann der Arbeiterklasse, der häufig in den öffentlichen Küchen mit Obdachlosen und Armen speiste, immer schon sympathischer als der aus reichem Hause stammende und mit erklärten Eugenikern verwandte Huxley. Auch wenn ich beide als Autoren schätze und meine, dass wir schon lange in einer Mélange der von den beiden Schriftstellern postulierten Dystopien leben, muss ich festhalten, dass Huxley mit dem vorangestellten Zitat Unrecht hat. Manche Tatsachen lassen sich nur dadurch aus der Welt schaffen, dass

man sie ignoriert. Wenn die Menschen ein Produkt ablehnen und nicht kaufen, wird es in der Regel vom Markt genommen. Wenn das System marode ist und niemand mehr mitmacht, implodiert es. Wenn COVID ein Kult ist und niemand mehr glaubt, verschwinden die Priester.

Opposition, das Ringen um Wahrheit, endlose Diskussionen und Gespräche, die unweigerlich an den Film »Und täglich grüßt das Murmeltier« mit Bill Murray erinnern, kosten Energie. Die Widerstandsbewegung hat sich in Grabenkämpfen aufgerieben. Egos und Unterwanderung tun ihr Übriges. Dem System, seinen Claqueuren, stupiden Narrativen und dreisten Propaganda-Instrumenten weiter Aufmerksamkeit zu schenken ist ohnehin sinnlos. Es nützt nichts, Überzeugungsarbeit bei seinen gutgläubigen Anhängern leisten zu wollen.

Anstatt Kraft in einen zehrenden Kampf gegen Windmühlen zu investieren, sollte das freiheitsliebende Drittel der aufgeklärten Gesellschaften konsequent sein eigenes Ding machen. Bildung, Medien, Social-Media, Finanzmarktprodukte und -dienstleistungen, Logistik, Produktion von Lebensmitteln und Technologie, Gesundheitsversorgung – all das lässt sich heutzutage bereits dezentral, autonom und weitgehend ohne staatliche Eingriffe oder Abhängigkeit von Globalkonzernen organisieren, konsumieren und nutzen.

Vieles ist da. Noch mehr im Entstehen begriffen. Täglich liest man von neuen Projekten. Diese Krise ist auch eine Chance. Für eine bessere, eine lebensbejahende, faire, offene und auf Werten der Aufklärung basierende, freiheitlich wirtschaftende Gesellschaft. Diese wäre in greifbarer Nähe. Wenn alle demokratischen Regierungskritiker, Maßnahmen-Gegner, Bewegungen und sonstige Oppositionelle nur ein einziges Mal (und zeitnah) an

einem Strang ziehen würden, anstatt sich über die ideologisch verhaftete Auseinandersetzung weiter an das alte System, seine Denkweisen, Bürokratie und schizophren verdrehten Moralvorstellungen zu fesseln. Ohne das Spielfeld zu verlassen, wird man das Spiel nicht beenden.

Diesbezüglich hatte Aldous Huxley völlig Recht, als er schrieb:

»Die perfekte Diktatur wird den Anschein einer Demokratie machen, einem Gefängnis ohne Mauern, in dem die Gefangenen nicht einmal davon träumen auszubrechen. Es ist ein System der Sklaverei, bei dem die Sklaven dank Konsum und Unterhaltung ihre Liebe zur Sklaverei entwickeln.«

»Die medizinische Forschung hat so enorme Fortschritte gemacht, dass es überhaupt keine gesunden Menschen mehr gibt.«

Die etablierte Wirtschaftsordnung des Neo-Kapitalismus ist mitsamt ihren gespaltenen und angstgetriebenen Zivilgesellschaften am Ende. Das überschuldete Finanzsystem kann nur durch den inhärenten Crash »gerettet« werden. Oder durch jahrelange, extreme Inflation. Zweiteres scheint unwahrscheinlich. Der »Big Bang« ist Favorit der Eliten. Denn Disruption vereinfacht den Wandel. Widerstand dagegen verursacht Kosten.

Die herrschenden Big Tech-, Big Pharma- und Finanz-Oligarchien möchten nicht das derzeitige Finanzsystem, die Demokratie oder die aufgeklärte Gesellschaft retten – und schon gar nicht den Menschen an sich – sondern einzig und allein den Glauben der Vielen daran, dass die von den Wenigen aufgezeigten Lösungen und Szenarien

der einzig gangbare Weg in die Zukunft sind. Der alternativlose Kurs. Eine vom unsichtbaren Gegner aufgezwungene Politik gegen monokausal kommunizierte Krisen. Ein Mantra aus Terrorismus, Corona, Klimawandel und dem nahenden Blackout. Einschränkung, Geißelung, Digitalisierung, Transhumanismus. Ausnahmezustand und Notverordnungen. Zeitweise, dauerhaft.

Das Finanzsystem, wie man es seit »Bretton Woods« im Jahre 1944 kennt, mitsamt seinen politischen Marionetten, ist schon seit 2008 ruiniert und konnte im Rahmen der sogenannten Bankenkrise noch ein letztes Mal mit dem Defibrillator Zentralbankgeld am Leben erhalten werden. Der Turbokapitalismus hat jedoch spätestens mit dem Null-Zins sein absolutes Limit erreicht. Die global akkumulierten Schuldenberge sind unmöglich zu tilgen.

Negativzinsen und (Hyper-) Inflation sind die letzten beiden verbleibenden Auswege der Eliten, um den Status Quo zu bewahren. Aber das halten Privatbanken nicht lange aus. Das Ende von klassischen Geschäftsbanken, Nationalwährungen und Fiat-Geld ist strategisch gesetzt.

Daher arbeiten der Internationale Währungsfonds (IWF), die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS) sowie alle Zentralbanken der Welt so fieberhaft an ihren digitalen Zentralbankwährungen (DCBC). Die Pandemie ist nur willkommene Ablenkung der trägen Masse vom eigentlichen Geschehen. Der unpopulären Agenda einer globalen Digitalwährung und der Einführung eines BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) als Rettungsanker der Regierungen im anstehenden Kollaps.

»Die Mehrheit der gewöhnlichen Bevölkerung versteht nicht, was wirklich geschieht. Und sie versteht noch nicht einmal, dass sie es nicht versteht.« (Noam Chomsky)

Jede Woche wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben, um die Aufmerksamkeit der Menschen zu erhaschen und das Angst-Level hochzuhalten. Die Themen sind redundant. Es ist eine Endlosschleife. Aber Missionieren ist meist zwecklos. Der Fernseher ist ein mächtiger Feind und 30% - 40% der Menschen dürften ihm komplett verfallen sein. Homo Consumens, der an die unbefleckte Empfängnis glauben will, kann man nicht mit Argumenten, Zahlen und Fakten vom Gegenteil überzeugen.

Auch das Wirtschafts- und Finanzsystem wird implodieren. Früher oder später. Mit Sicherheit aber vor 2025. Da endet laut Weltbank-Projektauftrag nämlich das Projekt COVID-19, welches die Weltbank separat mit Start- und Enddatum in ihrem offiziellen Projektportfolio aufführt. Aufhalten kann man das alles nicht mehr. Lediglich vorbereitet kann man sein. Danach muss man den Fokus aber nicht mehr auf das Geschehen im Mainstream-Theater richten. Ignoranz ist Stärke.

»Gewaltloser Widerstand bedeutet nicht Nichtstun. Er bedeutet, die ungeheure Kraftanstrengung zu unternehmen, die nötig ist, um das Böse mit dem Guten zu besiegen. Diese Kraftanstrengung baut nicht auf starke Muskeln und teuflische Waffen: Sie baut auf moralische Tapferkeit, auf Selbstbeherrschung und auf das unvergessliche, zähe Bewusstsein, dass es auf Erden keinen Menschen gibt - so brutal, so persönlich feindselig er auch sei - ohne angeborenes Fundament von Güte, ohne Liebe zur Gerechtigkeit, ohne Achtung vor dem Wahren

und Guten; all dies ist für jeden erreichbar, der die geeigneten Mittel verwendet.« (Aldous Huxley)

Ausschließlich durch Negieren, Ignorieren und Boykottieren des »New Normal« und seiner Tentakel, die sich mittlerweile in alle Bereiche der von Hass vergifteten Zivilgesellschaft vortasten, hat man zeitliche, körperliche und mentale Kapazität für soziales Engagement, Eigenleistung, gesundes Essen, Sport und neue Wege. Wer täglich von Propaganda, Angst und negativer Energie bombardiert wird, stumpft ab, resigniert und wird antriebslos. Je analoger die Tätigkeiten, je geringer Ängste und Abhängigkeiten, desto zufriedener, glücklicher und leistungsfähiger ist der Mensch.

Für den Rest das Jahres 2021, das hatte ich bereits vor der Sommerpause angekündigt, möchte ich den Output dieser Seiten deswegen auf Lösungen, neue Wege, libertäre Konzepte, Projekte und Werke konzentrieren. Die Beiträge auf regenauer.press werden im jeweiligen Umfang ab-, dafür aber in der Frequenz zunehmen. Öfter mal ein kurzer Tipp, eine Projekt-Info, ein Produkt, Netzwerk, Gedanke, oder ein wertvoller Link mit Erläuterung auf einer halben Seite, anstatt einer 4-seitigen Polemik pro Woche. Es geht um Lösungen für eine humane und freie Zukunft für alle Menschen, um das Verbinden von Refugien und Gruppen, Entwicklungen und Chancen – und um alles, wofür es sich schon immer gelohnt hat zu leben, zu lieben und zu kämpfen.

»Freiheiten werden nicht gegeben, sie werden genommen.« (Aldous Huxley)

| Erstpublikation: 10. September 2021

9/11 und zwei Dekaden »New World Order«

»Die Menschen glauben viel leichter eine Lüge, die sie schon hundertmal gehört haben, als eine Wahrheit, die ihnen völlig fremd ist.« (Alfred Polgar)

20 Jahre ist es her, dass der damalige US-Präsident George Bush Junior die »Achse des Bösen« ins Visier nahm, den Krieg gegen den internationalen Terrorismus ausrief und eine »neue Weltordnung« ankündigte. Und obwohl er den Ausdruck im US-Kongress exakt so formuliert hatte, wurde jeder, der anschließend an der offiziellen Darstellung der Terroranschläge vom 11. September 2001 zweifelte und sich fragte, was die angekündigte »New World Order« denn nun genau bedeuten würde, als Aluhutträger oder Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Der Ausdruck existiert nicht erst seit der Corona-Krise. Er wurde bereits nach den Attacken auf das World Trade Center verwendet und avancierte zu gängigem Jargon, um Kritiker mundtot zu machen.

Heute wissen wir, was George Bush meinte. Er sprach über die Einführung einer neuen »Global Governance« und einen massiven, undemokratischen Ausbau des Überwachungsstaates. Sichtbar wurde dies für den Normalbürger vor allem im Flugverkehr, wo nach 9/11 ein neues Level an Sicherheitsstandards und Personenkontrollen eingeführt wurde. Gravierender als neue Prozesse an Flughäfen, haben sich jedoch die im Zuge des Anti-

Terror-Kampfes aus der Schublade geholten und umgehend verabschiedeten Gesetze ausgewirkt. Denn diese gelten bis heute. Die fortschreitende Digitalisierung macht es den Behörden zusätzlich einfacher, jeden Aspekt unseres Lebens zu überwachen und alle Bürger unter Generalverdacht zu stellen.

Der sogenannte »Deep State«, vor dem schon diverse US-Präsidenten gewarnt haben, so auch John F. Kennedy, blühte nach den Anschlägen in New York förmlich auf. Kontroverse, freiheitsfeindliche und zuvor schwer vermittelbare legislative Projekte konnten endlich umgesetzt werden. Massenüberwachung wurde nicht nur möglich, sondern salonfähig. Schließlich hatte nunmehr jeder Flugreisende ein mulmiges Gefühl und war froh darüber, dass kein zweiter Mohamed Atta in seiner Maschine saß. Kaum jemand nahm ernsthaft Anstoß daran, dass der Staat nun Unmengen private Daten abgriff, Personen abhörte, Internet und Telefonnetze in nie gekanntem Ausmaß infiltrierte, Nachrichten abfing und praktisch jeden Menschen als potenziellen Staatsfeind klassifizierte – bis das Gegenteil bewiesen ist. Die moderne Beweislastumkehr zwischen freiem Bürger und Staatsmacht begann also schon damals Raum zu greifen. Nicht erst mit COVID-19, wo jeder Mensch unter infektiologischem Generalverdacht steht, bis er dem System mittels PCR-Test das Gegenteil beweisen kann.

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Ende des kalten Krieges, fehlte es dem militärisch-industriellen Komplex in den USA zu Beginn des neuen Jahrtausends an Feindbildern. Ein bekannter Think Tank, der die US-Regierung in diesem Zeitraum beriet, artikulierte in einem Bericht, dass *»die Amerikaner keinem neuen heißen Krieg zustimmen würden, gäbe es nicht ein ähnlich aufrüttelndes Ereignis*

wie Pearl Harbor«. Fast eine Aufforderung. Vor allem, wenn man bedenkt, dass der entsprechende Think Tank von der Rüstungsindustrie gesteuert wurde und genau das eingetretene Szenario mit den zwei Türmen und Flugzeugen als Anti-Terror-Übung bei Bush in der Schublade lag. Das schwarze Emblem auf dem weißen Papier des bekannten Dossiers erinnert stark an die tatsächlichen Bilder der auf die Twin Towers anfliegenden Airliner.

Weltfrieden missfiel den Kriegstreibern in Washington. Ohne militärische Konflikte fehlt dem militärisch-industriellen Komplex die Daseinsberechtigung. 9/11 half und die Rüstungsmaschinerie begann auf Hochtouren zu laufen – bis heute. Die Auswirkungen der völkerrechtswidrigen, amerikanischen Invasionen und Interventionen spüren wir täglich. Siehe Afghanistan, Syrien, Libyen, Iran oder Irak. Um nur einige der letzten 50 Jahre zu nennen. Der nahe Osten, eine Wiege der Zivilisation, versinkt in Leid und Chaos. Nach der schamlosen, eigennützigen Einflussnahme der Briten in der Region während der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, haben die USA das Gebiet seit Anfang des neuen Jahrtausends militärisch unter die Fuchtel genommen, restrukturieren und pressen es aus. Und Europa wundert sich, dass immer mehr Menschen aus dem arabischen Raum gen Westen flüchten.

Die Anschläge in Manhattan haben also tatsächlich massive geopolitische Veränderungen in Gang gesetzt und die Welt drastisch und nachhaltig verändert. Auch die Rolle des Staates selbst hat sich in allen NATO-Mitgliedsstaaten signifikant gewandelt. Wobei man bedenken muss, dass die Mächtigen in regelmäßigen Abständen von einer neuen Weltordnung sprechen. Schwere Krisen dienen gerne als Initialzündung für ok-

troyierten Wandel ungekannten Ausmaßes. Das folgende Krisen- und Change-Management »nudged« die träge Masse in die gewünschte Richtung. Wer sich mit Geschichte befasst, ist sich dessen bewusst. Trotzdem hatte George Bush Junior mit seiner Ansage Recht. Die Welt ist seit 9/11 nicht mehr dieselbe.

Die genauen Umstände, Drahtzieher und Profiteure der Anschläge liegen bis heute im Dunkeln. Ungereimtheiten, offene Fragen, Widersprüche, logische Fehler und physikalische Unmöglichkeiten stehen bis anhin ungeklärt im Raum. Einen Ansprechpartner gibt es für Rückfragen nicht. Und der offizielle Abschlussbericht der US-Regierung beruht auf einem unter massiver Folter erpressten Geständnis, das in weiten Teilen Unsinn ist und nachweislich falsche Tatsachen behauptet.

Unter anderem unterschrieb der Beschuldigte nach über 180 Waterboarding-Sessions, dass er zu einem Zeitpunkt in den USA eine Bank ausgeraubt hat, zu dem er nachweislich noch in seinem Heimatland war. Trotzdem stehen derart wertlose »Beweise« im Bericht der offiziellen Untersuchung. Der Bericht der 9/11-Kommission war im Übrigen bereits zum Großteil fertiggestellt, als gerade erst alle Mitglieder offiziell berufen waren – und zwar vom neu eingesetzten Vorsitzenden, einem Protegé von Bush, Cheney und Rumsfeld. Das sorgte für Widerstand in der Kommission. Der Bericht blieb trotzdem unverändert und ist primär das Werk eines einzigen Günstlings der korrupten Kriegsführer in Washington. Ein Bestseller war der Bericht in Buchform trotzdem. Er ging millionenfach über die Theke.

Feuerwehrleute die vor Ort im Einsatz waren, Polizisten, Ersthelfer, Architekten und Statiker, Angehörige der Opfer und unabhängige Journalisten warten bis heute

auf offizielle Antworten. So auch die »Architects & Engineers for 9/11 Truth«, die sich neben vielen anderen, neben Wissenschaftlern und Experten von renommierten Universitäten mit den physikalischen Details, den Zahlen, Daten und Fakten zum höchst unwahrscheinlichen Kollaps der zwei Stahlbeton-Monster und World Trade Center 7 befassen. Sie fragen sich:

Wie können moderne Stahlbeton-Bauten im freien Fall in sich zusammenstürzen? Das ist in der Menschheitsgeschichte bis dato einmalig und physikalisch unmöglich.

Warum und von wem wurden in den Monaten vor den Anschlägen zig Milliarden US-Dollar in genau jene spekulativ wenig auffälligen Unternehmen investiert, die von dem Anschlag massiv profitierten – und wohin sind die Milliarden-Gewinne des Insider-Wissens nach Abverkauf der Assets geflossen? *»Trillions disappeared«*.

Wie kann es sein, dass man kurz nach den Anschlägen, im Chaos der Trümmer, unversehrte Ausweise von Attentätern findet, wenn Linienflugzeuge, Gebäude und bis heute circa 1'100 nicht-identifizierte Leichen vollständig pulverisiert sind?

Warum wurden sämtliche Stahlträger und sonstiger Abraum sofort entfernt, verklappt oder eingeschmolzen, anstatt diese Beweismittel zur Aufklärung der Ereignisse genauer zu untersuchen? Jeder Dorfpolizist ginge anders vor.

Wo sind die im Keller des WTC-Komplexes gelagerten Gold- und Silberbestände? Genauer gesagt 11,8 Tonnen Gold und 935,7 Tonnen Silber. Haben die von Anwohnern beobachteten Trucks, die in den Tagen vor den Anschlägen in langen Kolonnen aus den Tiefgaragen des

WTC fuhren, etwas damit zu tun? Eine Großbaustelle gab es zu diesem Zeitpunkt nicht in den Gebäuden.

Wer genau waren die nach dem Anschlag auf einem Parkplatz außerhalb der Stadt auf Video festgehaltenen und im Anblick der rauchenden Türme freudig tanzenden Israelis? Wieso wurden die fünf Männer nach einigen Wochen Haft durch ein FBI-Clearing freigelassen und sofort nach Israel deportiert? Und warum wurde keine der zahlreichen Spuren in Mossad-Geheimdienstkreise jemals offiziell untersucht oder auch nur in den Medien erwähnt?

Warum wurden in den Wochen vor den Anschlägen ungeplante und ungewöhnlich lange Wartungsarbeiten in den Fahrstuhlschächten beider Gebäude durchgeführt?

Warum war ein Unternehmen, das nachweislich von einem US-Regierungsmitglied geführt wurde, dafür zuständig?

Warum sieht man auf dutzenden Slow-Motion-Aufnahmen von Augenzeugen Explosionen in den Gebäuden, an Stellen und in Stockwerken, die weit vom Einschlagsort der Flugzeuge entfernt und zeitlich weit auseinander liegen, an denen das Gebäude dann aber präzise in sich zusammensackt, anstatt zu einer Seite zu kippen. Untersuchungen amerikanischer Statiker ergaben, dass nur eine kontrollierte Sprengung diese Gebäudestruktur auf derart disziplinierte Weise in freiem Fall zusammenbrechen lassen konnte. Offizielle Stellungnahmen dazu gibt es nicht.

Und wieso ist World Trade Center 7 eingestürzt – ein Nebengebäude, das weder von einem Flugzeug noch von einem der Türme getroffen wurde und nur mäßig brannte?

Das sind nur einige der zahllosen Ungereimtheiten. Die letzte Frage aber sticht heraus. Die Geschichte um World Trade Center 7 zeigt nämlich deutlich, wie weit Realität und das, was uns darüber berichtet wird, auseinander liegen. Denn während eine Reporterin der BBC bereits 23 Minuten vor dem Einsturz (!) von WTC 7 im Fernsehen verkündet, dass das Gebäude nun leider auch kollabiert sei, steht es noch deutlich sichtbar im Kamera-Ausschnitt hinter der Dame in der Skyline Manhattans. Wenn die BBC also nicht die Möglichkeit hatte, in die Zukunft zu schauen, wäre es interessant zu erfahren, was die Redaktion sonst zu dieser verfrühten Meldung veranlasst hat. Entsprechende Anfragen bleiben unbeantwortet.

Bemerkenswert ist dahingehend auch ein Interview mit Larry Silverstein, dem Eigentümer des World Trade Centers. Nachdem er den Gebäudekomplex erst wenige Monate vor 9/11 erworben hatte, schloss er umgehend eine Versicherung ab, die Terroranschläge beinhaltete. Dies war in den alten Verträgen nicht abgedeckt. Dann teilte er auf die Frage, was mit dem Gebäude passiert sei, kurz nach den Anschlägen und dem Kollaps von WTC 7 live im Fernsehen mit, dass man nach Besprechungen mit Einsatzkräften und wegen eines Feuers beschlossen habe, WTC 7 kontrolliert zu sprengen.

»We decided to pull it«

Einfach so. Einsturzgefährdet war es sicher nicht. Abschließend hat Herr Silverstein dann vor Gericht die doppelte Versicherungssumme für seine Police eingeklagt. Denn es waren ja zwei Anschläge. Auf zwei Hochhäuser. So wurden ihm 4.5 Milliarden US-Dollar zugesprochen.

Sein Interview wurde wenige Stunden nach Ausstrahlung vom Sender zurückgezogen. Im Internet findet man es aber trotzdem noch. Die großen Medienanstalten formulierten danach ausschließlich, dass das Gebäude »eingestürzt« sei – von Sprengung war nach Silversteins Moment der Wahrheit nie mehr die Rede. Und öffentlich nachgefragt hat auch niemand mehr. Obwohl das Video selbst auf YouTube verfügbar ist.

Vielleicht war man in führenden Finanz-, Militär- und Geheimdienstkreisen der USA einfach nicht allzu bestürzt, als das Gebäude in sich zusammenfiel.

WTC 7 beherbergte unter anderem Büros und Archive von Secret Service und CIA – und somit vermutlich Dokumente, Informationen und Belege für umstrittene Geheimdienstaktivitäten und vertrauliche Finanztransaktionen. Unter Umständen auch solche, die Licht ins Dunkel um die Anschläge auf die »Twin Towers« werfen könnten.

Vieles ist unklar. Das meiste wird es für immer bleiben. Auch wenn ungezählte Bücher, Artikel, Berichte, Indizien oder Aussagen und Videos von Augenzeugen massive Zweifel am offiziellen Narrativ schüren und eine Mitwisserschaft oder gar Unterstützung von US-Geheimdienstkreisen sowie dem Mossad nahelegen. Für die geopolitischen und sicherheitspolitischen Strategien des US-Imperiums sowie der NATO-Mitgliedsstaaten hat das moderne Pearl Harbor vom 11. September 2001 seinen Zweck erfüllt.

Die Welt ist ein Stück totalitärer geworden. Global Governance ersetzt souveräne Staaten. Die Digitalisierung verschlingt ungefragt und nimmersatt den letzten Rest Privatsphäre. Individualisiertes Gesundheitswesen wird den menschlichen Körper vollends in Besitz neh-

men – und den Weg frei machen für eine dystopische, transhumanistische Zukunft.

»Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.« (Thomas Jefferson)

| Erstpublikation: 13. September 2021

Ein Sturm im Wasserglas

Der vermeintliche Angriff auf Parlamentsgebäude: Teil III – Bern.

»Die Lüge ist wie ein Schneeball: Je länger man ihn wälzt, desto grösser wird er.« (Martin Luther)

Und er ist mittlerweile ziemlich groß, dieser Schneeball. Schon zum dritten Mal binnen weniger Monate möchte uns eine Regierung weismachen, dass Kritiker der Corona-Politik den Versuch unternahmen, ein Parlamentsgebäude zu stürmen.

Nach dem Kapitol in Washington und dem Reichstag in Berlin, hat nun auch die Schweiz ihren »Demo-Skandal«. Am Donnerstag, 16. September 2021 hatten sich circa 20’000 friedliche Demonstranten durch die Berner Innenstadt bewegt, um ihrem Unmut gegenüber einer unsinnigen und separatistischen Corona-Politik des Bundesrates Ausdruck zu verleihen.

Verschiedene Gruppen hatten im Vorfeld zu der Kundgebung in der Schweizer Hauptstadt aufgerufen, sollte sich die Regierung für eine Ausweitung der »Covid-Zertifikatspflicht« entscheiden. Daher war eine große Teilnehmerzahl absehbar. Vielleicht ist damit zu erklären, warum am Nachmittag des 16.09.2021 Zäune um das Bundeshaus aufgebaut wurden. Denn in der Regel ist der Platz vor dem Parlament offen und allen frei zugänglich.

Nicht abgeriegelt. Menschen sitzen, reden, essen und flanieren dort. Kinder spielen am Springbrunnen. Polizeipräsenz ist eher die Ausnahme.

Vielleicht war es aber auch nicht die Angst vor einer gewaltbereiten Menschenmasse und marodierenden Horden, denn die wäre völlig unberechtigt, bisher sind alle Demonstrationen gegen die Corona-Politik absolut friedlich verlaufen, sondern Kalkül. Wollte die Berner Polizei, beziehungsweise die Schweizer Regierung, ähnliche Bilder wie in Washington oder Berlin erzeugen, um in Konsequenz härter gegen kritische Stimmen vorgehen zu können? Der Verdacht liegt nahe. Warum sonst war ein Wasserwerfer aufgefahren worden? In Anbetracht der friedfertigen Versammlungen der vorangegangenen Wochen, eine absolut überzogene Machtdemonstration der Exekutive. Eine Provokation.

Der Demonstrationszug war nach Routen durch die Innenstadt am Abend vor dem Bundeshaus angekommen. Die Menschen sammelten sich und skandierten einschlägige Freiheitsparolen. Laut, aber friedlich. Nachdem eine kleine Gruppe von Chaoten an den Absperrzaun getreten hatte, wurde der Wasserwerfer tatsächlich kurz eingesetzt, um die Handvoll Randalierer von der Absperrung zu vertreiben. Genau in diesen kurzen Momenten des Wirrwarrs schossen die anwesenden Vertreter der Massenmedien ihre Fotos. Wie bestellt. Und analog zu Washington und Berlin, wo genau wie in Bern niemals die Gefahr eines tatsächlichen Kontrollverlustes für die Exekutive bestand.

Die dramatisierenden Äußerungen des Berner Sicherheitsdirektors Reto Nause erhärten im Nachhinein den Verdacht, dass man seitens der Machthaber bewusst mit dem Feuer gespielt hat, um entsprechende Bilder zu erzeugen. Zudem ist die kleine Gruppe von Randalierern nicht dem friedlichen Kern der Schweizer Demokratiebewegung zuzurechnen, sondern Kreisen der Berner ANTIFA. Die Identitäten der Randalierer oder die genauen Umstände liegen ebenso wie die Motivation der gewaltbereiten Gruppe im Dunkeln. Aber eines wird deutlich: Der Vorgang spielt den Regierenden und ihrem Narrativ in die Hände.

Postwendend wird denn auch wie in Washington oder Berlin von gewaltbereiten Maßnahmen-Kritikern, verblendeten Impf-Gegnern und antidemokratischem Verhalten schwadroniert. Eine Gefahr für die Zivilgesellschaft und die Demokratie an sich wird heraufbeschworen – obwohl gerade in der Schweizer Freiheitsbewegung der Erhalt der Bundesverfassung und die Rolle des Volkes als Souverän im Mittelpunkt steht.

Der billige Versuch, mit inszenierten Bildern und übertriebenen Darstellungen in den Massenmedien, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben, ist leicht durchschaubar und einem freiheitlichen Land wie der Schweiz nicht würdig. Es ist die missglückte Neuauflage der Fehlalarme von Washington und Berlin. Glücklicherweise haben die Vorfälle in Bern am 16.09.2021 nicht die gleiche Zugkraft entwickelt wie in den USA, wo man nach dem Chaos

am Kapitol das neue Feindbild des inländischen Terroristen schuf.

Trotzdem ist das Narrativ gesetzt und wird bei Bedarf auch in der Alpenrepublik bemüht werden, um ein härteres Vorgehen gegen Kritiker der Regierung und Impfunwillige zu rechtfertigen – und sei es nur in den Medien, dem Pranger der Neuzeit.

| Erstpublikation: 21. September 2021

Kein Plan überlebt den Kontakt mit dem Feind

»Geld ist geprägte Freiheit«, sagte einst Fjodor Dostojewski. Aber zu seiner Zeit war das Zahlungsmittel noch etwas wert. Wie soll man heutzutage finanziell planen können?

Es sind unsichere Zeiten. Vor allem in Bezug auf finanzielle Absicherung und langfristige Planung. Denn die Corona-Krise lenkt von einem bereits eingeleiteten Paradigmenwechsel im Finanzsystem ab, den wir in naher Zukunft erleben werden. Der Einführung von digitalem Zentralbankgeld. Ob das in einem Monat oder erst zwei Jahren der Fall sein wird, ist unklar. Sicher ist, dass Inflation, stagnierende Wirtschaft und hinkende Nettolohnentwicklung bis zu diesem Zeitpunkt zur massiven Entwertung von Privatvermögen und Kaufkraft führen werden. Und auch Renten sind keineswegs sicher. Was kann man tun, um sich gegen Turbulenzen am Finanzmarkt zu wappnen? Welche Anlagen sind auf lange Sicht werterhaltend? Wie und mit was lässt sich trotz Null-Zins eine Rendite erzielen? Wie schützt man Guthaben vor Wechselkursschwankungen oder staatlichem Zugriff?

Folgend ein paar kurze Anregungen und Ideen diesbezüglich. Auch wenn ich mit meiner einleitenden Annahme natürlich falsch liegen könnte, sprechen alle Indizien dafür, dass es höchste Zeit wird, dem potenziellen Schwund des Ersparten und Besitzes zu begegnen und sich gegen drastische Wertverluste

abzusichern. Einigen Anlagen bieten zudem auch noch in wirtschaftlich schlechten Zeiten signifikante Wertsteigerungen. Ich schreibe diesen Text basierend auf meinen eigenen Erkenntnissen und Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre. Der Beitrag stellt aber selbstverständlich keine professionelle Anlageberatung dar.

Einer Investmententscheidung liegt zunächst eine persönliche Risikoabwägung zugrunde. Sprich, man muss sich die Frage beantworten, wieviel Risiko man bereit ist einzugehen, um entsprechend höhere Gewinne zu erzielen. Wer Sicherheit stärker gewichtet als Gewinnmaximierung, ist mit Edelmetallen sicher besser beraten als mit Kryptowährungen. Allerdings wird zum Beispiel Gold immer stärker reguliert.

Das bedeutet niedrige Obergrenzen für den privaten Ankauf und Nachvollziehbarkeit aller entsprechenden Händlertransaktionen. Der Staat weiß also, wer wie viel Gold besitzt – und kann es prinzipiell jederzeit konfiszieren. So geschehen beim Goldverbot in den USA, wo 1933 die Obergrenze für privaten Goldbesitz bei 100,00 US-Dollar lag. Der in privatem Besitz befindliche Goldbestand musste zwingend an den Staat verkauft werden – gegen Banknoten. Von einem derartigen Vorgehen profitiert natürlich ausschließlich das Zentralbanksystem. In der Schweiz und Liechtenstein kann man prinzipiell noch ohne Obergrenze und auch anonym Edelmetalle kaufen. Zollgrenzwerte machen es Ausländern aber schwer. Eine gute Übersicht zu Preisen und Stückelungen kann man sich bei Geiger Edelmetalle (CH) verschaffen. In Deutschland bietet das Unternehmen Galler & Schuster strategische Anlagen, verkauft aber auch Ware in einer Niederlassung in Liechtenstein.

Auch das viel gepriesene Beton-Gold verliert aufgrund verstärkter staatlicher Intervention seinen Reiz. Vor allem in Deutschland. Und die Situation wird sich in absehbarer Zeit eher verschärfen als entspannen. Vor allem, wenn die Grünen an der nächsten Regierung beteiligt sein sollten. Und danach sieht es trotz dem miserablen Ergebnis, das die bildungsferne Kanzlerkandidatin der Partei eingefahren hat, leider aus. Die nicht greifende Mietpreisbremse war nur der Anfang. Erhöhte Umweltabgaben folgen. Und als Ultima Ratio sind auch schon Enteignungen im Gespräch. Es gilt zudem zu bedenken, dass die Immobilienpreise bereits sehr hoch sind und die Blase vermutlich vor der Explosion steht. Vor staatlichem Zugriff schützt man sein Kapital mit einer Eigentumswohnung oder einem Haus jedenfalls nicht mehr.

Bei »DeFi«, Decentralized Finance, handelt es sich um das weite Feld der Blockchain-Technologie. Den meisten bekannt als Kryptowährungen; wie zum Beispiel der Bitcoin. Blockchain-Technologie kann aber auch genutzt werden, um fälschungssichere Ausweise zu erstellen. Kryptowährungen sind nur ein Anwendungsbereich, wenn auch der populärste. Diese Anlageform hat den Vorteil, dass sie völlig anonym gehandhabt werden kann. Man braucht nur eine E-Mail-Adresse und ein Wallet, eine elektronische Geldbörse.

Der Nachteil ist die hohe Volatilität des Marktes. Schwankungen von 20 Prozent bis 40 Prozent an einem Tag sind keine Seltenheit – entsprechen aber in Relation lediglich einer Kursveränderung von zwei Prozent bis vier Prozent am normalen Aktienmarkt. Trotzdem bedarf es starker Nerven, etwas Recherche und je nach Anlageform, kurz- oder langfristig, regelmäßiger Kontrolle des Portfolios. In der Regel verwaltet man dieses über

eine App auf dem Smartphone oder über den Web-Browser. Wenn man sich vorher schlau gemacht und dazu ein Quäntchen Glück hat, ist der Krypto-Markt derzeit immer noch die einzige Möglichkeit, um mit wenig Einsatz sehr viel Geld zu verdienen. Denn die Wachstumsraten können enorm sein und bei einem »Bullrun« exponentiell steigen.

Ein Beispiel: 2’000 Einheiten Bitcoin, gekauft im Jahr 2012 für etwa 10,00 US-Dollar, also eine Investition von 20’000 US-Dollar, hatte im Jahr 2017 bereits einen Wert von etwa fünf Millionen US-Dollar. Heute sind es knapp 50 Millionen. Natürlich ist das auch auf dem Krypto-Markt die Ausnahme, Bitcoin war eben der Vorreiter und ist mittlerweile extrem teuer. Trotzdem habe auch ich dieses Jahr mit einem Investment von circa 1’200 EUR einen niedrigen fünfstelligen Betrag generiert – innerhalb von 5 Monaten.

Es gilt, eine vernünftige Streuung von Krypto-Assets mit einem jeweils möglichst niedrigen Stückpreis zu erstehen und diese dann lange zu halten. In den richtigen Momenten schöpft man etwas Gewinn ab und investiert in neue Assets. Mittlerweile lässt sich auch durch Krypto-Kredite und geschicktes Transfer-Management der Coins Geld verdienen, 5 Prozent bis 15 Prozent auf den investierten Betrag sind möglich. Interessante Informationen zu DeFi und langfristigen Anlagen in diesem Bereich findet man zum Beispiel auf der Webseite goodbyematrix.com. Auf bitcoin.org findet man alles zu dieser speziellen Währung. Ein kostenloses Wallet bieten diverse Plattformen. Gute Erfahrungen habe ich mit Bitstamp und Coinbase gemacht. Und auch mit eToro als Trading App für das Smartphone.

Weitere wertstabile Bereiche sind Orientteppiche, Oldtimer, Vintage-Uhren, Schallplatten-Raritäten, Memorabilien berühmter Persönlichkeiten, wie zum Beispiel eine signierte Platte der Beatles, und Kunst im Allgemeinen. Einen Überblick zu Teppichen als Anlageform kann man sich auf Carpet Vista verschaffen. Wenn man das richtige Objekt findet, wird aus 1’500 EUR Investment rasch das dreifache. Man muss sich allerdings ein wenig einlesen und Zeit investieren, um nicht über’s Ohr gehauen zu werden.

Egal, was man subjektiv bevorzugt, alle genannten Anlagemöglichkeiten sind derzeit definitiv aussichtsreicher als Bargeld, Guthaben auf dem Girokonto, eine Lebensversicherung oder sonstige Vorsorgepläne konventioneller Banken. Zudem bietet speziell der Bereich Decentralized Finance die Möglichkeit, sich finanziellen Abhängigkeiten zu entziehen und den wachsamen Augen der Steuerbehörden einen Haken zu schlagen.

Wenn man sich vor Augen führt, wie unseriös und irreführend die offiziellen Angaben der Bundesregierung zur Inflation sind, wird einem das Ausmaß des kontinuierlichen Kaufkraftverlusts deutlich. Während die offiziellen Angaben seit dem Jahr 2000 praktisch konstant eine Inflationsrate von unter 2 Prozent auswiesen, so auch für 2020 mit 0,5 Prozent, dürfte die bereinigte Inflation im Jahr 2020 irgendwo zwischen 12 Prozent bis 15 Prozent gelegen haben.

Um den Kunden nicht nervös zu machen, tricksen viele Hersteller mit Füllmengen und geringerem Packungsinhalt. Schauen sie im Supermarkt mal genau hin. Mittlerweile finden sich immer häufiger willkürliche Füllmengen wie 235 Gramm – anstatt der bisher üblichen 250 Gramm. Derweil streiten Gewerkschaften um 3,8 Pro-

zent mehr Lohn auf zwei Jahre. Diese Forderung kann man in Anbetracht der realen Entwicklungen an den Finanzmärkten getrost in den Wind schießen.

Für das, was derzeit ökonomisch auf die Menschheit zustürmt, braucht es andere Backup-Lösungen als eine Lohnerhöhung, die nicht einmal ein Drittel der Teuerungsrate kompensiert. Lediglich physische Anlageformen oder die Blockchain-Technologie, also der Krypto-Markt, verheißen hier aktuell etwas Freiheit und langfristigen Werterhalt.

Zum Abschluss noch ein »Reminder« an eines der vielen gebrochenen Versprechen unserer abdankenden Regierung. Man wird sie nicht vermissen.

»Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.« (Angela Merkel. Spiegel, 2008)

| Erstpublikation: 26. September 2021

Die Qual der Wahl

Die Bundestagswahlen in Deutschland: Eine verzweifelte Suche nach dem kleineren Übel.

»Demokratie ist die Wahl durch die beschränkte Mehrheit, anstelle der Ernennung durch die bestechliche Minderheit.« (George Bernard Shaw)

Eine Richtungswahl sollte es für viele werden. Eine Protestwahl für viele andere. Beides war gemessen am vorläufigen Ergebnis nicht der Fall. Obwohl die etablierten Parteien dem Wähler in den vergangenen vier Jahren ausreichend Begründungen geliefert haben, sie nicht mehr zu wählen. Doch der Deutsche tat, was er immer tut. Er blieb in der Komfortzone. Wählt statt der einen ehemaligen Volkspartei die andere.

Fast wie im pseudodemokratischen Zweiparteiensystem der USA. Für manche scheint die äußerste Form des Protests wohl darin bestanden zu haben, statt der CDU die SPD zu wählen. Tor eins statt Tor zwei bitte. Zur herben Enttäuschung des opportunistischen Spielers befindet sich aber hinter beiden Vorhängen eine Niete. Zu viele haben das gezinkte Spiel der Politiker-Kaste offensichtlich noch immer nicht ausreichend durchschaut.

Wer so richtig sauer auf die beiden Kanzlerparteien war, wählte FDP. Die große Überraschung aber blieb aus. Keine massive Zunahme an Stimmen für die AFD. Keine neue Partei, die überraschend von unten den Sprung ins Parlament geschafft hätte. Und die Grünen haben doch nicht den großen Wurf gelandet. Anspruch aufs Kanzleramt – passé. Zum Glück. Mitregieren wird

die immer autoritärere Züge annehmende ehemalige Öko-Partei aber leider trotzdem. Das verheißt nichts Gutes. Klima-Notstand und CO2-Lockdown voraus. Und wenn es nach Winfried Kretschmann ginge, auch gleich die Änderung des Deutschen Grundgesetzes, um dem Staat mehr Durchgriff und totalitaristische Befugnisse gegenüber dem Bürger einzuräumen. Natürlich nur für den Fall des absoluten Notstands. Also temporär dauerhaft.

Wahrscheinlichste Konstellationen sind selbstverständlich CDU-GRÜNE-FDP oder SPD-GRÜNE-FDP. Nachdem die zuvor scheintote SPD in den vergangenen Monaten quasi medial reanimiert und nach oben geschrieben wurde, ist davon auszugehen, dass die Roten den nächsten Kanzler stellen. Mister Teflon. Olaf Scholz, der sich trotz Cum-Ex-Affäre, Wirecard-Skandal und anderen Verfehlungen, völlig frei von Scham um das Kanzleramt bewirbt.

Wer welche Minister stellen wird, ist nebensächlich. In Summe wird sich nichts signifikant ändern. Und schon gar nichts verbessern. Zumindest nicht für Normalbürger und -verdiener. Für die internationale digital-finanzielle Konzern-Oligarchie brechen auf Deutscher Gemarkung dagegen goldene Zeiten an. Unabhängig davon, wer die Richtlinienkompetenz auf dem Papier innehat.

Warum haben kleine Parteien wie Die Basis oder Die Freien Wähler nicht mehr Potential unter den von der Pandemie gebeutelten und frustrierten Deutschen mobilisieren können? Wieso konnte die AFD nicht massiv zulegen, war sie doch die einzige Partei, die im Bundestag die Argumente der Maßnahmen-Kritiker vertrat? Warum hat die CDU nicht noch viel mehr Stimmen verlo-

ren? Und warum hat die SPD gegenüber 2017 sogar Prozentpunkte hinzugewonnen? Ist es vorstellbar, dass, gemäß offiziellen Umfragen, die Corona-Politik, trotz ihrer katastrophalen Auswirkungen, für nur 7% der Wahlberechtigten ein Entscheidungskriterium war? Und wer wählt überhaupt freiwillig einen der drei Top-Kandidaten als Aushängeschild seines Landes? Pest und Cholera – sie wissen schon. In der freien Wirtschaft, ohne Lobbyisten-Netzwerke, würde keiner dieser weichgespülten und realitätsfremden Berufsbeschöniger einen gut dotierten Posten erhalten.

Drei Thesen kommen in den Sinn, um das Wahlverhalten der Mehrheit zu erklären:

- Die Mehrheit verharrt eingezwängt im von der Öffentlichkeit zugestandenen, enger werdenden Debattenraum und kann diesen auch im Rahmen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung nicht verlassen. Wider besseren Wissens.

- Die Mehrheit sieht das Totalitäre nicht kommen, kann Erlebtes nicht reflektieren, Geschichte nicht abstrahieren und ist derart verwirrt, ausgenutzt, vorgeführt und abgestumpft, weil sie die Begriffe Demokratie und Freiheit nie wirklich verstanden hat.

- Die Wahlen bilden nicht das wirkliche Ergebnis ab. Das darf zumindest seit den letzten Präsidentenwahlen in den USA kein Tabuthema mehr sein – denn viele andere Länder, darunter auch Deutschland und die Schweiz, nutzen identische Softwarelösungen für Wahlen. In den USA laufen derweil noch immer Nachzählungen und Audits. Unstimmigkeiten bei den Ergebnissen sowie kritische Stimmen nehmen zu.

Nach dem Chaos in der Flüchtlingspolitik, den ungezählten Fällen von Korruption und Vorteilnahme, dem totalitären Viren-Wahn der vergangenen 18 Monate und der unterlassenen Hilfeleistung bei der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal, hätten spätestens jetzt noch viel mehr Stammwähler von CDU und SPD enttäuscht zu kleineren Parteien abwandern oder einfach zu Hause bleiben müssen. Die Bedrohung der freiheitlichen Zivilgesellschaft hätte Massen für basisdemokratische Vorhaben an die Urnen bringen können. Dem war selbst im Lichte einer ansehnlichen Wahlbeteiligung von 76,6 Prozent nicht so.

Wenn es in den vergangenen Jahrzehnten einmal triftige Gründe und die Möglichkeit zu einer echten Richtungswahl gegeben hat, dann war es im Jahr 2021 der Fall. Die Chance blieb (wieder einmal) ungenutzt – und es kommt, was kommen musste: Alter Wein in neuen Schläuchen. Ob es noch einmal eine Möglichkeit geben wird, die immer übergriffiger agierende, repressive Demokratur in Deutschland in verfassungsrechtliche Bahnen zu lenken, ist nicht garantiert.

Die global von allen Mitgliedsstaaten unterstützte Smart City Agenda der Vereinten Nationen deklariert, es sei vernünftig, Wahlen künftig verstärkt zu automatisieren. Das Smartphone wisse mittlerweile ohne unser Zutun, wie wir wählen würden, und könnte diese Daten automatisch im Hintergrund übermitteln. Ein prädiktives, Amazon-artiges Wahlerlebnis für die international synchronisierte Fassaden-Demokratie sozusagen.

Für die Deutschen oder auch die Amerikaner wäre das ideal. Dann bliebe den geplagten Wählern endlich diese schwierige, im Rhythmus weniger Jahre wiederkeh-

rende Bürde der Entscheidung erspart. Die mit Pest und Cholera – sie wissen schon.

»Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.« (George Bernard Shaw)

| Erstpublikation: 27. September 2021

the natwork - Knotenpunkt für die freie Gesellschaft

Die digital-finanzielle Machtübernahme im Zuge der Corona-Krise erzeugt massiven Widerstand. Doch der hat ein Problem: Seine Fragmentierung. Mit »the natwork« geht am 1. November 2021 eine neue Social-Media-Plattform online, die Abhilfe schafft.

Die Katastrophe war ihre historische Chance. Das kurze Fenster der Möglichkeiten. Im Management spräche man von einem »Enabler«. Jetzt nutzen Politik und digital-finanzielle Oligarchie die Corona-Krise standesgemäß, um Reichtum zu mehren und Macht zu sichern. Einer immer größeren Anzahl von Menschen wird dies schmerzlich bewusst. Denn die desaströse Umverteilung von Kapital von unten nach oben macht sich nun auch m Alltag des Normalbürgers bemerkbar. Es ist die größte der Weltgeschichte. Die Federal Reserve Bank in den USA hat im Jahr 2020 mehr Dollar gedruckt als in den 240 Jahren davor in Summe. Sprich: 20 Prozent aller jemals entstandenen US-Dollars wurden in den vergangenen zwölf Monaten gedruckt. Das ist Wahnsinn. Und dem, der sich ein wenig mit wirtschaftlichen Zusammenhängen auskennt, ist klar, was eine solche Geldpolitik langfristig für Auswirkungen hat.

Bedauerlicherweise verharren dennoch viele in Apathie, konsumieren und kommentieren die Krise nur. Dabei ist es höchste Zeit, dass die diversen freiheitlichen Gegenbewegungen ihre gleichsam einmalige Gelegenheit nut-

zen. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte moderner Zivilisationen waren mehr Menschen auf der Welt gleichzeitig bereit, sich von alten Systemen, Dogmen und Gewohnheiten loszusagen. Genau sie müssen jetzt zeitnah den Grundstein für eine freie und offene Gesellschaft der Zukunft legen. Das geht nur gemeinsam – und genau da liegt derzeit das Problem.

»Wenn wir an einem Kind etwas ändern wollen, sollten wir zuerst prüfen, ob es sich nicht um etwas handelt, das wir an uns selbst ändern müssen.« (Carl Gustav Jung)

Obwohl die schiere Anzahl von Gruppierungen, die sich im Zuge des Viren-Wahnsinns gefunden und gebildet hat, impliziert, dass »der Widerstand« einen signifikanten Anteil der Bevölkerung ausmacht, generiert dieser nicht ausreichend Momentum, um sich vom Druck der staatlichen Propaganda-Wellen freizuschwimmen. Daher ist es überfällig, dass die »coronalen« Gegenbewegungen sich vernetzen und die Gesellschaft gründen, in der sie und ihre Nachkommen leben möchten. Die anderen muss man wohl dem »New Normal« überlassen. Denn sie wissen nicht was sie tun. Meistens.

Das gilt für jedes öffentliche oder private Netzwerk, für Vereine, Kommunen, Refugien, Freundeskreise, Nachbarschaften, Gemeinden, YouTube- und Telegram-Kanäle, unabhängige Journalisten und Publizisten, Freedom Cells-Mitglieder, Landwirte, Handwerker, Ärzte, Händler und jeden Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, der sich nicht am menschenfeindlichen, diskriminierenden, faschistoiden »New Normal« beteiligen möchte.

Bündelten alle Andersdenkenden ihre Kräfte, wäre die bessere Gesellschaft von morgen vielleicht schon Realität. Wie groß der Anteil der kritischen Masse an der Ge-

samtbevölkerung (noch) ist, lässt sich derzeit kaum fundiert feststellen. Zu tendenziös sind Analysen, zu wenig neutral die repräsentativen Umfragen. Folgt man staatlichen Stellen in Deutschland, liegt die Zustimmung zur Corona-Politik durchweg bei circa 75 Prozent. Nähme man diese Zahl für bare Münze, gäbe es (bei 83 Millionen Einwohnern) im Umkehrschluss circa 16,6 Millionen frischgebackene Dissidenten in Deutschland. Man kann aber davon ausgehen, dass dieser Wert eher zu tief gegriffen ist und in Korrelation zum wachsenden Impf-Druck steigen wird. Zweifelsohne aber reicht diese Zahl für einen Neustart. Zum Vergleich: In der Schweiz leben derzeit 8,6 Millionen Menschen.

Dieses Verhältnis veranschaulicht, warum diese Krise nicht nur eine Chance für die institutionalisierte Macht ist, sondern auch für den freiheitlich-demokratisch geprägten Teil der Gesellschaft, der sein Selbstverständnis auf Werten der Aufklärung begründet. Was dieser fragmentierten Masse von 16,6 Millionen fehlt, um ihr volles Potenzial zu entfalten, ist eine Schaltzentrale. Ein Knotenpunkt, Marktplatz und Treffpunkt. Eine Plattform. Ein Hub.

Und genau das geht am 1. November 2021 online. In Form von »the natwork« – dem Netzwerk für Netzwerke und freie Menschen. Die Seite ist bereits online. Interessierte können sich schon jetzt per E-Mail für Updates registrieren. Der Countdown läuft.

Die Plattform gleicht visuell sowie hinsichtlich Optik und Anwendung den Social-Media-Monopolisten. Dies bewusst, denn die Nutzung ist selbsterklärend und der Wechsel einfach. Doch es gibt weder Zensur noch Datenklau. Keine Werbung und keine finanziellen Interessen. Dafür aber die Möglichkeit, alle motivierten Archi-

tekten einer besseren und freieren Zukunft an einem Knotenpunkt zusammenzuführen. Je mehr Menschen sich nach dem Launch zeitnah auf »the natwork« versammeln, um die vermeintlichen 20 Prozent Häretiker und Dissidenten der Gesamtgesellschaft untereinander zu vernetzen, desto effektiver wird dieses verbindende Element für alle Mitglieder funktionieren.

Ab dem 1. November 2021 bietet www.thenatwork.info unter anderem folgende Dienste und Funktionen an:

- Persönliches, selbst verwaltetes Profil, analog zu Big-Tech Portalen
- Timeline für Beiträge und News aus dem Netzwerk (Text, Bild, Audio, Video)
- Gängige Messenger-Funktionen
- Editierbare Chaträume (öffentlich, privat, geheim)
- Eigene und öffentliche Channels und Forenfunktionen
- Freie Job-Börse für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Impf-Druck ablehnen
- Anzeigenmarkt für Waren und Dienstleistungen aller Art
- Wohnungsmarkt für Mieter und Vermieter
- Zentraler Veranstaltungs- und Demo-Kalender (national und international)

Das alles unter dem Motto: Alle sind willkommen!

Erweiterungen und zusätzliche Angebote sind in Planung, können aber aufgrund der Tatsache, dass dieses Projekt unabhängig finanziert und unterhalten wird, heute noch nicht exakt terminiert werden. Der Fokus wird in naher Zukunft sicher auf den Themen Arbeitsmarkt, Marktplatz und Blockchain liegen. Denn die freie Peer-to-Peer-Gesellschaft von morgen funktioniert im Prinzip wie die Marktwirtschaft von gestern – nur ohne

Fassadendemokratie, Lobbyismus, Ideologie, geopolitische Interessen, Krieg und finanzielle Allmachtsphantasien.

Der Erfolg dieses Projektes hängt schlussendlich davon ab, wie viele zeitnah mitmachen. Wenn das Angebot stimmt, das ausschließlich die Mitglieder generieren, ist »the natwork« eine echte Lösung und schließt eine bestehende Lücke in den versprengten Bemühungen der Widerstandsbewegung. Denn um Begebenheiten zu verbessern, braucht es nicht immer die große Mehrheit. Eine entschlossene Minderheit reicht aus, um die Welt nachhaltig zu verändern.

»Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt.« (Mahatma Ghandi)

| Erstpublikation: 06. Oktober 2021

COVID-9/11 und das aussichtslose Verlangen nach Wahrheit

»Wir suchen die Wahrheit. Finden wollen wir sie aber nur dort, wo es uns beliebt.«
(Marie von Ebner-Eschenbach)

Vor 20 Jahren hat ein denkwürdiges Ereignis in den USA die Welt erschüttert und nachhaltig verändert. Im März letzten Jahres begann die Corona-Krise. Gleichfalls ein Event, das unsere Zukunft signifikant beeinflussen wird. Beide Vorfälle haben staatliche Überreaktionen nach sich gezogen, welche breiten Widerstand in der Bevölkerung auslösten und diese im Nachgang dazu veranlassten, die offiziellen Narrative zu hinterfragen.

Nach 9/11 gründeten sich dutzende Wahrheitsbewegungen und Initiativen, Gruppen, Webseiten und Foren. Artikel wurden geschrieben und Bücher veröffentlicht. Tausende von YouTube-Videos entstanden. Renommierte Fachleute vereinten sich und untersuchten jeden Aspekt, jedes Detail. Sie analysierten Bildmaterial, Flugrouten, Finanzströme, Verstrickungen von Geheimdiensten, offizielle Berichte und Aussagen von Augenzeugen. Es fanden verdeckte Ermittlungen statt. Und offene Konfrontation mit den vermeintlich involvierten Strippenziehern. Die Erklärungsversuche der Herrschenden wurden zurecht in Frage gestellt. Denn es gab zahllose Ungereimtheiten. Vieles an der Geschichte der US-Regierung war unplausibel, widersprüchlich und schlicht unglaubwürdig.

Der offizielle 9/11 Commission Report ist ein Witz. Er basiert zu großen Teilen auf einem unter massiver Folter erpressten Geständnis, an dem nachweislich vieles nicht korrekt sein kann. Das Dokument ist wertlos, voller Lücken und Logikfehlern. Es braucht darüber hinaus nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, dass Khalid Sheikh Mohammed, das angebliche Mastermind der Anschläge, nach 180 Waterboarding-Sessions so ziemlich alles gestand, was man ihm vorwarf. Auch Verbrechen in den USA, wie zum Beispiel einen Bankraub, zu deren Tatzeit er nachweislich noch in seinem Heimatland weilte. Er wollte einfach, dass es aufhört. CIA und Bush-Administration störten sich nicht daran. Sie hatten ihren Sündenbock. (Vgl. regenauer.press, "9/11 und zwei Dekaden New World Order")

Im Gegenteil. Philip Zelikow wurde nach Deep-State-Insider Henry Kissinger, der wegen Interessenkonflikten rasch wieder zurücktreten musste, vermutlich genau deswegen kurzfristig von Bush zum Vorsitzenden der Ermittlungskommission ernannt. Er ist ein Günstling des militärisch-industriellen Komplexes und stellte sicher, dass die Resultate der 9/11-Untersuchungen dem Führungszirkel in Washington zusagten. Schlussendlich räumte die 9/11 Kommission sogar selbst ein, dass sie in ihrem Abschlussbericht nicht alle Fragen final zu klären vermochte. Dennoch verkaufte sich der Report in Buchform millionenfach und meißelte so das offizielle Narrativ der US-Regierung in Stein.

Noch heute investieren zigtausende von Menschen tagtäglich wertvolle Lebenszeit in die Aufklärung der tatsächlichen Hintergründe der Attacken auf das Word Trade Center. Angehörige von Opfern und verstorbenen Einsatzkräften wollen Antworten. Hunderte von Fachleuten fordern Informationen zu physikalischen Unmög-

lichkeiten. Andere die Aufklärung finanzieller Abnormitäten und Erklärungen zu potenziellem Insiderwissen, das zu Milliarden-Gewinnen im Zuge der Anschläge führte.

Millionen von Menschen auf der ganzen Welt versuchen seit nunmehr zwei Jahrzehnten, die Wahrheit über 9/11 herauszufinden. Und was haben Sie erreicht? Nichts.

Der einzige Angeklagte ist Khalid Sheikh Mohammed, dessen Rolle bei den Anschlägen nebulös, aber sicher nicht tragend ist. Von der US-Regierung wurde niemand für seine Lügen bestraft. Auch Larry Silverstein wurden keine weiteren Fragen zu World Trade Center 7 gestellt.

Er erfreut sich vermutlich ungestört an den 4,55 Milliarden US-Dollar Versicherungssumme, welche er als Entschädigung zugesprochen bekam. Die Geheimdienste der USA und Israels kamen ebenfalls ungeschoren davon – trotz aller Indizien für ihre Verwicklung in die bildgewaltigen Vorgänge des 11. September 2001.

Nachdem der Abschlussbericht der Untersuchungskommission gedruckt und Osama bin Laden ermordet worden war, hatte sich die Sache für die USA, die Öffentlichkeit und damit den Rest der Welt endgültig erledigt. Bitte weitergehen, es gibt hier nichts zu sehen.

Blüht ein ähnlich böses Erwachen in Bezug auf COVID-19 im Jahre 2040? Werden die Wahrheitssuchenden von heute in dieser fern erscheinenden Zukunft feststellen, dass sie nichts erreicht haben? Dass sie ihre Zeit verschwendeten und niemand, den sie für nachweislich schuldig hielten, verurteilt oder zur Rechenschaft gezogen wurde? Trotz aller Indizien, einem schlüssigen Plädoyer und stichhaltigen Beweisen. Dass die totalitäre Übergriffigkeit des Staates anhält, gar zugenommen hat,

und Ausnahmezustände die Regel geworden sind – trotz eines aufrichtigen, aufopfernden Bemühens um Aufklärung, Information und Transparenz? Es ist bedauerlicherweise anzunehmen.

Denn Parallelen drängen sich förmlich auf. Die Corona-Krise ist Teil II eines dystopischen B-Movies, in dem die Menschheit von einer überschaubaren Gruppe totalitärer Psychopathen und Finanzmogule mittels technokratischer »Global Governance« unterjocht wird. Das alternativlos dargestellte, vermeintlich hilflose Krisen-Management der Regierungen in aller Welt, rechtfertigt demokratiefeindliches und völkerrechtswidriges Vorgehen, autoritäre Politik sowie unbegrenzten Zugriff auf finanzielle Ressourcen und persönliche Daten der Bevölkerung.

Ein Freibrief für die machthungrigen Unmenschen in Politik und Hochfinanz. Im »New Normal« gibt es nur noch Freund und Feind. Grauzonen, Differenzierung? Das war einmal. Entweder ist man bei den Guten oder Teil der Achse des Bösen. Andersdenkende werden als Dissidenten betrachtet und dementsprechend behandelt. Kritische Stimmen und Publikationen werden ignoriert, torpediert oder vollends stummgeschaltet. Nicht nur die involvierten Personen, Profiteure und Institutionen erinnern in der Corona-Krise stark an 9/11, auch das rigide Vorgehen der Machthaber gegen Kritik und Zweifel jedweder Form ist praktisch identisch.

Bedauerlicherweise »greift« Corona ungemein besser als das Narrativ des omnipräsenten islamistischen Terrorismus. Vor fanatischen Schläfern und Bombenwerfern hatte sich Familie Mustermann aus Bayern im heimischen Idyll nicht wirklich gefürchtet. Dieses Mal ist die Bedrohung jedoch universell. Es kann jeden erwi-

schen. Und macht daher jedem Angst. Aufgrund des technologischen Fortschritts, in Kombination mit Isolationskonzepten als Waffe gegen das Virus, erreichen Propaganda und Indoktrination neue Wirkungsgrade. Es gibt kein Entkommen. Alle sind involviert. Ob sie das möchten oder nicht.

Mit den technischen Möglichkeiten der Gegenwart und der Deutungshoheit in den Massenmedien, lässt sich seitens der Verantwortlichen eine Scheinrealität erzeugen, die große Teile der Bevölkerung geradezu hypnotisiert. Sie nimmt Lockdowns und ähnlich fragwürdige Einschränkungen der eigenverantwortlichen Lebensführung einfach hin. Wahrscheinlich konnten viele Menschen schon vor der Hygiene-Hysterie wenig mit dem Begriff Freiheit anfangen. Daher vermissen sie diese auch nicht unbedingt.

Ein Bildungssystem, das primär darauf ausgerichtet ist, eine obrigkeitshörige Arbeiterklasse heranzuziehen, und damit sind auch die Studierten angesprochen, hat über Jahrzehnte befördert, dass dem Homo Consumens der Bezug zu sich selbst in weiten Teilen abhandenkam. Dem Bildungsauftrag im eigentlichen Sinne wird von staatlicher Seite schon lange nicht mehr Rechnung getragen.

Die Saat des Konformismus wird im Kindergarten ausgebracht, gedeiht in der tristen Ordnung des Schulwesens und festigt sich im Verlauf der Adoleszenz. John Lennon hat das in seinem Song »Working Class Hero« schonungslos auf den Punkt gebracht:

As soon as you´re born they make you feel small
By giving you no time instead of it all
´Til the pain is so big you feel nothing at all

When they´ve tortured and scared you for twenty odd years
Then they expect you to pick a career
When you can´t really function you´re so full of fear

Frei übersetzt:

Sobald ihr geboren seid, sorgen sie dafür,
dass ihr euch klein fühlt
Indem sie euch keine Zeit geben, anstatt alle Zeit der Welt
Bis der Schmerz so groß ist,
dass ihr überhaupt nichts mehr fühlt
Wenn sie euch über zwanzig Jahre lang
gefoltert und verängstigt haben
Dann erwarten sie von euch,
dass ihr euch eine Karriere aussucht
Während ihr nicht richtig funktionieren könnt,
ihr seid so voller Angst

Wohlgemerkt, der Titel wurde bereits 1970 veröffentlicht. Und in den vergangenen 50 Jahren hat sich die Situation im Bildungssystem nicht verbessert. Daher haben die Meinungsmacher und Propagandisten von heute leichtes Spiel. Sie manipulieren eine träge Masse unreflektierter Konsumjunkies ausschließlich und automatisiert über Emotionen. Meinungspluralismus? Argumente? Fehlanzeige. Es ist ein Kult – ich kaufe, oder impfe, also bin ich. Stimmabgabe, CO2-Fussabdruck und Impf-Abonnement im Dreiklang. Das ist das »Mission Statement« der repressiven Fassaden-Demokratie, zu der Deutschland avanciert ist. Daher ist es auch kaum möglich, Anhänger von Covid-Kult und Parteien-Pomp auf rationaler Ebene zu erreichen.

All die Studien, Zahlen und Statistiken, gegensätzlichen Empfehlungen, haltlosen Versprechen, düsteren, aber falschen Prognosen, Lügen, Entgleisungen, Übergriffigkeiten, Diffamierungen, roten Linien, Irrtümer, inkom-

petenten Entscheidungen und Verbrechen, werden aller Voraussicht nach mehr als zwei Jahrzehnte an Recherche, Dokumentation und Aufklärung in Anspruch nehmen – aber wie bei 9/11 zu keinerlei befriedigendem Ergebnis führen. Das ist durchaus gewollt und systemisch bedingt. Nicht umsonst wird ein einflussreicher Bankier mit den Worten zitiert: »Wenn es eine Opposition gibt, können Sie sicher sein, dass wir sie kontrollieren.«

Das »Playbook« staatlichen Handelns ist darauf angelegt, Menschen, egal ob gutgläubig oder kritisch, bei der Stange zu halten. Am Nabel des Systems. Auf dem Spielfeld. Geistige Apathie und mentale Lähmung des Staatsvolkes spielen dem System in die Hände. Denn würde ein Drittel der Bevölkerung den Blick abwenden oder schlichtweg ignorieren, was in der Scheinrealität des »New Normal« vor sich geht, und stattdessen etwas Produktives tun, hätte das System ernsthafte Probleme, sich am Leben zu erhalten. Es lebt von Teilnahme. Es fordert bedingungslosen Glauben.

Wenn also die Aufklärungsarbeit die eigentlichen Ziele der Wahrheitssuchenden konterkariert, muss diese Suche in einem anderen Licht betrachtet werden.

So viel Genugtuung es bedeuten würde, die Verantwortlichen, metaphorisch gesprochen, in ihrem Blute liegen zu sehen, so gering sind die Erfolgsaussichten auf Gerechtigkeit. Denn verantwortlich ist immer nur das Virus oder sonst ein abstrakter, nicht greifbarer Feind. Nicht Politiker, Pharmakonzerne, überstaatliche Institutionen, Stiftungen und NGOs. Die Verfassungsgerichte sind in weiten Teilen der Welt mit Richtern besetzt, die nicht gegen ihre Dienstherren entscheiden werden. Die Hintermänner sind nicht greifbar und die überheblichen »Volksvertreter« an der Front nicht die Entscheider. Das

gestand selbst Horst Seehofer in der Fernsehsendung »Pelzig hält sich« vor etwa zehn Jahren ein, als er süffisant bestätigte:

»Es ist so wie Sie sagen. Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt. Und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.«

Big Pharma ist dank entsprechender Vertragsklauseln von jeglicher Haftung bei der aktuellen Masseninjektion befreit. Die Strukturen des supranationalen, gesichtslosen Imperiums der »Public-Private-Partnerships« machen eine Strafverfolgung derweil nahezu unmöglich.

Was nach dem Kollaps der Twin Towers nicht fruchtete, wird in den zwischenzeitlich massiv weiterentwickelten Strukturen des internationalen Kooperatismus unvergleichlich schwieriger. Der digital-finanzielle Komplex diktiert – und hat das Konzept der Nationalstaaten schon vor langer Zeit hinter sich gelassen. Verantwortung für die haarsträubenden Entwicklungen seit März 2020 wird niemand übernehmen.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, sollten die Erfahrungen mit 9/11 allen Wahrheitssuchenden, Friedensaktivisten und wehrhaften Demokraten eine Lehre sein. Auch wenn der unbedingte Wille zur Aufklärung ein ehrenhaftes Ansinnen charakterstarker Menschen darstellt, er frisst Zeit und Energie.

Energie, die man in sinnvollere Projekte stecken könnte. Man stelle sich nur einmal vor, all die »9/11-Truther« hätten ihre Ressourcen in den Aufbau einer besseren Gesellschaft investiert, anstatt Antworten auf am Horizont der Zeit verblassende Fragen zu suchen und Paradoxa der Vergangenheit zu analysieren – vielleicht gäbe es diese bessere Welt dann (zumindest partiell) schon.

Im Zeitraffer betrachtet muss man demnach konstatieren, dass die Aufklärung den freiheitlich orientierten Teil der Bevölkerung nur bedingt weiterbringt. Es gilt, eine Balance zu finden. Zweifelsohne ist es erstrebenswert, Täter, Komplizen und Mitwisser, die sich im Rahmen der Corona-Krise die Hände schmutzig gemacht haben, strafrechtlich zu verfolgen. Dahingehend ist es auch richtig und wichtig, zu recherchieren, zu analysieren und zu dokumentieren, bevor entsprechende Informationen und Unterlagen sich in Luft auflösen. Denn das Internet vergisst entgegen früheren Annahmen mittlerweile sehr schnell. Das allein darf aber nicht Antrieb und Aufgabe der diversen Widerstandsbewegungen sein.

Wichtiger erscheint es derzeit, den Blick nach vorne zu richten. Der Aufbau einer dezentral organisierten Parallelgesellschaft ist die einzige Option, um der globalen Unterdrückung durch elitäre Zirkel, die eugenischen Konzepten nachhängen, langfristig zu entgehen. Der Weg muss hinausführen aus der Abhängigkeit von Staaten und Monopolisten. Denn egal was diese sich auf die Fahnen schreiben, Demokratie, Sozialismus, Marxismus, Nationalsozialismus, Kommunismus – es ist und bleibt eines: Tyrannei.

Die freie Zivilgesellschaft von morgen entsteht heute. Kinder und Jugendliche benötigen zeitnah Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft. Es bedarf neuer Bildungsmöglichkeiten, Finanzmarktinstrumente und regionalisierter Lieferketten. Ein weiteres Ziel muss sein, eine dezentral organisierte IT-Infrastruktur aufzusetzen, die unabhängig von Big Tech funktioniert. Lokaler Lebensmittelanbau, alternative Zahlungsmittel wie Kryptowährungen oder Edelmetalle, nicht zensierbare Kommunikation, Privatisierung von Sicherheitsdienstleistungen, Tauschbörsen, freie Städte, alternative Behandlungsme-

thoden in einem human organisierten Gesundheitswesen, eine würdevolle Versorgung und aktive Integration von Senioren, Kranken und Menschen mit Behinderung – alles Schlagworte, über die man stundenlang referieren könnte, wenn es um konstruktive Ansätze für eine auf Werten der Aufklärung basierende Zivilgesellschaft der Zukunft geht.

Der Unterschied zu früheren Krisen und totalitären Systemen ist vor allem, dass dem Normalbürger heute alle Produktionsmittel, Informationen und das Wissen zur Verfügung stehen, um unabhängig von einem übergriffigen Staat leben und wirtschaften zu können. Dieser Weg mag zu Beginn steinig sein, manches ungewohnt, mühsam und unbequem. Aber es geht. Und je mehr Menschen diesen Aufbruch in die Unabhängigkeit wagen, desto eher kommen wir an.

»Wege entstehen dort, wo man sie geht.« (Franz Kafka)

Es existieren unzählige Bewegungen, Gruppen, Webseiten, Kanäle und Netzwerke, die sich damit beschäftigen, dem Totalitären etwas entgegenzusetzen – was derzeit fehlt, ist ein verbindendes Element. Ein Hub. Eine Plattform, auf der sich die verschiedenen Netzwerke und Aktivisten verbinden können.

Ein kostenloses Tool, auf dem sich neben Timelines, Fotos, Videos, Chats und Nachrichten auch Jobangebote, Anzeigen, Dokumente, Adressen, Informationen oder Demo-Termine zentral hinterlegen und allen freiheitlich denkenden Menschen zugänglich machen lassen. Ohne Werbung und ohne Zensur. Dafür mit integriertem Krypto-Wallet. Idealerweise komplett auf Blockchain-Basis. Oder zumindest nach allen Regeln der Kunst gegen Hackerangriffe und staatliche Intervention abgesichert.

Sollte es zeitnah gelingen, beträchtliche Teile der Widerstandsbewegungen an solch einem zentralen Knotenpunkt zu verbinden, um sie in direkten Austausch zu bringen, wären das unter Umständen Grundstein und Startschuss für eine freie Gesellschaft.

Wenn die Wahrheitssuchenden und Selbstdenker es in der Folge bewerkstelligten, Ego und Ideologie hintenanzustellen, um sich zusammen auf ein gemeinsames Ziel zu fokussieren, die Unabhängigkeit vom internationalen Kooperatismus, ist der Ausgang dieser Krise offen und COVID-19 eine echte Chance – und zwar auch für die Vielen, anstatt wie bisher nur für die Wenigen. Verstreicht diese Chance ungenutzt, war es unter Umständen die letzte.

Im besten Falle könnte diese neu entstehende Gesellschaft auf die heutigen Konformisten attraktiver wirken als das deprimierende, distanzierte, digitale und menschenfeindliche »New Normal« mit seinen transhumanistischen Visionen, sodass auch die Anhänger der Seuchen-Sekte irgendwann in Erwägung ziehen, die Seiten zu wechseln.

Somit hat die Minderheit momentan die schwere Aufgabe, eine Bresche für die Gesamtheit der menschlichen Zivilisation zu schlagen. Auch wenn eine Gruppe der Bevölkerung derzeit nicht zugänglich für Argumente ist und verloren scheint, gilt es, sich auch für deren Freiheit zu engagieren. Denn wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte anführt:

»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.«

Die Türe muss immer einen Spalt offenbleiben. Auch wenn die Tyrannen an der Spitze der Pyramide alles in ihrer Macht Stehende tun, um zu separieren.

»Wahre Solidarität empfindet man entweder gegenüber allen Menschen oder überhaupt nicht.« (Oskar Lafontaine)

| Erstpublikation: 12. Oktober 2021

Nach der Pandemie ist vor dem Klimaministerium

Christian Lindner (FDP) kündigt für die Ampelregierung ein neues Ressort an. Damit übergeben Merkel, Drosten, Wieler & Co. die Staffel im Wettlauf um totale Kontrolle der Bürger an Baerbock oder Habeck. Einer der beiden moralresistenten Machtmenschen wird das neue Resort wohl übernehmen.

»Die Regierung ist hauptsächlich eine kostspielige Organisation, die sich mit Übeltätern abgibt und die Leute besteuert, die sich ordentlich aufführen. Für die anständigen Menschen tut die Regierung ziemlich wenig – abgesehen davon, dass sie sie ärgert.« (Edgar Watson Howe)

Die Mehrheit der Bevölkerung ist scheinbar noch immer davon überzeugt, dass die Corona-Maßnahmen und die im Zuge der Viren-Jagd ausgerollte Infrastruktur von temporärer Natur seien. Dass diese Annahme falsch ist und die vorhandenen Überwachungsmechanismen künftig auch für andere Zwecke genutzt werden, implizieren die Äußerungen von Christian Lindner (FDP, Deutschland), der im Rahmen der Ampel-Sondierungsgespräche und laut SPIEGEL jüngst verlauten ließ, die nächste Bundesregierung um ein neues Ressort erweitern zu wollen – nämlich um ein Ministerium für Klimaschutz. Das verheißt nichts Gutes für Grundgesetz und Bürgerrechte.

Auch wenn Die Grünen dies derzeit noch nicht bestätigen wollen, ist davon auszugehen, dass der Klimawandel als nächster Hebel für staatliche Übergriffigkeit gegenüber dem Bürger herhalten muss.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits den Weg für weitere Einschränkungen der Grundrechte aufgrund der Klimakrise geebnet und hält in einem verklausulierten Beschluss vom 24. März 2021 fest:

»Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen. Subjektivrechtlich schützen die Grundrechte als intertemporale Freiheitssicherung vor einer einseitigen Verlagerung der durch Art. 20a GG aufgegebenen Treibhausgasminderungslast in die Zukunft. Auch der objektivrechtliche Schutzauftrag des Art. 20a GG schließt die Notwendigkeit ein, mit den natürlichen Lebensgrundlagen so sorgsam umzugehen und sie der Nachwelt in solchem Zustand zu hinterlassen, dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltsamkeit weiter bewahren könnten. Die Schonung künftiger Freiheit verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten.«

Vereinfacht gesagt: Mit zeitnahen Eingriffen in die Grundrechte der Menschen ist die noch stärkere Beschneidung der Freiheitsrechte künftiger Generationen zu vermeiden.

Nachdem im Zuge der COVID-19-Krise bereits die Infrastruktur für umfassendes »Track-and-Trace« sowie der digitale Impfausweis implementiert wurden, ist es nicht mehr weit bis zur Einschränkung der individuellen

Mobilität über den automatisch berechneten CO2-Fussabdruck. Der individuelle, über eine App ermittelte Status wird definieren, ob und wie weit man reisen kann, und mit welchem Verkehrsmittel. Selbst der tägliche Konsum wäre über ein CO2-Zertifikat leicht steuer- und sanktionierbar.

Nein, die Pandemie-Infrastruktur wird nicht verschwinden. Ebenso wenig wie die Zensur im Internet durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und die Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen durch 3G oder 2G Reglements. Sie wurde im Zuge der Corona-Krise installiert, um dann vielfältigen Zwecken der Machterhaltung und Bevölkerungskontrolle dienlich zu sein. Das unterstreicht unter anderem das Projekt HERA, eine Initiative der Europäischen Kommission zum dauerhaften Unterhalt eines supranationalen Notstands-Regimes. Man wappnet sich für die permanente Pandemie. Ausgestattet mit einem jährlichen Budget von einer Milliarde Euro.

Damit ist klar, dass sowohl Impfpass als auch Massenüberwachung durch permanente Kontaktverfolgung dauerhafter Bestandteil des Lebens aller Europäer werden sollen. Das unterstreicht Jens Spahn, wenn er ankündigt, die epidemische Lage von nationaler Tragweite zwar Ende November 2021 beenden zu wollen – aber Regelungen wie 3G und 2G ebenso wenig wie die Maskenpflicht zurückzunehmen. Die Maßnahmen sind seit langem von ihrem ursprünglich kommunizierten Zweck entkoppelt und haben sich im Alltag unreflektierter Menschen als neue Normalität manifestiert. Sie werden oft unbedarft hingenommen – geradeso wie Sicherheitskontrollen und Personenscanner an Flughäfen.

Wir erinnern uns: Die nach 9/11 verabschiedeten Anti-Terror-Gesetze gelten allesamt bis heute. Infrastruktur

und spezielle Gremien sind ebenfalls noch operativ oder in anderen Governance-Strukturen aufgegangen. Und das Weiße Haus hat auch 2021, ganze zwei Dekaden nach dem Angriff auf das World Trade Center, den nationalen Notstand wegen terroristischer Bedrohungen verlängert. Wer kann so naiv sein anzunehmen, dass sich die Auswirkungen auf den Machtzuwachs des Staatsapparates im Rahmen gesundheitlicher Notstände anders darstellen sollten als im Kampf gegen den Terrorismus?

Epidemien und Pandemien sind zeitlich begrenzt. Egal wie fatal sie wüten – oder eben nicht. Mit schwindendem Risiko nimmt die Angst vor der Bedrohung ab. Und in Korrelation die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Einschränkungen ihrer Grundrechte. Der Klimawandel dagegen ist eine unbefristete Lösung für den Bedarf der Machthaber nach Krisen, Bedrohungen und Disruptionen, die notwendig sind, um eigennützige Traktanden voranzutreiben. Das Narrativ der globalen Klima-Apokalypse lässt sich beliebig lange und intensiv bewirtschaften.

Das zeigt schon die erste Publikation des Club of Rome von 1972, »The Limits to Growth«. Spätestens seit diesem Zeitpunkt findet sich das Schreckensgespenst der Erderwärmung in allen Gazetten und der Mainstream warnt vor dem nahenden Weltuntergang. Auch wenn dieser immer wieder verschoben werden muss und die natürlichen Ressourcen des Planeten augenscheinlich ergiebiger sind, als zunächst von Wissenschaftlern berechnet und vorausgesagt. Noch 1956 sagte der amerikanische Geologe Marion King Hubbert voraus, dass die Erdölvorräte um die Jahrtausendwende erschöpft sein würden. Ungeachtet dessen steigt die weltweite Fördermenge seither konstant an – und ein Ende ist weder absehbar noch realistisch. Denn Erdöl ist als Bestandteil

unzähliger Produkte und vor allem Kunststoffe derzeit kaum kosteneffizient ersetzbar. Und die Ölindustrie viel zu einflussreich, als dass man sie von der weiteren Ausbeutung der globalen Vorkommen abhalten könnte.

Natürlich sind die verheerenden Auswirkungen des menschlichen Handelns auf die Natur nicht von der Hand zu weisen, man möge sich nur einmal die von Mikroplastik durchzogenen, überfischten und vergifteten Ozeane betrachten. Oder die jährlich schwindende Fläche von intaktem Regenwald. Die meist von Großkonzernen betriebenen Frevel an der Natur als Hebel zur Unterdrückung der Menschen und für machtpolitische Ziele zu missbrauchen, ist jedoch schlichtweg Betrug.

Denn unternommen wird nichts. Die Politik sieht tatenlos zu, wie sich das Kapital nimmt, was es braucht. Die Regierenden garnieren unterdes Klimakonferenzen mit leeren Worthülsen und wiederholen die relevanten Mantras – während Tanker auf hoher See Giftmüll verklappen, in Brasilien die Wälder brennen und der nächste Ölteppich aussterbende Küstentiere mit einem schwarzen Film überzieht. Taten sagen eben oft mehr als Worte.

»Demokratie heißt, die Wahl haben. Diktatur heißt, vor die Wahl gestellt sein.« (Jeannine Luczak)

Egal wie man die Bedrohungen, die von der Umweltzerstörung ausgehen gewichtet, diese als Hebel zur fortwährenden Unterdrückung der Menschheit einzusetzen, anstatt sich um die realen Probleme und Verursacher zu kümmern, ist niederträchtig. Eine Eigenschaft, derer sich mittlerweile wohl alle Spitzenpolitiker rühmen dürfen. So ist davon auszugehen, dass die vordergründig liberale FDP mit dem Vorstoß zum Klimaministerium in die gleiche Kerbe schlägt, wie die Europäische Kommission mit HERA oder die US-Regierung mit dem Patriot

Act. Es geht um strategische, nachhaltige Paradigmenwechsel, die im Zuge disruptiver Ereignisse angestoßen und implementiert werden. Vergleicht man den soziopolitischen Status Quo, den Schutz von Privatsphäre und Bürgerechten oder die Medienlandschaft des Jahres 2000 mit dem Stand von 2021, hat uns das Trio Infernale aus 9/11, COVID-19 und Klimakatastrophe schon recht »weit gebracht«. Es wird deutlich: Der Faschismus in Europa ist kein Relikt vergangener Zeiten. All das, um das eigentliche Problem des herrschenden kapitalistischen Systems in den Hintergrund treten zu lassen, den Bankrott des Finanzsystems.

Der Klima-Notstand ist ausgerufen. »Fridays for Future« hungerstreikt medienwirksam für die Rettung des Planeten in der Hauptstadt. Karl Lauterbach fordert Lockdowns zum Klimaschutz – und der Sommer 2021 samt Hochwasserkatastrophe spielt dem Narrativ der heranpreschenden Apokalypse in die Karten. Seit Monaten war klar, welcher Kurs von den machtverwöhnten Volksvertretern nach der Bundestagswahl gesetzt werden würde. Sich in Anbetracht der Erfahrungen mit dem Viren-Wahn vorzustellen, dass Projekte wie die Net-Zero-Alliance der UN am Ende darauf hinauslaufen, die Individualmobilität der Weltbevölkerung über das Monitoring des CO2-Ausstoßes drastisch einzuschränken, bedarf wenig Fantasie.

Deutschland geht diesen Weg nicht allein. Praktisch alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben die Agenda 2030 ratifiziert und identische Strategien zu Legislatio (*lat.*) in ihren Ländern gemacht – ohne, dass die Bürger in demokratischen Prozessen darüber abgestimmt hätten. Von Elitisten finanzierte Think Tanks und Stiftungen entwickeln Studien und Szenarien, der supranationale Staatenbund definiert darauf basierend

globale Richtlinien und die Mitgliedsländer setzen um. Global Governance, statt Global Government. Vielleicht lautet der Slogan für die Agenda 2030 der Vereinten Nationen deshalb »Transforming our World« (Unsere Welt transformieren). Die Financiers und Leithammel des neuen weltumspannenden Kooperatismus klären mit dem unauffälligen Possessivpronomen »our« (unsere) in der Mitte des Mission Statements auf dem von ihnen initiierten Strategiepapier schlichtweg die Eigentumsverhältnisse auf dem Planeten. Verwaltung durch Strukturen, einflussreich wie eine Regierung. Aber gesteuert wie ein Konzern.

Der Bürger wird nicht mehr aktiv einbezogen. In diesem System werden Rechtsmittel wirkungslos und Nationalstaaten obsolet. Das isolierte Individuum soll die Welt retten, indem es pariert. Und zwar den Imperativen des neues Klimaministeriums. Egal wie totalitär und übergriffig diese schlussendlich sein mögen. Die Corona-Krise war dahingehend eine ausgezeichnete Vorbereitung. Denn die Bevölkerung hat sich zwischenzeitlich an Konditionierung und sinnlose oder gar destruktive Maßnahmen gewöhnt. Merkel, Drosten, Wieler & Co. übergeben die Staffel im internationalen Wettrüsten des technokratischen Totalitarismus an Baerbock oder Habeck. Denn einer der beiden moralresistenten Politiker-Imitatoren wird das neue Ressort wohl übernehmen.

»Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.« (Helmut Schmidt)

| Erstpublikation: 19. Oktober 2021

Goldman Sachs und das Genom

Von »Profit Pools« und Patientenpopulationen: Wie die internationale Hochfinanz natürliche Ressourcen und den Homo sapiens zur Anlageklasse degradiert.

»Man wird in der Regel keinen Freund dadurch verlieren, dass man ihm ein Darlehen abschlägt, aber sehr leicht dadurch, dass man es ihm gibt.« (Arthur Schopenhauer)

Goldman Sachs wurde 1869 von Marcus Goldman gegründet, einem bayrischen Lehrer, der 1848 in die Vereinigten Staaten ausgewandert war. Die Bank ging im Jahr 1896 an die New York Stock Exchange und steigerte ihr Kapital rasch auf 1,6 Millionen US-Dollar. Für damalige Verhältnisse enorm. Heute ist das in Lower Manhattan ansässige Bankhaus eine multinationale Investmentgruppe und zählt zu den einflussreichsten Finanzinstituten der Welt.

Die Bank konnte das Geschäftsjahr 2020 mit firmenhistorischen Bestmarken beschließen: Einem Umsatz von 44,56 Milliarden US-Dollar und einer Bilanzsumme von 1,16 Milliarden US-Dollar. Goldman Sachs unterhält mittlerweile Niederlassungen in über dreißig Ländern.

Im Jahr 2019 assistierte Goldman Sachs Geschäftsabschlüssen im Wert von 713 Milliarden US-Dollar und belegte damit Platz zwei auf der Rangliste der umtriebigsten Fusionsberater in der internationalen Hochfinanz. Der Nettoumsatz des Global Players belief sich im

gleichen Jahr auf über 35 Milliarden US-Dollar. Die Zahlen machen deutlich, welche Marktmacht das Unternehmen hat. Es ist »Too-big-to-fail«, wie die US-Regierung acht ihrer wichtigsten Banken einstufte. Diese müssen im Krisenfalle vom Staat »gerettet« werden, koste es den Steuerzahler, was es wolle. Der damalige Chef der Federal Reserve Bank, Ben Bernanke, erklärte diesen Umstand im Jahre 2010 folgendermaßen:

»Ein Too-big-to-fail-Unternehmen ist ein Unternehmen, dessen Größe, Komplexität, Vernetzung und kritische Funktionen so beschaffen sind, dass im Falle einer unerwarteten Liquidation des Unternehmens der Rest des Finanzsystems und der Wirtschaft schwerwiegende nachteilige Folgen haben würde.«

So bekam Goldman Sachs in der Finanzkrise 2008 von der US-Regierung ein Rettungspaket in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar zugesprochen. Ungeachtet der Tatsache, dass die Investment-Jongleure mit ihren kriminellen Machenschaften maßgeblich mitverantwortlich für den vorausgegangenen Crash waren und die Bank permanent mit Vorwürfen unlauterer Geschäftspraktiken konfrontiert ist. Was im Zuge der diversen Skandale an die Öffentlichkeit kam, zeichnet das Bild einer skrupellosen, mafiösen Vereinigung. Nicht das, einer seriösen Geschäftsbank. Aber das scheint für die Branche charakteristisch. Man erinnere sich in diesem Kontext nur an die Deutsche Bank, gegen die zeitweise bis zu 1000 Gerichtsverfahren gleichzeitig liefen (und laufen).

Darüber hinaus ist Goldman Sachs eine der spitzenpolitisch einflussreichsten Organisationen ihrer Zeit und näher an den Epizentren der Macht als alle anderen Banken. So nahe, dass die Bank oft »Government Sachs«

genannt wird und in vielen US-Regierungen gleich mehrere Mitarbeiter des mächtigen Finanzinstituts parallel entscheidende Posten innehatten. Egal ob Bush, Obama oder Trump, alle vertrauten sie, wie viele US-Präsidenten vor ihnen, auf die Dienste von gleich vier oder fünf Goldman Sachs-Alumni. Die illustre Liste der Ehemaligen an den Schalthebeln der Weltwirtschaft ist lang und Sinnbild für den allgegenwärtigen Kooperatismus, welcher dem bisherigen Weltwirtschaftssystem aktuell ein antidemokratisches Korsett von totaler Digitalisierung und vierter industrieller Revolution überstülpt.

»Banken sind viel gefährlicher als stehende Armeen.« (Thomas Jefferson)

Eine derart mächtiges, global operierendes Finanzinstitut, berät seine gut betuchte Kundschaft natürlich proaktiv und bietet vorausschauende Investmentstrategien an. Es erarbeitet Marktanalysen, versucht, Prognosen abzuleiten und betreibt Trend-Forschung für die locker sitzenden Milliarden, die verschoben und vermehrt werden wollen. Bereits vor über drei Jahren veröffentliche Goldman Sachs daher ein interessantes und weitsichtiges Dokument. Es geht um wohlklingende »Opportunities« und sprudelnde »Profit Pools«. Klingt finanziell vielversprechend und irgendwie positiv. Gemacht für eine PowerPoint-Folie.

Bedeutet in der Realität aber zum Beispiel, dass die Zivilisationskrankheit Krebs mit einer projizierten Anzahl von Krankheitsfällen im Jahr 2022 für die Bank einen abschöpfbaren »Profit Pool« von 1,2 Billionen US-Dollar darstellt. Und, dass dieser sich, aufgrund der erwartbar konstanten Zunahme von Krebserkrankungen in den Folgejahren, »positiv« für Großinvestoren entwickeln wird. Es geht um Marktchancen, die man versucht

zu realisieren. Man kalkuliert mit Leid und Tod und hofft auf eine konstante Zunahme der Patientenzahlen. Jeder Erkrankte steigert den ROI (Return on Investment). Big Pharma ist nicht an rascher oder vollständiger Genesung interessiert, sondern, wie Goldman Sachs richtig feststellt, an langen, kostenintensiv therapierbaren Krankheitsverläufen. Das ist zynisch – aber der amoralische Kern von Kasino-Kapitalismus im Endstadium.

»Krebs ist auch ein nachhaltiger Markt, da die Patientenpopulation fast ausschließlich von Vorfällen abhängig ist.« (Goldman Sachs)

Die offensichtliche Negierung moralischer Werte und Grenzen zum Zweck der Gewinnoptimierung, die einem die Lektüre des von Goldman Sachs im April 2018 veröffentlichten Strategiepapiers namens »The Genome Revolution« (Die Genom-Revolution) förmlich zuwider macht, ist wohl nicht vermeidbar, wenn man hauptberuflich Leben gegen Dividenden aufrechnet.

So verwundert es kaum, dass das besagte Papier nicht nur davon spricht, wie man vorhandene Marktchancen realisiert und möglichst lange ausreizt, sondern auch über Szenarien, um deren Eintrittswahrscheinlichkeiten zu erhöhen. Dabei wird bewusst vorsichtig formuliert und stets das hehre Ziel der Volksgesundheit betont. Die wahren Intentionen sind aber kaum von der Hand zu weisen. Auch wenn sie zwischen den Zeilen versteckt sind. Begeistert von den Möglichkeiten, neuen Märkten und langfristigen Einnahmequellen, berichtet Goldman Sachs in seinem Genome-Report davon, welch lukrative Zeiten die rapiden Fortschritte in der Gen-Medizin und damit dem personalisierten Pharma-Markt versprechen. Es herrscht Goldgräberstimmung.

Und seit März 2020 wird immer deutlicher, dass die Prognosen von Goldman Sachs nicht falsch waren. Seit dem Beginn der Corona-Krise stehen RNA-Eingriffe und Gentherapien im Fokus. Althergebrachte Behandlungsansätze und das Gesundheitswesen, wie wir es kannten, wurden im Zuge der »Pandemie« revidiert und auf den Kopf gestellt. Einige Auszüge aus dem Genom-Report von Goldman Sachs verdeutlichen die Stoßrichtung der Hochfinanz:

»Da solide Tumore viel häufiger vorkommen als Blutkrebs, sehen wir den klinischen Erfolg bei soliden Tumoren als Schlüssel zur Realisierung der potenziellen Marktchancen über 1,2 Billionen US-Dollar für gentechnisch veränderte Zelltherapien.«

»Die nächste Wachstumschance in diesem Bereich wird wahrscheinlich aus der Optimierung von Zelltherapien resultieren, die zur Anwendung in früheren Behandlungslinien bei CD19+ und BCMA-exprimierenden Blutkrebsarten und neuen Blutkrebsarten führen, zum Beispiel AML. Auch die Gentechnik anderer Immunzellen wie Makrophagen oder der Einsatz bei Autoimmunerkrankungen kann zu neuen therapeutischen Einsatzmöglichkeiten führen.«

»Ständige Innovation und Portfolioerweiterung: Es gibt Hunderte von erblichen Netzhauterkrankungen (genetische Blindheitsformen). Sobald eine Gentherapie für eine genetisch bedingte Augenerkrankung zugelassen ist, könnte die validierte Plattform genutzt werden, um schnell viele weitere augenbasierte Gentherapien zu entwickeln. Auch das Innovationstempo wird eine Rolle spielen, da zukünftige Programme den rückläufigen Umsatzverlauf früherer Vermögenswerte ausgleichen können.«

Und auch die ethischen Implikationen werden angesprochen, beziehen sich bei Goldman Sachs aber nicht auf die generelle Frage, ob es ethisch überhaupt vertretbar ist, den »Source-Code« des Menschen langfristig zu modifizieren, sondern auf die möglichen sozialen Gefälle, die entstehen, wenn reiche Bevölkerungsgruppen künftig Zugang zu Gentherapien und -optimierungen haben, andere jedoch nicht. Die Bank fragt also nicht, ob Gentechnik der dominierende Ansatz in der Therapie von Krankheiten aller Art werden wird, sondern nur wann und für wen:

»Da es möglich wird, Gene zu modifizieren (zu ersetzen oder zu löschen), wird auch die Frage relevant, ob es ethisch vertretbar ist, eine Gen-Augmentation durchzuführen, um Merkmale wie Größe oder Intelligenz zu verbessern. Der ungleiche Zugang zu einer solchen Gentherapie könnte – angesichts der hohen Kosten – auch Bedenken hinsichtlich der Zunahme sozioökonomischer Ungleichheiten aufkommen lassen. Während einige Gene eindeutig Krankheiten verursachen, gibt es keine allgemein akzeptierte Definition dafür, was »gute« vs. »schlechte« Gene ausmacht. Der Anstieg der Genom-Medikation könnte auch zu vermehrten Gentests führen, deren Ergebnisse Auswirkungen auf den Krankenversicherungsschutz haben könnten.«

Aus heutiger Sicht fast prophetisch. Auf den letzten Seiten des Reports wird China, welches eine führende Rolle in klinischen Studien zu Gentherapien eingenommen hat, als leuchtendes Beispiel für die künftige Marktentwicklung herangezogen. Erwähnenswert für Goldman Sachs ist vor allem die Tatsache, dass innerhalb der vergangenen vier Jahre über 270 Projekte in diesem Bereich durchgeführt wurden und die chinesische Regierung diese Vorhaben massiv unterstützt. Noch positiver wird

die Tatsache bewertet, dass China keine spezifischen Regulatorien etabliert hat, welche die Genmodifikation während klinischer Studien einschränken könnten und die durchführenden Entitäten so bisher relativ autonom über Umfang und Art ihrer Studien entscheiden.

Der Genom-Report von Goldman Sachs macht deutlich, dass die strategische Roadmap für die Veränderung des Gesundheitswesens hin zur digitalisierten Individualmedizin mit einem Fokus auf Gentherapien lange vor der Corona-Krise feststand. Die rapide Innovation im Bereich der Gentechnik, in Kombination mit neuen Möglichkeiten der Nanotechnologie, sowie die vollständige Digitalisierung des modernen Lebensraumes, hat schon Jahre vor der aktuellen Krise einen Goldrausch bei Big Pharma und dem digital-finanziellen Komplex ausgelöst.

Daher war die überstaatliche Global Governance der »Public-Private-Partnerships« Anfang 2020 auch bereit, die Kontrolle zu übernehmen, kaum war die Pandemie ausgerufen. Der Lobbyismus hatte im Vorfeld mindestens zwei Jahrzehnte Zeit, um die juristische Landschaft entsprechend günstig zu beeinflussen. Und die Milliardengewinne, die Konzerne wie Pfizer, Moderna, Astra Zeneca oder auch Amazon und Apple im Zuge des anhaltenden weltweiten Gesundheitsnotstands realisieren konnten, bestätigen die weitsichtigen Empfehlungen von Goldman Sachs´ Analysten.

Was der Goldman Sachs-Report bedauerlicherweise undiskutiert lässt, sind die langfristigen Implikationen einer genetischen Veränderung der elementaren Bausteine des Lebens für die Rasse Homo sapiens und unsere menschliche Zivilisation als solches.

Das Dokument bespricht natürlich auch nicht die ideologischen Beweggründe und dystopischen Zukunftsvisionen der superreichen Venture-Capital-Konglomerate und Großinvestoren, die wie besessen daran arbeiten, den Menschen wie wir ihn kennen, zu ersetzen. Durch eine genetisch editierbare, transhumane Version.

Diese Ideologie des Transhumanismus ist in elitären Zirkeln weit verbreitet. Die Liste der einflussreichen Fürsprecher und »First-Mover« ist lang und reicht von *Eric Schmidt* über *Nick Bostrom* bis hin zu *Elon Musk*, der mit seiner Firma Neuralink bereits in der Testphase für Gehirnimplantate ist. Der Download eines kompletten menschlichen Gehirns inklusive Erinnerungen und Emotionen wird laut Musk bis in wenigen Jahren möglich sein.

»Alles, was gegen die Natur ist, hat auf die Dauer keinen Bestand.« (Charles Darwin)

Vermarktet wird die Ideologie des genetisch optimierten, verbesserten Menschen, die Fusion physischer und digitaler Welt, natürlich ausschließlich mit positiv besetzen Werbefloskeln. Der Gedanke, dass der Beginn des Transhumanismus das Ende unserer bisherigen Spezies bedeuten könnte, wird bei all der Optimierungseuphorie gerne verdrängt. Aus dieser Perspektive betrachtet, sind die Ansätze der Post-Humanisten schlichtweg als moderne Eugenik und nicht als logische Weiterentwicklung der menschlichen Evolution zu verstehen. Die Nähe des Transhumanismus zur Eugenik, also der Erbgesundheitslehre, von Faschisten zur Rassenlehre erhoben, beschreibt selbst ein Wikipedia-Artikel relativ gut.

Leider dienen also Innovationen auf dem Feld der Gentechnik, wie sollte es anders sein, primär Großkonzernen und vermögenden Investoren, nicht der neuerdings zum

Lebensinhalt beförderten Volksgesundheit oder dem erkrankten Individuum. Das hat bereits die Geschichte des Gen-Mais in den USA gelehrt. Die Story war einer von vielen Vorboten heutiger Zustände. Und die Bauern in Amerika haben bis dato mehr Probleme denn je. Wall Street und internationaler Turbokapitalismus haben zwischenzeitlich nicht nur die Natur samt ihren natürlichen Ressourcen in einer neuen Anlagekategorie (»natürliches Kapital«) zum Spekulationsobjekt degradiert, sondern auch den Homo sapiens selbst zu einem profanen »Investment-Asset« gemacht. Und jetzt verfahren sie marktwirtschaftlich entsprechend, um Renditen abzuschöpfen.

Die Bevölkerung der westlichen Demokratien konnte die neuen supranationalen Strukturen, die alles und jeden nur noch als Profit-Pool oder wandelnden Datensatz einstufen und jetzt darauf aus sind, das biologische Fundament der menschlichen Spezies zu manipulieren, nicht demokratisch wählen. Aber man hätte die Entwicklung kommen sehen können – läge bei der Bildung nicht seit vielen Jahrzehnten so einiges im Argen. Jetzt bleibt der Mehrheit der 7,9 Milliarden Erdenbewohner vermutlich wenig anderes übrig, als für einen nicht abschätzbaren Zeitraum das profane Investment-Objekt und unmündige Versuchskaninchen für die inhumane Kundschaft von Goldman Sachs und Konsorten zu geben.

»Bankraub: Eine Initiative von Dilettanten. Wahre Profis gründen eine Bank.« (Berthold Brecht)

| Erstpublikation: 26. Oktober 2021

Telegram: Alternative zu Big Tech oder Trojanisches Pferd?

Die Messenger-App gilt vielen als Garant für Privatsphäre und hat das Image einer digital-anarchischen Alternative zu den Marktführern aus dem Silicon Valley. Stimmt das? Oder geht es dem Gründer nur um Image-Design für eine spezielle Zielgruppe?

IT-Experten warnen seit Jahren vor technischen Schwachstellen und mangelndem Datenschutz bei Telegram. Trotzdem gilt der Messenger, vor allem aufgrund des Wirkens seines Gründers, der sich bevorzugt als schöngeistiger Digital-Anarcho geriert, als Bollwerk der Privatsphäre. Vor allem regierungskritische Bewegungen kommunizieren und informieren oft primär über die App.

Pavel Durov, der zurückhaltend wirkende, schwerreiche IT-Entrepreneur und CEO von Telegram, sieht sich gerne von einer mystischen Aura umgeben. In Interviews klingen seine Aussagen wenig authentisch und einstudiert. Und auch wenn der aus Russland stammende Milliardär bei jeder Gelegenheit die Meinungsfreiheit und den Datenschutz als sein größtes Anliegen anführt, erlauben sowohl die technischen Details seines angesagten Dienstes als auch sein persönlicher Werdegang Zweifel am Image des digitalen Revoluzzers und unabhängigen Business-Nomaden. Eine naheliegende Schlussfolgerung drängt sich auf.

Pavel Durov wurde am 10. Oktober 1984 in St. Petersburg (ehem. Leningrad) geboren. Den Großteil seiner wohlbehüteten Kindheit verbrachte er allerdings im schönen Turin (Italien), wo sein Vater arbeitete. 2001 kehrte Pavel im Alter von siebzehn Jahren nach Russland zurück und beendete dort die Gymnasiallaufbahn. Sein Vater, Valery Semenovich Durov, Doktor der Philologie, ist Inhaber des Lehrstuhls für klassische Philologie an der staatlichen Universität von St. Petersburg – eben jener Uni, an der auch Pavel im Jahrgang 2006 sein Philologie-Studium abschloss. Erstklassig und mit Auszeichnung natürlich. Ein Schelm, wer vermutet, väterlicher Einfluss hätte dabei geholfen.

Im gleichen Jahr begann Pavel zusammen mit seinem Bruder Nikolai die erste Version der russischen Social-Media-Plattform »Vkontakte.ru« zu programmieren, welche mittlerweile erfolgreich unter dem Namen »vk.com« firmiert und das russische Pendant zu Facebook darstellt. Nicht umsonst nannte man Pavel Durov seinerzeit »den Mark Zuckerberg von Russland«.

Im November 2010, also nur vier Jahre nach der Erstellung der Alpha-Version, hatte »Vkontakte.ru« bereits 100 Millionen Nutzer. Seit September 2014 gehört »Vkontakte.ru« vollständig dem Internetkonzern »Mail.ru«, der bereits seit dem Jahr 2010 in regelmäßigen Abständen mehrere hundert Millionen US-Dollar in das neue soziale Netzwerk und damit auch die Durov-Brüder investiert hatte. Denn die hatten einen Blockbuster programmiert.

Den Führungsstab des heute einflussreichsten russischen Social-Media-Imperiums von »vk.com« mit seinen drei marktbeherrschenden Plattformen bilden Dmitry Grishin und Yuri Borisovich Milner, dessen Name auch in

den sogenannten Paradise Papers auftaucht. Beide Männer sind äußerst wohlhabende, einflussreiche sowie bestens vernetzte Investoren und haben sicher nicht nur in Russland Kontakte zu Sicherheitsdiensten und Datensammelstellen, die von der Monopolstellung auf dem russischen Social-Media-Markt profitieren möchten.

Nikolai Durov scheint auch unter dem neuen Eigentümer weiterhin technisch bei »vk.com« involviert zu sein. Pavel Durov dagegen verließ das Unternehmen 2014 nach der Übernahme durch »Mail.ru« und kritisierte die Fusion öffentlichkeitswirksam als feindliche Übernahme durch Putins Vasallen. Er hatte sich kurz zuvor ebenso lautstark und medienwirksam gegen Vladimir Putins Einflussnahme auf »Vkontakte.ru« gewehrt.

So gab er zum Beispiel die von Sicherheitsdiensten angeforderten Daten von ukrainischen Protestierenden nicht heraus oder verweigerte die Sperrung von Alexei Navalny's Seite auf seinem reichweitenstarken Portal. Er setzte sich als sperriger Tech-Revolutionär in Szene, der einem russischen Präsidenten die Stirn bietet. Dieses Image sollte sich bei seinem nächsten Vorhaben als Bank erweisen. Nach dem »Drama« um sein erstes Unternehmen verließ Pavel Durov Russland. Er wird mit der Aussage zitiert, nie mehr zurückkommen zu wollen. Seither inszeniert er sich als digitaler Nomade, Freigeist und staatenloser Anarcho.

Dies unterstreicht ein Interview aus dem Jahr 2016, in dem er unter anderem erklärt, *»dass Regierungen und Nationalstaaten weniger wichtig seien, als wir annähmen. Sie erhielten lediglich Applaus für Prozesse, mit denen sie nichts zu tun hätten. Und im Gegensatz zur Mehrheit der Menschen, die sich offenbar einen starken*

Staat, einen Big Brother wünschen, glaube er an einen kleinen – oder keinen Staat«.

Vor seiner medial mystifizierten Flucht ins Exil hat Pavel wohl ein Team fähiger Programmierer aus der Heimat um sich geschart. So gründete er kurz nach seiner Abdankung bei »Vkontakte.ru« den Messenger-Dienst Telegram, der im Gegensatz zum auf Russland fokussierten »Vkontakte.ru«, ein globales Projekt ist. Der erste Firmensitz von Telegram befand sich denn auch in Berlin. Die App hat mittlerweile geschätzte 750 Millionen Nutzer auf aller Welt und wurde bereits über 1 Milliarde mal heruntergeladen. Das nächste große Ziel sind 3 Milliarden Downloads. Außer Facebook hat diese magische Marke bisher nur TikTok geknackt.

Telegram hat mit der Begründung, dass Datenschutz und Meinungsfreiheit im Unternehmen über allem stünden, über die Jahre mehrfach den Unternehmensstandort gewechselt. Darüber wurde immer dann vermehrt berichtet, wenn Veränderungen der standortrelevanten Gesetzgebung die Herausgabe von User-Daten oder sonstige Kooperationen mit Behörden forderten und die Privatsphäre der Telegram-Community einzuschränken drohten. Diese Momente nutzte Pavel Durov marketingtechnisch geschickt, um sein Tech-Anarcho-Image zu festigen und mit seinem Telegram-Team weiterzuziehen. Heute residiert man nach eigenen Angaben in Dubai. Unter der Adresse »Business Central Towers, Tower A, Floor 23« findet sich denn auch eine Postanschrift samt Telefonnummer. Und nach Angaben eines Unternehmensregisters in Dubai auch die Information, dass Telegram derzeit circa 25 Mitarbeiter beschäftigt.

Daher gibt es zum Beispiel nur einen abgespeckten Kundendienst. Die Betreiber des Messengers raten zur Kon-

taktaufnahme über andere Social-Media-Plattformen wie Twitter, wo der Hilfe suchende User einen Kommentar hinterlassen soll, um Probleme zu melden. Oder sie verweisen schlicht auf ihren FAQ-Bereich (Frequently Asked Questions). Mittlerweile gibt es aber zumindest ein minimalistisches Kontaktformular, über welches man sein Anliegen »direkt« bei Telegram vorbringen kann. Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Antwortrate offensichtlich wenig befriedigend ist.

Und dann ist da noch das Thema Sicherheit und Datenschutz, welches gemäß Verlautbarungen seitens Telegram im absoluten Fokus des Unternehmens steht. Dass es damit jedoch nicht allzu weit her ist, zeigt eine Analyse der IT-Spezialisten von Heise Security aus dem November 2020:

»Telegram setzt sich in bestimmten Kreisen mehr und mehr als Synonym für sicheren Chat und Chat mit Privatsphäre durch. Doch schon ganz einfache Tests, die jeder selbst durchführen kann, zeigen, dass man sich bei der Nutzung des Messenger-Dienstes quasi komplett nackig macht.«

Wer sicher und mit maximalem Datenschutz kommunizieren möchte, wählt daher wohl besser einen Anbieter wie Element, Threema oder Signal.

Bis zu diesem Punkt könnte die Story von Pavel Durov als äußerst erfolgreiche Karriere eines couragierten Jungunternehmers durchgehen, der zur richtigen Zeit am richtigen Ort war. Ja, das aufgesetzte Revoluzzer-Image wirkt ein wenig gekünstelt und oberflächlich und auch die App hat deutliche Schwachstellen. Das Marketingargument verspricht das Gegenteil von dem, was man bekommt – aber das ist bei Werbung ohnehin immer so.

Trotzdem ist der Dienst schnell, bietet viele Funktionen und wächst konstant. Und dass der junge IT-Nerd mittlerweile Milliardär ist und vermutlich nirgends Steuern zahlt, so wie fast alle Superreichen – geschenkt. Insgesamt eine echte Gala- und Yellow-Press-Geschichte. Das ist allerdings nur eine Perspektive, die man zu Telegram und seinem Gründer einnehmen kann.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, könnte man mutmaßen, dass Pavel im Umfeld von Putins Vasallen und russischem Sicherheitsapparat ein mächtiges Propaganda-Tool geschaffen hat, welches ihm zu einem wohl bedachten Zeitpunkt von seinen ehemaligen Mentoren aus Regierungskreisen abgenommen wurde. Anschließend hat er sich, medial geschickt flankiert, neue Partner gesucht. Beim WEF zum Beispiel. Und damit auch im Finanz-Filz der Institutionen der Europäischen Union und im Silicon Valley.

Auch die Vita von Pavel Durov lässt durchaus andere Schlussfolgerungen zu, die Beweggründe des umtriebigen Geschäftsmannes betreffend. So könnte man zum Beispiel fragen, welche Rolle der Vater und seine Verbindungen beim sagenhaften Aufstieg von Pavel zum russischen Zuckerberg-Pendant spielten. Immerhin war Papa Durov Inhaber eines Lehrstuhls einer staatlichen russischen Universität – und damit vermutlich weder arm noch kritisch gegenüber der russischen Regierung. Im Gegenteil verfügte er über direkten Zugang zur russischen Oberschicht. Was in der ehemaligen Sowjetunion meist bedeutet: Nähe zu Nachrichtendiensten.

Des Weiteren wirft die auf den ersten Blick dramatisch wirkende Odyssee nach seinem Weggang aus Russland Fragen hinsichtlich Pavel Durov’s Motiven auf. Um nach dem Verlassen seiner Heimat eine neue Staatsbür-

gerschaft zu erhalten, spendete der unnahbare Tech-Entrepreneur zunächst 250´000 US-Dollar an den kleinsten souveränen Staat der westlichen Hemisphäre, Saint Kitts and Nevis, eine westindische Insel.

Zusätzlich brachte er 300 Millionen US-Dollar auf Schweizer Bankkonten in Sicherheit. Mit diesem Kapital startete er nach eigenen Aussagen seinen neuen Messenger-Dienst Telegram. Unklar ist, woher genau dieses Geld stammt. Dass er bei der quasi feindlichen Übernahme seines ersten Unternehmens fair und derart großzügig entschädigt wurde, ist in Anbetracht seines unrühmlichen Abgangs unwahrscheinlich. Ebenso wie die Annahme, dass solch ein Betrag in seinen acht Jahren als CEO von »Vkontakte.ru« zu erwirtschaften gewesen wäre.

Zudem könnte man seine auf den ersten Blick liberal bis anarchisch anmutenden Äußerungen, zum Beispiel jene aus dem zuvor zitierten Interview von 2016, durchaus anderweitig auslegen als von Pavel Durov beabsichtigt. Denn die Aussage, dass Nationalstaaten weniger wichtig sind, als der Normalbürger annimmt, ist durchaus auf Linie des WEF, das mit seinem Ansatz von Stakeholder-Kapitalismus und Global Governance schon lange für supranationale Institutionen wirbt, die über den Gesetzen von souveränen Staaten stehen. Redet Durov also nicht über Freiheit, sondern nur globalistischen Machterhaltungskonzepten das Wort?

Wie es der Zufall will, wurde Pavel Durov im Jahr 2017, also im Alter von 33 Jahren, Mitglied der »World Economic Forum (WEF) Young Global Leaders« – als Repräsentant Finnlands.

Vielleicht weil er zuvor vom Nordic Business Forum als »vielversprechendster Nordeuropäischer Anführer« aus-

gezeichnet worden war. Ansonsten erschließt sich der Zusammenhang mit Finnland kaum. Die Mitgliedschaft im erlesenen Davos-Zirkel manövriert Durov jedenfalls in den Kreis der globalen Wirtschaftselite. Nicht nur Baerbock oder Emmanuel Macron waren Mitglied in der Kaderschmiede des technokratischen Globalismus, sondern auch Mark Zuckerberg (Facebook), Sergei Brin (Google), Leonardo DiCaprio, Sebastian Kurz oder Jens Spahn – um nur einige bekannte Namen zu nennen, die mit dem WEF verbunden sind.

Die mehrfache Verlagerung des Firmensitzes von Telegram könnte man als inszenierte Image-Kampagne deuten, die dem Unternehmen einen Hauch von Anarchismus verleiht.

Dies, um Marktanteile bei den gewünschten Zielgruppen zu erschließen. Man könnte unterstellen, dass es sich bei den Ortswechseln nicht um eine dramatische Flucht vor Staaten handelt, die Telegram zwingen wollen, Daten herauszugeben, sondern um medial nachhaltige Marketing-Moves. Lanciert, um eine spezielle Klientel zu erreichen. Anfang diesen Jahres sammelte Telegram eine Milliarde US-Dollar an neuen Investorengeldern ein. Und am 25. August 2021 wurde Pavel Durov nach offiziellen Regierungsangaben französischer Staatsbürger. Wie – und warum Frankreich – ist unklar.

Festhalten sollte man außerdem, dass die Telegram-App sowohl im Apple App Store als auch in Google Play Store verfügbar ist. Sprich, Big Tech »toleriert« Telegram und fördert den einfachen Zugang zu Pavel Durov’s Dienst – obwohl man dem Unternehmen permanent die Verbreitung von Fake-News sowie die Duldung von radikalen Inhalten verschiedenster Couleur anlastet. Telegram aber scheint dahingehend eine

Sonderstellung zu genießen. Denn andere Anbieter von liberalen Plattformen wurden von den Tech-Giganten schlicht aus ihren Stores entfernt und konnten so nicht mehr heruntergeladen werden.

Trotzdem macht die Zensur von Big Tech nun auch vor Telegram nicht mehr halt. Denn auch wenn man die Messenger-App von den Online-Stores der Marktführer auf sein Apple- oder Android-Smartphone laden und nutzen kann, werden bestimmte Inhalte nun vom Endgerät selbst gefiltert und können so nicht mehr angezeigt werden. Hat man die App aus den Big-Tech-Stores geladen und versucht nun beispielsweise einen Telegram-Kanal namens »unzensiert«, der Nachrichten und Open Source Information aus aller Welt verbreitet, auf einem Apple-Gerät aufzurufen, zeigt das iPhone bei dem Versuch, den Channel-Inhalt anzuzeigen, die lapidare Meldung:

»Leider kann dieser Kanal auf deinem Gerät nicht angezeigt werden.« (Apple)

Die Unterdrückung der Inhalte findet also nunmehr direkt auf dem Endgerät von Apple und Google statt – egal von wem und über welche Wege diese auf das Smartphone ausgeliefert werden. Big Tech versucht, die Deutungshoheit im Krieg um Informationen zu erzwingen. Und da dies im freien Internet kaum möglich ist, nimmt man nun direkt den Anschluss des Kunden ins Visier. Das Betriebssystem auf dem jeweiligen Handy. So scannt Apple nach dem jüngsten iPhone-Update auch automatisch alle auf dem Gerät gespeicherten Fotos und sucht selbstständig mittels Artificial Intelligence nach potenziell strafrechtlich relevanten Aufnahmen.

Bei Telegram erlauben Workarounds derzeit noch den Zugriff auf die von den Silicon-Valley-Konzernen un-

terdrückten Inhalte. Zum einen, indem man nicht die Version der Telegram-App aus den Big-Tech-Stores verwendet, sondern die Version direkt von der Webseite des Anbieters. Zum anderen lässt sich Telegram mittels QR-Code-Scan als Web-Service über Browser am PC oder Smartphone aufrufen. So entsteht die groteske Situation, dass ein iPhone bei Verwendung der Apple-Store-Version von Telegram den besagten »unzensiert«-Kanal in der App zensiert, man aber die in der App unterdrückten Inhalte auf dem gleichen Endgerät über den Safari-Browser aufrufen kann. Noch. Wer weiß, wie lange Apple und Google ihren App-Lieferanten noch gestatten, unterschiedliche Versionen ihrer Dienste außerhalb der Big-Tech-Stores anzubieten?

An dieser Stelle muss vor allem gefragt werden, warum Pavel Durov überhaupt mit Big Tech zusammenarbeitet und seine App weiterhin über deren Plattformen anbietet, wenn doch die Meinungsfreiheit sein erklärtes Ziel ist. Konsequent wäre es, wenn Telegram sein Angebot aus den Apple- und Google-Stores entfernt. Sollten Privatsphäre und Datenschutz für das Unternehmen höchste Priorität einnehmen, könnte Pavel Durov seinen Messenger-Dienst fortan ausschließlich über die eigene Webseite offerieren und fragwürdige Partnerschaften und damit die Zensur über die Silicon-Valley-Stores aufkündigen. Dies ist bisher nicht der Fall – obwohl die Mehrheit der Anwender und vor allem technisch weniger versierte Personen ihre Applikationen bevorzugt aus den Stores der Tech-Oligarchen bezieht.

Anstatt autonome Ansätze zu verfolgen und ausschließlich Zugang zu unmanipulierten Versionen seiner Apps zu gewährleisten, um sich klar gegen die Beschneidung von freier Meinungsäußerung durch den digital-finanziellen Komplex zu positionieren, ist Telegram im Zuge

seiner Kooperationen mit Apple und Google Teil dessen geworden, was Pavel Durov stets vorgab, bekämpfen zu wollen.

In Summe muss man nach Betrachtung vorgängig genannter Punkte zur Vermutung tendieren, dass Telegram nicht besser ist als die Datenkraken aus dem Silicon Valley. Diese verkaufen ihre Werbeslots bekanntermaßen gewinnbringend an große Marken wie Coca-Cola, Mercedes-Benz und Disney – oder auch an Regierungen, die ihre Propaganda verbreiten möchten. Wer aber garantiert, dass nicht auch Telegram alle Daten sammelt und diese heimlich kommerziell verwertet? Vielleicht handelt es sich bei Pavel Durov's Kunden nur um einen anderen Abnehmerkreis, der weniger an Öffentlichkeit interessiert ist als der typische Facebook-Werbekunde. Dafür aber umso mehr am Verhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen, die versuchen, Big-Tech-Portale zu meiden.

Exakt nachvollziehen lässt sich das nicht, da Telegram keine detaillierten Geschäftszahlen oder Strategiepapiere veröffentlicht. Fragen dazu beantwortet das Unternehmen nicht. Im Hinblick auf die ab 2021 angekündigte Monetarisierung hält man sich ebenfalls bedeckt. Auf der FAQ-Seite des Unternehmens gibt es dazu lediglich ein vages Statement.

»Telegram wird 2021 mit der Monetarisierung starten, um die Infrastruktur und die Gehälter der Entwickler finanzieren zu können. Das Erzielen von Gewinnen wird jedoch nie das Endziel von Telegram sein.«

Ebenso bleibt im Dunkeln, warum Telegram ein neues Protokoll entwickelt hat, anstatt bewährte Lösungen zu verwenden. Das Magazin Focus schrieb dazu völlig korrekt in einem Artikel:

»Auch die Verschlüsselung der Chats basiert bei Telegram auf einem proprietären Protokoll - das heißt, externe Sicherheitsforscher können dieses nicht einsehen. Zwar gibt es eine Dokumentation, die zeigt, wie das Protokoll funktioniert, jedoch keinen Code. Somit liegt es an Telegram selbst, etwaige Sicherheitslücken zu entdecken und zu schließen. WhatsApp hingegen nutzt seit einiger Zeit den quelloffenen Algorithmus von Signal zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von Chats und Medien.

Obendrein wird Telegram stets als quelloffene App angepriesen - das spräche eigentlich für den Messenger, denn Open-Source-Apps können von externen Experten begutachtet und analysiert werden und Bugs oder Sicherheitslücken werden schneller gefunden. Allerdings gilt das nur für die Clients. Der Servercode von Telegram ist nicht öffentlich zugänglich, man weiß also nicht, was auf den Servern des Anbieters passiert. Obendrein ist auch der Standort der Telegram-Server nicht bekannt und damit auch nicht die dort geltenden Datenschutzgesetze.«

Im Lichte dieser Informationen könnte man die Hypothese wagen, dass Telegram schlichtweg entwickelt und zielgruppenorientiert vermarktet wurde, um den Teil der Bevölkerung zu erreichen, der Mainstream, Big Tech und Regierungen nicht traut. Man hat die App in Bezug auf ihr Image so positioniert, dass sie den kritisch denkenden Teil der Menschen anspricht. Vor diesem Hintergrund machen auch die zusätzlichen Funktionen der App Sinn, die andere Anbieter vermissen lassen. Zum Beispiel das Erstellen von Kanälen, über die eine unlimitierte Anzahl von Medien jeglichen Formats geteilt werden kann. Oder auch die Tatsache, dass es kaum Upload-Beschränkungen gibt, man Gruppen für bis zu 200´000 Personen erstellen und mit seinem Broadcast

ein nicht limitiertes, weltweites Publikum ansprechen kann.

Wären die über solche Funktionen gewonnenen Daten nicht ungemein nützlich, wäre man an den Informationen, Meinungen, Strömungen und Ängsten seiner Gegner interessiert? Vor allem, wenn diese sich weigerten, die offiziellen oder etablierten Kanäle für ihre Kommunikation zu nutzen. Ist Telegram somit nur ein marketingtechnisch geschickt positioniertes Abfangnetz für oppositionelle Strömungen und systemkritische Meinungen, um diese in der Folge besser dokumentieren, analysieren und kontrollieren zu können?

Diese Frage muss sich nach Abwägung aller Informationen jeder selbst beantworten.

Die Hypothese erscheint abschließend jedenfalls wahrscheinlicher als Pavel Durov's eigene Telegram-Marketing-Erzählung vom bedingungslosen Kampf um Meinungsfreiheit. Auch wenn sich die vorgängig erläuterte Hypothese auf Indizien gründet, lassen diese doch primär eine Schlussfolgerung zu: Telegram ist ein Trojanisches Pferd in digitaler Form und die hehren Versprechen des Gründers sind wenig wert. Die neuen Davoser Freunde des Telegram-Gründers haben ihn vermutlich nicht umsonst unlängst zum Protegé erkoren. Und sie denken vermutlich ähnlich, wie ein einflussreicher Bankier, der mit den Worten zitiert wird:

»Wenn es eine Opposition gibt, können sie sicher sein, dass wir sie kontrollieren.«

Wie ginge das in der heutigen Zeit besser als mit einem exklusiven Zugang zu den relevanten Daten?

| Erstpublikation: 03. November 2021

Utopia ist abgebrannt

Für Jünger des Turbokapitalismus ist schnöder Mammon Religion. Geld: Das Maß aller Dinge. Seine Akkumulation soll die Tür zum Kreis der Reichen und vermeintlich Schönen öffnen – dabei ist auch an den ehemaligen Epizentren des Luxus nur noch wenig elitär.

In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten war ich beruflich viel unterwegs und dabei regelmäßig auf der Suche nach dem Glanz des Reisens vergangener Zeiten. Auf zahllosen Trips in verschiedenste Länder folgte ich Fährten mondäner Dekadenz der goldenen Zwanziger- bis wilden Sechziger-Jahre und begutachtete ihre viel gerühmten Hotspots. Hotels, Strände, Bars, Clubs und Restaurants der gehobenen Kategorie. Folgend ein polemischer, desillusionierender Ausschnitt meiner Beobachtungen – deren Recherche und Dokumentation aus offensichtlichen Gründen nicht als glorifizierender Revisionismus in Bezug auf einen entsprechend verschwenderischen Lebensstil verstanden werden möchte, sondern schlicht als nüchterne Beobachtung der Begebenheiten im zeitlichen Kontext.

»Sie kaufen Dinge, die sie nicht brauchen, um Leute zu beeindrucken, die sie nicht mögen, mit Geld, das sie nicht haben.« (Richard David Precht, Philosophen-Darsteller)

Geld ist Macht. Daran glauben sie. Und ihr Glaube ist unerschütterlich. Nach einigen Jahren Selbstgeißelung ist er aber häufig auch das letzte, was ihnen geblieben

ist. Sie rackern für den Moment der Erlösung. Sie dienen sich an, huldigen Götzen, sammeln Statussymbole und betreiben unvorstellbaren Aufwand, um auserwählt zu werden. Um oben mitmischen zu dürfen. Um Mitglied im Club zu sein. Egal in welchem. Solange er nur Zugang zur Beletage und den hochpreisigen Suiten der 5-Sterne-Tempel gewährt, in denen man die vermeintliche High Society vorzufinden wähnt.

Luxusherbergen als Laufsteg selbsternannter Eliten. Sie zelebrieren Mammon mit zügellosem Kompensations-Shopping in identisch aussehenden Innenstädten angesagter Reiseziele und gieren nach Absolution in Form von Champagner-Taufen. Sie lechzen nach Aufmerksamkeit und falscher Bewunderung. Sie fordern Einlass. Wollen in die Welt der Reichen und (vermeintlich) Schönen aufgenommen werden. Entbehrungen, Scharade, Selbstverleugnung und persönliche Verluste – für einen kurzen Augenblick vergänglicher Zugehörigkeit. Für den Hauch flüchtiger Anerkennung oder ein wohlwollendes Nicken ihrer Projektionsflächen. Anhänger des turbokapitalistischen Glaubens an permanentes Wachstum und die totale Macht des Geldes geben alles für monetären Erfolg, auch ihre Seele.

Sie orientieren sich an naiven Idealvorstellungen von Luxus und elitärem Lebenswandel, die sie auf Fernsehen, Fotos, Videos und Hörensagen gründen. Sie beneiden Promis aus dem Privatfernsehen, die Royals, VIPs, Konzernchefs, Machtmenschen – und imitieren unbeholfen deren Habitus. Auch wenn sie es sich nicht leisten können. Um dann irgendwo in der Mitte ihres kurzen Lebens ernüchtert feststellen zu müssen, wie ausgebrannt und einsam sie sind. Obwohl sie es bisher nur zum Abteilungsleiter brachten, anstatt bis in den

Vorstand. Manche merken, dass sie einer Fata Morgana aufgesessen sind.

Die meisten jedoch töten ihre Selbstzweifel mit Alkohol, Schlafmitteln, Psychopharmaka, falschen Freunden und vollen Terminkalendern.

Denn an die richtigen Top-Jobs kommt man nur über Beziehungen und Netzwerke. Nicht durch harte Arbeit. Kompetenz ist dafür kein Kriterium. Gehört man nicht zu dem in jungen Jahren vorselektierten Bruchteil der Manager-Kaste, der es tatsächlich in höhere Weihen der internationalen Corporate Governance schafft, bleiben, neben Einheiraten in einen passenden Familien-Clan, nur Pump, Leasing-Modelle und Blendwerk, um den Eindruck erwecken zu können, dazuzugehören. So gehen ganze Monatslöhne drauf, um einmal ein Wochenende in der ehemaligen Stamm-Suite von Alfred Hitchcock in St. Moritz zu nächtigen. Nach zwei oder drei Nächten endet das Gefühl der Zugehörigkeit zur Upper Class abrupt am Check-out. Es folgt der kalte Entzug. Dennoch machen sich jedes Wochenende viele derart fehlgeleitete Ehrgeizlinge mit ihrem Porsche auf den Weg zu einem »Place To Be« ihrer Zeit. An die Hot Spots der Wohlhabenden und derer, die zwanghaft versuchen, so auszusehen.

Dann kommen sie an – an einem von Smartphones auf grelle, überfilterte Selfies gebannten, von Touristen entweihten Ort, der einstmals Nähe zur Natur und das Flair des Mondänen versprühte. Das Frühstücksbuffet, an dem vor ein paar Jahrzehnten noch Jetset und Adel in feinem Zwirn den Hangover mit Champagner und Kaviar übertünchten – erobert von verpennten Jogginghosenträgern mit mehr als fragwürdiger Frisur und ihren Louis Vuitton-Taschen spazierentragenden

Schaufensterpuppen, denen jegliches Stilempfinden sowie die Fähigkeit zu lächeln abhanden gekommen zu sein scheint. Die ehemals von sanften Jazzklängen, Klassik und rücksichtsvollem Flüstern erfüllten Hotelbars, vereinnahmt von indiskreten Prolls, die jede Belanglosigkeit unreflektiert auf Instagram teilen, um ihr verkümmertes Ego aufzuwerten. Und je weniger sie davon haben, desto lauter sprechen sie. Umschmeichelt von schweren Vorhängen und dicken Perserteppichen tröten Handylautsprecher zu jedem Zeitpunkt des Tages unwichtige Telefonate oder Streaming-Dienste in die eigentlich friedvolle Umgebung der alten Grand Hotels. Die Kathedralen des Luxus sind vielerorts zum Gruselkabinett mutiert.

Ein guter, hilfreicher Concierge mit lokalen Tipps und Organisationstalent ist selbst in exklusiven Hotels mittlerweile die Ausnahme. Der Service an sich ist oft ausgezeichnet, wirkt aber angestrengt, aufgesetzt und wenig persönlich. Angemessene Kleidung oder elegante Abendgarderobe, die dem historischen Ambiente der oft geschichtsträchtigen Architektur gerecht würde – bei den meisten Gästen Fehlanzeige. Anzug und Krawatte trägt in der Regel nur noch das Personal. Dafür maltretieren selbstverliebte Zimmernachbarn den ruhesuchenden Hotelgast regelmässig mit nächtlichem Abspielen seelenloser Partymusik, die aus miserabel ausbalancierten Bluetooth-Lautsprechern durch die langen Flure manch altehrwürdiger Gebäude hallt. Von der optische Belästigung durch visuell schwer zu ignorierende Kunden, denen das Wort Schamgrenze gänzlich unbekannt zu sein scheint, ganz zu schweigen. In ihrer Selbstwahrnehmung hält sich vermutlich die Mehrzahl dieser »Paradiesvögel« für unwiderstehlich und extravagant. Sie sehen sich als extrovertierte Individualisten. Nüchtern betrachtet ist dieser Typus

Hotelgast jedoch meist peinlich, schlecht gekleidet und die Karikatur eines Stars, VIPs oder Playboys alter Schule. Die Garderobe vieler Wochenend-Luxus-Touristen orientiert sich scheinbar, und das zunehmend leider auch bei älteren Semestern, am letzten Outfit der taff-Moderatoren bei Pro7. Gunter Sachs, Erfinder des Playboy-Lifestyles und ehemaliger Stamm- und Star-Gast des wunderschön gelegenen Kulm Hotels in St. Moritz, würde sich im Grabe umdrehen.

Egal wo – ob bei Puny in Portofino, in St. Tropez, New York, Miami, Bellagio, Havanna, Sylt, Monaco, auf den Malediven, in Baden-Baden, dem Chateau Marmont in Los Angeles, dem Dolder Grand in Zürich oder dem Badrutt´s Palace in St. Moritz – überall nur lauer Abklatsch des leichtfertigen und dekadenten Luxuslebens, für das man dereinst in die Riege der Gutbetuchten aufsteigen wollte. Die mühsam finanzierten Luxuskarossen gleichen sich heutzutage wie ein Ei dem anderen. Ebenso die hässlichen, mit viel zu großen Logos bedruckten Marken-Klamotten ihrer Fahrer. Die Wellness-Bereiche der luxuriösen Herbergen sind entweder verwaist und verwahrlost, oder völlig überfüllt und unansehnlich. Entspannung, Privatsphäre und individuellen Service sucht man selbst in hochpreisigen Anlagen immer häufiger vergebens. Von den Auswirkungen des Corona-Hygiene-Wahnsinns auf Ambiente, Service, kulinarisches Wohl und Privatsphäre des Gastes gar nicht zu sprechen.

Und auch die wirklich Reichen, die Stars und Machthaber unserer Zeit trifft man an den ehemaligen Hot Spots der Schickeria nicht mehr. Hier und da taucht ein verirrter Promi auf, oder auch nur ein x-beliebiger Ferraristi mit seiner roten Insignie des Erfolgs, und wird von flanierenden Horden sofort wie ein seltenes Tier im

Zoo umringt, bestaunt und fotografiert. Daher bleibt unter sich, wer es sich wirklich leisten kann. Vorbei die Zeiten, zu denen Angehörige des internationalen Jetset und Superreiche einfach nur einen Tisch im Separee zugewiesen bekamen und dort unter sich, aber zumindest noch in öffentlich zugänglichen Etablissements, ihre Exzesse und Gelage feierten. Sie mischen sich nicht mehr zurückhaltend, wohlgekleidet und stets freundlich lächelnd unters Volk. Das ist zu gefährlich geworden. Denn immer mehr Menschen erkennen den modernen Feudalismus, der sich, als Demokratie getarnt, wie ein Geschwür verbreitet hat. Das Risiko, spontanen Volkszorn zu provozieren, vermeiden elitäre Kreise mittlerweile tunlichst.

Die großen Hollywood-Stars, die wahre Elite, das alte Kapital und der Hochadel haben sich längst aus der von Neid und Gier zerfressenen und vom Stockholm-Syndrom paralysierten Öffentlichkeit zurückgezogen. Man bleibt unter sich. Auf Privatinseln, in abgeriegelten Resorts, bewachten Gated Communities oder sonstigen abgelegenen Rückzugsorten, zu denen der biedere Karrierist mitsamt seiner zudringlichen Meute von Emporkömmlingen und Touristen keinen Zugang findet. Sonnen kann sich der aufmerksamkeitshungrige, sensationslustige Möchtegernreiche lediglich noch im fahlen Glanz unbedeutender B- und C-Promis, die ohne ihre 15 Minuten Aufmerksamkeit von anspruchslosen Fernsehzuschauern und Gala-Lesern nicht einmal das wären.

Nein: Es werden keine Elefanten mehr für Events in die Hotel-Lobby bugsiert, abertausende rote Rosen aus Helikoptern abgeworfen, exquisite 5-Gänge-Menüs mit Schlittschuhen auf dem zugefrorenen See serviert oder Orchester aufgefahren, um die Liebste mit klassischen

Klängen zu beeindrucken. Niemand fährt mehr auf dem Motorrad durch den Bankett-Saal oder bestellt kistenweise Dom Perignon für seine über Monate im Kulm-Hotel einquartierte Entourage. Keine Hollywood-Ikonen und waghalsigen Trunkenheitsfahrten mehr auf dem Cresta-Run in St. Moritz. Richtig über die Stränge geschlagen wird nur noch selten. Und wenn, dann ist es meist der simple Suff.

Keine hemmungslose Dekadenz in Brioni-Anzügen und Ballkleid, sondern Protz und billiger Prunk. Auch an den knausrigen Trinkgeldern ist festzumachen, dass viele Gäste für ihren Aufenthalt in den ehemaligen Tempeln der High Society sichtlich ans finanzielle Limit gehen müssen, wie viele Angestellte insgeheim berichteten. So mancher Pseudo-Bonze verbringt seinen Urlaub eher in Furcht vor der exorbitanten Rechnung beim Check-out als in gelassener Entspannung.

Wozu sich also nach sozialem Aufstieg, nach Karriere, Reichtum, Ansehen und Statussymbolen verzehren, wenn selbst das, was man sich als Kind in naiver Art und Weise unter Reichtum und Luxus vorgestellt hat, schon lange nicht mehr existiert? Warum Unsummen aufwenden für ein paar Tage Schaulaufen unter Fremden in den Ferien – in einer Unterkunft, die kaum noch eines ihrer Qualitätsversprechen erfüllen kann? Weshalb Teil eines Zirkels werden, dessen Mitglieder primär Fremdscham auslösen weil Stil für sie ein Fremdwort ist? Warum eine imposante Fassade finanzieren, die niemandem Respekt abringt?

Das ultimative Ziel des Kapitalisten, die wahre Droge der Superreichen – absolute Macht – von der die reichsten 0,1 Prozent der Weltbevölkerung geradezu manisch umgetrieben sind, wird ohnehin niemand

aufgrund banaler beruflicher oder gesellschaftlicher Erfolge kosten.

»Macht brauchst Du nur, wenn Du etwas Böses möchtest. Für alles andere reicht Liebe.« (Sir Charles Chaplin)

| Erstpublikation: 17. November 2021

Die letzte Bastion der demokratischen Idee stimmt ab

Die Schweiz ist die einzige direkte Demokratie der Welt. Die Bevölkerung hat das Privileg der Mitbestimmung. Am 28.11.2021 muss sie auch ihrer damit einhergehenden Verantwortung Rechnung tragen.

»Wer Sicherheit der Freiheit vorzieht, ist zu Recht ein Sklave.« (Aristoteles)

Die Volksabstimmung – ein Instrument direkter Demokratie und Privileg, um das viele Menschen die Bürger der Schweizer Eidgenossenschaft beneiden. Die 8,6 Millionen Einwohner der freiheitlich geprägten Alpenrepublik haben das per Bundesverfassung vom 12.09.1848 garantierte Recht, direkt an der Gesetzgebung des in jenem Jahr gegründeten Bundesstaates mitzuwirken. Das Volk schreibt seine Verfassung quasi selbst und kann über Referenden und Initiativen direkten Einfluss auf die Politik nehmen. In keinem anderen Land dieser Welt hat der Normalbürger noch eine solche Macht. Zumeist dient das Label Demokratie nur noch als leere Worthülse für ein korruptes System von Berufspolitikern, das unter der Ägide der Global Governance die Interessen von Großkonzernen umsetzt.

Die Schweiz hat ein sogenanntes Milizparlament, das aus zwei Kammern besteht. Dem Nationalrat mit 200 Abgeordneten und dem Ständerat mit 46 Mitgliedern. Zusammen bilden sie die Bundesversammlung, in der die National- und Ständeräte ihre Mandate nebenberuf-

lich ausüben. Ein krasser Gegensatz zum Deutschen Bundestag, einem XXL-Parlament mit 736 gut bezahlten Dauervolksvertretern. Die eigentliche Regierung der helvetischen Konföderation bildet der Bundesrat, der vom Parlament gewählt wird und aus sieben gleichberechtigten Mitgliedern besteht, die den Ministerien der Bundesverwaltung vorstehen. Einen Bundeskanzler gibt es nicht. Insgesamt ein schlanker Staatsapparat, der den 26 Kantonen ein beträchtliches Maß an Autonomie zugesteht. In den sogenannten Urkantonen hält man bis heute gar am Konzept der Landsgemeinde fest, eine frühe Form von direkter Demokratie, bei der die stimmberechtigten Bürger sich an tradierten Versammlungsorten zusammenfinden, um in öffentlicher Abstimmung über die Geschicke ihres Einflussbereiches zu entscheiden.

In vielen repräsentativen Demokratien kämpfen Menschen seit Jahrzehnten um ein derartiges Maß an Mitbestimmung und fordern mehr Elemente direkter Demokratie von ihren Regierungen. Mit mäßigem Erfolg. Vor allem in Deutschland scheuen Spitzenpolitiker das Thema wie der Teufel das Weihwasser. Geradezu verpönt scheint der Gedanke, der Bevölkerung mehr Rechte einzuräumen. Und wagt man es in der besten Bundesrepublik aller Zeiten, über den Weg zu einer echten Verfassung sprechen zu wollen, die das als Provisorium gedachte Grundgesetz ablöst, kann man darauf zählen, dass man zeitnah dem rechten Meinungsspektrum zugeordnet wird.

Das unterstreicht, dass die Schweizer mit ihren außergewöhnlichen Bürgerrechten nicht nur ein einmaliges Privileg besitzen, sondern als Souverän auch große Verantwortung tragen.

Sie entscheiden mit ihrem demokratischen Engagement und an der Urne nicht nur über die Geschicke ihres Landes, sondern auch über die Zukunftschancen der freiheitlichen Zivilgesellschaft im Allgemeinen. Denn wenn Helvetia der Welt vor Augen führen kann, dass das Leuchtfeuer der Aufklärung noch nicht erloschen ist, hat die demokratische Idee noch nicht versagt. Den Eidgenossen kommt in diesen Zeiten also eine tragende Rolle zu – denn ihr Handeln entfaltet seine Symbolwirkung über die Grenzen ihrer viersprachigen Heimat hinaus. Sie sind die letzten ihrer Art und sollten sich dessen gewahr sein.

Umso bedauerlicher erscheint der Umstand, dass die Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen seit 1990 selten über 50 Prozent lag. Bei bestimmten Gesetzesvorlagen, vor allem solchen, die in der Öffentlichkeit massiv polarisierten, fanden sich mehr Stimmberechtigte an den Urnen ein. So zum Beispiel im Jahr 2020, als es um die »maßvolle Zuwanderung« ging. Oder auch im Juni 2021, als die Schweiz über das hiesige Covid-19-Gesetz abstimmte und 59,6 Prozent der zur Abstimmung zugelassenen Bevölkerung ihren Stimmzettel abgaben.

Dennoch, in Anbetracht des einmaligen Privilegs eine viel zu niedrige Quote. Eine Stimmbeteiligung von mindestens 80 Prozent stünde der Verantwortung des Schweizer Souveräns gut zu Gesicht. Außerdem – die Signalwirkung eines starken demokratischen, friedlichen und freiheitlichen Engagements der Bevölkerung darf nicht unterschätzt werden. Die aufgeklärten Völker Europas richten ihren Blick zum zweiten Mal in diesem Jahr auf die Schweiz und hoffen inständig, dass das kleine Land ein weithin sichtbares Zeichen für die demokratische Idee setzen kann.

Das im Anfangsstadium der Corona-Krise per Notstandsmodus geschaffene Covid-19-Gesetz räumt der Schweizer Regierung Sondervollmachten und erweiterte Befugnisse ein. Eine derartige Machtfülle hatte der Bundesrat zuletzt nach dem zweiten Weltkrieg – und es bedurfte mehrerer Referenden, um diese wieder auf ein normales Maß zurückzufahren. Gerechtfertigt wurde die zentralistische Krisenpolitik des Bundesrates, analog zu Deutschland, mit der heraufziehenden, viralen Apokalypse – die entgegen allen panischen Orakeln nicht eingetreten ist.

So wurden auch im sonst beschaulichen Alpenstaat Restaurants oder Fitnessstudios geschlossen und eine Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr sowie Einzelhandelsgeschäften eingeführt. Einen harten Lockdown wie in Deutschland gab es allerdings nie.

Zwangsschließungen wurden nach einigen Wochen aufgehoben und an die Eigenverantwortung der Bevölkerung appelliert. Und auch Ausgangssperren wurden zu keinem Zeitpunkt ernsthaft diskutiert. Insgesamt fühlte sich das Leben in der Schweiz während der gesamten Krise deutlich normaler an als in den Nachbarländern. Aber auch die Corona-Politik der Schweiz ist eine Ansammlung gebrochener Versprechen, widersprüchlicher Maßnahmen und katastrophaler Kommunikation. Von den diversen Skandalen um Alain Berset, dem für die Krise federführend zuständigen Vorstand des Eidgenössischen Department des Innern, ganz zu schweigen.

So regte sich gegen das Covid-19-Gesetz bald Widerstand. Zu Recht. Denn es schränkt die Grundrechte der Eidgenossen ebenso ein, wie das Infektionsschutzgesetz die Menschen in Deutschland. Demokratiebewegungen ergriffen das Referendum und sammelten in der Rekord-

zeit von 24 Tagen fast viermal so viele Stimmen wie nötig, um die Bevölkerung über ein Bundesgesetz abstimmen zu lassen.

So wurde das Schweizer Covid-19-Gesetz im Juni 2021 zur Abstimmung gebracht und vom Stimmvolk mit 60 Prozent angenommen. Dies vor allem, weil die Berichterstattung rund um das Thema permanent den potenziellen Wegfall staatlicher Corona-Finanzhilfen im Falle eines »Nein« in den Vordergrund stellte. Dies war nicht nur irreführend, sondern vermutlich auch entscheidend – denn die zusätzliche Angst vor monetären Schwierigkeiten im Zuge einer Gesundheitskrise, hat wohl die meisten Stimmbürger angetrieben, im Sommer 2021 gegen ihre verbrieften Freiheitsrechte zu stimmen.

»Einen Staat, der mit der Erklärung, er wolle Straftaten verhindern, seine Bürger ständig überwacht, kann man als Polizeistaat bezeichnen.« (Ernst Benda)

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, haben allerdings satte 40 Prozent der Bevölkerung schon damals die Gesetzesvorlage abgelehnt. Ein historischer Erfolg für die Organisatoren des Referendums und die Schweizer Demokratie. Denn die »Nein-Kampagne« wurde von keiner politischen Partei der Schweiz unterstützt, was üblich ist. In der Regel positionieren sich die etablierten Parteien für oder gegen ein Referendum und engagieren sich im Vorfeld der Abstimmung entsprechend im Prozess der Willensbildung. Da dies im Zuge der ersten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz nicht der Fall war, sind 40 Prozent Gegenstimmen eine beachtliche Leistung. Denn es ist auch in der Eidgenossenschaft mühsam, teuer und zeitaufwändig, gegen den Propaganda-Kanon von Spitzenpolitik, NGOs und Leitmedien anzukommen.

Jetzt geht es in die zweite Runde: Nach der verlorenen Abstimmung im Juni, haben die Schweizer Verfassungsaktivisten zum zweiten Mal Vom Recht auf das Referendum Gebrauch gemacht. Wieder waren die notwendigen Stimmen für das Volksbegehren in kürzester Zeit zusammengetragen. So stimmt die eidgenössische Bevölkerung nun am 28.11.2021 erneut über das mittlerweile veränderte Covid-19-Gesetz ab. Dieses Mal sind die Erfolgsaussichten jedoch besser. Aber auch die Folgen einer möglichen Annahme des antidemokratischen Gesetzes haben sich zwischenzeitlich in ihrer Tragweite verändert. Es geht um viel für die Zivilgesellschaft der freiheitlich konstituierten Alpen-Oase. Und eine beträchtliche Anzahl der stimmberechtigten Schweizer scheint sich dessen nicht ausreichend bewusst zu sein.

»Wer sich nicht bewegt, spürt auch seine Fesseln nicht.«
(Rosa Luxemburg)

Denn im November geht es um das Covid-Zertifikat, dem alpenländischen Pendant zum Green Pass oder Impf-Ausweis. Und der entbehrt jeder verfassungsrechtlichen, epidemiologischen oder gesellschaftspolitischen Grundlage. Die Einführung eines solchen Gesundheitsnachweises beruht auf der Annahme, dass die zu seinem Erhalt verabreichte Medikation eine sterile Immunisierung erzeugt. Dass dies bei den eingesetzten Injektionen von Pfizer, Moderna, Astra Zeneca, et cetera nicht der Fall ist, beweisen unter anderem die Statistiken der Impf-Champions Israel, Gibraltar, Singapur, Großbritannien oder die USA.

Auch die sogenannten Impf-Durchbrüche in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind nichts weiter als eine Bestätigung dafür, dass die angeblichen »Game-Changer« der Pharmabranche nicht der angepriesene

Königsweg aus der Krise sind. Im Gegenteil scheinen gerade in jenen Staaten mit besonders hohen Impf-Quoten die Infektionszahlen in Korrelation zu den Injektionsraten rapide anzusteigen. Ebenso wie die Anzahl schwerer Verläufe und Todesfälle in der geimpften Population.

Da also auch gegen Covid-19 »geimpfte« Personen infektiös sein können und die neuartigen mRNA-Stoffe weder zuverlässig vor schweren Verläufen noch dem Tod schützen, widerspricht ein Nachweis über die Behandlung mit eben jenen nutzlosen Pharmaprodukten als Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben jeglicher Logik!

Wer die Spaltung der Gesellschaft in Kauf nimmt, die Zukunft seiner Kinder aufs Spiel setzt und vor wirtschaftlichem Niedergang die Augen verschließt, um des Nachweises über eine nicht wirksame medizinische Behandlung willen, der leidet an massiver kognitiver Dissonanz. Das Problem ist schon lange nicht mehr ein vermeintlich tödlicher Virus mit Mortalitätsrate im Promillebereich – das Problem sind die destruktiven, spaltenden Maßnahmen der von der Pharmabranche durchseuchten Politik sowie die massiven Nebenwirkungen der vermeintlichen Heilsbringer. Allein VigiAccess (WHO) listet derzeit sage und schreibe 2’528’564 Fälle schwerer Nebenwirkungen nach Covid-19-Impfungen. Die Dunkelziffer dürfte um das zehnfache höher liegen, da ein Großteil der Vorfälle nicht gemeldet wird.

Angesichts dieser frappierenden Umstände kann sich der aufgeklärte Humanist und Demokrat nur eine klare Absage an das Covid-19-Gesetz sowie das Zertifikat vorstellen. Es bleibt zu hoffen, dass die zunehmend schizophrenen Maßnahmen dazu beitragen, dass mehr

Stimmberechtigte den menschenverachtenden Kern dieser Krisenpolitik erkennen und der Spaltung der Gesellschaft in Gesundheitskasten durch ihr Abstimmverhalten entgegenwirken. Denn sonst droht vermutlich auch der Eidgenossenschaft ein Kurswechsel in Richtung 2G. Deutschland wird die 2G-Regel bereits nächste Woche flächendeckend einführen und damit Ungeimpfte weitgehend vom gesellschaftlichen Leben ausschließen. Wohlgemerkt: Obwohl diese ebenso ansteckend sein können wie Geimpfte. Wenn es dem Staat tatsächlich um Gesundheitsschutz ginge, müsste sich schlichtweg jeder permanent testen lassen. Das wäre konsequent. Und ein Impf-Pass würde dann immer noch keinen Sinn machen. Aber das ist nebensächlich. Denn am Ende geht es der Global Governance nur um 1G – Gehorsam.

»Politik ist nur der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.« (Dieter Hildebrandt)

Österreich, das am 19.11.2021 eine allgemeine Impfpflicht ab Februar 2022 angekündigt hat, oder Australien, zeigen, wie autoritär Machtpolitik in vermeintlichen Demokratien werden kann, wenn der Souverän dem korrupten Handeln des um sich greifenden Kooperatismus keinen Riegel vorschiebt. Die Schweizer könnten der vom Bund beschlossenen Zertifikatspflicht in wenigen Tagen ein Ende bereiten. Es gilt zu hoffen, dass die Bürger der 26 Kantone ihrer geradezu historischen Rolle gerecht werden und der Welt vor Augen führen, dass direkte Demokratie nicht nur Privilegien, sondern auch Verantwortung mit sich bringt, der eine aufgeklärte Zivilgesellschaft gerecht werden kann.

Das wäre nicht nur Beweis für den fundamentalen Wert basisdemokratischer Prozesse, ein schallendes »Nein« gen Bern wäre auch ein Hoffnungsschimmer am Hori-

zont der Nachbarländer, in denen die Bevölkerung nicht das Privileg hat, die Gesetzgebung direkt zu beeinflussen. Denn egal ob links, grün, liberal, konservativ, geimpft oder ungeimpft – niemand kann ernsthaft den Wunsch hegen, seine Kinder in einer Zweiklassengesellschaft aufwachsen zu sehen, in der ein permanenter Gesundheitsnachweis und konstante Überwachung privater Datenströme zum Alltag gehören und Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sind.

Die Geschichte zeigt, dass Regierungen Machtbefugnisse, die sie im Rahmen von Kriegen und Krisen hinzugewonnen oder ausgebaut haben, kaum von selbst wieder aufgeben. Man erinnere sich in diesem Kontext an den Kampf gegen den Terrorismus. Egal, wer als Gegner angeführt wurde, ob RAF, ETA, Al-Qaida oder ISIS – keines der Gesetze, das man zum Schutz der Bevölkerung vor deren terroristischen Attentaten erlassen hat, wurde jemals vollständig zurückgenommen. Der Staat, und damit das Kapital, das in steuert, baut seine Befugnisse schleichend und unter dem Vorwand der Volksgesundheit aus. Solange, bis die Veränderungen irreversibel und von der allgemeinen, nicht abreißenden Informationsflut überlagert sind.

Das läuft seit Dekaden so. Die Muster und Methoden sind immer die gleichen. Nur die Menschen sind andere. Warum sollte es sich mit dem Schweizer Covid-Zertifikat anders verhalten? Der Gesundheitsnachweis per QR-Code oder automatisierter Gesichtserkennung wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum dauerhaften Bestandteil des Alltags werden. Und zu einem späteren Zeitpunkt auf weitere Lebensbereiche ausgeweitet. Beispielsweise zur Überwachung des individuellen CO2-Fußabdrucks. Bleibt zu hoffen, dass die auf Eigenverantwortung geeichten Eidgenossen sich dieser

Implikationen sowie ihrer demokratischen Verantwortung bewusst sind und der politisch verordneten Spaltung der helvetischen Gesellschaft am 28. November eine klare Absage erteilen. Denn Probleme lösen sich am besten gemeinsam.

Audiatur et altera pars – anstatt divide et impera.

»Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.« (Albert Einstein)

| Erstpublikation: 20. November 2021

Das Metaverse – der Anfang vom Ende

Facebook ist jetzt Meta. Dabei handelt es sich allerdings nicht nur um einen schlichten Namenswechsel. Vielmehr darf dieser Schritt als offizieller Startschuss zum Post-Humanismus verstanden werden.

»Wenn Du gezwungen werden sollst, an der Ungerechtigkeit gegen einen anderen mitzuwirken, dann brich das Gesetz! Lass Dein Leben einen Reibungswiderstand sein, der die Maschine zum Stehen bringt.« (Henry David Thoreau)

In seinem »Founder's Letter« vom 28. Oktober 2021 verkündet Mark Zuckerberg, dass das nächste Kapitel des Internet begonnen hat – und damit einhergehend eine Neuausrichtung seines umstrittenen Konzerns, der seit jenem Stichtag nicht mehr als Facebook auftritt, sondern unter dem etwas kryptisch klingenden Namen »Meta« firmiert. Die Meldung war keine Sensation. Man hatte noch die Umbenennung von Google in Alphabet im Hinterkopf. Dass es bei Zuckerberg's Schachzug aber weder um einen schlichten Namenswechsel noch ein neues Produkt geht, wird deutlich, wenn man die Konzeption des sogenannten »Metaverse« genauer unter die Lupe nimmt, für das der umgetaufte Social-Media-Gigant künftig die Vorreiterrolle einnehmen will. Denn das Projekt steht in der Vollendung für nicht weniger als einen Paradigmenwechsel zivilisatorischen Zusammenlebens – oder gar für den Anfang vom Ende der freiheitlichen

Zivilgesellschaft an sich. Und Meta setzt dieses Vorhaben keineswegs allein um.

Die größten Konzerne der Welt arbeiten derzeit mit Hochdruck an diesem Projekt. Befeuert von der Hochfinanz. Microsoft, Apple, Amazon, Google – you name it. Ziel ist es, eine Parallelwelt zu erschaffen, in der die Menschen sich häufiger aufhalten als in der Realität. Abwegig ist das nicht. Denn der schnöde Alltag wird ohnehin, oder gerade aus diesem Grund, immer unerträglicher für den Normalbürger. Das Leben findet seit Anfang 2020 primär digital statt. Arbeit, Schule, Familienleben. All das geht jetzt online. Eine zweite Existenz im virtuellen Raum, in der man als Avatar endlich das Leben seiner Träume führen kann, wäre dahingehend nicht nur verführerisch, sondern auch konsequent. Ein digitales Doppelleben. Wenn das Metaverse grafisch und sensorisch ausgereift ist, man also optisch und haptisch keinen Unterschied mehr zur Realität feststellen kann, wird es vielen Menschen, die dem New Normal überdrüssig geworden sind, schwerfallen, einem unbegrenzten Angebot von Zerstreuung und Illusion zu widerstehen. Vor allem in Zeiten, zu denen die Oligarchie der Global Governance es vollbracht hat, Menschen weltweit glauben zu lassen, »Social Distancing«, eine experimentelle Injektion und das Verdecken der Mund-Nasen-Region seien gelebte Solidarität.

Die Technologie, um Erfahrungen im virtuellen Raum nahezu real erscheinen zu lassen, ist längst entwickelt. Sie ist nur noch zu teuer und klobig, um den Endverbraucher zu erreichen. In zwei bis drei Jahren dürften entsprechende Headsets, Anzüge und Handschuhe jedoch Marktreife erreicht haben. Nach einigen Minuten in der Matrix wird man dann nicht mehr realisieren, dass man sich in einer künstlichen Umgebung befindet. Das Me-

taverse einfach als eine Art Computerspiel oder simplen Nachfolger von Projekten wie »Second Life« abzutun, greift daher zu kurz. Wenn es Erfolg hat und flächendeckend angenommen wird, sind die initiierten Veränderungsprozesse im sozialen Geflecht der menschlichen Zivilisation vermutlich irreversibel.

Das World Economic Forum (WEF) beschreibt das Metaverse in einem Artikel vom 29. Oktober 2021als Vision einer »erweiterten« Realität. Digitale und physische Welt fusionieren. Davon schwärmte WEF-Gründer Klaus Schwab schon 2020 in seinem Buch »The Great Reset«, dem sein Titel mittlerweile zu fragwürdigem Ruhm verholfen hat. Im Gegensatz zum heutigen Internet, wird künftig »die Grenze zwischen offline und online viel schwerer auszumachen sein«, formuliert das WEF einen Tag nach Zuckerberg's Medienmitteilung. Weiterhin beschreibt das in Davos ansässige Assimilationsvehikel der digital-finanziellen Oligarchie, wie abstrakte Anlagewerte im Metaverse mit realen Vermögenswerten gekoppelt werden sollen. Sprich, die Menschen sollen für nicht-existenten Nippes Geld bezahlen. So könnte es vorkommen, dass ihr Hab und Gut in der realen Welt gepfändet wird, weil sie ihre digitale Villa auf Barbados oder ihren virtuellen Rolls-Royce Corniche nicht bezahlt haben und die Metaverse-Filiale der Citibank ihnen die Kreditlinie kappt.

Die technische Basis für den Link zwischen realer und digitaler Welt sind sogenannte NFT (non-fungible token). Diese erlangten unlängst Bekanntheit durch einen Hype um digitale Kunstwerke, Bilder und Musik, die im NFT-Format angeboten und zu teils horrenden Preisen verkauft wurden. Obwohl man als Käufer nach der Transaktion nicht mehr besitzt als einen Code, der einen als Eigentümer des entsprechenden Assets ausweist.

NFT steht also für das Eigentumsrecht an einem einmaligen, oft digitalen Anlageobjekt, das auf der Blockchain, die man sich als eine Art verschlüsseltes, dezentrales Kontenbuch vorstellen kann, gespeichert ist. So kann man via NFT Eigentümer eines Bildes werden, welches nur online, zum Bespiel auf einer Webseite, sichtbar ist. Unter Umständen sogar von jedem Internetnutzer. Man könnte aber zum Beispiel auch den NFT eines Bildes kaufen, das tatsächlich existiert und in einem Museum hängt, und wäre somit zwar der Eigentümer, aber nicht der Besitzer.

Das Metaverse soll demnach ein Substitut für die reale Welt darstellen, in dem die Menschen künftig nicht nur ihre Freizeit verbringen, sondern auch Geschäfte treiben. Viele sollen primär in der digitalen Scheinwelt arbeiten. Dazu erstellen sogenannte »Creator« virtuelle Räume. Egal ob Kaufhäuser, Restaurants, Kinos, ein Bauernhof, ein Wald, der Strand oder gar der Mond – alles ist programmierbar. Nach Ansteuern der Adresse des entsprechenden »Space«, analog zur heutigen URL (Uniform Resource Locator) einer Webseite, ist man am gewünschten Ort. Und der wird sich zunehmend real anfühlen. In der Zukunft soll man also die Pizza in der Metaverse-Osteria bestellen und bezahlen. An die Haustüre geliefert wird sie dann von einem der großen Lieferdienste. Zuckerberg's Konzern wird primär dazu dienen, Usern einen verifizierten Avatar und einfachen Zugang zur neuen Parallelwelt zu ermöglichen, während Unternehmen wie Amazon, Google oder Apple den als Plattform-Ökonomie verharmlosten technologischen Totalitarismus im virtuellen Raum perfektionieren. Der Mensch geht in der Maschine auf. Und die Pharma-Industrie tut ihr Übriges, um ihn möglichst lange an selbige zu binden. Aldous Huxley prophezeite diese Ent-

wicklung bereits bei einer Rede an der Universität von Berkley im Jahre 1953, als er sagte:

»Und es scheint mir vollkommen plausibel, dass es in der nächsten Generation oder so eine pharmakologische Methode geben wird, die Menschen dazu zu bringen, ihre Knechtschaft zu lieben und eine Art schmerzloses Konzentrationslager für ganze Gesellschaften zu produzieren, sodass den Menschen tatsächlich ihre Freiheiten genommen werden, sie es aber genießen, weil sie durch Propaganda, Gehirnwäsche – oder Gehirnwäsche, die durch pharmakologische Methoden verstärkt wird, von jedem Wunsch, zu rebellieren, abgelenkt werden.«

Sowohl Zuckerberg als auch das WEF beschreiben das im Kern dystopische Metaverse-Projekt vornehmlich mit Marketing-Plattitüden. Stakeholder-Kapitalismus, Teamwork und Inklusion, soziale Technologien, Unterhaltung und bessere Verteilung von Marktchancen und Wohlstand. Das bedeutet aber sich nicht, alle sind reich, sondern alle sind gleich arm.

Die Pizzeria im Viertel dürfte wohl kaum die Ressourcen aufbringen können, um im neuen digitalen Paradies mit einem ansprechend gestalteten »Space« Ketten wie Domino's Konkurrenz zu machen, die wahrscheinlich von Tag eins an überall zu finden sein werden. Zudem hätte eine komplette Verlagerung des alltäglichen Lebens in den digitalen Raum verheerende Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft. Wenn die Innenstädte endgültig verwaisen, die Menschen in völliger Isolation leben und Mittelschicht wie Mittelstand zusammenbrechen, droht das sozioökonomische Gefüge der aufgeklärten Gesellschaft dauerhaft aus den Fugen zu geraten.

So ist der Homo sapiens auf dem Weg in die Singularität schlussendlich nicht nur Sklave seiner eigenen Kreation – der Technologie. Er ist auch wirtschaftlich abhängig vom System, das sie betreibt. Denn seinen Lebensunterhalt kann er nur noch innerhalb oder mittels der allumfassenden Plattform-Ökonomie bestreiten. So nutzt nicht nur das künftig von Monopolen bestimmte Metaverse selbst, sondern auch die destruktive Methodik dieses auf Marktkonsolidierung ausgelegten, oktroyierten Wandels mit der Brechstange, nur den Feudalherren der Neuzeit. Trotzdem sind diese eher offensichtlichen sozialen und wirtschaftlichen Implikationen eines allumfassenden Metaverse nicht die größte Gefahr für die Zukunft der freiheitlichen Zivilgesellschaft.

Das größte Risiko für die Zukunft der menschlichen Zivilisation ist die Ideologie des Transhumanismus, die sich in Projekten wie dem Metaverse manifestiert und herrschende Konzerneliten antreibt. Wie menschenfeindlich diese potenzielle Zukunft ist, belegen Voraussagen von Ray Kurzweil, der zum Beispiel die Unsterblichkeit des Menschen ab 2045 für denkbar und wünschenswert erachtet. Bedrückend ist: Der Mann sitzt als Vordenker der transhumanistischen Ideologie an einflussreicher Stelle bei Google, hat also Zugriff auf nahezu unbegrenzte Ressourcen, um seine Visionen Wirklichkeit werden zu lassen. Und er hatte in der Vergangenheit häufig Recht mit seinen Prophezeiungen.

»Eine Maschine kann die Arbeit von fünfzig Menschen leisten, aber sie kann nicht einen außergewöhnlichen ersetzen.« (Elbert Hubbard)

Das Metaverse muss im Kontext stetig zunehmender digitaler Überwachung, staatlicher Repression, überhandnehmender Zensur von unliebsamen Ansichten, der In-

fantilisierung von Kommunikation, der Degeneration des allgemeinen Bildungsstandes und der Machtergreifung supranationaler Institutionen betrachtet werden, um die potenziellen Auswirkungen seiner Einführung ermessen zu können. Nicht umsonst erleben wir trotz der vermeintlichen Jahrhundert-Pandemie einen grotesken Aktionismus bei Tech-Konzernen, am Finanzmarkt sowie bei Stiftungen und NGOs. Von der anhaltenden Rallye and den Aktienmärkten, die jegliche Korrelation zur Realwirtschaft vermissen lässt, ganz zu schweigen. Kontroverse Konzepte, Projekte und Ideen, die in normalen Zeiten kaum eine Chance hätten, von der Bevölkerung goutiert zu werden, peitscht die Global Governance im Zuge der Corona-Krise unaufhaltsam voran. Zumeist unbeachtet von der breiten Masse der Bevölkerung, die entweder mit der Angst vor dem Virus oder den gravierenden Auswirkungen der faschistoiden Maßnahmen zu seiner Eindämmung beschäftigt ist.

Dabei ist gerade das Metaverse-Projekt ein Gradmesser für das unglaubliche Tempo, mit dem im Windschatten des Virus versucht wird, der Weltbevölkerung ein neues Gesellschaftmodell aufzudrücken. Eines, das dafür sorgen wird, dass es am Ende keine Zivilgesellschaft im herkömmlichen Sinne mehr geben wird. Natürlich bestanden schon vor der Corona-Krise massive Zerfallserscheinungen im sozioökonomischen Gefüge. Social Media hat die Menschen auseinandergetrieben, anstatt sie zusammenzubringen. Der eigene Avatar, das Social-Media-Profil, ist bei nicht wenigen Menschen seit Jahren Lebensmittelpunkt. Vor allem junge Menschen hängen permanent am Bildschirm. So befinden sich nicht nur das Ehrenamt oder das Vereinswesen seit Jahren im Niedergang. Auch die Familie als kleinste Einheit der Gesellschaft erodiert in ihrer Struktur. Und die im Rahmen der Corona-Politik erzeugte, zusätzliche Spaltung der

Gesellschaft, war nur ein weiterer strategischer Schritt in Richtung sozialer Isolation des Einzelnen. Die technokratische Agenda bringt das, was von dem fragilen Kartenhaus, das wir Gesellschaft nennen, übrig ist, vollends zu Fall.

Würden die Initiatoren der digitalen Dystopie den Menschen mitteilen, dass sie künftig ausschließlich im Metaverse arbeiten werden, nur noch dort soziale Kontakte pflegen, die Kinder in die virtuelle Schule schicken, Filme anschauen, Behördengänge erledigen, lesen, spielen und einkaufen sollen – und dass sämtliche persönlichen Informationen, Dokumente, Impf-Zertifikate, der Browserverlauf, der Führerschein, das Strafregister und die Bonität mit einer elektronischen ID verknüpft sind, ohne die sie keinen Zugang mehr zum Internet oder dem Supermarkt haben, darf man getrost an breiter Zustimmung zweifeln. Und teilte man den Menschen obendrein mit, dass die Kombination aus Stamm- und Bewegungsdaten sowie des Verhaltens im Metaverse ausschlaggebend dafür sein werden, wie groß ihr Bewegungsradius in der realen Welt ist oder wieviel digitales Geld, welches ein Verfallsdatum haben wird, also nicht gespart werden kann, sie als Grundeinkommen vom Staat zugesprochen bekommen – und dass ihnen und ihren Kindern diese Zukunft alternativlos aufgezwungen wird, es gäbe entsprechenden Widerstand.

»Der Staat ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere.« (Wladimir Iljitsch Lenin)

Das Metaverse legt den Grundstein für ein umfassendes Social-Credit-System nach chinesischem Vorbild. Die unveränderliche, vollintegrierte elektronische Identität (eID) steht im Kern des Konzepts, wie ein Metaverse-

Whitepaper veranschaulicht. Daher ist es den Regierungen derzeit auch so wichtig, dass alle Bürger den digitalen Impfpass erhalten. Er soll zeitnah um weitere Funktionen erweitert werden. In den Fassadendemokratien verkauft man unterdessen das Metaverse-Projekt, als wäre es nichts weiter als ein Konsumartikel. Ein Computerspiel. Dabei erinnert das Vorhaben an die Installation einer Matrix, in der künftige Generationen ihr Dasein fristen sollen. Online. Während natürliche Ressourcen und reale Vermögenswerte vollständig in den Besitz der internationalen Finanz- und Konzern-Oligarchie übergehen.

Der Normalbürger ist aufgrund dauerhafter Ausnahmezustände in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt oder im Lockdown. Und von der regelmäßigen Injektion oder Einnahme pharmazeutischer Substanzen sediert. Nicht umsonst beschreiben einflussreiche Think Tanks in Strategie-Papieren die Freiheiten, die bisher als Grundrechte betrachtet wurden, jetzt als einen »Service«, den der Bürger künftig nur noch eingeschränkt und unter bestimmten Voraussetzungen in Anspruch nehmen kann.

Freedom-as-a-Service (FaaS). Allerdings nur bei bedingungslosem Gehorsam. Pervers, aber tatsächlich die wahrscheinliche Zukunft. Reduktion der Freiheitsrechte zum vermeintlichen Schutz des »Freiheitskonsums« zukünftiger Generationen. Derartige Euphemismen hat das vom Merkel-Günstling Stephan Harbarth geführte Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss vom 24. März 2021 aufgefahren. Haarsträubender, orwellianischer Neusprech. Angesichts des Urteils zu Bundesnotbremse und Ausgangssperren vom 30.11.2021 ist diese Haltung jedoch wenig überraschend.

Ob Smart City Agenda des Bundesinnenministeriums, ID-2020, Net-Zero Banking Alliance, EU Covid-Certificate, Agenda 2030, United Nations Trust Fund for Human Security, Deckelung von Bargeldtransaktionen, digitale Zentralbankwährungen (EU CBDC, Central Bank Digital Currencies), Ampel-Koalitionsvertrag, HERA, Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Fakten-Checker, beziehungsweise Online-Pranger ohne Impressum, ausspionierte iPhones, Boston Dynamics´ Roboter-Hund »Spot«, Quantum-Punkt Tattoos für Covid-Impfungen, Impf-Moskitos, die verstörenden Pläne des Wellcome Trust zu Präventivmedizin und Genmanipulation von Kindern, Quarantäne-Camps in Australien oder die Global Methane Alliance – all das sind Gitterstäbe des unsichtbaren Gefängnisses, von dem Aldous Huxley einst sagte, die Menschheit würde es sich in der pharmakologisierten Zukunft der Maschinen selbst wählen.

Und die angeführten Querverweise ist nur ein Bruchteil dessen, was in den letzten zwei Jahren an Projekten losgetreten, intensiviert oder aktiviert wurde. Jedes einzelne führt schlussendlich zum Ergebnis, den Menschen langfristig in seinen Freiheiten einzuschränken und seine tradierte Lebensweise zu modifizieren. Und jedes davon steht direkt oder indirekt in Verbindung mit den Plänen zur vollständigen Digitalisierung des menschlichen Lebens. Es geht um Social Engineering. Von oben verordnet.

Über diese Turbo-Transformation diskutiert oder demokratisch abgestimmt, hat die Bevölkerung nie. Das von transhumanistischer Ideologie getriebene Diktat der Technokratie kulminiert in unseren Breiten vermutlich in einem sozialistisch geprägten, planwirtschaftlich gesteuerten EU-Bundesstaat, der mittels totaler Digitalisierung einen antihumanistischen Bio-Totalitarismus im-

plementiert. Der Mensch hat darin nur noch die Rolle einer als Datensatz verwalteten Verfügungsmasse. Und das Projekt Metaverse scheint den visionären Schlussstein des asozialen, erzwungenen Neustarts zu markieren, für den die Leitfiguren des modernen Feudalismus derzeit so heftig die Werbetrommel rühren. Es beschreibt den Soll-Zustand. Das Ende des Menschlichen.

»Dass die niedrigste aller Geistestätigkeiten die arithmetische ist, wird dadurch belegt, dass sie die einzige ist, welche auch durch eine Maschine ausgeführt werden kann.« (Arthur Schopenhauer)

| Erstpublikation: 02. Dezember 2021

Digitale Selbstbestimmung – ein kleines Einmaleins

Die Zukunft ist digital. Daran gibt es keinen Zweifel. Offen ist, inwieweit der Mensch vor der totalen Digitalisierung kapituliert oder diese aktiv mitgestaltet. Daher folgend ein paar simple Tipps für mehr Kontrolle über das Gold der Moderne – die eigenen Daten.

»Der Computer arbeitet deshalb so schnell, weil er nicht denkt.« (Gabriel Laub)

Der Griff zum Smartphone. Für die meisten Menschen ist es ein Morgenritual. Oder das erste, was sie tun, wenn sie aus einem Flugzeug steigen. Hunderte Male am Tag aktiviert jeder von uns sein Smartphone, um Anrufe, Mails, Termine, Chats, Fotos, Musik, Dokumente oder QR-Codes zu managen. Sehnenscheidenentzündungen sind ebenso wie Nackenprobleme oder ADHS ein mittlerweile weit verbreitetes Resultat übermäßiger Nutzung des elektronischen Alleskönners. Wir haben uns daran gewöhnt. Das Smartphone ist aus unserem Alltag kaum noch wegzudenken. Es ist zu einer Erweiterung des physischen Menschen avanciert.

Elon Musk hält die Menschheit daher schon heute für eine Art Cyborg. Und viele Menschen leiden tatsächlich an schweren körperlichen Entzugserscheinungen, wenn sie eine Weile keinen Zugriff auf ihren digitalen Begleiter haben.

Diese Tatsachen sind vielen Smartphone-Nutzern bewusst. Ebenso wie Raucher wissen, dass Nikotin schädlich ist. Trotzdem hören sie nicht auf. Denn der Mensch ist ein Gewohnheitstier und äußerst anpassungsfähig. So hat sich der Homo sapiens spätestens seit der Einführung des iPhone im Jahr 2007 damit arrangiert, einen großen Teil seines Wissens sowie seiner täglichen Denkaufgaben an den Minicomputer in der Hosentasche zu delegieren. Und damit tut sich die selbsternannte Krone der Schöpfung nicht gerade einen Gefallen, wie Martin Korte, Professor für Zelluläre Neurobiologie an der TU Braunschweig, in einem Interview vom 11.07.2019 gegenüber Chip.de ausführt. So sei die Kapazität des menschlichen Arbeitsgedächtnisses bereits von fünfzehn auf elf Sekunden abgefallen. Es ist in diesem Kontext bezeichnend und entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass bereits im Jahr 2015, also nur acht Jahre nach Markteinführung des iPhone, das Wort »Smombie«, eine Fusion aus Smartphone und Zombie, zum Jugendwort des Jahres auserkoren wurde.

Wenn der Mensch also schon gegenüber dem Smartphone evolutionär kapituliert und sich der Maschine unbewusst untergeordnet hat, anstatt diese gezielt als Werkzeug einzusetzen, wie soll er dann erst auf ein realistisch anmutendes Metaverse, Wearables, eine Super-AI (Artificial Intelligence) und ausgereifte Augmented Reality reagieren? Ohne proaktive Auseinandersetzung mit diesen Themen, steht der Homo sapiens dem technologischen Wandel unbewaffnet gegenüber und wird von den anstehenden Paradigmenwechseln überrollt. Unfähig, konstruktiv mit den neuen Möglichkeiten und zur Verfügung stehenden Informationen umzugehen. Daher gilt: Wer nicht zum formbaren, willenlosen Objekt einer totalitären Technokratie und Sklave seiner vernetzten Umgebung werden will, muss heute beginnen,

informierte Entscheidungen in Bezug auf den Umgang mit der Digitalisierung zu treffen. Und dazu muss man weder Programmierer noch IT-Nerd sein.

Der erste Schritt zu digitaler Kontrolle ist die bewusste Auswahl der richtigen Anbieter und Dienste. Kriterien für diese Selektion sollten unter anderem der Umgang mit den Nutzerdaten, der Schutz der Privatsphäre sowie das Ausbleiben von Zensur sein. Und das ist bei den Big-Tech-Plattformen schon lange nicht mehr der Fall – wenn es denn je so war. Allein im zweiten Quartal 2020 löschte YouTube zum Beispiel 1’998’635 Kanäle, wie die FAZ am 9.9.2020 berichtet. Facebook und Twitter zensieren derweil alles, was in Sachen Corona nicht den WHO-Richtlinien oder Direktiven des Mainstream entspricht. Während Demagogen und Terroristen auf den Plattformen unbehelligt Hass verbreiten dürfen. Apple zensiert über seine App-Store-Versionen verschiedenste Anwendungen, sodass unerwünschte Inhalte auf dem iPhone nicht mehr angezeigt werden können. So zum Beispiel beim Messenger-Dienst Telegram, von dem viele User annehmen, er sei ein Garant für Privatsphäre. Dem ist leider nicht so. Und wer Google oder Bing als Suchmaschine nutzt, liest primär Propaganda.

Auch Wikipedia, das von vielen als neutrale Wissensplattform betrachtet wird, ist nicht vertrauenswürdig. Einträge von Personen, die nicht die gewünschte Ideologie vertreten, werden auf der Plattform kurzerhand geändert, um diese Menschen in ein schlechtes Licht zu rücken. Digitaler Rufmord sozusagen. Selbst historische Begebenheiten und unstrittige Sachverhalte werden durch perfide Formulierungen so dargestellt, dass sie dem übergeordneten Zwecke dienen – Social Engineering durch Verschmälerung des Debattenraums. Entsprechende Einblicke in die organisierte Manipulation

seitens Wikipedia eröffnen zwei Dokumentationen von Markus Fiedler, der sich im Rahmen seiner Webseite »Wikihausen« seit langem intensiv mit dem Thema beschäftigt.

Zusammenfassend kann man also feststellen, dass man keinem der ach so bequemen, vermeintlich kostenfreien und geradezu wohltätig anmutenden Plattform-Monopolisten vertrauen sollte. Denn schlussendlich fordern sie alle ihren Preis: Unsere Daten, Gedanken und Gefühle.

»Wir werden im Denken und Handeln die Diener der Maschine, die wir entwickelt haben, um uns zu dienen.« (John Kenneth Galbraith)

Daher folgend ein paar grundlegende Hinweise zu digitalen Alternativen, die ich aufgrund eigener Erfahrungswerte und Recherche für unabhängig, vertrauensvoll, zuverlässig, anwenderfreundlich und zukunftsfähig halte. Das Einmaleins der digitalen Selbstbestimmung sozusagen. Und so wie man dem feudalistischen Finanzsystem am ehesten ein Schnippchen schlägt, indem man möglichst häufig bar bezahlt, so entzieht man dem digitalfinanziellen Komplex am ehesten Macht, indem man seine Dienste nicht mehr nutzt. Denn Nutzerdaten sind nun einmal das Gold der Neuzeit. Und diese sollte jeder konsequent vor dem Zugriff Dritter schützen.

E-Mail: Die klassische E-Mail ist und bleibt der wichtigste digitale Kommunikationsweg. Auch wenn sie vielen Menschen angesichts des Überangebotes von schicken Messenger-Apps antiquiert erscheint. Wer einen zuverlässigen Anbieter nutzt, kann sicher sein, dass seine E-Mails nicht abgefangen, gelesen oder gespeichert werden – wie zum Beispiel bei Gmail, wo jeder Mailtext oder Anhang automatisch auf verwertbare In-

formationen gescannt wird. Dass Google schon lange eine ungesunde Nähe zum CIA angelastet wird, macht die Sache nicht besser (Vgl. Wikileaks, Google is not what it seems). Und auch Anbietern wie Microsoft, T-Online, GMX, Hotmail oder Web.de würde ich meinen Mailverkehr mittlerweile nicht mehr guten Gewissens anvertrauen.

Zu empfehlen ist dagegen ProtonMail. Der 2013 in der Schweiz gegründete Anbieter von verschlüsselten E-Mails hat bereits knapp 25 Millionen Nutzer und setzt sich regelmäßig öffentlichkeitswirksam für Meinungsfreiheit ein. Dafür legte sich das kleine Unternehmen aus der Alpenrepublik auch schon mit Konzernen wie Apple an. Im September 2021 wurde gar Sir Tim Berners-Lee, der Erfinder des World Wide Web, Teil des ProtonMail Advisory-Board. Eine Adelung. Das Basis-Postfach von ProtonMail ist kostenlos und bietet neben Sicherheit, Datenschutz und einem ansprechenden Design, alle Funktionen, die man für reguläre private Kommunikation benötigt. Mails von bestehenden Konten können mit einer einfach zu handhabenden Software importiert werden. Die kostenpflichtigen, fair bepreisten Service-Pakete beinhalten zusätzlich verschlüsselten Cloud-Speicher, eigene Domains sowie umfangreiche Kalender- und VPN-Funktionen (Virtual Private Network). Eine übersichtliche und funktionale App wird sowohl für iOS- als auch für Android-Endgeräte angeboten. Weitere Informationen sowie ein lesenswerter Blog finden sich auf der Homepage des Anbieters.

Ein Mail-Postfach lässt sich zudem mit wenig Aufwand zum persönlichen Zeitungkiosk umfunktionieren. Denn anstatt morgens manuell auf diversen Webseiten nach der Nachricht des Tages zu suchen, kann man über Follow.it mit wenigen Klicks eine maßgeschneiderte

Übersicht relevanter Beiträge aus selbst definierten Quellen erstellen. Dazu tippt man lediglich die eigene Mail-Adresse ein und gibt anschließend die URL der Webseiten an, deren Artikel man gerne regelmäßig lesen möchte. Danach definiert man in wenigen Schritten, in welchem Format und zu welchem Zeitpunkt man seine digitale Zeitung erhalten möchte. Das war's. Von diesem Moment an, erhält man täglich im gewählten Zeitraum eine E-Mail mit einer Übersicht aller relevanten Beiträge der vergangenen 24 Stunden und kann diese entweder direkt in der E-Mail oder über einen Link auf der betreffenden Webseite lesen. Der Service basiert auf RSS (Really Simple Syndication), einer betagten, aber nützlichen Funktion, die Veränderungen auf Webseiten automatisch erfasst und anzeigt. Das Angebot ist nützlich, kostenlos und reduziert den eigenen Internet-Verkehr.

Messenger: Dass Big-Tech-Messenger keine Option für Menschen sind, denen etwas an Datenschutz, Privatsphäre und digitaler Selbstbestimmung gelegen ist, haben wir bereits erörtert. Leider ist aber zum Beispiel auch Telegram keine unabhängige oder sichere Alternative, wie ich in einem Artikel vom 3.11.2021 ausführlich beschrieben habe. Dienste, die einen hohen Grad an Datenschutz bieten, sind zum Beispiel Signal, Element und Threema. Signal ist von den drei genannten sicher am bekanntesten. Elon Musk hatte dem Dienst am 7.01.2021 mit einem Tweet (»Use Signal«) Millionen von Nutzern und einen regelrechten Boom beschert. Zudem ist die App sicher, kostenlos und einfach zu handhaben. Daher ist sie durchaus zu empfehlen. Speziell wenn Kontakte im eigenen Umfeld diese bereits nutzen. Element ist vermutlich noch sicherer, basiert das Angebot doch auf dem Matrix-Protokoll. Für den durchschnittlichen Nutzer aber vielleicht ein wenig umständ-

lich. Meine Präferenz ist daher Threema. Wiederum ein Unternehmen aus der Schweiz, wo auch die eigenen Server betrieben werden. Die Mitarbeiter von Threema sitzen ebenfalls allesamt in der Alpenrepublik. Das ist in Anbetracht gängiger Off- und Nearshore-Praktiken zur Kostenreduktion in der IT-Branche beachtlich. Obwohl der Dienst mit derzeit knapp zehn Millionen Nutzern (Stand Juni 2021) noch nicht so weit verbreitet ist wie Signal oder WhatsApp, ist das Konzept überzeugender als bei der Konkurrenz. Nicht nur, weil die Schweizer App die ansprechendste Benutzeroberfläche hat, sondern vor allem aufgrund der Code- und Server-Struktur sowie der absoluten Priorisierung des Datenschutzes. Dieser wurde in mehreren unabhängigen Audits überprüft und verifiziert. Im Ergebnis wurde das Projekt als »außergewöhnlich solide« bezeichnet. So speichert Threema alle Daten lokal auf dem Gerät, anstatt auf einem Server. Und zur Anmeldung benötigt man im Gegensatz zu den Konkurrenzprodukten weder eine Telefonnummer noch anderweitige persönliche Daten. Alle Nachrichten sind konstant Ende-zu-Ende verschlüsselt. Zwei Wehrmutstropfen gibt es allerdings. Erstens: Threema berechnet eine einmalige Lizenzgebühr von 3,99 CHF (3,68 EUR). Das ist allerdings ein angemessener Preis für lebenslanges Nutzungsrecht und ein hochwertiges, höchst vertrauensvolles Produkt. Zweitens: Die Anzahl der Threema-Nutzer im eigenen Umfeld ist meist noch eher gering. Das bedeutet, man kann nur mit einer kleinen Auswahl seines privaten Netzwerkes über den Dienst kommunizieren – oder muss im Freundeskreis missionieren, um mehr eigene Kontakte auf die Plattform zu holen. In diesem Fall aber eine durchaus vertretbare Kundenwerbung, denn schöner und sicherer kommunizieren kann man derzeit wohl kaum.

Browser und Suchmaschine: Google und der hauseigene Chrome-Browser verbieten sich. Schon heute weiß der Tech-Konzern mehr über jeden Menschen mit einem Internetzugang als jeder Geheimdienst. Ähnlich verhält es sich mit dem Internet Explorer oder Edge von Microsoft. Finger weg davon. Eine einfache Lösung, um den Datenschutz zu verbessern, ist DuckDuckGo. Das Browser-Plugin mit dem spaßigen Namen ist kinderleicht zu installieren, selbsterklärend und sorgt umgehend für mehr Privatsphäre auf bestehenden Browsern, wenn man diese nicht wechseln kann oder möchte. Es schützt vor Tracking und sammelt keinerlei Benutzerdaten. Auch die Suchanfragen werden nicht gespeichert. Zudem liefert die DuckDuckGo-Suchmaschine erfrischende Pluralität hinsichtlich der Suchergebnisse. Ebenso wie Quant, ein Projekt aus Frankreich, dessen Suchmaschine ebenfalls mehr Privatsphäre und bessere Suchergebnisse gewährleistet als die Big-Tech-Produkte.

Wer halbwegs anonym im Internet unterwegs sein möchte, sollte sich, statt ein Browser-Plugin, den Brave-Browser zulegen, der zusätzlich ein integriertes Wallet für Kryptowährungen sowie Chat- und Meeting-Funktionen anbietet – und der für die Verwendung des Browsers BAT-Coins gutschreibt (Basic Attention Token), die vor kurzem eine beachtliche Wertsteigerung erfahren haben und weiterhin über der Marke von einem US-Dollar rangieren. Wer auf Nummer sicher gehen will, manövriert mit dem Tor-Browser durch die Weiten des Netzes. Da der Tor-Browser die Daten mittels Onion-Routing über mindestens drei Server schickt, wird das Surf-Verhalten vollständig anonymisiert. Dies allerdings zeitweise zu Lasten der Performance. Grundlegende Informationen zur technischen Funktionsweise des Tor-Projektes hat Peter Schmitz in einem informati-

ven Beitrag für »Security Insider« vom 28.02.2017 zusammengefasst.

Video-Streaming: Video-Streaming Plattformen gibt es wie Sand am Meer. Wer auf YouTube verzichten möchte, was aufgrund der grassierenden Zensur absolut zu empfehlen ist, sollte sich Odysee.com anschauen. Das Portal ist Markführer in seiner Nische, basiert auf Blockchain-Technologie und ist Teil des LBRY-Projekts, einem offenen Netzwerk für digitale Inhalte. Zudem existiert für Odysee bereits eine sehr gute Smartphone-App, sodass sich Videos auch bequem unterwegs anschauen lassen. Für Publizisten, die Videos, Podcasts und Live-Streams monetarisieren möchten, empfiehlt es sich, einen Blick auf Rokfin zu werfen. Und auch die in Österreich gegründete Plattform www.sender.fm ist speziell im deutschsprachigen Raum eine gute Alternative zum Monopol. Natürlich findet man bisher auf keinem der genannten Portale eine vergleichbare Menge an Inhalten wie beim Big-Tech-Marktführer. Das dürfte sich aber zeitnah ändern, da immer mehr Menschen nach alternativen Medienoutlets suchen und die genannten Projekte allesamt schnell wachsen.

Social Media: Facebook lebt von den Daten seiner Nutzer. Das gesamte App-Ökosystem des Zuckerberg-Imperiums ist darauf ausgelegt, möglichst viele Informationen über seine Mitglieder zu sammeln, um diese dann gewinnbringend zu verwerten und die Nutzer mit zielgerichtetem Marketing zu manipulieren. Die entsprechenden Apps sind darauf ausgelegt, den Anwender möglichst lange am Bildschirm zu halten. Jede Sekunde Aufmerksamkeit zählt. So ist man denn auch meist länger online, als man geplant hatte. Zudem bombardieren die Big-Tech-Anbieter ihre Mitglieder in schwer erträglichem Ausmaß mit Propaganda von Regierungen und

supranationalen Institutionen wie der WHO, die Millionen in das seit März 2020 rotierende Corona-Marketing investiert haben. Daher lohnt es sich auch in Bezug auf Social Media neue Wege zu gehen. Denn Sinn und Zweck einer solchen Plattform sollte es sein, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und neue Kontakte zu finden, die idealerweise in der realen Welt zu Freunden werden.

Das geht zum Beispiel über the natwork. Das Projekt ging am 1.11.2021 auf www.thenatwork.info online und bietet neben klassischen Social-Media-Funktionen wie Timeline, Chats, Audio- und Video-Funktionen auch einen Markplatz, Blogs, eine Job-Börse und vieles mehr. Die Plattform versteht sich als unabhängiger und zensurfreier, kostenloser Knotenpunkt einer wachsenden Peer-2-Peer-Ökonomie. Sie soll Menschen über den digitalen Treffpunkt lokal zusammenführen. Weitere Informationen zum natwork-Projekt finden sich in meinem Rubikon-Artikel »Die Widerstandszelle« vom 30.10.2021.

Ein weiteres interessantes Portal ist Flote, eine Blockchain-Plattform aus den USA (www.flote.app). Die Inhalte sind dementsprechend vorwiegend auf Englisch und beziehen sich primär auf Amerika, Kanada und Südamerika. Auch bei Flote gibt es keinerlei Zensur oder kommerzielle Verwertung der Nutzerdaten. Dafür hat jedes Profil ein integriertes Wallet. Die Benutzeroberfläche erinnert etwas an Facebook, ist aber weniger überladen. Eine Smartphone-App ist ebenfalls geplant. Beide Portale lassen sich jedoch bereits jetzt bequem über den Smartphone-Browser nutzen. Und über the natwork lassen sich nach der Anmeldung sogar kostenfreie, anonyme Audio- und Video-Calls abwickeln.

Zwei abschließende Empfehlungen: Wer Musik abseits des Mainstreams sucht und Künstler gerne direkt unterstützen möchte, anstatt den Großteil seines Geldes beim Kauf eines Musikstücks raffgierigen Plattenlabels in den Rachen zu werfen, sollte die Seite von Bandcamp besuchen (www.bandcamp.com). Dort veröffentlichen Künstler ihre Werke direkt und bieten diese sowohl digital als auch physisch zum Kauf an. Der Käufer kann über den Mindestpreis hinaus selbst bestimmen, was ihm die »Ware« wert ist und den Endpreis definieren. Bandcamp verrechnet lediglich bei der Auszahlung an den Künstler eine minimale Aufwandsentschädigung. Anhören kann man die Musik bei Bandcamp übrigens auch ohne diese zu kaufen. Das Streaming der Inhalte ist kostenlos. Und mittels einer recht gelungenen App, die man in den bekannten Download-Stores findet, lässt sich Musik sogar offline verfügbar machen. Die App ist ebenfalls kostenfrei erhältlich.

Wer hin und wieder große Dateien verschickt, kennt Webseiten wie Sendspace, FileTransfer oder WeTransfer. Und er weiß, dass man sich bei Verwendung des falschen Anbieters gerne mal einen Computervirus oder Trojaner einfängt. Daher möchte ich eine dritte IT-Lösung aus Schweizer Gefilden empfehlen: Swisstransfer. Bis zu 50 Gigabyte lassen sich kostenlos versenden. Per E-Mail, Slack oder Link. Das Ablaufdatum der Downloads ist frei wählbar – und die Server, auf denen die Daten zwischengespeichert werden, stehen gut geschützt in den Schweizer Bergen. Während man bei den anderen Anbietern oft keine Informationen darüber hat, wo die Daten abgelegt sind und wer darauf Zugriff hat. Swisstransfer gehört zum IT-Unternehmen infomaniak, das auch Webhosting, Mail- und Streaming-Dienste anbietet.

Wer sich informiert und bewusst entscheidet, welche digitalen Dienste er nutzt, wird nicht so leicht zum Spielball der Plattform-Ökonomie, die um jede Sekunde unserer Aufmerksamkeit buhlt, um Profit daraus zu schlagen. Digitale Selbstbestimmung beginnt damit, zu verstehen, wer von den derzeitigen Strukturen profitiert und wohin diese sich entwickeln, wenn die Menschen sich nicht aktiv in den Prozess des Wandels einbringen.

Die Digitalisierung kann zum Wohl aller gereichen und das Leben des Homo sapiens bereichern – oder sich zur totalitären Technokratie auswachsen, in der der Einzelne keine Rolle mehr spielt.

| Erstpublikation: 06. Dezember 2021

Schlussakkord in Groll

Das Jahr 2 n. C. geht dem Finale entgegen und ein Ende des verstetigten Ausnahmezustands ist nicht absehbar. Winter-Blues und Zorn brechen sich Bahn. Dabei gibt es gute Gründe, das Jahr zwei nach Corona auf einer hohen Note ausklingen zu lassen und Wut konstruktiv zu nutzen. Frohes Fest!

Breite Umfrage-Mehrheiten für eine Impfpflicht. Das Booster-Abo angelaufen. Die neue Bundesregierung eine korrupte, kompetenzbefreite Farce. Immer noch Lockdowns, Masken und Panik-Orchester. Wolfgang Kubicki ein wendehalsiger »Good Cop« organisierter Regierungskriminalität. Kryptowährungen eine psychologische Falle? Reichweitenstarke Oppositionsikonen eventuell nur Sedativum für Widerständler?

Die Innenstädte werden entkernt und die Bevölkerung ist gegeneinander aufgebracht. Die NATO provoziert Russland an den europäischen Außengrenzen, während Amerika weitgehend unbeachtet seine Nuklearkriegslogistik einsatzbereit macht. Das New Normal hat sich festgebissen. Chaos regiert. Und führt uns vielleicht in noch dunklere Zeiten. Resignation und Groll machen sich breit in regierungskritischen Lagern. Manchmal Apathie. Es scheint hoffnungslos. Widerstand zwecklos.

Dabei ist das Gegenteil der Fall. Auch wenn vor allem die drohenden Impfpflichten und der potenzielle Verlust des Arbeitsplatzes bei vielen Menschen Existenzängste und ein Gefühl von Ohnmacht auslösen, bleibt es doch

der besagte Flügelschlag des Schmetterlings, der einen Sturm auslösen kann.

Das unterstreicht die Forschung zum Thema »Ziviler Ungehorsam« von Erica Chenoweth, die über die historische Betrachtung von Widerstandsbewegungen herausgearbeitet hat, dass in der Vergangenheit meist nur 3,5 Prozent der Bevölkerung nötig waren, um totalitäre Systeme mit friedlichem Widerstand ins Wanken zu bringen, wie auch The Guardian am 01.02.2017 berichtete.

»In Zeiten der universellen Täuschung wird das Aussprechen der Wahrheit zur revolutionären Tat.« (George Orwell)

Richtig ist aber zunächst auch: Die Gegner totalitärer Staatsformen müssen sich auf einen Marathon einstellen. Mit einem Sprint und dem eventuellen Ende der Corona-Maßnahmen ist es nicht getan. Denn das System – hier als Sammelbegriff für den digital-finanziellen und pharmakologisch-staatlichen Komplex verwandt – hat im Zuge dieser Krise deutlicher denn je seine hässliche Fratze gezeigt.

Der übergriffige Gesundheitsstaat ist erst der Anfang einer umfassenden sozioökonomischen und technologischen Umwälzung, die der gesamten Weltbevölkerung von Gremien und Richtlinien aufgezwungen wird, auf welche demokratische Einflussnahme nicht mehr möglich ist. Es sind die »Public Private Partnerships«, die künftig global den Ton angeben werden. Der Stakeholder-Kapitalismus. Und dessen im Internet frei verfügbare Strategiepapiere implizieren, dass die derzeitige, von Klaus Schwab (WEF) als »kreative Zerstörung« be-

zeichnete Veränderungswalze in Richtung Technokratie, bis mindestens 2030 rollen wird.

Die vermeintliche Pandemie war demnach nur der Auftakt. Das Trainingslager. Ein Aufwärmen für unsäglich schlimmere Zeiten. Denn wir erleben einen Putsch. Finanzindustrie und Konzerne übernehmen endgültig die Macht über die Geschicke der vermeintlich freiheitlich organisierten Zivilgesellschaft und ihrer Institutionen. Agenda 2030, ID2020, Vierte Industrielle Revolution, genetische Individualmedizin und digitales Zentralbankgeld bedeuten in Konsequenz aller Einzelvorhaben das erklärte Ende des selbstbestimmten Menschen. Die Zukunft, die den geopolitischen Strategen und Konstrukteuren einer unipolaren Weltordnung vorschwebt, erinnert eher an Massentierhaltung und scheint im Vollbesitz geistiger Kräfte schwer erträglich.

»Ich möchte etwas Persönliches und Versöhnliches sagen, als Erfahrung aus einem nun doch schon langen Leben, meinem Leben. Nüchtern betrachtet, war es betrunken besser.« (Georg Schramm)

Die kriminellen Profiteure des Korporatismus finanzieren überstaatliche Institutionen wie die WHO oder die UNO, um Richtlinien in ihrem Geiste definieren zu lassen.

Think Tanks und Beratungshäuser erarbeiten daraufhin entsprechende Empfehlungen und Gesetzesentwürfe, die korrupte Regierungen den Wählern als die ihren verkaufen – und zur Ablenkung des Wahlvolkes vom eigentlichen Geschehen, inszenieren Spitzenpolitiker ideologische Grabenkämpfe und politische Scheingefechte. Dabei haben Wahlen keinerlei Auswirkung auf die supranationale Agenda der Oligarchie.

Das beste Beispiel im vergangenen Wahlkampf in Deutschland ist die FDP, die vor der Wahl von Impfpflichten nichts wissen wollte, während Christian Lindner sie kurz nach der Wahl als »*seine Richtung*« bezeichnete. Dass »Regierung« tatsächlich guten Gewissens mit organisierter Kriminalität gleichzusetzen ist, veranschaulicht das Buch Government Scam von Etienne de la Boetie[2]. Mit wenig Text und zahlreichen, aussagekräftigen, einprägsamen Schaubildern, verdeutlicht das Werk, wie Reichtum, Macht und politischer Einfluss über Generationen hinweg organisiert und gesichert werden. Mit eindeutigen Absichten und krimineller Energie. Die vorgebliche Philanthropie der Superreichen ist eine billige Mär.

Bis hierhin dürfte der informierte Leser nicht sonderlich schockiert oder von neuen Erkenntnissen überwältigt sein. Dennoch sind viele Menschen, die derzeit Widerstand gegen die Corona-Politik leisten, der Meinung, dass das Leben nach diesem disruptiven Event wieder in halbwegs geregelten Bahnen verlaufen wird. Doch das ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht der Fall. Die herrschenden Kräfte wollen Chaos. Sie verdienen an Krisen und Krieg. Sie haben mindestens zwei Jahrzehnte Strategiepapiere entwickelt und Szenarien geprobt, um für diesen Moment gerüstet zu sein. Den Kollaps des aufgeblähten und überhitzten Finanzsystems.

Sie haben eine digitale Überwachungsstruktur installiert, die sie einsetzen wollen und werden. Gesetze, die den Einsatz des Militärs auf dem eigenen Staatsgebiet verbieten, wurden nicht umsonst in unzähligen Ländern klammheimlich geändert und die Einheiten für Guerilla-Kampf gerüstet. Zensur und Diffamierung Andersdenkender sind auch für Ignoranten nicht mehr zu überse-

hen. Ebenso wie die offensichtlich verheerenden Auswirkungen der Injektionskampagnen. Und Nachrichten, die keine Nachrichten enthalten, sind nun mal Propaganda. Die Manipulation der Massen, Zentralisierung von Information und Erlangung der Deutungshoheit über den öffentlichen Debattenraum sind kein Zufall. All diese Entwicklungen und Auswüchse sind ein klares Zeichen für das politische Endstadium einer Gesellschaft – für Faschismus.

Das sollten gerade die Deutschen aus der Schule wissen, wo kein anderes Thema im Lehrplan mehr Raum einnimmt. Der Unterschied zu vergangenen faschistischen Systemen ist: Dieses Mal beschränkt sich das Vorhaben der Profiteure einer unipolaren Weltordnung nicht auf ein Land oder eine Region. Es geht um alles. Sprichwörtlich. Und es werden keine Alliierten kommen, um die Menschen aus dem Griff der totalitären Hydra zu befreien.

Nur der mündige Bürger selbst wird diesem Spuk ein Ende bereiten können, indem er sich dem System verweigert. Diese Tatsache führt mich zum wichtigsten Punkt dieses Textes zurück – dem Bild mit dem Flügelschlag das Schmetterlings, der einen Sturm auslösen kann. Denn die Lage der friedlichen, demokratischen Opposition, die sich den international relativ synchron agierenden Corona-Regimes entgegenstellt, ist in keinster Weise aussichtlos. Auch wenn man in der öffentlichen Wahrnehmung den Eindruck gewinnen könnte.

»Die Inhaber der Autorität und jene, die Nutzen daraus ziehen, müssen die Menschen von dieser Fiktion überzeugen und ihr realistisches, das heißt kritisches Denkvermögen einschläfern.

Jeder denkende Mensch kennt die Methoden der Propaganda, Methoden, durch die die kritische Urteilskraft zerstört und der Verstand eingelullt wird, bis er sich Klischees unterwirft, die die Menschen verdummen, weil sie sie abhängig machen, und sie der Fähigkeit berauben, ihren Augen und ihrer Urteilskraft zu vertrauen. Diese Funktion, an die sie glauben, macht sie für die Realität blind.« (Erich Fromm)

Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte moderner Zivilisation haben mehr Menschen gleichzeitig erkannt, dass sie von einem feudalistischen System betrogen und schamlos ausgenutzt werden. Niemals zuvor gab es eine größere Freiheits- und Friedensbewegung auf diesem Planeten als jetzt, da Menschen überall auf dem Erdball aufstehen, um ihre Grund- und Menschenrechte zu verteidigen.

Und auch wenn propagandistische Umfragen die Bevölkerung glauben lassen wollen, dass die Mehrheit der Bürger die Politik der Regierungen stützt, sprechen die Schlangen vor Testzentren, unabhängige Umfragen und der massive Druck, den man versucht, auf die Ungeimpften auszuüben, eine andere Sprache. Genau wie die immer schizophrener werdenden Schildbürger-Argumente, die Pandemie-Prediger wie Karl Lauterbach im Varianten-Wahn ins Feld führen müssen, um das Angst-Level hochzuhalten. Wäre die Agenda der Krisen-Profiteure wirklich erfolgreich, müssten diese sich nicht so ins Zeug legen, ihr Narrativ zu vermarkten.

Man darf annehmen, dass insgesamt weniger Personen mit den mRNA-Produkten behandelt wurden, als offizielle Quellen berichten. Was wiederum bedeutet, dass der kritische Anteil der Population vielleicht nicht bei 20 Prozent wie häufig behauptet wird, sondern zwischen 30

Prozent und 40 Prozent liegt. Diese Hypothese wird zum Beispiel gestützt von den Ergebnissen der vergangenen zwei Volksabstimmungen in der Schweiz, bei denen das sogenannte Covid-19-Gesetz zwar jeweils angenommen wurde – allerdings nur mit Mehrheiten von etwa 60 Prozent. Diese Ratio könnte man durchaus auf Deutschland und Österreich übertragen. Zudem macht eine Vorspiegelung falscher Tatsachen hinsichtlich Zustimmungswerten für die Verantwortlichen absolut Sinn.

Derartiges Vorgehen ist inhärenter Bestandteil strategischer Kommunikationskonzepte für Kriegs- und Krisenfälle und ein altbekanntes Propagandainstrument. Wer Edward Bernays' Standardwerk »Propaganda« gelesen hat, ist sich dessen bewusst. Durch Vermittlung des Eindrucks, der Widerstand mache nur einen marginalen Teil der Bevölkerung aus, will das System erreichen, dass dieser sich unbedeutend und chancenlos fühlt. Daher rührt auch die permanente Diffamierung nonkonformistischer Fakten und Meinungen. Die Gegner des offiziellen Narratives sollen sich fühlen wie der Wurmfortsatz der Gesellschaft. Dabei sind diese schon viel weiter, wie der Spiegel in einem Paywall-Artikel vom 10.12.2021 herablassend feststellt.

Auch ein Blick ins Ausland macht deutlich, dass es keine unbedeutende Minderheit ist, die da gegen die antihumanistische Corona-Politik auf die Straße geht. Es sind Millionen von Menschen in aller Herren Länder, geimpft und ungeimpft, die sich verbünden, um dem gemeinsamen Gegner, einem übergriffigen Staat, die Stirn zu bieten. In Rumänien war die Ablehnung die Impfkampagne so groß, dass die Regierung Impfzentren und Teststationen wieder abbauen musste. Und auch die geplante Einführung eines Impf-Ausweises scheitert an massiven Protesten der Bevölkerung, die zu hunderttausenden ge-

gen derartigen Totalitarismus demonstriert. In Italien, Österreich, Frankreich, Belgien, Polen, Israel oder den Niederlanden sieht es nicht anders aus. Überall brechen sich Werte der Aufklärung, Freiheitswille und Eigenverantwortung Bahn. Menschen, die sich ohne die Krise niemals kennengelernt hätten, bilden nunmehr die stärkste internationale demokratische Allianz, die die Welt jemals gesehen hat. Bedauerlicherweise sehen tatsächlich die wenigsten Menschen, was im Ausland vor sich geht – denn die Leitmedien meiden das Thema wissentlich.

Es mag sein wie in der Natur, wo allerorten Chaos herrscht, sich schlussendlich aber eine spontane Ordnung einstellt. Von daher sollte die Opposition zu keinem Moment dem Trugschluss anheimfallen, eine bedeutungslose Minderheit zu sein.

Es ist gut möglich, dass die Mehrheitsverhältnisse sich differenzierter darstellen und zeitnah verändern. Tyrannische Herrscher haben in der Geschichte nicht umsonst meist davon abgesehen, Sklaven und sonstige Dissidenten in der Öffentlichkeit zu kennzeichnen – diese hätten sonst schnell realisiert, dass sie in der Überzahl waren.

Erhebungen haben weiterhin gezeigt, dass Umsätze im Handel mit der Einführung von 2G und 2G+ vielerorts um 75 Prozent eingebrochen sind. Ähnlich das Bild in Bars, Clubs und Restaurants, denen die Gäste wegbleiben. Keine Spur von den glücklichen, gesunden und geimpften 80 Prozent der Bevölkerung, die ihre neuen Freiheiten genießen. Bis diese in ein paar Monaten wieder neu »erboostert« werden müssen.

»Wir sind eine Gesellschaft notorisch unglücklicher Menschen: einsam, von Ängsten gequält, deprimiert, destruktiv, abhängig – jene Menschen, die froh sind, wenn es ihnen gelingt, jene Zeit totzuschlagen, die sie ständig einzusparen versuchen.«

(Erich Fromm)

Auch die neue Bundesregierung macht Hoffnung, dass sich das System nicht lange hält, da dessen institutionelle Korruption immer offensichtlicher zu Tage tritt. Das liegt zum einen an Spitzenpolitikern wie Lindner und Kubicki, die sich verhalten wie Fähnchen im Wind. Zum anderen an der Fremdscham erzeugenden Inkompetenz von Politdarstellern wie Baerbock, die ihr Amt bei ersten Auftritten auf europäischer Bühne mit einem Englisch entweihte, dass an den Vortrag einer achten Klasse erinnerte. Nicht zu vergessen Olaf Scholz, dessen Verwicklungen in diverse Korruptionsskandale nach wie vor nicht vollständig aufgeklärt sind. Und wer Spitzenpolitik im Allgemeinen misstraut, wird in der Folge auch erkennen, dass die Gesundheitspolitik nicht der Gesundheit der Bevölkerung, sondern der skrupellosen Profitgier der Pharmabranche dient.

Ermutigend für die Opposition ist auch der Umstand, dass zu keinem Zeitpunkt der Geschichte mehr libertäre Initiativen und Plattformen entwickelt, entstanden und vorangetrieben wurden, als in den vergangenen 20 Monaten. Egal ob Journalismus, Social Media, Waren und Dienstleistungen, Nahrungsmittel oder Technologie. Überall auf der Welt entstehen neue, unabhängige Strukturen. So wuchs das von Friedensaktivist Derrick Broze gegründete Projekt »Freedom Cells« auf über 30’000 aktive Mitglieder an.

Und auch seine im September 2021 durchgeführte »Activation Tour«, eine erfolgreiche Vortragsreise durch 28 US-Städte, stieß auf reges Interesse und volle Säle. Unabhängige Journalisten wie James Corbett, Ryan Cristian oder Whitney Webb heißen seit März 2020 mehr Besucher auf ihren Plattformen willkommen als jemals zuvor. Das gilt ebenso für die einschlägigen neuen, unabhängigen Medien aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die ihr Angebot im Zuge der Krise massiv erweitert und professionalisiert haben.

Technisch unabhängige Lösungen wie das Above Phone (www.above-agency.com) werden entwickelt, um der permanenten Überwachung durch die Big-Tech-Oligarchie etwas entgegenzusetzen. Landwirte organisieren sich über das Projekt REKO Rings, um ihre Waren ohne Zwischenhändler zu vertreiben. In der Schweiz haben Plattformen wie »Hoflädeli« massiven Zulauf. Kryptowährungen und DeFi-Produkte (Decentralized Finance) hatten noch nie eine derart hohe Marktkapitalisierung. Das ist zum einen erfreulich, da somit den mafiösen Geschäfts- und Investmentbanken weniger Mittel zufließen, auf der anderen Seite muss man diese Entwicklung kritisch betrachten.

Denn Kryptowährungen gewöhnen die Menschen an digitale Zahlungsmittel. Und die können sowohl für freiheitliche, dezentrale Projekte verwendet werden, als auch für die totale monetäre Kontrolle der Bevölkerung mittels digitaler Zentralbankwährungen. Diesen scheinbar widersprüchlichen Sachverhalt untersuchte James Corbett bereits am 20.01.2018 im Rahmen einer aufschlussreichen Recherche.

Darüber hinaus schließen sich Vertreter verschiedener Berufsgruppen zusammen und setzen sich für ihre Über-

zeugungen ein. Lehrer organisieren sich für zertifikatsfreien Zugang zu Bildung. Anwälte engagieren sich für Aufklärung und den Erhalt des Rechtsstaats. Mehr als 60’000 Ärzte und Mitarbeiter des Gesundheitswesens haben ihre Bedenken zur derzeitigen Corona-Politik in der Great-Barrington-Declaration artikuliert. Verschiedene Wirtschaftsverbände beginnen, sich gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen zu positionieren und Alternativen einzufordern.

Und auch einzelne Unternehmen wie zum Beispiel Woolworth klagen nunmehr gegen verordnete Einschränkungen ihrer Geschäftstätigkeit. Visionen einer freien Gesellschaft der Zukunft manifestieren sich in Projekten wie jenem von Titus Gebel, namens Freie Privatstädte (Free Private Cities), oder der in der Schweiz im Juni 2021 gegründeten Graswurzle-Bewegung.

Viele sehen diese Krise als Chance und werden aktiv. Die genannten Beispiele stellen nur einen winzigen Bruchteil der Projekte dar, die seit März 2020 weltweit von Millionen von Menschen umgesetzt werden, um eine Alternative zum dystopischen New Normal zu etablieren. So entsteht seit Beginn der Corona-Krise die dezentralisierte, freiheitliche und autonome Zivilgesellschaft, die bereits jetzt den Weg aus dem digitalen Gefängnis weist, das der internationale Korporatismus der gesamten Weltbevölkerung oktroyiert.

Dahingehend ist es auch erfreulich, dass die Menge an friedlichen Demonstranten nach Ankündigung von Impfpflichten allerorten zunimmt. Auch haben die Menschen endlich aufgehört, für Demonstrationen gegen ihre Regierungen bei eben jener um eine Genehmigung zu ersuchen. Es braucht keine organisierten Events, Bühnen, Marketing-Artikel und prominente Redner –

sondern den spontanen, umfassenden, bodenständigen Protest aus der Mitte der Gesellschaft.

Es braucht zivilen Ungehorsam. Vielleicht den Generalstreik. Je öfter das autoritäre Regime sein wahres Gesicht zeigt, desto schneller verliert es an Vertrauen in der Bevölkerung. Und das ist gut so. Dabei ist es der Sache durchaus förderlich, dass auch das euphemistisch betitelte Versagen der Masseninjektionen, die sogenannten Impfdurchbrüche, kaum noch unter den Teppich zu kehren ist. Allein im Profifußball sind seit Dezember letzten Jahres 183 Sportler plötzlich und unerwartet während des Einsatzes zusammengebrochen. 108 von ihnen starben, wie worldsignals.com detailliert berichtet.

Zusätzliche Risse im Fundament des offiziellen Narratives verursachen Pharma-Repräsentanten und ihre Vertriebsmitarbeiter, sprich Regierungen, die sich bei den avisierten Intervallen der Auffrischungsimpfung geradezu unterbieten. Zunächst war von lebenslangem Impfschutz die Rede. Dann wurde kleinlaut eine jährliche Auffrischungsimpfung angekündigt. Anschließend ging es rapide nach unten. Das verschleiernde Label »Booster« wurde lanciert, um dem medizinischen Eingriff seine emotionale Wortwirkung zu nehmen. Zeitweise sprach man von sechs Monaten, dann von drei. Jetzt ist mancherorts bereits ein monatliches Update im Gespräch.

Angesichts solch verstörender Zukunftsaussichten platzt auch den bisher gutgläubigen Mitläufern langsam die Hutschnur. Denn ein dauerhaftes Injektions-Abonnement mit unüberschaubaren Risiken und einem Haftungsausschluss zu Gunsten von Big Pharma dürfte auch dem naivsten Konformisten irgendwann zuwider sein. So muss auch in den Reihen der Geimpften langsam,

aber sicher, die Selbsterkenntnis Einzug halten, dass sie betrogen und als Versuchskaninchen herangezogen wurden. Diese bittere Wahrheit dürfte ein gehöriges Maß an Wut gegenüber dem vermeintlich fürsorglichen Staat freisetzen.

»Die Vernunft kann sich mit größerer Wucht dem Bösen entgegenstellen, wenn der Zorn ihr dienstbar zur Hand geht.« (Georg Schramm)

Zusammenfassend kann man in Bezug auf den Status Quo und die Sinnhaftigkeit des Widerstandes gegen die menschenrechtswidrige Corona-Politik also durchaus konstatieren, dass das Glas halb voll ist. Denn die Geschichte steht auf Seiten der Vielen. Alle Imperien sind untergegangen. Sie scheiterten an sich selbst. Manchmal dauert es lange, bis totalitäre Systeme kollabieren. Aber irgendwann implodieren sie. Und oft ist es der besagte Flügelschlag des Schmetterlings, der erste Dominostein, der den Anstoß für gravierende Veränderungsprozesse gibt. Aus diesem Grund zählt jede Stimme, jeder Text, jedes Video – und jedes Nein. Ungeachtet der Tatsache, dass es in der Selbstwahrnehmung trivial erscheinen mag. Denn gerade über unscheinbare Pfade und schwieriges Terrain erreicht man oft wundervolle Ziele.

Am wichtigsten aber ist es, dem Propaganda-Kanon des Systems sowie den Profiteuren der Krise Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel zu entziehen. Der Kampf mit Windmühlen verbrennt wertvolle Ressourcen. Diese investiert man sinnvoller in die freie, dezentrale Zivilgesellschaft, die in den vergangenen zwanzig Monaten gewachsen ist – als Mitglied eines auf Werten der Aufklärung basierenden, liberalen, basisdemokratischen Netzwerks, welches das New Normal weithin überleben wird.

Denn diese international aktive, positive, motivierte, kreative, friedliche und freiheitliche Allianz selbstbestimmter Menschen, wird langfristig auch auf Konformisten und Anhänger des Corona-Kults attraktiver wirken als die kalte und inhumane schöne neue Welt von Covid-1984.

»Das Glück gehört denen, die sich selbst genügen. Denn alle äußeren Quellen des Glückes und Genusses sind ihrer Natur nach höchst unsicher, misslich, vergänglich und dem Zufall unterworfen.« (Arthur Schopenhauer)

Diesen Text widme ich meiner Oma, die diese Welt heute, am 17.12.2021, friedlich schlummernd verlassen hat – nach fast zwei Jahren resolutem Widerstand gegen menschenunwürdige Behandlung und Isolation von Senioren, denen dieses kalte, herzlose, technokratische System mutwillig soziale Kontakte, Freude und Lebensmut entzieht. Gute Reise! In Liebe. Dein Enkel. ❤

| Erstpublikation: 17. Dezember 2021

Über den Autor



Tom-Oliver Regenauer wurde in Süddeutschland geboren und wuchs in der Nähe von Baden-Baden auf. Schon in jungen Jahren interessierte er sich für Musik, Kunst und Literatur. Animiert von der Musik- und Bücher-Sammlung des Elternhauses, begann er sich bereits im Kindergarten für Songs und ihre Texte zu begeistern.

Er schrieb kurze Artikel und Geschichten. Im zarten Alter von etwa fünf Jahren folgte er bereits musikalischen Ambitionen und erhielt Schlagzeugunterricht. Später zusätzlich etwas Violine und Gitarre.

Fasziniert von der Skateboard-Welle der 80er und den ersten, nach Europa herüberschwappenden Ausläufern der global expandierenden Hip-Hop-Kultur, begann er sich als Teenager ernsthaft mit Songwriting, DJing, Graffiti, Musikproduktion und urbaner Kultur im Allgemeinen zu beschäftigen. Er gründete diverse Bands, organisierte Veranstaltungsreihen, Konzerte und Partys. Im Alter von achtzehn Jahren gründete er in seiner Heimatstadt ein Tonstudio und Schallplattenlabel mit angeschlossener Event-Agentur. In den vergangenen 20 Jahren produzierte er so unter verschiedenen Pseudonymen über 1000 Aufnahmen, bei denen er sowohl für Songwriting als auch für Arrangement, Mix und Management verantwortlich zeichnete.

Auf unzähligen, internationalen Reisen knüpfte er vielfältige Kontakte zu Musikern, Autoren, Rappern, DJs, Produzenten und Street-Art Künstlern. Er gilt als bestens vernetzt in der internationalen Musik-Szene. Tom-Oliver Regenauer lebte unter anderem in Mexiko City, Tel Aviv, Boston, New York, Bukarest, Santiago de Chile, Johannesburg, Bern, Zürich und Lugano.

Neue Musik-Projekte entstanden in jüngster Zeit unter anderem mit dem Wu-Tang Clan, Cee Lo Green (Goodie Mob, Gnarls Barkley), Pharrell Williams, Young Thug, Craig G (Juice Crew), Snoop Dogg und Daz Dillinger (Dogg Pound). Für »Viva con Agua«, eine global tätige Non-Profit Organisation, produzierte er Anfang 2020 den vielbeachteten Kampagnen-Song #waterisahumanright. Das renommierte Musikmagazin »laut.de« verglich seinen Sound in einem Portrait mit dem von Top-Produzenten wie Pete Rock, RZA, DJ Premier, Mobb Deep oder Statik Selecta (www.laut.de/dj-tom-select).

Parallel zu seinen Unternehmungen im Bereich Musik, Literatur und Kunst, war der Autor nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig. Unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie als internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit 2009 hat der umtriebige Autor seinen Hauptwohnsitz in der Schweiz. Dort gründete er 2015 ein Unternehmen für internationale Management- und Kommunikationsberatung. Anfang 2021 hat Tom-Oliver Regenauer sein erstes Buch publiziert. Auf seiner Homepage veröffentlicht er zudem regelmäßig Texte, Kommentare und Essays zu aktuellen Themen.



regenauer.press | mgmtgmbh.ch | djtomselect.com

Notizen



»Die wirksamste Manipulation unseres Geistes zielt nicht darauf, bestimmte ideologische Überzeugungen in uns zu verankern, sondern darauf, uns der Befähigung zu berauben, überhaupt Überzeugungen auszubilden.«

(Hannah Arendt)